

Not de.

UB Braunschweig

84



10261-662-2

Die größeren  
**Justizorganisationsgesetze**  
für das  
**Herzogthum Braunschweig.**

---

VII. B.  
29.11.

Die größeren

# Justizorganisationsgesetze

für das

**Herzogthum Braunschweig**

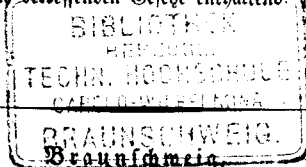
nebst

einem kurzen, den Motiven, Berichten und Verhandlungen über dieselben entnommenen  
Commentare.

In zwei Bänden.

Erster Band,

die betreffenden Gesetze enthaltend.



Druck und Verlag von Friedrich Vieweg und Sohn.

1850.



## V o r r e d e .

---

Das vorliegende Werk ist besonders darauf berechnet, den bei den Gerichten des Herzogthums beschäftigten Juristen als eine bequeme, sämtliche im täglichen Rechtsverkehre zur Anwendung kommende Gesetze enthaltende Handausgabe zu dienen, zugleich aber die Ergebnisse der neuesten Thätigkeit der legislatorischen Gewalt des Herzogthums im Bereiche der Justiz dem Auslande zugänglicher zu machen, als es sonst würde der Fall sein können.

Sowohl für die bei den hiesigen Gerichten beschäftigten als auch für die in andern deutschen Staaten lebenden Juristen wird es indeß von Interesse sein, die Motive zu den einzelnen Gesetzen näher kennen zu lernen; in einem zweiten Bande wird daher ein kurzer, aus den Motiven, Berichten und Verhandlungen über die in Rede stehenden Ge-

sehe geschöpfter Commentar gegeben werden, der, was hier beiläufig erwähnt werden mag, spätestens bis zum Schlusse des Maimonats erscheinen wird.

Der Commentar selbst wird sich streng an das in den vorhin erwähnten Motiven, Berichten und Verhandlungen gegebene Material halten und es bedarf daher kaum der Bemerkung, daß der Herausgeber seiner Arbeit eben so wenig einen kritischen Werth als das Verdienst der Originalität beimißt.

D.

# I n h a l t

des  
ersten Bandes.

---

	Seite
1) Gesetz, die Gerichtsverfassung betreffend . . . . .	1
2) Gesetz, die Einführung der Gerichtsverfassung vom 21. August 1849 betreffend . . . . .	12
3) Verordnung, die Publication der Strafproceßordnung betreffend . . . . .	19
Strafproceßordnung . . . . .	20
4) Gesetz, die gerichtliche Polizei und die mit deren Ausübung beauftragten Personen betreffend . . . . .	89
5) Civilproceßordnung . . . . .	113
6) Advocatenordnung . . . . .	261
7) Notariatsordnung . . . . .	274
8) Gesetz, die Einrichtung einer Commission zur Prü- fung der Candidaten der Rechte, der Advocatur, des Notariats und des Richteramts und die von diesen zu bestehenden Prüfungen betreffend . . . . .	285
Register . . . . .	291

---

## Verbesserung.

---

§. 125, §. 23, §. 15 lies dingslichen ft. hinlänglichen.

## G e s e t z, die Gerichtsverfassung betreffend.

---

d. d. Braunschweig, den 21. August 1849.

*G. v. K. N. 35.*

---

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Zur Ausführung des Gesetzes vom 20. April 1848 erlassen Wir unter Vorbehalt einer Vereinbarung mit den Regierungen der Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont, Schaumburg-Lippe und Lippe über die in den jetzt bestehenden Verträgen und gesetzlichen Bestimmungen über das gemeinschaftliche Oberappellationsgericht zu treffenden Abänderungen, mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes das nachstehende Gesetz über die Gerichtsverfassung:

### §. 1.

Für das Herzogthum soll ein Obergericht,  
für jeden der jetzigen Kreise desselben ein Kreisgericht,  
für jedes der jetzigen Aemter ein Amtsgericht, und  
in den Städten Braunschweig und Wolsfenbüttel für  
jede ein Stadtgericht bestehen.

## §. 2.

Das Obergericht ist der oberste Gerichtshof des Landes und hat seinen Sitz in Wolfenbüttel

§. 3. *gep. v. 28 März, 1861.*

Das Obergericht hat drei Senate.

Dem ganzen Gerichte und dem ersten Senate steht der erste Präsident und jedem der anderen Senate ein Präsident vor.

Jeder Senat ist außer dem Präsidenten mindestens mit zwei Richtern besetzt. In Behinderungsfällen des ersten Präsidenten geht der Vorsitz in dem ganzen Gerichte auf den ältesten Präsidenten nach ihm, in dem betreffenden Senate auf das erste Mitglied desselben über.

Die Vertheilung der Mitglieder in die Senate geschieht jährlich durch die drei Präsidenten und wird öffentlich bekannt gemacht.

Befindet sich ein Mitglied, welchem früher eine Sache zur Bearbeitung übertragen war, zu der Zeit, wann dieselbe zur Entscheidung kommt, nicht in dem Senate, welchem die Entscheidung obliegt, so kann dasselbe für diese Sache in diesem Senate herangezogen werden.

Jedem Senate ist ein Secrétaire beigegeben.

Außerdem ist bei dem Obergerichte das erforderliche Boten- und Kanzlei-Personal angestellt.

## §. 4.

Bei eintretenden Behinderungen können Mitglieder eines Senates einem andern Senate beigegeben werden, auf Anordnung des Präsidenten.

## §. 5.

Die Mitglieder des Obergerichts sollen folgende Gehalte beziehen:

der erste Präsident 2000 Rthlr.,  
die andern Präsidenten jeder 1800 Rthlr.,  
die drei ältesten Richter jeder 1500 Rthlr.,

die drei folgenden jeder 1300 Rthlr.  
und die übrigen jeder 1100 Rthlr.

Die Secrétaire beziehen einen Gehalt von 600 bis 800 Rthlr.

## §. 6.

Der erste Senat des Obergerichts erkennt in zweiter Instanz über die aus dem Herzogthume eingehenden Verurtheilungen in Civilsachen. *gep. v. 28 März 1861.*

## §. 7.

Der zweite Senat des Obergerichts erkennt als Appellationskammer in den, den Geschworenengerichten zu überweisenden Strafsachen, sowie als zweite Instanz über Verurtheilungen in Civilsachen aus dem Herzogthume.

*Nr. 10. d. 12. 15. 36. 46.*

## §. 8.

Der dritte Senat des Obergerichts erkennt ebenfalls in zweiter Instanz über Verurtheilungen in Civilsachen aus dem Herzogthume.

Ueber alle schweren, politischen oder von Amtswegen zu verfolgenden durch die Presse begangenen Verbrechen erkennt mit Zuziehung von Geschwornen ein Gerichtshof, welcher besteht: aus dem Präsidenten des dritten Senates oder einem Richter desselben als Vorsitzenden, einem zweiten Richter desselben und dem Vorsitzenden oder einem Mitgliede des Kreisgerichts, bei welchem die Voruntersuchung geführt ist. *Nr. 10. d. 12. 15. 36. 46.*

Die Bestimmung der Richter steht dem Präsidenten des dritten Senates zu. *1858.*

Dieser Gerichtshof tritt auf Anordnung des dritten Senates an dem Orte des oben bemerkten Kreisgerichts zusammen.

Ein Mitglied dieses Kreisgerichts kann, wenn der Vorsitzende des Gerichtshofes es nöthig findet, ihm beigegeben werden, um bei etwaigen Behinderungsfällen Aushilfe zu leisten.

Ueber Beschwerden in Beziehung auf das Verfahren des bezeichneten Gerichtshofes entscheidet der dritte Senat.

Schwere Verbrechen sind solche, die im höchsten Maße mit einer härteren Freiheitsstrafe als dreijährigem Gefängniß oder einjähriger Zwangsarbeit, oder mit Dienst-Entscheidung oder Dienst-Entlassung (einschließlich der in den §§. 60 und 62 des Gesetzes über den Civilstaatsdienst vom 12. October 1832 und in den Art. 47 des Landtagsabschiedes vom 11. Juli 1823 bezeichneten Fälle) bedrohet sind. *M. Nr. 45. G. v. 30. Dec. 1851. §. 2.*

*Nr. 7. G. v. 9. Jan. 1855.*  
Politische Verbrechen sind Hochverrath (§. 81 — 83 des Crim.-Ges.-Buches), Landesverrath (§. 85 und 85 des C.-G.-B.), Staatsgefährliche Handlungen (§. 86 — 89 des C.-G.-B.), Majestätsverbrechen (§. 90 — 94 des C.-G.-B.), Aufruhr (§. 96 — 98 des C.-G.-B.) und Aufforderung zum Aufruhr (§. 100 des C.-G.-B.).

Außerdem ist mit Zuziehung von Geschwornen über folgende Verbrechen zu erkennen: Mord, insofern derselbe gegen die Obrigkeit gerichtet ist (C.-G.-B. §. 101 Absch. 1), Widerseßlichkeit und Thätlichkeiten gegen obere öffentliche Beamte (C.-G.-B. §. 107 Absch. 1 und 2), Verabredung, Verleitung und Aufforderung zur Widerseßlichkeit (C.-G.-B. §. 108), Beleidigung der Landesregierung (C.-G.-B. §. 115), Beleidigung oberer öffentlicher Beamten (C.-G.-B. §. 116), Bößliche Einstellung der Arbeit (C.-G.-B. §. 123), ~~Abbruch~~ des Amtes der Kirchendiener zu Schmähungen (C.-G.-B. §. 282). *Nr. 7. G. v. 9. Jan. 1855. §. 9.*

Ueber Nichtigkeitsbeschwerden sowohl in Straf- als Civilsachen entscheidet ein Cassationshof, welcher gebildet wird aus den drei Präsidenten und Zwei nach der im §. 3 enthaltenen Vorschrift zu bestimmenden und bekannt zu machenden Mitgliedern jedes Senates. Von den Letzteren fungiren vier als ordentliche Mitglieder des Cassationshofes, die übrigen zwei als Ergänzungsrichter.) Der Cassationshof

ist beschlußfähig, wenn außer dem Präsidenten noch sechs Mitglieder zugegen sind. *L. p. O. d. 17. 22.*

§. 10.

Die Kreisgerichte sind die Gerichte erster Instanz. Diese Gerichte sollen ihren Sitz in Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Gandersheim, Holzminde und Blankenburg haben. Die innerhalb eines Kreisgerichtsbezirks angestellten Stadt- und Amtsrichter gehören mit zu dem Personale des Kreisgerichts. Die Amtsrichter und Kreisrichter haben auf Anordnung des Vorsitzenden des Kreisgerichts auch an den, den Kreisgerichten und Amtsgerichten obliegenden Geschäften zur Aushilfe Theil zu nehmen.

§. 11.

Sie sollen besetzt sein mit einem Vorsitzenden und mindestens zwei Richtern. Zur Ergänzung des Gerichts können geeignete Personen am Sitze des Kreisgerichts bestimmt und verpflichtet werden, welche auf Aufforderung des Vorsitzenden an den Gerichtssitzungen Theil zu nehmen haben. Die erforderlichen Secretarien, Registratoren, Boten und Schreiber werden ihnen beigegeben. *L. p. O. d. 53. 55.*

§. 12.

Der Gehalt der Vorsitzenden der Kreisgerichte soll 1100 und 1200 Rthlr., der der Richter 600, 700, 800, 900 und 1000 Rthlr., der der Secrétaire 300, 350, 400, 500 und 600 Rthlr. betragen, in gleichen Classen, nach dem Dienstalter. Der Vorsitzende in Braunschweig erhält immer eine außerordentliche Zulage von 100 Rthlr. Den in Behinderungsfällen zuzuziehenden Ergänzungsrichtern wird für jede Sitzung ein Diätensatz von 2 Rthlr. gezahlt.

§. 13.

Die Kreisgerichte erkennen in erster Instanz in den Strafsachen, welche nicht zu der Zuständigkeit des Obergerichts oder der Amts- und Stadtgerichte gehören. Die Urtheilssitzung kann auch an den Sizen der Amtsgerichte stattfinden. *M. p. O. d. 17. 64.*

In diesem Falle besteht das Gericht aus einem Amtsrichter des betreffenden Amtsgerichts und zweien von dem Vorsitzenden des Kreisgerichts zu bestimmenden Mitgliedern desselben.

Zur Führung der Voruntersuchungen werden bei denselben einer oder mehrere Richter bestellt. Diese nehmen an der Entscheidung der Straf- und Civilsachen Theil, mit Ausnahme derjenigen Strafsachen, in welchen sie eine Voruntersuchung geführt haben.

Untersuchungsrichter, welche drei Jahre diese Function versehen haben, sind befugt, zu verlangen, daß sie auf die drei nächsten Jahre von jener Function befreit werden.

## §. 14.

Die Kreisgerichte erkennen in zweiter und letzter Instanz über die Rechtsmittel gegen Erkenntnisse der Stadt- und Amtsgerichte in Civilsachen. Sie erkennen in erster Instanz in allen übrigen bürgerlichen Rechtsstreiten. Ihnen liegt das Depositenwesen für die zu ihrer Competenz gehörenden Sachen ob.

## §. 15.

Die Amts- und Stadtgerichte bestehen getrennt von der Landesverwaltung.

## §. 16.

Die Stadt- und Amtsgerichte sollen besetzt sein mit

1. einem Richter,
2. einem Secretair.

Das notwendige Personal an Boten und Schreibern ist ihnen beigegeben.

Auch da, wo mehrere Richter bei einem solchen Gerichte erforderlich sein sollten, handelt jeder derselben selbstständig als Einzel-Richter.

Bei Verhinderung des Richters durch unerwartete Umstände, kann der Secretair, falls derselbe über seine Qualifikation zum Richteramte sich ausgewiesen hat, mit den Richtergeschäften beauftragt werden.

Die Geschäfte des Secretairs können auch einem untergeordneten Officianten des Amtsgerichts übertragen werden.

## §. 17.

Der Gehalt der Richter und Secretaire bei den Stadt- und Amtsgerichten ist derselbe wie der der Richter und Secretaire bei den Kreisgerichten, nach dem Dienstalter, in gleichen Classen mit diesen.

## §. 18.

Die Stadt- und Amtsgerichte erkennen in allen Strafsachen, in welchen die Strafe 14tägiges Gefängniß oder 10 Rthlr. Geld nicht übersteigt, sowie, ohne Rücksicht auf den Betrag der Strafe, in allen Forst- und Jagdwegen. Die Befugnisse und Verpflichtungen dieser Gerichte in den übrigen Untersuchungssachen sind in der Strafproceß-Ordnung bestimmt.

Ausnahmsweise erkennt das Stadtgericht zu Braunschweig über geringere Beschädigungen an der Person (C.-G.-B. §. 159 Nr. 5 und §. 160 Nr. 5), sowie über Ehrenkränkungen (C.-G.-B. §. 198 und 199).

## §. 19. I. 2. d. 229

Die Stadt- und Amtsgerichte erkennen in allen Civil-Rechtsstreiten, deren Gegenstand schätzbar ist und den Werth von 50 Rthlr. nicht übersteigt, sowie über Verstoßungen. Sie sind befugt und verpflichtet, Arrest anzulegen, mit Vorbehalt dessen Rechtfertigung vor dem Kreisgerichte, falls der Gegenstand zu dessen Competenz gehört. *L. v. d. 228 242.*

Auch sind sie zuständig bei provisorischen Verfügungen, Ansprüchen aus executorischen Urkunden, so lange keine zu erörternde Einreden opponirt werden, bei Execution der von den oberen Gerichten ergangenen rechtskräftigen Erkenntnisse, unter gleicher Restriction, und bei Rechtsstreiten *puncto stupri et satisfactionis.*

Ausnahmsweise soll das Stadtgericht zu Braunschweig und das Amtsgericht Thedinghausen in größeren Sachen, deren Werth 50 Rthlr., aber nicht 100 Rthlr. übersteigt,

erkennen und die Rechtsmittel gegen solche Erkenntnisse sollen an das Obergericht gehen.

## §. 20.

Die freiwillige Gerichtsbarkeit (vorbehältlich der über das Notariat zu erlassenden Bestimmungen), die Hypotheken- und Vormundschaftsachen gehören vor die Stadt- und Amtsgerichte. Sie verwalten die zu den Sachen ihrer Zuständigkeit gehörenden Depositen, und zwar bei mit mehreren Richtern besetzten Gerichten zwei Richter, bei den übrigen der Richter mit dem Secretair gemeinschaftlich.

Ueber Beschwerden in allen diesen Sachen entscheidet das zunächst unmittelbar vorgesetzte Gericht, sie können aber bis zum Obergerichte verfolgt werden.

## §. 21.

Die Versetzung der Vorsitzenden der Kreisgerichte an ein anderes Kreisgericht, die Versetzung der Kreisrichter an ein anderes Kreisgericht oder ein Amts- oder Stadtgericht, oder endlich die der Amts- und Stadtrichter an ein Kreisgericht oder ein anderes Amts- oder Stadtgericht, bleibt der Landesregierung, insofern das Interesse der Rechtspflege solche erfordert, überlassen und zwar auf zustimmenden Beschlusse des Obergerichts, nachdem der zu Versetzende zuvor gehört ist. *Art. 23. Ges. v. 30. April 1878.*

## §. 22.

Die Amts- und Stadtgerichte sind den Kreisgerichten und diese sind dem Obergerichte untergeordnet.

## §. 23.

Die drei Vorsitzenden des Obergerichts und der Oberstaatsanwalt bilden die Disciplinarbehörde für sämtliche Gerichte.

## §. 24.

Bei dem Obergerichte ist ein Oberstaatsanwalt mit einem Gehülfen, welcher den Titel Staatsanwalt führt, angestellt.

Die Geschäfte des Letzteren können auch dem bei dem

Kreisgerichte Wolfenbüttel angestellten Staatsanwälte übertragen werden.

Bei jedem Kreisgerichte wird ein Staatsanwalt, bei dem Kreisgerichte Braunschweig werden nöthigenfalls zwei Staatsanwälte angestellt.

## §. 25.

Der Gehalt eines Oberstaatsanwaltes soll 1500 Rthlr. betragen und der seines Gehülfen 1100 Rthlr., der der Staatsanwälte bei den Kreisgerichten, der des ersten Staatsanwaltes in Braunschweig 1100 Rthlr., in Wolfenbüttel und Helmstedt 1000 Rthlr., in Gandersheim, Holzminden und Blankenburg und für den zweiten Staatsanwalt in Braunschweig 800 Rthlr.

## §. 26.

Der Oberstaatsanwalt und die Staatsanwälte sind Staatsbeamte erster Classe. Sie gehören nicht zu den richterlichen Beamten, aber nur solche Personen, die das Richterexamen ~~bestanden~~ haben, können zu diesen Aemtern ernannt werden.

Die Landesregierung kann Richter mit den Geschäften der Staatsanwälte beauftragen, welche während der Dauer dieser Beauftragung richterliche Geschäfte nicht versehen können, übrigens aber ihre Eigenschaft als Richter beibehalten. Die zu Ergänzungsrichtern bei den Kreisgerichten designirten Personen sind in Verhinderungsfällen der Staatsanwälte auch zur Aushilfe in deren Geschäften verpflichtet.

Die Vertretung der Staatsanwälte wird in der Regel durch den Oberstaatsanwalt und nur, wenn dieses ohne Störung des Verfahrens nicht mehr bewirkt werden kann, durch den Verhinderten selbst angeordnet.

Erscheint in einer öffentlichen Sitzung, bei welcher der Staatsanwalt notwendig ist, dieser nicht, so hat der Vorsitzende des Gerichts seine Vertretung durch einen Richter anzuordnen.

Die Staatsanwälte werden, wenn sie zu Mitgliedern

eines Kreisgerichts ernannt werden, in die entsprechende Gehaltsklasse eingereiht.

§. 27. *Inf. n. 29. März 1861.*

Der Oberstaatsanwalt ist dem Staatsministerium untergeordnet und hat dessen Anweisungen Folge zu leisten, insofern es nicht um seine Function als öffentlicher Ankläger sich handelt. In gleichem Dienstverhältnisse stehen die Staatsanwälte zu dem Oberstaatsanwalte; es steht demselben aber frei, unter Umständen Sachen der Staatsanwälte an sich zu ziehen.

Die bei den Amts- und Stadtgerichten auftretenden öffentlichen Ankläger sind in dieser Eigenschaft den Staatsanwälten untergeordnet.

Diese Beamten stehen hinsichtlich ihrer Amtsführung nicht unter der Aufsicht der Gerichte. Jedoch ist der Cassationshof befugt, bei etwaigen pflichtwidrigen Unterlassungen des Oberstaatsanwaltes einzuschreiten und ihm angemessen scheinende Maßregeln zu ergreifen. *Ref. O. d. 4.*

§. 28.

Das Amt der Staatsanwälte besteht darin, daß sie das öffentliche und Staatswohl und die Aufrechthaltung der Gesetze bei den Gerichten zu verfolgen haben, nach Maßgabe der in den Proceß-Ordnungen enthaltenen Vorschriften.

§. 29.

Neben den durch dieses Gesetz festgestellten Gehälten dürfen besondere Neben-Einkünfte und außerordentliche Zulagen nicht bezogen werden.

§. 30.

Die über die Militärstrafen und Proceße bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bleiben unverändert.

Für die in einzelnen Fällen nachgelassene Revision ist der Cassationshof das zuständige Gericht.

Bei Competenzconflicten zwischen Militär- und Civilgerichten tritt dasselbe Verfahren ein, wie bei Com-

*x. N. 27. Inf. n. 11. März 1862 §. 1.*

petenzconflicten zwischen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden.

§. 31.

Die Erlassung besonderer Gesetze über die Advocatur und das Notariat bleibt vorbehalten.

§. 32.

Ueber die Einführung dieser Gerichts-Verfassung werden besondere gesetzliche Bestimmungen ergehen.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime = Canzlei = Siegel.

Braunschweig, den 21. August 1849.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Geyso.



G e s e z,

die

## Einführung der Gerichtsverfassung vom 21. August 1849

betreffend.

d. d. Braunschweig, den 19. März 1850.

*Graf v. J. 1850. № 12.*

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Wir erlassen nach Ansicht des §. 32. des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, mit Zustimmung der Versammlung der Abgeordneten, folgende gesetzliche Bestimmungen:

§. 1.

Die durch das Gesetz vom 21. August 1849 festgestellte Gerichtsverfassung tritt mit dem 1. Juli d. J. in Wirksamkeit und mit ihr

die Strafproceß-Ordnung, die Civilproceß-Ordnung, das Gesetz, die Prüfungen der Candidaten des Rechts, der Advocatur, des Notariats und des Richteramts betreffend,

Gesetz über die Einführung der Gerichtsverfassung. 13

die Advocaten-Ordnung, die Notariats-Ordnung, das Gesetz, die Beamten der gerichtlichen Polizei betreffend, das Gesetz über die Normalgehälter der Gerichts-Hülfs- und Unterbeamten, und

das Gesetz, die Verlegung des Amts Thedingshausen an den Kreis Braunschweig betreffend.

§. 2.

Bei dem Eintritte dieser Gesetze kommen indeß die nachstehenden Uebergangsvorschriften zur Anwendung.

§. 3.

1. Gerichtsverfassung.

Die von dem Präsidenten des Obergerichts vor dem 1. Juli d. J. vorzunehmende Vertheilung der Mitglieder desselben in dessen Senate (§. 3. der Gerichtsverfassung) soll fortbestehen bis zum 1. Januar 1852.

§. 4.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die für die Gerichtsbeamten und Staatsanwälte, so wie für die Beamten der gerichtlichen Polizei und die Gerichts-Hülfs- und Unterbeamten festgesetzten Gehalte treten vorerst nicht in Wirksamkeit, vielmehr bleibt die endliche Regulirung dieser Gehalte bis zur Feststellung des nächsten Staatshaushalts-États vorbehalten.

§. 5.

Den Gerichtsbeamten, den Beamten der gerichtlichen Polizei und den Gerichtsunterbeamten gebührt für die wegfallenden Nebengebühren eine billige Entschädigung, welche jedoch, falls sie demnächst in höhere Gehalte vorrücken, auf diese angerechnet wird.

Die Feststellung dieser Entschädigung erfolgt durch das Herzogl. Staatsministerium.

§. 6.

Die Verlegungen der Gerichtsbeamten erfolgen bis zum 1. Juli d. J. nach den jetzt bestehenden Grundsätzen.

## §. 7.

## 2. Strafverfahren.

Die zuständigen Verwaltungsbehörden werden die im §. 111. der Strafproceß-Ordnung vorgeschriebenen Listen der als Geschworene zulässigen Personen im April d. J. aufstellen und die im §. 112. vorgeschriebene Mittheilung derselben unter den Kreisgerichten soll im Mai d. J. stattfinden.

Die folchergehalt aufgestellten Listen sind gültig bis zum 1. Januar 1852.

An die Stelle der in §. 107 unter Nro. 4. der Strafproceß-Ordnung erwähnten Mitglieder der Bezirksausschüsse treten die Mitglieder der Amtsräthe.

## §. 8.

Vor dem 1. Juli d. J. anhängig gewordene Strafsachen, in welchen noch kein Erkenntniß verkündigt ist, werden,

1. wenn sie vor die Amts-, Stadt- oder Kreisgerichte gehören, an den öffentlichen Ankläger des nach der neuen Gerichtsverfassung zuständigen Gerichts,
2. wenn sie vor die Schwurgerichte gehören, falls die Voruntersuchung als beendet nicht anzusehen ist, an den Untersuchungsrichter, andernfalls an den Staatsanwalt abgegeben, zur Beforgung des Weitern.

## §. 9.

Gegen Straferkenntnisse, welche vor dem 1. Juli d. J. verkündigt, aber noch nicht vollstreckbar sind, ist das Rechtsmittel der weitem Vertheidigung nach dem bisherigen Verfahren zulässig und über dasselbe wird nach den jetzt bestehenden Vorschriften entschieden.

Ueber dasselbe entscheidet, insofern es gegen Erkenntnisse des Oberlandesgerichts gerichtet ist, der erste Senat, und insofern es gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte gerichtet ist, der zweite oder dritte Senat des Obergerichts.

## §. 10.

Straferkenntnisse, welche entweder in Gemäßheit der Bestimmungen des §. 9. nach dem 1. Juli d. J. in letzter Instanz abgegeben werden, oder welche am 1. Juli d. J. vollstreckbar sind, können nur durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (St.-P.-O. §§. 173 und 174.) beseitigt werden.

Die Vollstreckung derselben ist von der Behörde zu besorgen, welcher die Strafproceß-Ordnung sie überträgt, und ihr sind zu dem Ende die Acten abzugeben.

## §. 11.

Für die nach §. 74. der Strafproceß-Ordnung in Wrogsachen abzugebenden Erkenntnisse soll, falls der Angeschuldigte die Abänderung oder Zurücknahme derselben nicht beantragt, nur die Hälfte der unter Nro. 1. A. B. C. der Sporkel-Ordnung in Strafsachen ausgeworfenen Sätze erhoben werden.

## §. 12.

## 3. Civil-Proceß.

Alle vor dem 1. Juli d. J. anhängig gewordenen Civil-Proceß-Sachen, in welchen noch kein Erkenntniß publicirt oder insinuiert ist, werden an die, nach der Gerichtsverfassung zuständigen Gerichte abgegeben.

Ist bereits erkannt, so gehört auch das fernere Verfahren vor das bisher competente Gericht.

## §. 13.

In den Civil-Sachen, in welchen am 1. Juli d. J. ein Erkenntniß noch nicht erfolgt ist (§. 12.), wird das Verfahren bis zum Erkenntniß nach den jetzt bestehenden Vorschriften fortgesetzt.

Wird auf Beweis erkannt, so ist mit der Antrittung der Beweise und Gegenbeweise, sowie mit den Erklärungen der Parteien über die producirten Beweismittel entweder in Terminen oder innerhalb Fristen nach den bisherigen Vorschriften zu verfahren, die weitem Proceßhandlungen aber

sind nach den Bestimmungen der Civilproceß-Ordnung vorzunehmen.

§. 14.

Ist in einer Civil-Sache vor dem 1. Juli d. J. bereits ein Interlocut erfolgt, so wird das Beweisverfahren nach den jetzt bestehenden Proceß-Vorschriften beendet und nach diesen darüber erkannt.

§. 15.

Vor dem 1. Juli d. J. erhobene Interventionen und Incidentsreite werden nach den §§. 13 und 14. gegebenen Bestimmungen behandelt.

§. 16.

Gegen die vor dem 1. Juli d. J. abgegebenen, nicht rechtskräftigen Erkenntnisse in Civil-Sachen bleibt das zunächst zuständige Rechtsmittel zulässig (vergl. unten Absatz 3.) und wird nach den jetzt bestehenden Verfahren erledigt.

Ueber Appellationen gegen Erkenntnisse des Oberlandesgerichts entscheidet der erste Senat, über Appellationen gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte dagegen der zweite oder dritte Senat des Obergerichts.

Gegen die nach dem 1. Juli d. J. abgegebenen Civil-Erkenntnisse erster oder zweiter Instanz finden nur die in der Civil-Proceß-Ordnung nachgelassenen Rechtsmittel statt, mit dem durch dieselbe vorgeschriebenen Verfahren.

Gegen reformatorische, nach dem bisherigen Verfahren von den Stadt-, Amts- oder Kreisgerichten nach dem 1. Juli d. J. in der Supplications-Instanz abgegebene Erkenntnisse steht jedoch der Partei, gegen welche reformirt ist, noch das Rechtsmittel der Berufung nach den Bestimmungen der Civil-Proceß-Ordnung zu, insofern nach den bisherigen Gesetzen ein Rechtsmittel überhaupt noch zulässig gewesen sein würde.

§. 17.

Die Concurse, in welchen bereits das Prioritäts-

kenntniß abgegeben ist, werden nach dem bisherigen Verfahren beendet.

Ist das Prioritäts-Erkenntniß noch nicht abgegeben, so sind die weitem Prozeduren nach der Civil-Proceß-Ordnung vorzunehmen.

§. 18.

Vor dem 1. Juli d. J. rechtskräftig entschiedene Sachen können nur in den Fällen, in welchen nach der Civil-Proceß-Ordnung eine Wiederaufnahme des Verfahrens in Folge der Revisionsklage oder der Nichtigkeitsklage (§. 350 fg.) zulässig ist, wieder zur Verhandlung kommen.

§. 19.

Die Vollstreckung aller rechtskräftigen Erkenntnisse geht, insofern sie nicht bereits vor dem 1. Juli d. J. verfügt oder beantragt ist, mit dem 1. Juli d. J. auf die Gerichte über, welchen solche die Civil-Proceß-Ordnung überträgt.

§. 20.

Es bleibt der Landes-Regierung überlassen, zur Beforgung der gerichtlichen Inquisitionen auch Postboten und das Polizei-Militair, nach vorgängiger Beeidigung derselben auf dieses Geschäft, benutzen zu lassen.

§. 21.

4. Gerichts-, Advocaten- und Anwalts-Gebühren.

In allen vor dem 1. Juli d. J. anhängig gewordenen Straf- und Civil-Proceß-Sachen sind, bis dahin, daß das Verfahren in ein, nach den neuen Gesetzen zu behandelndes Stadium getreten ist, die Gerichts-Gebühren nach der jetzigen Spotteltaxe, die Advocaten- und Anwalts-Gebühren aber nach den bisherigen Grundsätzen zu berechnen.

§. 22.

5. Vormundschafts-Sachen.  
In Vormundschafts-Sachen bleibt die Zuständigkeit

18 Gesetz über die Einführung der Gerichtsverfassung.

der Kreisgerichte, wie solche bisher bestanden hat, unverändert.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 19. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Seyso. Langerfeldt.

Verordnung,  
die

**Publication der Strafproceß-  
Ordnung**  
betreffend.

d. d. Braunschweig, den 22. August 1849.

*gef. 7. d. 1849. Nr. 36. — 22. 1858. Nr. 25. 26.*

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg ic.

Nachdem die Abgeordneten-Versammlung der beigefügten Strafproceß-Ordnung die Zustimmung ertheilt hat, so bringen Wir solche hierdurch zur allgemeinen Kenntniß, und wie dieselbe erst mit Einführung der durch das Gesetz vom 21. d. Mts. festgesetzten Gerichtsverfassung in Wirksamkeit treten kann, so bleiben die weiter erforderlichen gesetzlichen Bestimmungen hierüber vorbehalten.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 22. August 1849.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Seyso.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg ic.

Zur Ausführung des Gesetzes vom 20. April 1848  
erlassen Wir, mit Zustimmung der Abgeordneten des Lan-  
des, nachstehende

## **Strafproceßordnung.**

### **Erster Theil.**

#### **Allgemeine Bestimmungen.**

#### **Titel 1.**

##### **Leitende Grundsätze.**

###### **§. 1.**

In Strafsachen soll ein Verfahren nur auf Antrag  
eines öffentlichen Anklägers eingeleitet werden.

###### **§. 2.**

Ausgenommen von den Bestimmungen des §. 1 sind  
Beleidigungen (Crim.-G.-B. §. 198), Verläumdungen  
(das. §. 199) und Verbreitung falscher Nachrichten über  
eine Person (das. §. 202) hinsichtlich deren der Ge-  
ränkte selbst als Ankläger auftritt, sobald nicht dieserhalb nach  
den Gesetzen von Amtswegen einzuschreiten ist. Auch blei-

ben die den Gerichten in §. 32 eingeräumten Befugnisse  
vorbehalten. *Nr. 45. Ges. v. 20. April 1848 §. 1.*  
§. 3.

Nach ihrem gemeinsamen Berufe haben sowohl die  
Gerichte, wie die bei denselben angestellten Staatsanwälte  
und sonstigen öffentlichen Ankläger darüber zu wachen,  
daß bei dem Strafverfahren die gesetzlichen Vorschriften  
beobachtet, Schuldlose nicht verfolgt und Schuldige der ver-  
dienten Strafe nicht entzogen werden.

Insbesondere ist es die Aufgabe der Untersuchungs-  
richter und Gerichtsbehörden, die gewissenhafteste Sorge  
dafür zu tragen, daß der Angeklagte nicht ohne genügen-  
den gesetzlichen Grund an der freien Verfügung über seine  
Person oder über sein Vermögen verkömmert und daß bei  
Ermittelung der Vergehen jede dem Angeklagten nachthei-  
lige Einseitigkeit, Ungenauigkeit und Unvollständigkeit ver-  
mieden werde.

###### **§. 4.**

Die Staatsanwälte handeln auch als öffentliche An-  
kläger den Gerichten gegenüber selbstständig, und haben  
nur die Weisungen des bei der höheren Instanz angestell-  
ten Staatsanwaltes zu befolgen.

Wird ihnen von ihrem Vorgesetzten die Einleitung  
einer Untersuchung oder eines Hauptverfahrens gegen eine  
nach ihrer Ueberzeugung unschuldige Person aufgetragen,  
so haben sie ungesäumt ihrem Vorgesetzten Anzeige zu ma-  
chen, welcher in diesem Falle die Angelegenheit an sich zie-  
hen oder durch ein anderes Mitglied der Staatsanwalts-  
schaft betreiben lassen wird.

Der Cassationshof kann jedoch dem Ober-Staatsan-  
walte, nachdem derselbe zuvor gehört worden, die Einlei-  
tung oder Fortsetzung der Untersuchung und des fernerer  
Verfahrens anbefehlen. Erklärt der Ober-Staatsanwalt,  
daß er die Befolgung des Befehls mit seiner rechtlichen  
Ueberzeugung nicht vereinigen könne, so ist der Cassations-

*Nr. 19. Ges. v. 28. März 1861. §. 6.*

hof befugt und verpflichtet, einen Vertreter des Oberstaatsanwaltes für den Fragefall zu ernennen.

## §. 5.

Die Ausführung der gerichtlichen Verfügungen und die erforderliche Benachrichtigung von denselben, so wie die Erledigung gerichtlicher Requisitionen, liegt den Staatsanwälten ob. Sie haben namentlich Vorladungen, Behandlungen, Vollziehung von Verhaftsbefehlen, Aufnahme in die Gefängnisse, sowie die Vollziehung der erkannten Strafen zu besorgen und die erforderlichen Vollziehungsbescheinigungen zu den gerichtlichen Akten zu bringen.

Die Gerichtsunterbedienten, Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben den an sie zu diesem Zwecke ergehenden Aufforderungen der Staatsanwälte Folge zu leisten.

Die Amts- und Stadtgerichte bedürfen in den obigen Beziehungen der Mitwirkung der Staatsanwaltschaft nicht.

## §. 6.

Zwangsmittel, durch welche der Angeklagte zu irgend einer Erklärung genöthigt werden soll, sind unzulässig.

## §. 7.

Der Angeklagte kann sich in allen Strafsachen des Beistandes eines Vertheidigers aus der Zahl der Advocaten auf seine Kosten bedienen, in jedem Verhöre mit ihm erscheinen und sich in jeder Lage der Untersuchung mit ihm ohne Zeugen besprechen. Bei Strafsachen, welche vor den Criminalsenat des Obergerichts gehören, wird dem Angeklagten erforderlichen Falls, und zwar, wenn er arm und die Competenz des Criminalsenats durch die Schwere der angedrohten Strafe begründet ist, auf Kosten des Staats, ein Vertheidiger beigeordnet. *N. 45. Gf. m. 300 d. 1857. §. 2.*

## §. 8.

Dem Vertheidiger ist die Einsicht der Akten im Gerichtssal, selbst während der Voruntersuchung, zu gestat-

*Empfänger*

ten, sobald der Angeklagte verhaftet, ein Verhör mit demselben erfolgt, oder eine Hausdurchsuchung oder Beschlagnahme gegen denselben verfügt ist. Eine Aushändigung der Akten an den Vertheidiger findet nicht statt.

## §. 9.

In jeder Lage des Verfahrens entscheidet über die Verhaftung des Angeschuldigten und deren Fortdauer das Gericht, und zwar in den vor die Kreisgerichte oder den Criminalsenat des Obergerichts gehörigen Fällen nach Anhörung des Staatsanwalts.

## §. 10.

Der durch eine strafbare Handlung Beschädigte kann nach Maßgabe der Bestimmungen des gemeinen Rechts seine Ansprüche persönlich oder durch einen bevollmächtigten Rechtsbeistand im Strafverfahren geltend machen.

Steht er im Laufe der Untersuchung von der Verfolgung seiner Ansprüche ab, so ist dies zwar ohne Einfluß auf ein späteres Verfahren im Civil-Process, indeß ist er in diesem Falle zum Ersatze der durch seine Anträge verursachten Kosten verpflichtet.

Da, wo in der Hauptverhandlung den öffentlichen Anklägern gestattet ist, Anträge zu machen, ist auch der Beschädigte zu hören.

## Titel 2.

Von der Zuständigkeit der Gerichte.

## §. 11.

Die Zuständigkeit der Gerichte in Strafsachen, soweit solche durch das zu erkennende Strafmaß bedingt wird, bestimmt das Gesetz über die Gerichtsverfassung vom 21. August 1849.

Dieselbe richtet sich nach der höchsten durch das Gesetz angedrohten Strafe. *N. 45. Gf. m. 300 d. 1857. §. 2.*

*N. 45. Gf. m. 9. Febr. 1855.*  
*N. 45. Gf. m. 9. Febr. 1855.*

## §. 12.

Bei Verbrechen, welche im Herzogthume begangen sind, ist sowohl das Gericht des Orts des begangenen Verbrechens (forum delicti commissi), als auch das Gericht des Wohnorts des Thäters (forum domicilii) zuständig; unter beiden entscheidet die Prävention.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit kann jedoch, selbst wenn sich bereits eines der electio competenten Gerichte mit der Untersuchung befaßt hat, die Leitung derselben vom Anklagesenate des Obergerichts dem andern Gerichte übertragen werden.

Bei Verbrechen, welche außerhalb des Herzogthums begangen sind, ist das Gericht des Wohnorts des Thäters zuständig. Ist der Thäter ein Fremder, so ist das Gericht des Aufenthaltsorts oder der Ergreifung (forum deprehensionis) zuständig.

## §. 13.

Das wegen des schwersten begangenen Verbrechens zuständige Gericht ist auch wegen aller anderen, von derselben Person verübten, durch das Criminalgesetzbuch mit Strafe bedrohten strafbaren Handlungen, sowie wegen aller Mitschuldigen (Cr.-G.-B. §. 41 bis 54) zuständig.

## §. 14.

Unter mehren einander untergeordneten Gerichten hat dasjenige zu erkennen, welches zuständig ist, wenn die wegen der einzelnen Verbrechen derselben Person zu erکنnenden Strafen zusammengerechnet werden. §. 73. 84.

## §. 15.

Sind von demselben Thäter in verschiedenen Gerichtsbezirken Verbrechen begangen, oder ist die Untersuchung gegen mehre Genossen gerichtet, so bestimmt, wenn mehre demselben Kreisgerichte untergeordnete Amts- oder Stadtgerichte kompetent sind, das vorgesezte Kreisgericht, in jedem andern Falle dagegen der Anklagesenat des Ober-

gerichts dasjenige Gericht, welches die Untersuchung zu leiten hat.

**Titel 3.**

## Von Ablehnung der Gerichtspersonen.

## §. 16.

Anträge auf Ablehnung der Richter und Secretaire auf Grund der bestehenden bleibenden gesetzlichen Bestimmungen kann der Angeschuldigte, der öffentliche Ankläger und der Beschädigte stellen.

## §. 17.

Sie sind bei dem Gerichte anzubringen, bei welchem der Abzulehnende angestellt ist, und über dieselben entscheidet, wenn sie gegen Angestellte bei Stadt- und Amtsgerichten gehen, das Kreisgericht, wenn sie gegen Angestellte bei einem Kreisgerichte gehen, der Criminalsenat des Obergerichts, und wenn sie gegen ein Mitglied des Obergerichts gerichtet sind, der Cassationshof. *N. 19. G. 28. 1861.*

Die Ablehnung eines collegialischen Gerichts im Ganzen ist unzulässig. *N. 19. G. 28. 1861. §. 7.*

## §. 18.

Alle Verhandlungen und Entscheidungen über Recusationsanträge erfolgen in öffentlicher Sitzung. Vor der Entscheidung ist der Abgelehnte und die andere Partei zu hören. *N. 19. G. 28. 1861. §. 7.*

## §. 19.

Jeder Richter oder Secretair ist verpflichtet, ihm bekannte Ablehnungsgründe anzuzeigen, über welche das zuständige Gericht nach Anhörung des öffentlichen Anklägers ohne weitere Verhandlung entscheidet.

## §. 20.

Bestehen zwischen dem Richter oder Secretair und dem Angeklagten ungeeignete Verhältnisse, so sind jene berechtigt, unter Versicherung auf ihren Dienstleid, daß derartige Verhältnisse obwalten, sich selbst zu recusiren.

## §. 21.

Der Angeklagte, welcher aus einem bestimmten gesetzlich genügenden Grunde den Richter oder Secretair recussirt, wird in allen Fällen zur Bewahrheitung des Recusationsgrundes durch den ~~Ver~~horreszenzzeit zugelassen.

## §. 22.

Ablehnung der öffentlichen Ankläger ist nicht zulässig. Bestehen zwischen ihnen und dem Angeklagten ungeeignete Verhältnisse, so haben sie ihre Vertretung durch andere zu erwirken.

Unter der gleichen Voraussetzung hat der Angeklagte das Recht, auf die Ersetzung des zuständigen öffentlichen Anklägers bei dessen Vorgesetztem anzutragen.

Bei der desfalligen Entscheidung des Vchtern hat es sein Bewenden.

**Titel 4.**

Von der Verfolgung der Vergehen, den dabei thätigen Beamten und ihrem gegenseitigen Verhältnisse.

## §. 23.

Die Erforschung der Vergehen, die Ermittlung des Thatbestandes und der Thäter liegt zunächst den öffentlichen Anklägern und unter deren Leitung und Anweisung den sämtlichen Beamten der gerichtlichen Polizei ob.

Vergehen, deren Bestrafung gesetzlich von dem Antrage einer Behörde oder einer Privatperson abhängig ist, darf der öffentliche Ankläger nur verfolgen, wenn ein solcher Antrag schriftlich in glaubhafter Form oder mündlich bei ihm angebracht wird. Die von ihm über derartige Anträge aufgenommenen Protocolle haben öffentlichen Glauben. Er ist befugt, die gerichtliche Verfolgung zu verweigern, wenn er sie gesetzlich nicht für begründet hält.

Ueber Beschwerden wegen solcher Verweigerungen

*Enfian.*

entscheidet der vorgelegte Staatsanwalt und in letzter Instanz der Cassationshof. *18. 9. 28. März 1861. S. 6.*

## §. 24.

Die öffentlichen Ankläger sind

bei den Stadt- und Amtsgerichten die Beamten der gerichtlichen Polizei, nach Maßgabe des Gesetzes;

bei den Kreisgerichten die Staatsanwälte und deren Gehülfen;

bei dem Obergerichte der Ober-Staatsanwalt und dessen Gehülfe.

Es handeln jedoch außerdem bei allen Gerichten des Landes als öffentliche Ankläger:

in Forst- und Jagdwegen, so wie

in Zoll- und Steuercontraventionsfällen die zu deren Verfolgung gesetzlich ernannten Beamten.

Die Staatsanwälte haben auch in diesen Sachen die Beobachtung der Gesetze zu überwachen, und sind berechtigt, desfallige Anträge bei den Gerichten zu stellen.

## §. 25.

In den zur Competenz der Kreisgerichte und des Criminalsenats des Obergerichtes gehörigen Sachen haben die Staatsanwälte alle Wahrnehmungen, Anzeigen und Mittheilungen, die ihnen von Privatpersonen oder öffentlichen Beamten und Behörden über Vergehungen gemacht werden, zu sammeln.

Die sämtlichen Beamten der gerichtlichen Polizei sind verpflichtet, alle Spuren von Vergehungen zu erfunden, die That und den Thäter zu erforschen, den betreffenden Staatsanwalt von allen erheblichen Umständen unter Anschluß der bezüglichen Actenstücke sofort in Kenntniß zu setzen und dessen Befehlen und Anweisungen in dieser Hinsicht ungesäumt Folge zu leisten.

Die Gerichtsbehörden setzen von allen Vergehungen,



die zu ihrer amtlichen Kunde gelangen, den Staatsanwalt gleichfalls ungesäumt in Kenntniß.

## §. 26.

Die §. 25 enthaltenen Bestimmungen gelten in den zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen auch für die bei denselben angestellten öffentlichen Ankläger.

## §. 27.

Weder die Staatsanwälte noch die sonstigen Beamten der gerichtlichen Polizei sind befugt, Zeugen, Sachverständige oder Angeklagte durch einen Befehl vor sich zu laden, und von ihnen über derartige Vernehmungen aufgenommene Protocolle haben keinen öffentlichen Glauben.

## §. 28.

Das Recht, in Strafsachen Vorladungsbefehle zu erlassen und über die Vernehmung von Zeugen, Sachverständigen oder Angeklagten glaubhafte Protocolle aufzunehmen, steht ausschließlich den Gerichtsbehörden zu.

Dasselbe gilt von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen von Papieren oder sonstigen Gegenständen.

## §. 29.

Bei der Verfolgung eines Verbrechens auf frischer That haben ausnahmsweise die Staatsanwälte sowie die sonstigen Oberbeamten der gerichtlichen Polizei das Recht, Verhaftungen und Hausdurchsuchungen zu verfügen, so wie Papiere oder andere Gegenstände mit Beschlagnahme zu belegen; sie sind jedoch in diesem Falle verpflichtet, die Vornahme der Verhaftung, sowie das Ergebnis ihrer Nachforschung und die mit Beschlagnahme belegten Gegenstände binnen 24 Stunden dem betreffenden Gerichte zum Zwecke weiterer Verfügungen mitzutheilen.

## §. 30.

Die Polizei-, Steuer- und Forstbeamten, welche als öffentliche Ankläger auftreten oder Geschäfte der gerichtlichen Polizei zu verrichten haben, werden dadurch in der

*Verfahren.* Strafproceßordnung. 4. *Verf. 29*  
Ausübung der ihnen sonst vermöge ihrer amtlichen Stellung zustehenden Befugnisse nicht beschränkt.

## §. 31.

Die Gerichte wirken neben dem öffentlichen oder Privatankläger auf deren Antrag mit zum Zwecke der Feststellung des Thatbestandes, sowie der Ermittlung der Vergehungen und des Thäters durch eine gerichtliche Voruntersuchung, deren Führung in den geeigneten Fällen dem bei jedem Kreisgerichte angestellten Untersuchungsrichter obliegt.

## §. 32.

Auch ohne besondere Aufforderung des öffentlichen Anklägers haben die Gerichte, insbesondere die Untersuchungsrichter, sowie die Amts- und Stadtgerichte diejenigen gerichtlichen Handlungen vorzunehmen, welche zur Sicherung der Rechtsverfolgung sofort erforderlich sind; namentlich liegt ihnen die Aufnahme der ersten Protocolle, die Feststellung und Sicherung des Thatbestandes, die Ermittlung der im Laufe der Zeit schwindenden Anzeigen, endlich aber die Verhaftung des Angeschuldigten ob, wenn diese zulässig und erforderlich ist.

Die desfallsigen Verhandlungen sind ungesäumt dem öffentlichen Ankläger mitzutheilen und dessen weitere Anträge abzuwarten.

## §. 33.

Eine gerichtliche Voruntersuchung findet in allen der Entscheidung des Criminalsenats des Obergerichts zugewiesenen Fällen statt.

In den zur Competenz der Kreisgerichte gehörigen Sachen ist sie zulässig, wenn der Ankläger darauf anträgt. Unstatthaft ist dagegen die Voruntersuchung in allen zur Competenz der Stadt- und Amtsgerichte gehörigen Sachen.

## §. 34.

Die gerichtliche Voruntersuchung beschränkt sich zwar lediglich auf die verbrecherische That, hinsichtlich derer

sie beantragt ist, umfaßt diese jedoch, ohne daß es eines neuen Antrags bedarf, in allen wesentlichen Beziehungen und rücksichtlich aller Theilnehmer.

## §. 35.

Der Zweck der gerichtlichen Voruntersuchung ist allein der: das Dasein und die Art des Verbrechens, die Person des Thäters oder die für oder gegen den Verdächtigen sprechenden Anzeigen so weit zu erforschen und festzustellen, als dies zur Begründung der Anklage und Vorbereitung des Hauptverfahrens erforderlich ist.

## §. 36.

Die Untersuchungsrichter handeln selbstständig, sie verfahren nach den bestehenden Regeln des Untersuchungs-Processes, sie sind der Aufsicht der Kreisgerichte unterworfen und verbunden, deren Weisungen Folge zu leisten.

Ueber Beschwerden gegen Verfügungen der Untersuchungsrichter, sowie über Differenzen zwischen letzteren und den öffentlichen Anklägern entscheiden die Kreisgerichte und in letzter Instanz der Anklagesenat des Obergerichts.

## §. 37.

Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen dürfen die Untersuchungsrichter, wenn Gefahr im Verzuge liegt, selbstständig verfügen; sie haben davon jedoch zum Zwecke der Wirkung eines Collegialbeschlusses den Kreisgerichten binnen 24 Stunden Anzeige zu machen. Dasselbe gilt von Amts- und Stadt-Gerichten in den Fällen, wo dieselben die Geschäfte der Untersuchungsrichter zu versehen haben.

In allen andern Fällen wird über die Zulässigkeit von Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen eine vorgängige Verfügung der Kreisgerichte erfordert, sobald in der Hauptsache deren Zuständigkeit oder die des Criminalsenates des Obergerichts begründet ist.

In den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Fällen sind die bei diesen angestellten Richter befugt, selbst-

ständig Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen zu verfügen; von Verhaftungen, wenn solche auf länger als 24 Stunden verfügt werden, haben sie jedoch unter Angabe der Gründe dem vorgesetzten Kreisgerichte binnen 24 Stunden Anzeige zu machen.

## §. 38.

Dem Ermessen des Untersuchungsrichters ist es überlassen, ob und welche Zeugen schon in der Voruntersuchung zu beidigen sind. Die Beidigung der Zeugen muß erfolgen, falls zu besorgen ist, daß deren Zeugniß bis zur Hauptverhandlung verloren gehen könne. Dasselbe gilt rücksichtlich der Zeugen, deren Vorladung zur Hauptverhandlung nach §. 59 nicht erforderlich ist.

## §. 39.

Zeugen und Sachverständige werden vor den Untersuchungsrichtern bei Vermeidung der Realcitation vorgeladen. Erscheinen sie nicht, so ist ein Vorführungs-Befehl zu erlassen.

## §. 40.

In den Vorladungen soll ausdrücklich bemerkt werden, ob Jemand als Zeuge, Sachverständiger oder Angeklagter vorgeladen wird.

Alle Vorladungen sind den Geladenen persönlich zu behändigen.

Ist der Geladene abwesend, so genügt es, wenn die Vorladung dem betreffenden Gemeindevorsteher zugestellt wird; letzterer ist alsdann verpflichtet, dem Geladenen bei erster Gelegenheit Mittheilung davon zu machen.

## §. 41.

Der Untersuchungsrichter ist befugt, mit Zustimmung des Staatsanwaltes einzelne Untersuchungshandlungen, besonders Verhöre von Zeugen, welche nicht in dem Bezirke desselben Stadt-, Amts- oder Kreisgerichtes wohnen, durch Beauftragung des untergeordneten Stadt- oder Amtsgerichtes oder durch Requisition des betreffenden Kreisgerichtes vornehmen zu lassen.

## §. 42

Bei Voruntersuchungen in Strafsachen, welche zur Competenz des Criminalsenats des Obergerichts gehören, und wenn der Angeklagte verhaftet ist, muß derselbe vernommen oder wenigstens zu einem Verhöre vorgeladen werden.

In den übrigen Fällen entscheidet das Ermessen des Untersuchungsrichters; es darf jedoch dem Angeklagten ein verlangtes Verhör nicht verweigert werden.

## §. 43.

In dem ersten Verhöre, welches mit einem Angeklagten in der Voruntersuchung angestellt wird, hat der Untersuchungsrichter demselben vor weiterer Verhandlung zu eröffnen, daß er zu keiner Antwort oder Erklärung auf die ihm vorzulegenden Fragen gehalten sei.

Der Untersuchungsrichter ist verbunden, über diese Eröffnung die nöthige Bemerkung in dem Protocolle niederzulegen und vor weiterem Fortgange der Verhandlung dieselbe vom Angeklagten unterschreiben zu lassen.

Auch der Untersuchungsrichter und der Protocollführer haben jene Bemerkung zu unterschreiben.

Weigert der Angeklagte die Unterschrift, so ist dies unter Anführung der von demselben in dieser Beziehung hervorgehobenen Gründe ebenfalls ausdrücklich im Protocolle zu vermerken.

Die Nichtachtung dieser Vorschriften hat für den Untersuchungsrichter sowohl als den Protocollführer eine Geldstrafe von 2 Rthlr. zur Folge; im Uebrigen gelten die vorstehenden Bestimmungen für alle anderen gerichtlichen Behörden, soweit dieselben die Einleitung der Voruntersuchung zu besorgen haben.

## §. 44.

Der öffentliche Ankläger ist berechtigt, gerichtlichen Untersuchungsverhandlungen, welche in seinen Geschäftskreis gehören, beizuwohnen, mit dem Untersuchungsrichter unmittelbar in Verbindung zu treten, Anträge und Mit-

*Abgrenzung* Strafproceßordnung. 4. *Abgrenzung* 7. *Abgrenzung* 33  
theilungen zur Beförderung der Untersuchung an ihn zu richten und die zu seinem Geschäftskreise gehörigen Gerichtsacten einzusehen.

## §. 45.

Nach beendeter Untersuchung theilt der Untersuchungsrichter dem Staatsanwalt die Acten mit.

Ist dieser

1. der Ansicht, daß das fernere Verfahren einzustellen sei, so macht er
  - a. in den Sachen, welche nicht vor den Criminalsenat des Obergerichts gehören, hiervon dem Oberstaatsanwalt unter Reponirung der Acten Anzeige,
  - b. in den vor den Criminalsenat gehörigen Sachen sendet er dagegen die Acten binnen 3 Tagen an den Oberstaatsanwalt ein.
2. Ist die Sache nach der Ansicht des Staatsanwaltes fortzusetzen, so giebt er
  - a. wenn die Sache an ein Amts- oder Stadtgericht gehört, solche binnen 3 Tagen an den betreffenden öffentlichen Ankläger ab;
  - b. wenn das Hauptverfahren bei dem Kreisgerichte einzuleiten ist, so hat er dagegen binnen 3 Tagen, nachdem ihm die Acten vom Untersuchungsrichter vorgelegt sind, die förmliche Anklage einzureichen;
  - c. wenn die Sache vor den Criminalsenat des Obergerichts gehört, so hat der Staatsanwalt die Acten gleichfalls binnen 3 Tagen an den Oberstaatsanwalt einzusenden, welcher, wenn er die Ansicht des Staatsanwaltes theilt, in Gemäßheit des §. 96 verfährt, im entgegenge- setzten Falle aber die sachgemäße Weisung an diesen erläßt.
3. Hält der Staatsanwalt dafür, daß zur Wervollständigung der Untersuchung noch bestimmte, anzu-

gebende Handlungen vorgenommen werden sollen, so hat er den erforderlichen Antrag binnen 3 Tagen bei dem Untersuchungsrichter zu stellen und nach vollständiger Untersuchung den gesetzlichen Bestimmungen gemäß zu verfahren.

## §. 46.

In allen Fällen, welche vor den Criminalsenat des Obergerichts gehören, hat der Ober-Staatsanwalt, wenn nach dem Beschlusse desselben das fernere Verfahren gegen den Angeklagten eingestellt werden soll, davon dem Anklagesenat des Obergerichts unter Mittheilung der Acten Anzeige zu machen, der Anklagesenat aber, wenn er gegen den Beschluß des Ober-Staatsanwaltes nichts zu erinnern findet, die Acten spätestens nach Verlauf von 8 Tagen an das betreffende Kreisgericht zurückzusenden.

## §. 47.

Findet nach dem Beschlusse der Staatsanwaltschaft, des Kreisgerichts oder des Anklagesenats des Obergerichts ein ferneres Verfahren nicht Statt, so kann der Angeklagte, wenn er

- 1) zum Verhör gezogen, oder
- 2) verhaftet, oder wenn
- 3) eine Haussuchung oder Beschlagnahme gegen ihn verfügt war,

verlangen, daß der betreffende Beschluß ihm in glaubhafter Form kostenfrei von dem zuständigen Kreisgerichte ausgestellt und in der nächsten öffentlichen Sitzung vorgelesen werde.

Auch ist der etwa noch verhaftete Angeklagte in diesem Falle sofort frei zu lassen.

## §. 48.

Sobald übrigens ein solcher im vorigen §. erwähnter Beschluß dem Angeklagten überhaupt eröffnet oder insinuiert ist, kann die Untersuchung nur, wenn neue Beweismittel aufgefunden sind, wieder aufgenommen werden.

## Titel 5.

## Von dem Hauptverfahren.

## §. 49.

Ist die Einleitung des Hauptverfahrens gegen einen Angeklagten verfügt, so kann der Ankläger die Anklage nicht mehr zurücknehmen, sondern es muß das Verfahren durch ein Erkenntniß beendet werden.

In Bezug auf Privatanklagen bleibt es bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. *1. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.*

## §. 50.

In allen Strassachen soll das Hauptverfahren vor dem Endurtheile mündlich und öffentlich sein, und dieses in öffentlicher Sitzung verkündigt werden.

## §. 51.

Den öffentlichen Verhandlungen kann jeder Erwachsene, jedoch nur unbedecktes Hauptes, unbewaffnet und mit Beobachtung des gehörigen Anstandes, beiwohnen.

## §. 52.

Sollte durch die öffentlichen Verhandlungen Gefahr für die Sitten oder die öffentliche Ordnung entstehen, so kann das Gericht durch ein mit Gründen abzugebendes Erkenntniß für die ganzen Verhandlungen oder einen Theil derselben die Öffentlichkeit ausschließen und gegen ein solches Erkenntniß steht keiner Partei eine Beschwerde zu.

Dieses Erkenntniß ist indeß eben so, wie der Spruch der Geschwornen und das Endurtheil, in öffentlicher Sitzung zu verkündigen. Das Endurtheil kann als nichtig angefochten werden, wenn ohne gesetzlichen Grund die Öffentlichkeit ausgeschlossen ist.

## §. 53.

Der Hauptverhandlung in geheimer Sitzung können indeß die Gerichtsangehörigen, die Advocaten und, mit besonderer Erlaubniß des Gerichts, Einzelne beiwohnen;

auch kann der Angeklagte Verwandte und Freunde mitbringen.

## §. 54.

Der Vorsitzende oder der Richter, welcher die Verhandlungen leitet, hat zugleich das Recht und die Pflicht, die Ordnung und Ruhe im Sitzungssaale und in dessen Nähe zu erhalten.

Er kann zu dem Ende diejenigen, welche durch Verfall oder Mißfallen oder durch andere Ungebühr die Verhandlungen stören, ermahnen, entfernen, selbst den Sitzungssaal zum Theil oder ganz auf einige Zeit räumen und die in dessen Nähe versammelte Menge auseinander treiben lassen.

Er ist befugt, jeden Widerspenstigen bis auf 24 Stunden in Haft führen zu lassen.

Die Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben seinen Aufforderungen zur Ausführung solcher Anordnungen nachzukommen.

## §. 55.

Werden in öffentlicher Sitzung Verbrechen begangen, so kann das Gericht auf Antrag des öffentlichen Anklägers sofort die verwirkten Strafen erkennen, ohne weitere Förmlichkeit, als daß der Thäter vernommen, und der Antrag des öffentlichen Anklägers und die Verantwortung des Angeeschuldigten gehört wird, insofern die zu erkennende Strafe die Zuständigkeit des Gerichts nicht übersteigt.

## §. 56.

Die Leitung des öffentlichen Verfahrens gebührt dem Richter, bei collegialischen Gerichten dem Vorsitzenden. Dieser bestimmt die Ordnung, in welcher mehrere Angeeschuldigte, die Zeugen und Sachverständigen zu hören, ob sie abzutreten und wieder einzutreten haben und gegen einander zu hören sind.

Er kann das Verhör des Angeklagten und der Auskunftspersonen einem der Richter übertragen, auch den Ver-

*Verfahrenen* Straßproceßordnung. *Freig. d. Prof.* 37  
 teien gestatten, an die Auskunftspersonen, sowie den Geschwornen, an den Angeklagten und die Auskunftspersonen directe Fragen zu stellen.

Ohne seine Genehmigung darf Niemand das Wort nehmen.

## §. 57.

In dem dem Enderkenntnisse vorhergehenden mündlichen Verfahren ist der öffentliche Ankläger und der Angeeschuldigte zu hören, die Beweisaufnahme vorzunehmen und die Vertheidigung des Angeklagten mündlich zu führen.

## §. 58.

Es bleibt bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über die Zulässigkeit der Beweismittel in Strafsachen. Der Reinigungsseid ist abgeschafft.

Eidesmündigkeit tritt mit dem vollendeten 18ten Lebensjahre ein, die Vernehmung jüngerer Personen wird indeß hierdurch nicht ausgeschlossen.

## §. 59.

Zeugen, welche ihren Wohnsitz innerhalb des Kreises haben, in welchem die Hauptverhandlung stattfindet, imgleichen Zeugen, welche nicht über 5 Meilen vom Sitze des Kreisgerichts entfernt wohnen, vor welchem die Hauptverhandlung vor sich geht, müssen zu derselben vorgeladen werden. In den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen muß die Vorladung der Zeugen erfolgen, wenn diese in demselben Amts- oder Stadtgerichtsbezirke wohnhaft sind.

Die Gerichte sind übrigens befugt, über eine und dieselbe Thatsache, falls zum Beweise derselben eine größere Anzahl von Zeugen in Vorschlag gebracht ist, nach Befinden der Umstände nicht mehr, als höchstens fünf Zeugen zuzulassen.

Gleichmäßig werden Zeugen, welche erweislich nur

über unerhebliche Thatfachen aussagen sollen, nicht auf Kosten des Staates vorgeladen.

## §. 60.

Die Vereidigung der Zeugen, Sachverständigen und Schärer erfolgt vor deren Vernehmung, und zwar der Zeugen nach folgender Eidesformel:

»Ich N. N. schwöre, daß ich in der gegenwärtigen Untersuchungssache gegen N. N. nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit aussagen und daß ich nichts, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist, verschweigen will, so wahr mir Gott helfe!« —

## §. 61.

Der Eid der Sachverständigen soll lauten:

»Ich schwöre, daß ich das in der gegenwärtigen Untersuchungssache von mir geforderte Gutachten nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung abgeben will, so wahr mir Gott helfe!«

## §. 62.

Der Eid der Schärer soll lauten:

»Ich schwöre, daß ich die von mir in der gegenwärtigen Untersuchungssache geforderte Abhängung nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung dem wahren Werthe der von mir abzuschätzenden Gegenstände gemäß abgeben will, so wahr mir Gott helfe!«

## §. 63.

Der Vereidigung der Auskunftspersonen ist eine Erinnerung an die Heiligkeit der Handlung oder eine Warnung vor den Strafen des Meineides voranzuschicken.

## §. 64.

Bei allen collegialischen Gerichten sollen, mit Ausnahme des Cassationshofs, nicht mehr und nicht weniger

*Abtheilung* Straßproceßordnung. I. *Abtheilung* 39  
als drei Richter Beschluß fassen und es entscheidet Stimmenmehrheit, vorbehältlich jedoch der Bestimmungen in §. 92.

## §. 65.

Das Erkenntniß soll den Angeklagten für schuldig oder nicht schuldig erklären und mit Entscheidungsgründen abgeben, namentlich das angewendete Strafgesetz angeführt werden. Die zu entrichtenden, bereits liquiden Kosten sind in demselben zu verzeichnen.

## §. 66.

Die Gerichte sind bei der Abgabe des Erkenntnisses zwar an den thatsächlichen Inhalt der Anklage, nicht aber an die Rechtsausführungen und Strafanträge des Anklägers gebunden.

Ergeben sich im Laufe der Verhandlung neue, den Thatbestand ändernde Umstände, so kann zwar das Verfahren auf Antrag des Anklägers sistirt werden, es bedarf indeß, sofern das weitere Verfahren auf die neu ermittelten Thatfachen erstreckt werden soll, einer neuen Anklage.

## §. 67.

Der Schuldige ist auch in die Kosten des Verfahrens zu verurtheilen und Mehre haften solidarisch.

Die Kosten eines ohne Erfolg eingelegten Rechtsmittels trägt der, welcher dasselbe eingewandt hat. Ist dies der öffentliche Ankläger, so werden die Kosten niedergeschlagen. *§. 166.*

Wird ein Privatankläger abgewiesen oder läßt er seine Anklage fallen, so hat er die Kosten des ganzen Verfahrens zu erstatten. *§. 167. 2. 1.*

## §. 68.

Einer Belehrung über die dem Angeeschuldigten zustehenden Rechtsmittel bedarf es nicht.

## §. 69.

Ist der Angeklagte zu der Hauptverhandlung vorgeladen, jedoch nicht erschienen, so wird das Erkenntniß, als

ob er anwesend wäre, in der öffentlichen Sitzung mit Erfolg gegen ihn verkündigt.

## Zweiter Theil.

### Verfahren vor den Stadt- und Amtsgerichten.

#### §. 70.

Die Stadt- und Amtsgerichte werden vor Anfang jeden Jahrs die Tage der Woche, an welchen sie öffentliche Gerichtssitzungen zur Aburtheilung von Strafsachen halten, öffentlich bekannt machen, und zwar in Beziehung auf die Forst- und Jagdworogen thunlichst im Einvernehmen mit den Oberforstbeamten.

#### §. 71.

Wird ein Beschuldigter an einem Gerichtstage gestellt und ist er geständig, oder sind die Beweismittel zur Hand, so giebt das Gericht nach Anhörung des öffentlichen oder Privatanklägers und Beschuldigten, erforderlichen Falls nach erfolgter Beweisaufnahme, sogleich das Erkenntniß ab.

#### §. 72.

Die Strafanträge können sowohl zu Protocoll als schriftlich gemacht werden.

#### §. 73.

Gegen einen die Eröffnung der Untersuchung verweigern den Beschluß der Amts- und Stadtgerichte steht dem Ankläger eine Beschwerde an das vorgesetzte Kreisgericht zu.

Bei der Entscheidung des Letzten hat es sein Verdict. §. 14. 84.

#### §. 74.

Bei allen mit Geldstrafen bedrohten Vergehen erfolgt die Verurtheilung des Beschuldigten, ohne daß derselbe zuvor gehört wird, sofort auf den Strafantrag.

In dem Erkenntniße, welches dem Verurtheilten zu

behändigen ist, wird jedoch zugleich ein Termin, nicht über 8 Tage hinaus, angesetzt, in welchem der Erste etwaige Einwendungen gegen die erkannte Strafe geltend machen und auf Zurücknahme oder Abänderung des Erkenntnisses antragen kann.

Erscheint der Verurtheilte in diesem Termine, so tritt das in den §§. 75 und 76 vorgeschriebene Verfahren ein; erscheint er dagegen nicht, so wird das Erkenntniß mit dem Ablaufe des Termins sofort vollziehbar.

#### §. 75.

In allen, nicht unter §. 74 gehörigen Fällen wird der Beschuldigte zu dem nächsten öffentlichen Gerichtstage vorgeladen. Zwischen der Ladung und dem Verhörstermine muß, ausgenommen in Fällen dringender Eile, ein Zeitraum von mindestens 24 Stunden liegen; die Ladung selbst aber soll enthalten eine Angabe des Vergehens, der demselben gesetzlich angedrohten Strafe und die Verwarnung, daß, wenn der Beschuldigte nicht erscheine, dennoch gegen ihn verfahren und erkannt werden. Zugleich erfolgt die Benachrichtigung des Anklägers, sowie die Ladung der Auskunftspersonen und zwar dieser bei einer Strafe von 1 Rthlr. und bei Vermeidung der Realcitation. Dem Beschuldigten und dem Ankläger steht das Recht zu, nicht nur Zeugen am Gerichtstage mitzubringen, sondern auch die Vorladung amtsangehöriger Auskunftspersonen zeitig vorher bei dem Gerichte zu beantragen.

Alle vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen müssen spätestens in der zweiten öffentlichen Sitzung erledigt werden.

#### §. 76.

Der Vorgeladene kann in dem Verhörstermine selbst erscheinen oder sich durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen. *ad. O. 2. 1. 6.*

Das Gericht kann jedoch das persönliche Erscheinen

des Beschuldigten in allen Fällen vorschreiben, in denen ausschließlich auf Gefängniß zu erkennen ist.

## §. 77.

Erscheint der Beschuldigte, so wird er nach Vorlesung der etwa aufgenommenen Protocolle durch den Secretair und nach Anhörung des öffentlichen oder Privatanklägers vernommen und, wenn er geständig ist, zur Abgabe des Erkenntnisses, falls er läugnet, oder eine Erklärung verweigert, zur Beweisaufnahme geschritten, worauf sogleich das Urtheil erfolgt.

Eine Vertheidigung der Auskunftspersonen ist nur erforderlich, wenn solche der Beschuldigte, der Ankläger oder der Beschädigte verlangen.

## §. 78.

Erscheint der Beschuldigte nicht, so wird mit der Beweisaufnahme und dem Erkenntnisse im Ungehorsame gegen ihn verfahren und das Erkenntniß in öffentlicher Sitzung verkündigt.

## §. 79.

Erscheint der öffentliche oder Privatankläger nicht, so erfolgt die Freisprechung des Angeklagten.

In Bezug auf den Beschädigten tritt in diesem Falle, sofern derselbe wegen seiner Entschädigungsansprüche abhört hat, das Civilverfahren ein.

## §. 80.

Aus besondern Gründen, welche dem Richter darzulegen sind und worüber dieser entscheidet, können der öffentliche oder Privatankläger auch nach der Abgabe eines Contumacialerkenntnisses (§. 79) die nochmalige Ansetzung eines Termins, jedoch spätestens bis zur nächsten öffentlichen Sitzung, beantragen.

## §. 81.

Ueber die ganze Verhandlung wird von dem Secretair ein Protocoll aufgenommen, welches enthält die Namen der anwesenden Gerichtspersonen, des Anklägers, Na-

men, Vornamen, Alter, Stand und Wohnort des Beschuldigten und der Auskunftspersonen, eine gedrängte Beschreibung des Laufes der Verhandlung und den wesentlichen Inhalt der Anträge des Anklägers, der Anträge des Beschuldigten, den Vermerk, daß die Auskunftspersonen vernommen worden, das Erkenntniß, welches sich gesondert und zuerst über die Thatfrage, worüber der Richter nach gewissenhafter Ueberzeugung erkennt, dann aber über den Rechtspunkt auszusprechen hat und vom Richter zu unterschreiben ist, so wie dessen Verkündigung.

Ist der Secretair behindert, so kann der Richter selbst das Protocoll aufnehmen.

## Dritter Theil.

## Verfahren vor den Kreisgerichten.

## Titel 1.

## Einleitung des Hauptverfahrens.

## §. 82.

Ein Hauptverfahren vor dem Kreisgerichte findet nur Statt, wenn von dem öffentlichen und in den geeigneten Fällen von einem Privatankläger eine schriftliche Anklage überreicht ist.

## §. 83.

Die Anklage muß enthalten:

die genaue Bezeichnung der Person des Angeklagten, eine Darstellung der ihm zur Last gelegten That, sowie der erheblichen Nebenumstände, mit Bezugnahme auf das zur Anwendung zu bringende Strafgesetz, die Angabe der Beweismittel, insbesondere Namen, Stand und Wohnort der Zeugen.

## §. 84.

Nach Eingang der Anklage setzt das Gericht sofort einen Tag zum mündlichen Hauptverfahren an.



Findet es jedoch

- 1) daß seine Zuständigkeit nicht begründet ist; oder
- 2) daß die angeschuldigte Handlung gegen kein Strafgesetz verstößt, oder daß gar keine oder lediglich rechtlich unzulässige Beweismittel angegeben sind; oder endlich
- 3) daß die Sache in einzelnen Punkten noch einer weitern Erläuterung bedarf;

so spricht es:

- zu 1. seine Incompetenz durch ein Erkenntniß aus;
- zu 2. erkennt es, daß kein Grund zur Anklage vorliege, resp. verwirft es die Anklage in angebrachter Weise;
- zu 3. verweist es endlich die Sache behuf Beschaffung der erforderlichen Vervollständigung an den Staatsanwalt zurück.

*N. 19. J. 22. 1891/92.* Eine Beseitigung und Abänderung der in den Fällen unter 1 und 2 abgegebenen Erkenntnisse steht nur dem Cassationshofe zu; in dem Falle unter 3 dagegen findet gegen die Entscheidung des Kreisgerichts eine Beschwerde an den Anklagesenat des Obergerichts Statt.

*J. 14. J. 23.*

§. 85.

Eine Abschrift des die Untersuchung eröffnenden Beschlusses und der Anklageschrift ist dem Angeklagten und, falls derselbe verhaftet ist, auch dessen Verteidiger zuzustellen.

Dem Verhafteten werden diese Schriften durch den Secretair des Gerichts vorgelesen und er wird darüber vernommen:

welche Beweismittel zu seiner Verteidigung er herbeigeschafft, besonders welche Zeugen er vorgeladen zu sehen verlange.

Es kann ihm hiezu auch eine angemessene Frist verstattet werden.

Der nicht Verhaftete wird zugleich schriftlich mit der

Aufforderung vorgeladen, zur festgesetzten Stunde zu erscheinen, die zu seiner Verteidigung dienenden Beweismittel mit zur Stelle zu bringen, oder solche dem Gerichte so zeitig vor dem Gerichtstage anzuzeigen, daß sie noch herbeigeschafft werden können, mit der Warnung:

daß im Falle seines Ausbleibens nach gerichtlichem Ermessen mit der Untersuchung und Entscheidung in seinem Ungehorsame verfahren, oder seine Vorführung oder Verhaftung verfügt werde.

Die Vorladung an den Angeklagten muß mindestens 8 Tage vor der öffentlichen Sitzung erfolgen.

§. 86.

Die Auskunftspersonen (Zeugen, Sachverständige, Schärer), deren Abhörung der Angeklagte, oder der Staatsanwalt, oder der als Partei auftretende Beschädigte beantragt, oder das Gericht für erforderlich erachtet hat, werden vorgeladen, und eine Liste derselben ist dem Staatsanwalt und dem Angeklagten, Letzterem mit dem Beschlusse über Eröffnung der Untersuchung zu behändigen.

§. 87.

Gehört vorgeladene Auskunftspersonen, welche ohne erhebliche Entschuldigung nicht erscheinen, oder Erschienene, welche die Auskunft verweigern, sind auf den Antrag des Staatsanwaltes in eine Strafe von 20 Rthlr. oder 14tägiges Gefängniß, und bei fortgesetztem Ungehorsame in eine Strafe von 50 Rthlr. oder sechs wöchentliches Gefängniß zu verurtheilen.

Diese Strafen treten auch ein, wenn gegen ungehorsame Auskunftspersonen mit Erfolg ein Vorführungsbeehl erlassen ist.

Hat ihr Ungehorsam die Aussetzung des Termins zur Folge, so sind sie auch in die dadurch veranlaßten Kosten zu verurtheilen.

Wird ein erheblicher Verhinderungsgrund oder die nicht gehörig erfolgte Ladung nachgewiesen, so hebt das

Kreisgericht die erkannte Strafe nach Anhörung des Staatsanwaltes wieder auf.

Der Angeklagte und Beschädigte haben übrigens in allen Fällen das Recht, die Realcitation ungehorsamer Auskunftspersonen zu fordern.

## §. 88.

Auf den Grund bescheinigter erheblicher Hindernisse kann dem Antrage des Angeklagten auf Ansetzung eines andern Gerichtstages stattgegeben, es darf dieser jedoch ohne Zustimmung des Staatsanwaltes nicht über 4 Wochen hinausgesetzt werden.

## §. 89.

Die Kreisgerichte werden am Anfange jeden Jahres bestimmte Tage nach Bedürfnis in jeder Woche oder in jedem Monate festsetzen und öffentlich bekannt machen, an welchen die öffentlichen Verhandlungen in Strafsachen stattfinden.

## Titel 2.

Von dem öffentlichen und mündlichen Hauptverfahren.

## §. 90.

Nach eröffneter Sitzung läßt der Vorsitzende durch den Secretair die Anklage und den Beschluß über die Eröffnung der Untersuchung verlesen, vernimmt den Beschädigten und schreitet sodann zur Beweisaufnahme. Die Zeugen, Schärer und Sachverständigen werden abgehört, nachdem sie zuvor beeidigt oder, falls sie in der Voruntersuchung beeidigt worden, auf den geleisteten Eid verwiesen sind. In der Nähe befindliche Zeugen, deren Vernehmung durch die Verhandlungen erheblich erscheint, oder die vorgeladen und nicht erschienen sind, kann der Vorsitzende sofort durch den Gerichtsdiener herbeiholen lassen. Ist der Angeklagte geständig, so hängt es von dem Ermessen des Gerichts ab, ob und in wie weit eine Beweisaufnahme

stattfinden solle. Auch kann dasselbe es für genügend erklären, daß die Angaben der Schärer und Sachverständigen, jedoch nur, wenn diese lediglich den objectiven Thatbestand betreffen, verlesen werden. Dieses letzte findet auch hinsichtlich der Aussagen der Zeugen Statt, die wegen unabwehrbarer Hindernisse im Gerichte nicht erscheinen können, oder deren Vorladung zur Hauptverhandlung nach §. 59. nicht erforderlich ist.

Die über einen eingenommenen Augenschein aufgenommenen Protocolle, Seumundszeugnisse, gerichtliche Attestate und dergleichen, sind zu verlesen.

Das Gericht kann sich aber mit Zuziehung des Staatsanwaltes, des Angeklagten und dessen Vertheidigers auch an Ort und Stelle begeben.

## §. 91.

Nach erfolgter Beweisaufnahme stellt der Staatsanwalt seine Anträge über die That und Rechtsfrage und die Strafe.

Der Angeklagte und dessen Vertheidiger antworten.

Der Staatsanwalt hat das Recht der Erwidrerung.

Der Angeklagte und dessen Vertheidiger haben das letzte Wort.

## §. 92.

Das Gericht erkennt nach geheimer Berathung.

Es entscheidet nach seiner gewissenhaften Ueberzeugung gesondert und zunächst darüber, ob der Angeklagte schuldig sei, und ist berechtigt, den Thatbestand des in Frage stehenden Vergehens in dessen einzelne Bestandtheile aufzulösen und über die hiernach gebildete Reihe von Einzelfragen specielle Wahrsprüche abzugeben. Das Urtheil hierüber kann nur ein einstimmiges sein.

Thatfachen, über deren Beweis die Richter sich nicht einigen können, gelten für nicht erwiesen.

Sodann erfolgt, nachdem der Staatsanwalt, so wie der Angeklagte und dessen Vertheidiger auf besondern An-

trag mit ihren etwaigen Bemerkungen über den Rechtspunkt nochmals gehört sind, die Entscheidung über die Rechtsfrage und die Strafe. Der Vorsitzende verkündet das Urtheil.

Die Entscheidung wird vom Secretair sogleich in das, nach Vorschrift des §. 81. aufzunehmende Sitzungsprotocoll eingetragen und von den Mitgliedern des Gerichts unterschrieben.

Das Gericht kann aus erheblichen Gründen den Spruch vertagen, der dann spätestens in der nächsten öffentlichen Sitzung erfolgen muß.

#### §. 93.

Findet das Gericht im Laufe der Verhandlung, daß die That des Angeklagten nicht zu seiner Zuständigkeit gehört, so hat dasselbe, falls die Zuständigkeit eines Amts- oder Stadtgerichts begründet ist, dennoch zu erkennen, im entgegengesetzten Falle aber sich für incompetent zu erklären.

#### §. 94.

Ist der Angeklagte nicht erschienen, oder verweigert er jede Auskunft, oder stört er durch ungebührliches Verhalten die Verhandlungen, so wird (im letzten Falle nach dessen Abführung) gegen den Ungehorsamen mit Aufnahme des Beweises, Anhörung des Staatsanwalts, Fällung und Eröffnung des Urtheils, auch Protocolirung der ganzen Verhandlung verfahren.

Das Gericht kann aber auch im Falle der Abwesenheit des Angeklagten denselben sofort vorführen lassen oder bis zur nächsten öffentlichen Sitzung die Sache vertagen und zu dieser die Vorführung oder Verhaftung des Angeklagten verfügen.

### Vierter Theil.

Verfahren in den dem Criminalsenate des Obergerichts überwiesenen Sachen.

#### Titel 1.

Von der Einleitung des Hauptverfahrens und der Veretzung in den Anklagestand.

#### §. 95.

In den zu der Competenz des Criminalsenats gehörigen Strafsachen findet ein Hauptverfahren nur statt, auf den Grund

- 1) eines Erkenntnisses, welches den Angeeschuldigten in Anklagestand versetzt,
- 2) einer schriftlichen Anklage.

#### §. 96.

Hält der Oberstaatsanwalt die Einleitung eines Hauptverfahrens für erforderlich, so hat derselbe binnen 8 Tagen, nachdem die Untersuchungsacte bei ihm eingegangen ist, bei dem zweiten Senate des Obergerichts als Anklagekammer seine Anträge schriftlich zu stellen und die Ansetzung einer Sitzung zu beantragen. Während dieser Frist können der Angeeschuldigte und der Beschädigte gleichfalls die ihnen zweckdienlich scheinenden Anträge machen.

#### §. 97.

Die Anträge des Oberstaatsanwaltes können nur dahin gehen:

- 1) daß in der Untersuchung vorgenommene, ungültige Handlungen oder Unvollständigkeiten durch Fortsetzung der Untersuchung ergänzt werden;
- 2) daß der Angeeschuldigte in Anklagestand versetzt werde.

#### §. 98.

Der Präsident des zweiten Senats des Obergerichts

setzt innerhalb 8 Tagen, oder, wenn die Beschaffenheit des in Frage stehenden Falles dies nothwendig macht, nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes, spätestens innerhalb 14 Tagen eine Sitzung an, in welcher durch einen von ihm zu ernennenden Referenten der wesentliche Inhalt der Acten vorgetragen, der Oberstaatsanwalt gehört und noch in derselben Sitzung, jedoch ohne Beisein des Oberstaatsanwaltes, nach vorheriger Berathung ein Beschluß gefaßt wird.

Dieser Beschluß kann nur auf einen der im vorigen §. aufgeführten Punkte, oder darauf gehen:

daß die Sache an ein Kreis- oder Stadt- oder Amtsgericht, als zu dessen Zuständigkeit gehörend, verwiesen werde; oder

daß, weil ein Strafverfahren unzulässig, weil kein Verbrechen begangen, oder der Angeeschuldigte dessen nicht verdächtig, das strafrechtliche Verfahren einzustellen sei.

Wird die Fortsetzung der Untersuchung beschossen, so ist mit derselben der Untersuchungsrichter zu beauftragen und die Vervollständigung der Untersuchung thuntlichst zu beschleunigen.

Beschließt die Anklagekammer die Einstellung des Verfahrens, so ist der Angeklagte zu entlassen.

Um den Angeeschuldigten in den Anklagestand zu versetzen, ist nicht erforderlich, daß das Gericht die Ueberzeugung von der Schuld desselben habe, sondern nur, daß dringende Verdachtsgründe gegen ihn vorliegen.

Die Anklagekammer entscheidet im Uebrigen nicht darüber, ob Gründe vorhanden sind, welche im vorliegenden Falle die Strafbarkeit einer an sich mit Strafe bedrohten Handlung ausschließen (vergl. Cr.-G.-B. §. 30 bis 34 und §. 166), vielmehr steht das Urtheil hierüber lediglich dem in der Sache selbst zur endlichen Entscheidung zuständigen Gerichtshofe zu.

## §. 99.

Ueber die Versetzung in den Anklagestand ist ein Erkenntniß mit Entscheidungsgründen abzugeben und von sämmtlichen Richtern zu unterzeichnen. Hält der Anklagesenat die Verhaftung des Angeklagten für erforderlich, so ist solche gleichzeitig zu verfügen.

Der öffentliche Ankläger kann seinen Antrag nicht mehr fallen lassen, sobald der Angeeschuldigte in Anklagestand versetzt ist, sondern es muß ein Enderkenntniß erfolgen.

## §. 100.

Der Oberstaatsanwalt muß die Anklage spätestens binnen 8 Tagen dem Angeklagten behändigen. Das Erkenntniß über die Versetzung in den Anklagestand und die Anklage sind dem Angeeschuldigten zu eröffnen oder zu behändigen und ihm Abschriften davon mit der Auflage zuzustellen, sich einen Vertheidiger aus der Zahl der Advocaten zu wählen.

Der Oberstaatsanwalt reicht sodann die Anklageschrift mit der unter dieselbe zu sendenden Behändigungsurkunde und das Erkenntniß über die Versetzung in Anklagestand, sammt den Acten, binnen 24 Stunden nach Eingang der Behändigungsurkunde bei dem Criminalsenate des Obergerichts ein.

## §. 101.

Nachdem die Acten eingegangen, beauftragt der Präsident des Criminalsenats des Obergerichts, falls er dies nicht selbst zu thun vorzieht, den Director oder ein anderes Mitglied des Kreisgerichts, an dessen Sitz die Hauptverhandlung stattfinden wird (§. 122), unter Mittheilung der Acten, mit der Vernehmung des Angeklagten, sowohl über den Inhalt der Anklage, als über die von ihm vorzuschlagenden Auskunftspersonen, und bezeichnet zugleich die zu der künftigen Sitzung zu deputirenden Richter.

Die eben erwähnte Vernehmung muß bei Verhafteten binnen 24 Stunden, bei Nichtverhafteten binnen 8 Tagen

nach Eingang der Acten oder des Auftrages dazu erfolgen. Bei dieser Vernehmung, über welche der Secretair des betreffenden Kriegsgericht ein Protocoll aufzunehmen hat, das dem Oberstaatsanwalt mitzutheilen ist, sind dem Angeklagten die Namen der künftigen Richter mit der Anforderung anzugeben, etwaige Recusationsgründe gegen dieselben binnen 8 Tagen, bei Verlust des Recusationsrechts, geltend zu machen.

Hat der Angeklagte noch keinen Verteidiger gewählt, so bestellt der Director des betreffenden Kreisgerichts ihm denselben nöthigenfalls von Amtswegen aus der Zahl der Advocaten des Kreises.

Zugleich eröffnet er dem Angeklagten, daß er binnen 8 Tagen seine Einwendungen wegen Incompetenz des Criminalsenats des Obergerichts oder wegen Nichtigkeit des bisherigen Verfahrens vorbringen könne, später aber damit nicht mehr gehört werden werde.

## §. 102.

Ueber solche Einwendungen entscheidet der Cassationshof, nach Anhörung des Oberstaatsanwalts, binnen 8 Tagen, nachdem sie vorgebracht sind. *Nr. 12. Sept. 28. März 1861.*

## §. 103.

Nach Erlass einer dieser Einwendungen verwerfenden Verfügung oder nach Ablauf der Stägigen Frist (§. 102) fordert der Director des betreffenden Kreisgerichts den Angeklagten, den Oberstaatsanwalt oder dessen Vertreter und den Beschädigten auf, binnen 3 Tagen ein Verzeichniß der Zeugen einzureichen, welche sie in den Verhandlungen der öffentlichen Sitzung abhören lassen wollen.

Diese Verzeichnisse müssen Namen, Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort der Zeugen enthalten und der Angeklagte, der Oberstaatsanwalt und der Beschädigte haben sie sich gegenseitig mittheilen zu lassen.

## §. 104.

Der Director des Kreisgerichts verweist hierauf die

Sache in die nächste öffentliche Sitzung des betreffenden Kreises, zu welcher die Vorladung des nicht verhafteten Angeklagten unter den in §. 85, und der Auskunftspersonen unter den in den §§. 39 und 87 vorgeschriebenen Rechtsnachtheilen erfolgt.

## §. 105.

Der nicht verhaftete Angeklagte hat sich spätestens 24 Stunden vor der Sitzung bei dem Director des betreffenden Kreisgerichts einzufinden und zu melden, widrigenfalls dessen Vorführung und Verhaftung ohne weiteres verfügt wird.

## Titel 2.

Von der Zusammensetzung des Gerichts der Geschwornen.

§. 106. *Nr. 45. Sept. 21. Oct. 1852. 24.*

(Um das Gericht der Geschwornen zu bilden, sollen jedesmal zwei Kreise des Herzogthums combinirt, zu diesem Ende aber der Kreis Braunschweig mit dem Kreise Helmstedt, der Kreis Wolfenbüttel mit dem Kreise Blankenburg und der Kreis Gandersheim mit dem Kreise Holzminden verbunden und für jeden so combinirten Kreis nur eine Liste der Geschwornen zusammengefaßt werden.)

## §. 107.

Zulässig als Geschworne ist jeder 30jährige männliche Landes-Einwohner, der

- 1) nach Universitätsstudien oder nach dem Besuche einer höhern wissenschaftlichen Lehranstalt eine Staatsprüfung bestanden oder den Doctorgrad erlangt hat; oder
- 2) zu den Höchstbesteuerten gehört.

Die für jede einzelne Stadt, und was die Landgemeinden betrifft, für jeden einzelnen Amtsgerichtsbezirk festzustellende Zahl der Höchstbesteuerten soll ein Procent der Bevölkerung betragen, und es werden in die ermittelte Zahl auch die Höchstbesteuerten mit eingerechnet, welche

zugleich einer der Kategorien sub Nris 1, 3 — 5 angehören. Der Steuersatz wird einstweilen in den Städten, in denen die Communalsteuer nach dem Einkommen erhoben wird, nach dieser, in den übrigen Städten aber durch Zusammenrechnung sämmtlicher directer Staats- und Gemeindeabgaben, in den Landgemeinden endlich durch Zusammenrechnung sämmtlicher directer Staatsabgaben, demnächst aber überall nach der Einkommensteuer bestimmt.

Findet sich in einem städtischen oder Amtsgerichtsbezirke eine Mehrzahl von Personen, welche den geringsten Satz der Höchstbesteuerten desselben zahlen, so werden diese insgesammt ohne Rücksicht darauf, ob der Maßstab von einem Procente überschritten wird oder nicht, in die Urlisten der Geschwornen aufgenommen.

Fähig zum Amte eines Geschwornen sind ferner:

- 3) pensionirte Officiere vom Hauptmann an aufwärts;
- 4) die Ortsvorsteher der Landgemeinden, die Mitglieder der Bezirksausschüsse\*, in den Städten die Mitglieder des Magistrats und des Collegiums der Stadtverordneten, in den Flecken die Bürgermeister und die Deputirten, die Mitglieder der Landesversammlung, so wie in den Städten, in denen die Kreisgerichte ihren Sitz haben, die Vorsteher der Gilden, kaufmännischer und gewerblicher Genossenschaften; jedoch alle diese Personen nur während der Dauer des ihnen übertragenen Amtes; endlich
- 5) die Pächter von Landgütern, welche einen Umfang von mehr als 300 Morgen haben, so lange dieselben in diesem Verhältnisse stehen.

#### §. 108.

Unzulässig als Geschworne sind geistig oder körperlich Unfähige und solche Personen, welche

- 1) durch ein Strafserkenntniß der politischen Rechte verlustig geworden oder wegen Meineides, Dieb-

stahls, Hehlerei, Betrugs, Fälschung, betrüglischen Bankrottes oder anderer Verbrechen aus Gewinnsucht rechtskräftig verurtheilt oder noch in Untersuchung sind;

- 2) wegen ihres Vermögens oder ihrer Person unter Curatel stehen.

#### §. 109.

Unzulässig für einzelne Sachen sind:

- 1) Angehörige des Angeklagten, insbesondere Blutsverwandte, in auf- und absteigender Linie und in der Seitenlinie bis zum 4. Grade (civiltrechtlicher Berechnung) einschließlich, Stief- und Schwiegerältern und Kinder, Ehegatten, Schwäger, Verlobte, angenommene Eltern und Kinder, Vormund und Mündel (Cr.-G.-B. §. 73);
- 2) diejenigen, welche für sich oder ihre Angehörigen ein Privatinteresse aus der angeschuldigten Thatlung herleiten können;
- 3) diejenigen, welche in der Sache als Denuncianten Rechtsbeistände, Zeugen oder Sachverständige aufgetreten sind oder auftreten sollen.

#### §. 110.

Behindert sind, so lange ihre Anstellung dauert, Mitglieder des Staatsministeriums, alle bei den Gerichten Angestellte, auch die Staatsanwälte, alle Beamte der Landespolizeiverwaltung, Geistliche aller Glaubensbekenntnisse und Militärpersonen im activen Dienste.

#### §. 111.

Im October jeden Jahrs stellen in den Städten die Magistrate, für die einzelnen Amtsgerichtsbezirke die Landesverwaltungsbeamten, eine Liste der als Geschworne zulässigen Personen auf, machen solche öffentlich bekannt, und fordern diejenigen auf, welche ein Recht zu haben glauben, noch in selbige eingetragen zu werden, oder welche Einwendungen gegen dieselben haben, binnen 8 Ta-

\*) Vergl. jedoch das Einführungsgeßes §. 7.

gen ihre Beschwerden einzureichen, über welche diese Behörden entscheiden. *N. 45. G. v. 30. 12. 1857. §. 5.*

Ueber Berufungen gegen derartige Entscheidungen, welche binnen 8 Tagen bei dem Kreisgerichte des betreffenden Kreises einzureichen sind, entscheidet dieses in letzter Instanz.

§. 112. *N. 45. G. v. 30. 12. 1857. §. 4.*

(Acht Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung senden die Magistrate und Landesverwaltungsbeamten die Listen an das Kreisgericht ein. Dasselbe bildet eine Liste für seinen Kreis und theilt solche im November jedes Jahres dem Kreisgerichte mit, mit welchem dasselbe nach §. 106 combinirt ist.

Beide Listen vereint bilden für die combinirten Kreisgerichte die allgemeine Geschwornenliste, welche auf 1 Jahr vom 1. Januar an gültig ist.)

§. 113. *N. 45. G. v. 30. 12. 1857. §. 8.*

(Vierzehn Tage vor den einzelnen Vierteljahrsitzungen läßt der Director des Kreisgerichts, in dessen Kreise die Sitzung stattfindet, 40 aus den auf der allgemeinen Liste der Geschwornen stehenden Personen in öffentlicher Sitzung durch das Loos ziehen und in eine erste Liste aufnehmen.

Darauf werden 12 Personen aus der Liste der Geschwornen der Stadt, in welcher die öffentlichen Sitzungen gehalten werden sollen, durch das Loos gezogen und in eine zweite Liste, die der Ergänzungsgeschwornen, aufgenommen.

Beide Listen sind 3 Tage vor dem öffentlichen Gerichtstage dem Oberstaatsanwalt oder dessen Vertreter und jedem Angeklagten, welcher in der Sitzung gerichtet werden soll, vorzulegen.)

§. 114.

(Der Director des betreffenden Kreisgerichts ladet die 40 Geschwornen der ersten Liste zu der nächsten öffentlichen

Sitzung vor. Die Ladung ist ihnen 6 Tage vor der Eröffnung der Sitzung zu behändigen.

Die Ergänzungsgeschwornen sind ebenfalls 6 Tage vor der Sitzung zu benachrichtigen und es ist ihnen aufzugeben, sich am Gerichtstage zum Erscheinen bereit zu halten.)

§. 115.

Hat der Geladene gesetzliche Entschuldigungsgründe, so sind solche sofort unter der Ladung zu bemerken.

Solche Gründe sind: siebenzigjähriges Alter, Abwesenheit außerhalb der Gränzen des Herzogthums, Theilnahme an den Sitzungen der Landesversammlung, ärztlich bescheinigte Krankheit, ärztliche und wundärztliche Praxis, eine öffentliche Casseführung außerhalb des Orts des Gerichts und endlich die Verrichtung des Amtes eines Geschwornen während des laufenden Jahrs.

Die gesetzlich Entschuldigten sind durch den Director des betreffenden Kreisgerichts durch das Loos aus der zweiten Liste der Ergänzungsgeschwornen zu ersetzen und diese sofort vorzuladen.) *N. 45. G. v. 30. 12. 1857. §. 6. 9.*

§. 116.

Wer, als Geschwornener vorgeladen, ohne gesetzliche Entschuldigung nicht erscheint, wird auf den Antrag des Staatsanwaltes das erste Mal in eine Strafe von 20 Rthlr., das zweite Mal in eine Strafe von 50 Rthlr., das dritte Mal in eine Strafe von 100 Rthlr. verurtheilt, und das Erkenntniß wird öffentlich bekannt gemacht. Macht sich ein Geschwornener zum vierten Male durch sein Nichterscheinen straffällig, so wird er, neben einer Geldstrafe von 100 Rthlr., seiner politischen Rechte verlustig erklärt und das Erkenntniß ebenfalls öffentlich bekannt gemacht.

Nur der Beweis, daß es dem Geladenen unmöglich war, an dem bestimmten Tage zu erscheinen, befreit von dieser Strafe; es entscheidet darüber der nach §. 121 zu

bildende Gerichtshof, oder, wenn dieser nicht mehr versammelt ist, der Criminalsenat des Obergerichts.

## §. 117.

Die im §. 116 erwähnten Strafen finden auch Anwendung, wenn ein Geschwornener fälschlich sich eines gesetzlichen Entschuldigungsgrundes bedient hat, und es gehört die Entscheidung hierüber gleichfalls dem im §. 121 bezeichneten Gerichtshofe oder dem Criminalsenate.

## §. 118.

Erscheinen die Geladenen am Tage des Gerichts nicht in gehöriger Zahl, so sind die Fehlenden aus der Liste der Ergänzungsgeschwornen durch das Loos zu erziehen und sofort vorzuladen. *Nr. 46. 24. 11. 1871. S. 9.*

## §. 119.

In allen Fällen hat der Präsident des Geschwornengerichts die Befugniß, ungehorsame Geschworne vorführen zu lassen.

## §. 120.

Zum Zwecke der Aburtheilung der zur Zuständigkeit des Criminalsenats gehörigen Straffachen finden am Sitze der einzelnen Kreisgerichte des Landes, insofern Sachen zur Entscheidung vorliegen, vierteljährlich, oder nöthigenfalls nach dem Ermessen des Criminalsenats des Obergerichts öfter, unter dessen Leitung öffentliche Sitzungen mit Zuziehung von Geschwornen statt.

Der Criminalsenat des Obergerichts hat solche mit dem Beginne eines jeden Jahrs für die einzelnen Kreise öffentlich bekannt zu machen.

## §. 121.

Zu diesen Sitzungen deputirt der Präsident des Criminalsenats des Obergerichts jedesmal zwei Mitglieder dieses Senats. Ist der Präsident nicht selbst unter diesen beiden Mitgliedern, so bestimmt er zugleich, welches der beiden Mitglieder die Leitung des Hauptverfahrens zu übernehmen habe. Ihnen wird ein Mitglied des betreffen-

den Kreisgerichts, und zwar derjenige Richter, welcher mit der im §. 101 vorgeschriebenen Vernehmung des Angeklagten beauftragt gewesen ist, als dritter Richter beigegeben.

Der Präsident des Gerichtshofs selbst ist ermächtigt, nach Befinden der Umstände ein zweites Mitglied des betreffenden Kreisgerichts zu bezeichnen, welches den Verhandlungen als Ersatzrichter beizuwohnen hat.

Die Protocollführung in den öffentlichen Sitzungen liegt dem Secretair des betreffenden Kreisgerichts ob.

## §. 122.

Die Aburtheilung der Verbrechen erfolgt in dem Kreise des Gerichts, bei welchem die Voruntersuchung geführt wurde, doch hat in allen Fällen, wo Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu besorgen steht, der Criminalsenat des Obergerichts die Aburtheilung von Straffällen in die nächsten Sitzungen desselben oder eines benachbarten Kreises zu verweisen.

Dasselbe gilt, wenn aus besondern Gründen die Aburtheilung eines Straffalles hat vertagt werden müssen und die Sitzungen des benachbarten Kreises früher eintreten, als die Sitzungen desjenigen Kreises, in denen die Sache, nach den obigen Bestimmungen, eigentlich zu erledigen sein würde.

Gleichmäßig ist der Criminalsenat des Obergerichts befugt, mit Zustimmung des Oberstaatsanwalts die Aburtheilung von Straffällen aus einem Kreise in den mit demselben nach §. 106 combinirten zu verweisen, sobald die geringfügige Zahl oder Beschaffenheit jener Fälle dies zweckmäßig erscheinen läßt und für den Angeklagten keine Verlängerung der Haft damit verbunden ist.



### Titel 3.

#### Öffentliches mündliches Hauptverfahren.

##### §. 123.

Sind zu der bestimmten Stunde des Gerichtstages, bei gehörig besetztem Gerichte, der Oberstaatsanwalt oder dessen Substitut, wenigstens 36, und falls Ersatzgeschworne erforderlich sind, 40 Geschworne und der Vertheidiger des Angeklagten erschienen, so läßt der Präsident des Gerichtshofes den Angeklagten fesselfrei, jedoch bewacht, vorführen, erklärt die Sitzung für eröffnet, fordert die Anwesenden auf, die Achtung vor den Gesetzen und dem Gerichte nicht zu verletzen und den Gang der Verhandlungen nicht zu stören, und befragt sodann den Angeklagten um seine persönlichen Verhältnisse.

##### §. 124.

Es wird zuvörderst ermittelt, durch Anhörung des öffentlichen Anklägers, Ernennung des Angeklagten und Befragung der Geschwornen, ob unter ihnen sich solche befinden, die für diese Sache unzulässig sind. Diese werden durch Beschluß des Gerichts ausgeschieden und aus der Liste der Ergänzungsgeschwornen erased.

Sodann ruft der Secretair nach der Liste die Namen der Geschwornen auf, und legt bei der Antwort des Geschwornen dessen Namenszettel in eine Urne. Der Präsident, oder ein von demselben hiermit zu beauftragender Richter zieht daraus durch das Loos zwölf Geschworne. Diese bilden das Geschwornengericht für die betreffende Sache. Außerdem können nach dem Ermessen des Präsidenten des Gerichtshofes noch zwei Geschworne durch das Loos auf dieselbe Weise bestimmt werden, um als Ersatzmänner zu dienen. Sie nehmen an der Berathung und dem Spruche der Geschwornen nur Theil, wenn im Laufe der Verhandlungen, bis zum Spruche, einem der Ge-

*N. 45. G. v. 1851. 3. g.*

schwornen der Dienst unmöglich wird, und zwar in der Reihe, in der sie aus der Urne hervorgegangen sind.

##### §. 125.

Der öffentliche Ankläger und der Angeklagte können nach Ziehung eines Namens den Geschwornen ablehnen, jedoch, bei Verlust dieses Rechts, sofort nach der Ziehung. Der öffentliche Ankläger erklärt sich zuerst und sodann der Angeklagte. Beide können, ein Jeder zwölf, und falls Ersatzgeschworne zu wählen sind, dreizehn Ablehnungen vornehmen.

Sind mehr Straffälle in einer Sitzung abzuurtheilen, so erfolgt die Bildung der Geschwornenliste für alle diese Fälle, jedoch für jeden Fall in einem gesonderten Acte, vor dem Beginne sonstiger Verhandlungen.

##### §. 126.

Mehre Mitangeklagte können das Ablehnungsrecht nur gemeinschaftlich ausüben. Können sie sich nicht einigen, so entscheidet Mehrheit der Stimmen und bei deren Gleichheit das Loos.

##### §. 127.

Ueber die Bildung des Geschwornengerichts ist ein besonderes Protocol aufzunehmen und vom Präsidenten und Secretair zu unterschreiben.

##### §. 128.

Nachdem die Bildung des Geschwornengerichts für alle zur Verhandlung kommenden Straffälle erfolgt ist, entläßt der Präsident die bei den ferneren Verhandlungen nicht weiter erforderlichen Personen und eröffnet die Verhandlung eines jeden einzelnen Falles dadurch, daß er den betreffenden Geschwornen stehend folgenden Eid abnimmt:

Sie sollen schwören, daß Sie in der Anklagesache wider N. N. wegen 2c. die vorkommenden Anschuldigungs- und Entschuldigungsbeweise mit Ihren Mitgeschwornen gewissenhaft und sorgsam prüfen,

und, Niemandem zu Liebe oder zu Leide, einen gemeinsamen Spruch nach freier und gewissenhafter Ueberzeugung fällen wollen, so wahr Ihnen Gott helfe!

Jeder Einzelne wird vom Präsidenten aufgerufen und erwidert stehend mit aufgehobener Rechten:

Ich beschwöre es, so wahr mir Gott helfe!

§. 129.

Der Präsident des Gerichts fordert hierauf den Angeklagten zur Aufmerksamkeit auf die folgenden Verhandlungen auf, läßt durch den Secretair das Anklageerkenntniß und die Anklage laut verlesen und wiederholt den Inhalt dem Angeklagten in der Kürze.

§. 130.

Der öffentliche Ankläger setzt die Anklage näher auseinander und übergiebt das Verzeichniß aller zu vernehmenden Zeugen und Sachverständigen, nach welchem der Secretair solche laut anruft.

Das Verzeichniß der Zeugen und Sachverständigen muß mit dem, dem Angeklagten und dem öffentlichen Ankläger mitgetheilt (§. 103) übereinstimmen. Andere von dem öffentlichen Ankläger oder von dem Angeklagten gestellte Zeugen werden nur unter Voraussetzung eines begründeten Antrages, nach dem Ermessen des Gerichts, durch einen Beschluß desselben zugelassen. Das Gericht kann auch von Amtswegen die Vorführung von Zeugen verfügen, deren Vorhandensein sich im Laufe der Verhandlungen ergibt.

§. 131.

Sind vorgeladene Zeugen nicht erschienen, so kann das Gericht, sofern der öffentliche Ankläger und der Angeklagte damit einverstanden sind, die Verlesung der Zeugenprotocollé verfügen, im anderen Falle ist die Sitzung, wenn die ausgebliebenen Zeugen in dem betreffenden Kreise wohnhaft sind, bis auf den nächsten Tag auszusetzen, gegen

die ungehorsamen Zeugen ein Vorführungsbefehl zu erlassen und diese selbst sind, neben der verwirkten Strafe, in die Kosten der vereitelten Sitzung zu verurtheilen. Sind die ungehorsamen Zeugen dagegen nicht herbeizuschaffen, so steht es im Ermessen des Gerichtes, entweder die Verlesung der Zeugenprotocollé zu verfügen, oder den Fall in die nächste Sitzung desselben oder des benachbarten Kreises zu verweisen. Die Aussagen der Zeugen, deren persönliches Erscheinen in der Hauptverhandlung nach §. 59 nicht erforderlich ist, werden verlesen.

§. 132.

Nach erfolgtem Aufruf läßt der Präsident die erschienenen Zeugen abtreten. Sie dürfen das für sie bestimmte Zimmer vor ihrer Vernehmung nicht verlassen, auch sind erforderlichen Falls Vorkehrungen zu treffen, daß sie sich über ihre Aussage nicht besprechen.

§. 133.

Hierauf vernimmt der Präsident den Angeklagten über den Inhalt der Anklage.

Der öffentliche Ankläger ist befugt, nach dieser Vernehmung durch den Präsidenten Fragen an den Angeklagten richten zu lassen.

§. 134.

Der Präsident fordert nunmehr den öffentlichen Ankläger und den Angeklagten auf, Einwendungen, die sie gegen die Zulässigkeit oder die Glaubwürdigkeit der Zeugen oder Sachverständigen zu haben glauben, vorzutragen, und das Gericht entscheidet über die deren Zulässigkeit betreffenden Einwendungen, worauf zur Aufnahme der Beweise selbst geschritten wird. Diese erfolgt nach den im §. 90 gegebenen Vorschriften, muß indeß stattfinden, auch wenn der Angeklagte eingestanden hat.

Die den Zeugen, Sachverständigen, oder den Angeklagten zur Anerkennung oder Erklärung vorgelegten Gegen-

stände, Urkunden, Handrisse u. s. w. sind auch den Geschwornen vorzulegen.

§. 135.

Nach jeder Aussage fragt der Präsident den Zeugen ausdrücklich, ob der Angeklagte derjenige sei, von welchem er geredet habe? und fordert den Angeklagten und dessen Vertheidiger auf, sich über die Aussage der Zeugen und Sachverständigen zu erklären.

§. 136.

Nach erfolgter Beweisaufnahme macht der öffentliche Ankläger mit Bezug auf deren Ergebnisse seine Anträge, schließt mit der Aufstellung bestimmter, dem Geschwornengerichte vorzulegender Fragen über die Thatumstände, welche das Verbrechen mit seinen Straferhöhungs- und Herabsetzungsgründen bilden, und übergiebt dieselben schriftlich dem Präsidenten, welcher solche verliest.

§. 137.

Hierauf erfolgt die Vertheidigung des Angeklagten, die sich auf die aufgestellten oder aufzustellenden Fragen erstreckt. Gegen dieselben kann der öffentliche Ankläger Gegenbemerkungen machen, nach welchen der Vertheidiger nochmals zu hören ist.

§. 138.

Der Präsident fordert nunmehr den Angeklagten auf, zu erklären, ob er noch etwas vorzubringen habe? und erklärt sodann die Sache für geschlossen.

§. 139.

Nach vorgängiger Berathung entwirft das Gericht die den Geschwornen vorzulegenden Fragen, welche von dem Präsidenten zu unterschreiben und laut zu verlesen sind.

§. 140.

Die Hauptfrage soll dahin gehen:

ob der Angeklagte schuldig sei?

Dabei ist das Verbrechen nach seinen gesetzlichen Merk-

malen anzugeben mit Hinzufügung des Orts und der Zeit der Begehung.

Können sich die Geschwornen über diese Frage nicht einigen, so sind sie berechtigt, den Thatbestand des in Frage stehenden Vergehens in dessen einzelne Bestandtheile von dem Gerichtshofe auflösen zu lassen und über die hienach gebildete Reihe von Einzelfragen specielle Wahrsprüche abzugeben.

Verschiedene von einander unabhängige Thatumstände sind in getrennte Fragen zu fassen. Auch dürfen eventuelle Fragen gestellt werden.

Die Fragen sind so zu stellen, daß sie mit ja oder nein zu beantworten sind.

Ueber das Vorhandensein der Gründe, welche nach gesetzlicher Vorschrift eine Erhöhung oder Herabsetzung der angedrohten Strafe zur Folge haben (Criminalgesetzbuch §. 55—61) gebührt die Entscheidung den Geschwornen, und es sind ihnen daher zu dem Ende die erforderlichen Fragen vorzulegen.

Dagegen haben lediglich die 3 Richter darüber zu urtheilen und zu entscheiden, ob der §. 62 des Criminalgesetzbuches Anwendung finde oder nicht.

§. 141.

Den Geschwornen werden die Fragen schriftlich gestellt, weitere Actenstücke dagegen nicht ausgehändigt. Sie sind indeß berechtigt, die nochmalige Verlesung aller den objectiven Thatbestand betreffenden Actenstücke und der in der Sitzung vorgelesenen Zeugenaussagen durch den Secrétaire, sowie Aufklärung vom Gerichte, und zwar diese in öffentlicher Sitzung, zu fordern.

Der Angeklagte wird nach erfolgter Aufstellung der Fragen an die Geschwornen abgeführt.

§. 142.

Die Geschwornen wählen mit einfacher Stimmenmehr-

heit einen Vorsitzenden und bei gleichen Stimmen entscheidet das höhere Lebensalter.

Der Vorsitzende leitet die Beratungen und die Abstimmung.

Die Geschwornen können einen Beschluß auf die ihnen vorgelegten Fragen nur mit Stimmeneinhelligkeit fassen.

Die Beschlüsse werden schriftlich abgefaßt und von allen Geschwornen unterschrieben.

#### §. 143.

Wenn die Geschwornen in das Berathungszimmer abgetreten sind, werden dessen Eingänge auf schriftlichen Befehl des Präsidenten von dem Polizei-militair besetzt. Niemandem, außer mit Erlaubniß des Präsidenten, wird der Ein- und Ausgang gestattet und die Geschwornen selbst werden nicht eher aus dem Berathungszimmer entlassen, als bis sie einen Beschluß gefaßt haben.

Können sie sich über einen solchen binnen 24 Stunden nicht einigen, so hat der Präsident des Gerichts das Recht, sie zu entlassen und die Sache vor die nächste Sitzung desselben oder des benachbarten Kreises zu verweisen.

#### §. 144.

Sobald die Geschwornen in den Sitzungsaal zurückgekehrt sind, kann eine neue Berathung derselben, abgesehen von dem im §. 147 gedachten Falle, nicht mehr stattfinden.

#### §. 145.

Haben die Geschwornen ihre Plätze in dem Sitzungsale eingenommen, so fragt sie der Präsident über das Ergebniß ihrer Berathung.

Der Vorsitzende derselben erhebt sich, legt die rechte Hand auf das Herz und spricht:

Auf unsern Eid versichern wir, daß die freie und gewissenhafte Ueberzeugung der Geschwornen dahin geht zc.

verliest darauf die aufgestellten Fragen und die schriftlich

abgefaßten Beschlüsse der Geschwornen und überreicht sie dem Präsidenten, welcher sie mit dem Secretair unterschreibt.

#### §. 146.

Ist das Gericht einstimmig der Ansicht, daß die Geschwornen einen Nichtschuldigen für schuldig erklärt haben, so muß es deren Spruch von Amtswegen verwerfen, die Sache vor die nächste öffentliche Sitzung desselben oder des benachbarten Kreises verweisen und dieses dem Angeklagten eröffnen.

Keiner der jetzigen Geschwornen kann bei diesem zweiten Spruche mitwirken.

Ein Antrag auf eine solche Verwerfung steht weder dem Angeklagten noch dem öffentlichen Ankläger zu.

Der zweite in derselben Sache von den Geschwornen erfolgende Spruch kann nicht verworfen werden.

#### §. 147.

Findet das Gericht den Spruch der Geschwornen formwidrig, dunkel oder widersprechend, so macht es die Geschwornen auf diese Fehler aufmerksam und dieselben ziehen sich in das Berathungszimmer zurück, um sie einzubessern.

Die Berathung beschränkt sich, was den Geschwornen zu eröffnen ist, auf die bemerkt gemachten Punkte.

#### §. 148.

Treten diese Fälle (§§. 146, 147) nicht ein, so läßt der Präsident den Angeklagten vorführen und der Secretair eröffnet ihm den Spruch der Geschwornen.

#### §. 149.

Der öffentliche Ankläger stellt seine Anträge eintretenden Falls auch in Beziehung auf eine bestimmte Strafe, gegen welche der Angeklagte zu hören ist.

#### §. 150.

Haben die Geschwornen den Angeklagten für nicht

schuldig erklärt, so spricht der Präsident ihn sofort ohne weitere Berathung frei.

Dem Angeklagten ist auf Verlangen eine Ausfertigung des freisprechenden Erkenntnisses kostenfrei zuzustellen.

§. 151.

Udnerfalls hat das Gericht, nach vorgängiger Berathung, das Straferkenntnis sofort abzufassen und zu verkündigen. Aussetzung desselben, es sei denn bis zum folgenden Tage in öffentlicher Sitzung, ist unzulässig.

§. 152.

Hat sich durch die Verhandlung ergeben, daß auf ein geringeres Strafmaß, als das die Zuständigkeit des Criminalsenats des Obergerichts bedingende, zu erkennen sei, so ist dennoch von diesem das Erkenntnis abzugeben.

§. 153.

Muß eine Sache ausgesetzt oder in einem anderen Termine fortgesetzt werden, so ist dieselbe wo möglich noch in dieser Sitzung von denselben Geschwornen zu erledigen.

Ist dies nicht thunlich, so bedarf es demnächst einer Wiederholung sämtlicher Verhandlungen.

§. 154.

Ist der Angeklagte nicht erschienen, verweigert er jede Auskunft, oder stört er die Verhandlungen, so wird in dessen Ungehorsame mit Bildung des Geschworenengerichts, der Hauptverhandlung und Fällung und Eröffnung des Urtheils verfahren, als ob er anwesend wäre.

Das Gericht kann aber den abwesenden Angeklagten, wenn es nicht vorzieht, die Sache auszusetzen, auch vorführen und verhaften lassen.

§. 155.

Der Secretair muß über die ganzen Verhandlungen ein Sitzungsprotocoll führen, um zu beurkunden, daß die vorgeschriebenen Förmlichkeiten beobachtet sind. (§. 81.)

In dem Protocolle werden die Antworten des Angeklagten und die Aussagen der Zeugen nicht aufgeführt, aus-

genommen Veränderungen, Abweichungen und Widersprüche mit ihren Aussagen in der Voruntersuchung.

Das Protocoll wird von dem Präsidenten und Secretair unterzeichnet.

## Fünfter Theil.

### Titel 1.

§. 156.

#### Allgemeine Bestimmung.

Enderkenntnisse in Strafsachen entscheiden über die That, die ihren Gegenstand bilden, rechtsgültig für alle Zukunft, wenn sie nicht entweder durch die Nichtigkeitsbeschwerde oder durch Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beseitigt werden. *Art. 1. 67.*

### Titel 2.

Von der Nichtigkeitsbeschwerde gegen Erkenntnisse in Strafsachen.

§. 157.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist nur zulässig gegen das Enderkenntnis.

§. 158.

Ueber die Nichtigkeitsbeschwerde erkennt der Cassationshof.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist begründet:

- 1) wenn wesentliche Mängel in Bezug auf die Personen der Parteien oder die Zusammensetzung des Gerichts oder dessen Competenz vorliegen;
- 2) wenn wesentliche Vorschriften über das Verfahren nicht beobachtet sind, und
- 3) wenn bei der Urtheilsfällung ein Strafgesetz verletzt

ist; die unrichtige Ausmessung der Strafe innerhalb der gesetzlichen Schranken enthält jedoch keinen Nichtigkeitsgrund.

Ueber die Legalität des öffentlichen Hauptverfahrens entscheidet lediglich das Sitzungsprotocoll, und etwaige Verstöße, welche die Parteien nicht gerügt und deren Beurkundung durch die erforderliche Bemerkung im Protocolle sie nicht beantragt haben, finden keine Berücksichtigung.

#### §. 159.

Die Nichtigkeitsbeschwerde kann von dem Angeklagten, dem Beschädigten, dem Privatankläger, sowie dem öffentlichen Ankläger, von dem Letzten jedoch nur in den unter No. 1 und 2 in §. 158 hervorgehobenen Fällen verfolgt werden.

#### §. 160.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist innerhalb einer Nothfrist von 3 Tagen nach Verkündigung oder Behändigung des Erkenntnisses im Secretariate des erkennenden Gerichts schriftlich oder zu Protocoll anzumelden. Binnen einer ferneren Nothfrist von 8 Tagen hat der Beschwerdeführer sodann, und zwar wenn der Angeklagte, der Beschädigte oder der Privatankläger als solcher auftreten, durch einen Bevollmächtigten aus der Zahl der Advocaten seine gedrängt motivirten Beschwerdepunkte schriftlich ebenfalls im Secretariate des erkennenden Gerichts, bei den zur Competenz des Criminalsenats des Obergerichts gehörigen Sachen in dem Secretariate des Kreisgerichtes, in dessen Kreise das Erkenntniß abgegeben ist, in zweifacher, falls der Beschädigte mitbetheiligt ist, in dreifacher Ausfertigung einzureichen.

Diese Schrift wird den Gegnern des Beschwerdeführers mitgetheilt. Ist der Angeklagte der Beschwerdeführer, so hat derselbe in allen Fällen, wo auf Geldstrafen erkannt ist, innerhalb der letzt erwähnten Nothfrist solche entweder bei dem Gerichte, welches das Erkenntniß abgegeben hat, zu

deponiren oder bei demselben ein glaubhaftes Armutshzeugniß einzureichen.

In den Sachen, welche zur Competenz des Criminalsenats gehören, erfolgt die Deposition der Geldstrafen bei dem Kreisgerichte, in dessen Kreise die Sache durch das Erkenntniß entschieden ist.

Werden die vorhin gedachten Nothfristen und Formlichkeiten versäumt, so erklärt das zur Abgabe des Erkenntnisses zuständig gewesene Gericht, und in den, zur Competenz des Criminalsenats des Obergerichts gehörigen Sachen das eben erwähnte Kreisgericht, solches ohne Weiteres für vollstreckbar. *§. 164.*

So lange die Nothfristen laufen, ist das angefochtene Erkenntniß nicht vollziehbar, indeß wird hierdurch die Anordnung etwa erforderlicher Sicherungsmaßregeln nicht ausgeschlossen.

#### §. 161.

Geht die Anmeldung und die Darstellung der Beschwerdepunkte zeitig ein, so stellt der Secretair des betreffenden Gerichts solche sammt den Acten dem öffentlichen Ankläger zu; dieser übergibt beides dem Oberstaatsanwalte und der Letzte trägt bei dem Cassationshofe auf Ansetzung einer öffentlichen Sitzung und Entscheidung an.

#### §. 162.

Die Anmeldung und Darstellung der Beschwerdepunkte wird den Parteien gegenseitig mitgetheilt, zugleich ernennt der Präsident des Cassationshofes einen Referenten für die Sache und setzt einen Tag zur öffentlichen mündlichen Verhandlung nicht über 3 Wochen hinaus an, wozu die Parteien vorgeladen werden.

#### §. 163.

An dem Gerichtstage trägt der Referent über den Stand der Sache vor; sodann werden zuvörderst der Beschwerdeführer und nach diesem die übrigen Parteien gehört, jedoch hat der Angeklagte immer das letzte Wort.

## §. 164.

Ist eine der Parteien ungehorsam, so geht die Verhandlung dennoch vor sich und es hat der Referent für den Ausgebliebenen die etwa nöthigen Mittheilungen aus den Acten zu machen.

## §. 165.

Der Cassationshof giebt hierauf das Erkenntniß entweder sofort oder in der nächsten öffentlichen Sitzung, spätestens innerhalb 8 Tagen, ab.

## §. 166.

Findet das Gericht die Beschwerde nicht begründet, so verwirft es dieselbe und verurtheilt den Beschwerdeführer in die Kosten; auch ist dasselbe befugt, dem Advocaten des Letzten nach Befinden der Umstände im Fall einer leichtfertigen Beschwerdeführung eine Geldstrafe von 1 bis 5 Rthlr. zuzuerkennen. *2. 67.*

## §. 167.

Hat der öffentliche Ankläger die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt und ist dieselbe begründet, so erklärt der Cassationshof das ganze Hauptverfahren für nichtig und dasselbe ist zu wiederholen. *2. 159.*

## §. 168.

Ist die Nichtigkeitsbeschwerde von dem Angeklagten verfolgt und begründet, so wird

- 1) wenn die Nichtigkeit in der Incompetenz oder mangelhaften Besetzung des erkennenden Gerichts oder in wesentlichen Mängeln rücksichtlich der Personen der Parteien ihren Grund hat, das Verfahren als nichtig aufgehoben, die weiter erforderliche Verurteilung erlassen, insbesondere was die Incompetenz des Gerichts betrifft, die Sache an das zuständige Gericht zur Wiederholung des Verfahrens verwiesen;
- 2) wenn die Nichtigkeit in formellen Verstößen im Vor- oder Hauptverfahren ihren Grund hat, auf die Ver-

vollständigkeit des Vorverfahrens und resp. die Wiederholung des Hauptverfahrens erkannt;

- 3) wenn die Nichtigkeit in einer Verletzung der Strafgesetze ihren Grund hat, weil entweder:
  - a. kein Vergehen im strafrechtlichen Sinne vorliegt, oder
  - b. das Strafgesetz unrichtig angewandt ist;
 zu a. das ganze Verfahren ohne weitere Anordnung eines neuen als nichtig;
- zu b. dagegen lediglich das ergangene Strafserkenntniß als nichtig aufgehoben und in der Sache selbst endgültig von dem Cassationshofe auf die gesetzliche Strafe erkannt.

## §. 169.

Ist die Nichtigkeitsbeschwerde von dem Beschädigten verfolgt und begründet, so wird das ergangene Erkenntniß in Bezug auf diesen als nichtig aufgehoben und dessen Anspruch in das Civilverfahren verwiesen. *2. 160.*

Das Urtheil des Cassationshofes ist für den Angeklagten als solchen in diesem Falle ohne Präjudiz.

## §. 170.

Der Oberstaatsanwalt kann in seiner Eigenschaft als Wächter der Strafgesetze auch in allen im §. 158 hervorgerufenen Fällen die Nichtigkeitsbeschwerde gegen ergangene Erkenntniße verfolgen. Die Entscheidungen, welche der Cassationshof auf solche Beschwerden abgiebt, bleiben jedoch ohne Einfluß auf die abgeurtheilte Sache.

## §. 171.

Wenn zwei mit einander unvereinbare, dasselbe Verbrechen betreffende Strafserkenntniße vorliegen, so sollen die ergangenen Entscheidungen als nichtig aufgehoben und das Verfahren soll wieder aufgenommen werden.

## §. 172.

Der desfallige Antrag ist bei dem Cassationshofe, welcher die unvereinbaren Entscheidungen aufzuheben hat, ein-

zubringen und kann von dem Verurtheilten, sowie von dem Oberstaatsanwalt, gestellt werden.

Auch ist der Cassationshof in diesen Fällen befugt und verpflichtet, von Amtswegen, jedoch nach Anhörung des Oberstaatsanwaltes, einzuschreiten.

### **Titel 3.**

#### **Von der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.**

##### **§. 173.**

Jeder Verurtheilte hat das Recht, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu verlangen, wenn er nachweisen kann,

entweder

- 1) daß ein falsches Zeugniß, wegen dessen der Zeuge durch ein Strafurtheil verurtheilt ist; oder
- 2) daß eine falsche Urkunde, wegen deren Fälschung der Thäter durch ein Strafurtheil verurtheilt ist, in der gegen ihn anhängig gewesenem Untersuchung als Beweismittel gedient hat, sowie
- 3) wenn er seine gänzliche Unschuld durch directe neue Beweismittel nachweisen kann und das Gericht von der Wahrscheinlichkeit seiner desfallsigen Angaben überzeugt.

Der öffentliche Ankläger kann dieselbe verlangen, wenn er nachweist, daß eine Freisprechung auf den Grund eines falschen Zeugnisses oder einer falschen Urkunde erfolgt ist, jedoch unter den unter Art. 1 und 2 hervorgehobenen Voraussetzungen.

##### **§. 174.**

Das Gesuch um Wiedereinsetzung kann von den Verurtheilten, und nach deren Tode von deren Angehörigen, von dem öffentlichen Ankläger aber nur so lange, als das

Verbrechen nicht verjährt ist, angebracht werden. Es ist schriftlich bei dem Anklagesenate des Obergerichts anzubringen. §. 183. 1. L.

Dieser erkennt über das Gesuch, nachdem er die Anträge des öffentlichen Anklägers und den Angeklagten oder Verurtheilten gehört hat.

Verwirft er das Gesuch, so steht dem Verurtheilten, oder dem öffentlichen Ankläger, je nachdem dieser oder jener die Restitution beantragt haben, die Nichtigkeitsbeschwerde an den Cassationshof zu.

Läßt er dasselbe zu, so wird das Verfahren wieder aufgenommen und in gesetzlicher Weise bis zum Enderkenntnisse fortgeführt.

### **Titel 4.**

#### **Von dem Verfahren gegen flüchtige Verbrecher.**

##### **§. 175.**

Wenn eine Person, gegen welche die Einleitung des Hauptverfahrens vor den Kreisgerichten oder dem Criminalsenate des Obergerichts verfügt ist, sich der Insinuation gerichtlicher Verfügungen, der Verhaftung oder Strafvollstreckung entzieht, so wird auf Antrag des Staatsanwalts bei dem zur Abgabe des Strafurtheils zuständigen Gerichte die sofortige vorläufige Beschlagnahme des Vermögens und die öffentliche Vorladung derselben verfügt, mit Bekanntmachung des gerichtlichen Beschlusses über die Einleitung des Hauptverfahrens, und zwar unter der Verwarnung, daß, wenn sich der Geladene binnen 3 Monaten nicht stelle, dessen Vermögen mit Beschlag belegt und die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte ihm werde untersagt werden.

Die Veröffentlichung der erkannten Vorladung und Ausführung der vorläufigen Beschlagnahme besorgt der Staatsanwalt.



## §. 176.

Stellt sich der Geladene nicht innerhalb dreier Monate seit Bekanntmachung der Ladung, so erkennt auf Antrag des Staatsanwaltes das Gericht, daß dessen Vermögen mit Beschlag zu belegen und ihm jede Geltendmachung seiner Rechte im Wege der Klage und jede Ausübung staatsbürgerlicher Rechte unterlagert sei. Ueber das mit Beschlag belegte Vermögen wird ein Curator bestellt, die Nutzungen aber werden, nach Abzug der Kosten des Verfahrens und der etwa für die Unterhaltung der Angehörigen des Entwichenen erforderlichen, von dem zuständigen Gerichte festzusetzenden Summen, im gerichtlichen Depositum aufbewahrt.

## §. 177.

Stellt sich der Beschuldigte, oder wird er ergriffen, so wird das gewöhnliche Verfahren eingeleitet oder fortgesetzt und die Beschlagnahme, nöthigenfalls nach Bestellung genügender, vom Gerichte zu bestimmender Sicherheit, aufgehoben.

## §. 178.

Stirbt der Beschuldigte, oder wird er für todt erklärt, so wird das in Beschlag genommene Vermögen, sammt den etwa angesammelten Nutzungen, dessen Erben ausgewantwortet.

**Titel 5.**

Von der Anerkennung der Identität Verurtheilter.

## §. 179.

Die Anerkennung der Identität eines Verurtheilten geschieht durch das Gericht, von welchem er verurtheilt worden ist.

## §. 180.

Das Gericht erkennt nach Abhörnung der von einem öf-

fentlichen Ankläger oder dem Beschuldigten vorgeschlagenen Zeugen, jedoch ohne Geschworne.

Das Erkenntniß soll in Gegenwart des Beschuldigten abgegeben werden.

## §. 181.

Gegen dieses Erkenntniß steht dem Beschuldigten und dem öffentlichen Ankläger die Nichtigkeitsbeschwerde zu.

**Titel 6.**

Von der Vollstreckbarkeit der Strafurtheile und deren Vollziehung.

## §. 182.

Freisprechende Urtheile sind mit deren Verkündung vollstreckbar.

Der Verhaftete ist sofort zu entlassen, insofern er nicht zugleich wegen anderer Verbrechen in Haft ist, oder seine Verhaftung auf den Grund neuer, während der Verhandlungen vorgekommener Verdachtsgründe von dem öffentlichen Ankläger beantragt und vom Gerichte beschlossen ist.

## §. 183.

Verurtheilende Erkenntnisse sind vollstreckbar drei Tage nach deren Verkündung oder Behändigung. Ist die Nichtigkeitsbeschwerde dagegen angemeldet, so tritt die Vollstreckbarkeit drei Tage nach Verkündung oder Behändigung des verwerfenden Erkenntnisses und, wenn das Rechtsmittel nicht in vorchriftsmäßiger Weise verfolgt wird, sogleich mit Ablauf der Nothfrist ein. Die Anordnung von Sicherungsmaßregeln auf Antrag des Staatsanwaltes oder von Gerichtswegen wird hierdurch nicht ausgeschlossen.

Gesuche um Wiedereinsetzung in den vorigen Stand haben keine aufschiebende Wirkung, doch kann der Anklagesenat des Obergerichts aus besonders dringenden Gründen die Vollziehung des Urtheils einstweilen sistiren.

## §. 184.

Das erkennende Gericht und in den zur Competenz des Criminalsenats gehörigen Sachen das Kreisgericht, in dessen Kreise das Erkenntniß erfolgt ist, hat das Urtheil, auf den ungesäumten Antrag des Anklägers, für vollstreckbar zu erklären. *D. 160. G. f. v. 25. Jan. 1855. Nr. 4.*

Landesfürstliche Genehmigung ist zur Vollziehung der Erkenntnisse nicht erforderlich.

## §. 185.

Die für vollstreckbar erklärten Erkenntnisse sind innerhalb 3 Tagen zu vollziehen. Begnadigungsgesuche hemmen die Vollziehung nur dann, wenn dieselben innerhalb der Vollstreckungsfrist entweder bei dem Staatsanwalte, resp. dem erkennenden Amts- oder Stadtgerichte eingereicht sind, oder deren anderweit erfolgte Einreichung innerhalb derselben Frist bescheinigt wird.

## §. 186.

Die Vollziehung der Straferkenntnisse liegt den Staatsanwälten ob. Nur die von den Amts- und Stadtgerichten abgegebenen Straferkenntnisse werden von diesen selbst ohne weiteren Antrag eines öffentlichen Anklägers zur Vollstreckung gebracht.

In Bezug auf Steuer- und Zollcontraventionen sowie in Bezug auf Forst- und Jagdwegen bleibt es bei den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen.

## §. 187.

Können die berechneten Kosten von dem Verurtheilten wegen Unvermögens nicht beigetrieben werden, so sind dieselben auf den Antrag des Staatsanwaltes, und bei Amts- oder Stadtgerichten von Amtswegen, vom Gerichte niederzuschlagen.

## Titel 7.

Von der Wiedereinsetzung Verurtheilter in politische und bürgerliche Rechte.

## §. 188.

Die Wiederherstellung politischer und bürgerlicher Rechte, welche in Folge einer Verurtheilung verloren gegangen sind, kann im Wege der einfachen Begnadigung nicht erfolgen, vielmehr findet zu diesem Behufe folgendes Verfahren statt.

## §. 189.

Jeder Antrag auf Wiedereinsetzung in politische und bürgerliche Rechte ist erst nach Ablauf von 5 Jahren von der vollendeten Strafvollziehung oder Begnadigung oder ausdrücklichen Aberkennung dieser Rechte an gerechnet, zulässig.

Demselben sind Zeugnisse der Gemeindebehörden des Wohnorts oder Aufenthaltorts des Bittstellers und des Landespolizeibeamten des betreffenden Kreises über das sittliche Verhalten des Bittstellers beizufügen, das Gesuch selbst aber ist mit diesen Zeugnissen bei dem Oberstaatsanwalte einzureichen.

## §. 190.

Der Oberstaatsanwalt hat dasselbe zuvörderst an das Herzogliche Staatsministerium einzusenden, sodann aber, falls er von diesem zur weiteren Verfolgung der Sache ermächtigt wird, mit gutachtlichem Berichte und unter Anschluß der betreffenden Autorisation des Herzoglichen Staatsministeriums an das Obergericht zu befördern, welches, wenn es das Gesuch für begründet erkennt, die Rehabilitation des Antragstellers durch ein in öffentlicher Sitzung zu verkündendes Erkenntniß ausspricht, im entgegengesetzten Falle abschlägig verfügt und diese Verfügung dem Antragsteller durch den Oberstaatsanwalt mittheilen läßt.

## §. 191.

Wird der Bittsteller abschlägig beschieden, so kann ein gleichartiges Gesuch erst nach Ablauf einer abermaligen 5jährigen Frist, von Behändigung der Entscheidung an gerechnet, eingebracht werden.

**Titel 8.****Von den Kosten.**

## §. 192.

Die Gerichtsgebühren in Strafsachen werden nach der diesem Gesetze angehängten Sportel- und Tarordnung erhoben.

In derselben sind auch die Gebühren der Vertheidiger und die Entschädigungen für die Auskunftspersonen bestimmt.

Die Entschädigungen für die Letzten werden nur dann sofort aus dem Gerichts-Verwaltungs-Kostenfonds entrichtet, wenn dieselben von dem Gerichte vorgeladen waren, und demnächst von dem vermögenden Schuldigen wieder eingezogen.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 22. August 1849.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz. von Geyso.

## Sportel- und Gebühren-Ordnung in Strafsachen.

### A. Taxen der Gerichte.

#### I. Gerichts-Sporteln.

	Rthlr.	Ggr.
1) Bei den Amts- und Stadtgerichten.		
Für die ganze Untersuchung, wenn erkannt ist:		
A. Bis auf 1 Rthlr. oder 24 Stunden Gefängniß . . . . .	—	8
B. Ueber einen Rthlr. bis 5 Rthlr., über 24 Stunden bis 7 Tage . . . . .	—	16
C. Ueber 5 Rthlr. bis 10 Rthlr., über 7 Tage bis 14 Tage . . . . .	1	8
Anmerk. In Forst- und Jagdwogensachen werden, wenn die erkannten Strafen über 10 Rthlr. und 14 Tage Gefängniß hinausgehen, die bei den Kreisgerichten geltenden Sätze erhoben *).		
2) Bei den Kreisgerichten.		
Für die ganze Untersuchung, wenn erkannt ist:		
A. Bis zu 20 Rthlr. oder 4 Wochen Freiheitsstrafe . . . . .	4	—
B. Ueber 20 Rthlr. bis zu 300 Rthlr., und über 4 Wochen bis zu einjähriger Freiheitsstrafe . . . . .	8	—
C. Ueber 300 Rthlr. und über einjährige Freiheitsstrafe . . . . .	16	—

\*) Vergl. jedoch das Einführungs-gesetz §. 11. 

Anmerk. Erkennt das Kreisgericht eine Strafe unter seiner Zuständigkeit, so bestimmt sich der Sportellsatz nach den Ansätzen unter No. 1.

### 3) Bei dem Obergerichte.

Für die ganze Untersuchung, wenn erkannt ist:

A. Bis zu dreijährigem Gefängniß oder zweijähriger Zwangsarbeit. . . . . 20 —

B. Ueber diese Strafen bis zu fünfjähriger Freiheitsstrafe, oder Dienstentsetzung oder Dienstentlassung . . . . . 30 —

C. Auf härtere Strafen . . . . . 40 —

Anmerk. Erkennt das Obergericht eine Strafe unter seiner Zuständigkeit, so bestimmt sich der Sportellsatz nach den Ansätzen unter 1 oder 2.

### 4) Bei dem Cassationshofe.

Für das Verfahren und das Erkenntniß, durch welches eine Nichtigkeitsbeschwerde abgewiesen wird . . . . . 10 —

Außer den vorstehenden Pauschsätzen und den Gebühren der Auskunftspersonen werden von dem Verurtheilten keinerlei Nebengebühren, so wenig an Reisekosten oder Diäten für Richter, Secretaire oder Ankläger, noch auch an Wege-, Insinuations- und Aufwartungsgebühren erhoben.

Werden Abschriften von Actenstücken oder Beglaubigungen außer den Fällen gefordert, wo solche vom Gerichte kostenfrei zu verabfolgen sind, so gelten die bei den Kreisgerichten in Civilsachen üblichen Sätze von 2 Ggr. für den Bogen.

Rthlr. Ggr.

## II. Gerichts-Nebengebühren.

	Rthlr.	Ggr.
1) Der Richter und Secretaire.		
An Diäten, ausschließlich der Fuhrkosten:		
A. Bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten:		
den Richtern . . . . .	1	8
den Secretairen . . . . .	—	16
B. Bei dem Obergerichte:		
den Präsidenten . . . . .	3	—
den Richtern . . . . .	2	—
den Secretairen . . . . .	1	—
Anmerk. Für den Oberstaatsanwalt und dessen Substituten gelten die für die Richter beim Obergerichte, für die übrigen Staatsanwälte dagegen gelten die für die Richter bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten ausgeworfenen Sätze.		
Sind die betreffenden Gerichtsbeamten und Staatsanwälte in ihrem Verufe während einer oder mehrerer Nächte von Haus abwesend, so erhalten dieselben für jede außerhalb ihres Wohnorts zugebrachte Nacht eine Zulage von 1 Rthlr., und, wenn sie in der Stadt Braunschweig übernachten müssen, von 2 Rthlrn.		

N. 31. Ggr. 26 M. 1857

## III. Gebühren der Auskunftspersonen.

Zaf. 4. 30. Oct. 1881. §. 18.		Nthlr.	Ggr.
1) An Gebühren der Zeugen werden berechnet:			
a. für Weg und Verſäumniß täglich eine Entſchädigung bis zu . . . . .	12	1	—
b. an Zehrungskosten ebenfalls täglich bis zu . . . . .	6	1	—
2) An Gebühren der Sachverständigen werden berechnet:			
a. für jeden Tag des Geschäfts 16 Ggr. bis		1	—
b. an Zehrungskosten täglich bis zu . . .		1	—
c. für den Weg bis zu . . . . .		1	—
d. für die Abfaſſung des Gutachtens, wenn ſolches nicht füglich zu Protocoll genommen werden kann . . 12 Ggr. bis		1	—
Für außerordentliche Fälle bleibt den Gerichten die angemessene Erhöhung dieses Satzes vorbehalten.			
Können Sachverständige oder Zeugen ihrem Stande nach, oder wegen Alters, oder wegen Schwachheit auf Transportmittel Anspruch machen, so erhalten sie die dieserhalb aufgewandten Kosten nach Billigkeit ersetzt.			

## B. Taxen für die Advocaten.

## I. Gebühren-Taxe in Strafsachen.

	Nthlr.	Ggr.
1) Für die Einsicht der Acten und den Auszug:		
a. bei den Stadt- und Amtsgerichten . .	1/2—1	—
b. bei den Kreisgerichten und dem Obergerichte . . . . . 16 Ggr. bis	5	—
Bei besonders umfangreichen Acten, oder wenn andere unmittelbar in die Sache eingreifende Hülf- oder Nebenacten damit verbunden sind, kann diese Gebühr angemessen erhöht werden.		
2) Für die mündliche Verhandlung und Vertheidigung:		
a. bei den Amts- und Stadtgerichten . .	1—2	—
b. bei den Kreisgerichten . . . . .	2—20	—
c. bei dem Obergerichte . . . . .	3—50	—
d. bei dem Cassationshofe:		
a. wenn die Nichtigkeitsbeschwerde gegen ein Erkenntniß der Amts- oder Stadtgerichte verfolgt ist . . . . .	2—5	—
β. in den übrigen Fällen . . . . .	5—20	—
3) Für Denkschriften und schriftliche Anträge:		
a. bei den Kreisgerichten für den Bogen .	1	—
b. bei dem Obergerichte für den Bogen . .	1	12
4) Für Termine, nach deren Dauer und Wichtigkeit . . . . . 16 Ggr. bis	2	—
5) Für eine Unterredung mit dem zu Vertheidigenden, nach deren Dauer und Wichtigkeit . . . . . 16 Ggr. bis	2	—
6) Für nothwendige Briefe und Nebenanträge, für den Bogen . . . . .	—	16

## Allgemeine Bemerkungen.

- a. Die Gebühren für jede Schrift sind unmittelbar unter derselben zu liquidiren, und die Gerichte sind befugt und verpflichtet, die obigen Ansätze zu ermäßigen, wenn in den Schriften Ungehöriges oder ungebührliche Weitschweifigkeiten enthalten sind.

Jedoch muß der Grund, sowie der Betrag des Ablasses an der regelmäßigen Gebühr angegeben werden. Geschieht dies nicht, so kommen die obigen Ansätze unbedingt zur Anwendung.

Gegen solche Ermäßigungen findet ein kostenfreier Recurs an das Obergericht, bei dem zweiten Senat und dem Criminalsenat des Obergerichts an dessen ersten Senat statt.

- b. Die vorstehenden Ansätze sind zunächst maßgebend für das Verhältniß zwischen dem Angeklagten und Verteidiger. Aus der Staatscasse werden Verteidigungsgebühren nur im Falle des Unvermögens des Angeklagten und alsdann auch nur diejenigen Kosten ersetzt, welche der Verteidiger für die öffentliche Hauptverhandlung in den den Geschwornen-Gerichten überwiesenen Sachen (Str.-P.-D. §. 7) zu berechnen befugt ist.

- c. Ist gegen ein Straferkenntniß mit Erfolg die Nichtigkeitsbeschwerde verfolgt, so ersetzt die Staatscasse sowohl die Kosten der Einwendung und Anmeldung, als auch die Kosten der öffentlichen Verhandlung vor dem Cassationshofe: für unbegründete Cassations-Gesuche und die darauf folgenden Verhandlungen leistet dagegen die Staatscasse in keinem Falle einen Kostenersatz.

- d. Für die, im Falle der Verfolgung der Nichtigkeitsbeschwerde, einzubringende motivirte Darstellung der Beschwerdepunkte (P.-D. §. 160) wird in allen Fällen nur ein Deservit von einem Bogen höchstens zugebilligt.

## II. Auslagen.

- 1) Unmittelbare Auslagen aller Art, z. B. für Stempelpapier, Gerichtsgebühren, Porto, Votenlohn u. s. w., werden nach ihrem vollen Betrage ersetzt.
- 2) Copialien für den Bogen nach der jetzt üblichen Schreibweise, wobei auch der nur theilweise beschriebene für voll gerechnet wird . . . . . 2 Ggr.
- 3) Reisen zu Terminen, wenn solche nothwendig, oder von der Partei verlangt, oder von ihr genehmigt sind:
  - a. für den Transport, wenn solchen der Anwalt selbst besorgt hat, für jede, sowohl auf der Hin- als der Rückreise zurückgelegte Postmeile . . 18 Ggr.
  - α. für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt;
  - β. bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu  $\frac{1}{2}$  Meile einschließlic für  $\frac{1}{2}$  Meile, wenn er aber  $\frac{1}{2}$  Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet;
  - γ. wird die Reise von einem Stationsorte der Post, oder der Harzburger oder Oschersleber Eisenbahn nach einem andern solchen Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttare oder die Eisenbahntare zweiter Klasse zu berechnen. Hat nach der Versicherung des Anwaltes dieser die Eisenbahn nicht benutzen können, so kommt die vorstehende Meilentare zur Anwendung;
- b. für Versäumniß und Diäten wird vergütet, wenn die Hin- und Herreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluß des Aufenthalts auf den Bahnhöfen, dauerte:
  - α. bis zu 3 Stunden, à Stunde . . . . 16 Ggr.,
  - β. bis zu 6 Stunden oder einen ganzen Tag 3 Rthlr.

- 1) Ist die Reise nicht auf der Eisenbahn gemacht, so wird dabei für jede Postmeile, sowohl der Hin- als Herreise, eine Stunde gerechnet.
  - 2) War die Reise mehrtägig, was bei der Entfernung von 3 Postmeilen präsumirt wird, so darf außer vorstehender Meilentaxe noch für jede außerhalb des Wohnorts zugebrachte Nacht berechnet werden . . . . . 1 Rthlr., in der Stadt Braunschweig aber . . . . . 2 Rthlr.
  - 3) Bei mehreren, an demselben Tage abgehaltenen Terminen werden die Transportkosten und Diäten nur einmal erhoben und bei verschiedenen Parteien auf diese reparirt. Die Gebühren für die Abhaltung der Termine selbst werden sämmtlich tarfmäßig berechnet.
- 

G e s e t z,  
die  
**gerichtliche Polizei und die mit  
deren Ausübung beauftragten  
Personen**

betreffend.  
*guy. R. N. 15<sup>e</sup>*

d. d. Braunschweig, den 19. März 1850.

---

**Von Gottes Gnaden, Wir, Wilhelm, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg ic.**

Wir erlassen mit Zustimmung der Abgeordneten des  
Landes die folgenden gesetzlichen Bestimmungen:

§. 1.

Die Aufgabe der gerichtlichen Polizei ist, bei der Entdeckung der Vergehen und Verbrechen, bei der Verfolgung und Ergreifung der Thäter, bei der Erforschung, Sammlung und Sicherstellung der Beweise und Verdachtsgründe, sowie bei der Vollziehung der erkannten Strafen, nach Maßgabe der Gesetze mitzuwirken.

§. 2.

Als Beamte der gerichtlichen Polizei besorgen unter

Aufsicht und Leitung der Staats-Anwaltschaft die dahin gehörigen Geschäfte

- 1) die Ortspolizeibehörden in den Städten und Landgemeinden,
- 2) die Amtsvoigte,
- 3) die Officiere und Stations-Commandanten des Polizeimilitairs.

### §. 3.

Ferner sind Beamte der gerichtlichen Polizei:

- a. rücksichtlich der Uebertretungen der Steuer-, Forst- und Jagdgesetze: die mit deren Verfolgung beauftragten Beamten,
- b. rücksichtlich der Feldwogen: die Feldhüter.

### §. 4.

Die in den §§. 2 und 3 bezeichneten Beamten haben bei ihren Geschäften die bestehenden Gesetze und Verordnungen, sowie die in deren Gemäßheit von der Herzoglichen Landesregierung zu ertheilenden Instruktionen zu befolgen. Sie sind unbeschadet ihrer sonstigen dienstlichen Stellung verpflichtet, den ihnen von dem Staatsanwalt des betreffenden Kreises in Bezug auf die Ausübung der gerichtlichen Polizei ertheilten Anweisungen Folge zu leisten.

Gegen den Polizei-Director der Stadt Braunschweig, gegen die Officiere des Polizeimilitairs, sowie gegen die Ober-Steuer- und Ober-Forst-Beamten hat der betreffende Staatsanwalt die Form der Requisition zu beobachten, er kann aber an die Polizei-Commissaire, sowie an die sämtlichen Stations-Commandanten des Polizeimilitairs directe Anweisungen ergehen lassen.

Der Ober-Staatsanwalt erläßt die erforderlichen Verfügungen an die §§. 2 und 3 genannten Beamten entweder unmittelbar, oder durch den Staatsanwalt des betreffenden Kreises.

### §. 5.

Außer den richterlichen Behörden und den Staats-

anwällen sind bei Betretungen auf frischer That zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahme von Papieren und Effecten berechtigt und verpflichtet:

- 1) die Ortspolizeibehörden und die Polizei-Commissaire,
- 2) die Officiere des Polizeimilitairs,
- 3) die laut §. 12 bei den Amts- und Stadtgerichten bestellten öffentlichen Ankläger.

Diese Beamten haben den Verhafteten oder die in Beschlag genommenen Papiere und Effecten binnen 24 Stunden bei der zuständigen richterlichen Behörde zur weiteren Verfügung zu übergeben.

Wird von ihnen selbst die Haft- oder Beschlagnahme schon früher aufgehoben, so ist auch in diesem Falle innerhalb 24 Stunden eine Anzeige bei der zuständigen richterlichen Behörde zu machen.

Als Betretung auf frischer That ist es im Sinne dieses Gesetzes nicht nur anzusehen, wenn der Thäter bei Ausführung der strafbaren Handlung oder gleich nach derselben betroffen oder öffentlich verfolgt wird, sondern auch dann, wenn er kurz nach Verübung des Vergehens, durch sonstige Verdachtsgründe beschwert, auf der Flucht oder der Flucht verdächtig ist, ferner, wenn er kurz nach der That im Besitz von Waffen, Geräthschaften, Schriften oder andern Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen.

### §. 6.

Es bleibt unverändert bestehen:

- a. das Recht zu Verhaftungen auf frischer That, welches den mit der Wahrnehmung der Zoll- und Steuer-Interessen beauftragten Beamten in den in den Gesetzen bestimmten Fällen (Zollordnung §. 106, Zollstrafgesetz §. 28) eingeräumt ist;
- b. das Recht zur Hausdurchsuchung bei Verfolgung auf frischer That, welches bei Zoll- und Steuer-Contraventionen im Grenzgebiete der Steuerofficianten (Zoll-



gesetz §. 37 und 38) und bei Forst- und Jagdrevellen den Forstbeamten zusteht;

- c. das Recht der Beschlagnahme, zu dessen Ausübung bei Zoll- und Steuer-Conventionen die Steuerofficianten, bei Forst- und Jagdvergehen die Forst- und Jagdbeamten befugt sind;
- d. das Recht der Feldhüter zu Pfändungen.

#### §. 7.

Ferner ist ausnahmsweise das Recht zur Vornahme von Hausdurchsuchungen gestattet:

- a. den Forst- und Jagdbedienten, den Polizeibeamten und dem Polizeimilitair in den in der Verordnung vom 5. Mai 1815 §. 3, in der Verordnung vom 7. Februar 1827 Art. 2, in der Verordnung vom 2. August 1828, 2 und 3, in der Verordnung vom 22. September 1846 Art. 2 und in der Verordnung vom 7. Februar 1831 §. 3 aufgeführten Fällen,
- b. den Steuerofficianten zufolge der Vorschriften in den §§. 37 und 38 des Zollgesetzes, in Art. 5 des Zoll-Eartells, im §. 48 des Gesetzes über die Malschsteuer, in den §§. 19 und 20 des Gesetzes über die Brau- und Salzsteuer, im §. 23 und 24 des unterm 20. November 1845 publicirten hannoverschen Steuergesetzes,
- c. den Polizeibehörden nach §. 22 des Criminal-Gesetzbuches (Gesetz von 1840 p. 244),
- d. den Feuergeschworenen bei Feuervisitationen sowohl in den Städten als in den Landgemeinden (§. 46 der Feuerordnung für die Landgemeinden vom 15. October 1832), sowie endlich
- e. dem Polizeimilitair nach §. 18 der Verordnung vom 5. Februar 1816,

jedoch nur in den Fällen und Formen, welche die angeführten Gesetze vorschreiben. Die Hausdurchsuchung muß, wenn thunlich, mit Zuziehung von Hausgenossen erfolgen.

Der bessern Uebersicht wegen sind die im §. 6 und 7 allegirten Gesetzesstellen in der Anlage A. beigelegt.

#### §. 8.

Abgesehen von den §§. 5—7 bezeichneten Fällen ist die Verhaftung, Hausdurchsuchung und Beschlagnahme von Papieren und Effecten nur in Kraft eines richterlichen mit Gründen versehenen Befehls zulässig, der auf Verlangen sofort vorgewiesen werden muß. Bei der Aufhebung sämmtlicher, diesen Bestimmungen entgegenstehender, Gesetze und Verordnungen behält es sein Bewenden.

#### §. 9.

Bei vorhandenem Verdachte eines begangenen Vergehens oder Verbrechens, desgleichen bei dem Verdachte, daß sich Jemand der erkannten Strafe durch die Flucht zu entziehen suche, sind in eiligen Fällen behuf Sicherung der Rechtsverfolgung,

- a. die Staatsanwälte und
- b. die §. 5 aufgeführten Beamten

befugt und verpflichtet, den Verdächtigen dem nächsten zuständigen Gerichte vorführen und bis zu dessen sofort abzugebender Verfügung anhalten zu lassen. Dieselben sind, um diese Vorführung zu bewirken, sowie um den Thatbestand und die Beweismittel zu sichern, berechtigt, unter der obigen Voraussetzung Wohnungen und sonstige Gebäude zu betreten, einem Jeden den Ein- oder Austritt, sowie die Fortschaffung oder sonstige Beseitigung von Papieren und Effecten zu untersagen und zur Aufrechterhaltung ihrer Anordnungen die geeigneten Maßregeln zu ergreifen.

Es ist jedoch ein solches Verbot nicht länger statthaft, als bis die nächste zuständige richterliche Behörde benachrichtigt und deren weitere Verfügung erwirkt werden kann.

## §. 10.

Die im §. 9 erwähnten Befugnisse stehen auch den sämtlichen übrigen Polizei-Beamten, den Unterbeamten der Gerichte und der Polizei, sowie dem Polizeimilitair und den Wachmannschaften zu, wenn

- a. von ihnen ein Verbrecher auf frischer That ergriffen oder verfolgt wird,
- b. der Verdacht vorhanden ist, daß Jemand ein Vergehen begangen habe oder sich der erkannten Strafe zu entziehen beabsichtige und Gefahr im Verzuge ist.

Die obigen Officianten haben jedoch in solchem Falle sofort einem der §. 5 bezeichneten Beamten und zwar dem zunächst wohnenden, Anzeige zu machen und ihre Anordnungen sind nur so lange zulässig und wirksam, bis einer der bezeichneten Beamten herbeigeholt oder dessen weitere Verfügung erwirkt ist.

Dieser Beamte hat eintretenden Falls wegen der erforderlichen richterlichen Verfügung die am Schlusse der §§. 5 und 9 getroffenen Bestimmungen zu beobachten.

## §. 11.

Die Rechte und Pflichten der Beamten der gerichtlichen Polizei in Bezug auf das Gefängnißwesen werden durch ein besonderes Gesetz bestimmt.

## §. 12.

Bei jedem Amts- und Stadtgerichte werden aus den §. 2 unter Nr. 1—3 aufgeführten Personen ein oder mehrere öffentliche Ankläger ernannt, die, mit Ausnahme der Zoll- und Steuer-Defraudationen, sowie der Forst- und Jagdwegen, in allen zur Competenz der Amts- und Stadtgerichte gehörigen Strafsachen die gerichtliche Verfolgung zu besorgen haben.

## §. 13.

Die Ernennung erfolgt durch die Herzogl. Landes-Regierung.

In Behinderungsfällen hat der Staatsanwalt und wenn dieser nicht zeitig mehr benachrichtigt werden kann, das Amtsgericht zur einstweiligen Aushilfe eine andere geeignete Person mit den Geschäften zu beauftragen.

## §. 14.

Die Ortspolizei-Beamten sind verpflichtet, das Amt des öffentlichen Anklägers für den Bezirk ihrer Gemeinde zu übernehmen, auch können sie die Aushilfe bei Behinderungsfällen nicht verweigern.

## §. 15.

Ist dem Ortspolizeibeamten das Amt des öffentlichen Anklägers nicht übertragen, so hat er auch die Vergehen, welche lediglich gegen die ortspolizeilichen Gesetze, Statute, Reglements verstoßen, dem öffentlichen Ankläger ungesäumt anzuzeigen.

Die gerichtliche Verfolgung dieser Vergehen wird von dem öffentlichen Ankläger nur auf solche Anzeigen vorgenommen.

Die über dergleichen Anzeigen der Ortspolizeibehörden von dem öffentlichen Ankläger aufgenommenen Protocolle haben öffentlichen Glauben.

## §. 16.

Die sämtlichen Beamten der gerichtlichen Polizei haben sich bei der Erfüllung ihrer Dienstpflichten gegenseitig prompte Hülfe zu leisten, die Unterbeamten der Gerichte, der Polizeibehörden, das Polizeimilitair, so wie eintretenden Falls die bewaffnete Macht sind gehalten, auf ergangene Aufforderung jene Beamten, so wie die richterlichen Behörden unweigerlich zu unterstützen und ihre Weisungen zu befolgen.

## §. 17.

Auch ist jede erwachsene Mannesperson verbunden, den

im vorigen §. genannten Beamten und Unterbeamten auf deren Aufforderung bei Ausübung ihrer Dienstobliegenheiten Beistand zu leisten, wenn es sich um Ergreifung oder Verfolgung von Verbrechern auf frischer That handelt, oder wenn Gefahr beim Verzuge ist. Die Erfüllung dieser Bürgerspflicht kann jedoch nur dann gefordert werden, wenn es sich nicht um die gerichtliche Verfolgung von Angehörigen im Sinne des Criminalgesetzbuchs handelt.

Wer die Erfüllung dieser Pflicht ohne genügende Gründe verweigert, wird mit einer Geldstrafe bis 50 Rthr. belegt.

Bei der Zumessung der Strafe ist vorzugsweise die Wichtigkeit des Falles und die höhere oder niedrigere dienstliche Stellung des auffordernden Beamten zu berücksichtigen.

Im Fall des Unvermögens tritt verhältnismäßige Gefängnisstrafe ein.

#### §. 18.

Die Staatsanwälte, so wie der Oberstaatsanwalt sind befugt, die im §. 2 und 3 bezeichneten Beamten, in so fern sie ihren Dienstobliegenheiten bei Ausübung der gerichtlichen Polizei nicht gehörig nachkommen, durch Ordnungsstrafen zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten.

Gegen die Officiere des Polizeimilitärs, die Oberforst- und Obersteuerbeamten und den Polizei-Director der Stadt Braunschweig werden solche Strafverfügungen ausschließlich von dem Oberstaatsanwalt erlassen.

Die Ordnungsstrafen dürfen, je nachdem sie von den Staatsanwälten oder Oberstaatsanwälten angedrohet werden, den Betrag von 10 resp. 25 Rthl. für den einzelnen Fall nicht übersteigen.

#### §. 19.

Glaubt der Oberstaatsanwalt, daß ein Beamter wegen seines Verfahrens bei Ausübung der gerichtlichen Polizei eine eigentliche Disciplinarstrafe verwirkt habe, so ist derselbe verpflichtet, die zuständige Disciplinarbehörde von einem solchen Falle in Kenntniß zu setzen.

Auch steht der richterlichen Disciplinarbehörde das Recht zu, bei dem Herzoglichen Staatsministerium die disciplinarische Bestrafung eines solchen Beamten zu beantragen.

#### §. 20.

Wenn ein Beamter der gerichtlichen Polizei oder ein sonstiger gerichtlicher oder Polizeibeamter bei Ausübung der gerichtlichen Polizei ein Dienstvergehen verübt hat, so wird das gerichtliche Verfahren auf den Antrag des Verletzten von dem betreffenden Staatsanwälte eingeleitet.

#### §. 21.

Liegt ein solcher im vorigen §. erwähnter Antrag nicht vor, so erfolgt die Einleitung der Untersuchung wegen der fraglichen Dienstvergehen auf Anweisung oder nach erfolgter Genehmigung des Oberstaatsanwaltes.

#### §. 22.

Der Cassationshof ist befugt, gegen den Oberstaatsanwalt, die Staatsanwälte und gegen alle richterlichen und polizeilichen Beamten und Unterbeamten, welche bei Ausübung gerichtspolizeilicher Functionen ein strafbares Dienstvergehen begangen haben, auch von Amtswegen die Einleitung der gerichtlichen Untersuchung zu verfügen, dem Oberstaatsanwalt zu dem Ende die entsprechende Auflage zu ertheilen, nöthigenfalls die anderweit erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. *H. 19. G. v. 26 März 1861.*

#### §. 23.

Das Gesetz vom 14. Januar 1849, desgleichen alle dem gegenwärtigen Gesetze widerstreitenden älteren gesetz-

*x H. 2. G. v. 26 März 1861. H. 5.*

lichen Bestimmungen und Verordnungen werden hiermit aufgehoben.

Die gesetzlichen Bestimmungen über die militairischen Vergehen des Polizei-Militairs bleiben unverändert.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beige druckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 19. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.  
von Schleinitz. von Seyso. Langerfeldt.

## Anlage A.

### Extract

aus der Zollordnung.

§. 106.

#### Grenzaufseher.

Die Grenzaufseher sollen sich durchaus mit keiner Gelderhebung befassen. Es liegt ihnen ob, den Grenzbezirk und die Binnenslinie ununterbrochen zu beaufsichtigen, und es sind alle Personen, welche Fuhrwerk, Schiffe, Gepäck oder zollpflichtige Gegenstände führen, verpflichtet, denselben Folge zu leisten und dasjenige zu unterlassen, wodurch sie in Ausübung ihres Amtes gehindert werden würden.

Die Grenzaufseher sind befugt:

- a. Frachtfuhrwerk und Herdenführer anzuhalten, sich den Transportausweis vorzeigen zu lassen, Notizen daraus zu nehmen und ihn durch äußere Befestigung der Ladung mit dieser zu vergleichen. Stimmen beide nicht überein, so behalten sie die Bezeichnung bei sich, und begleiten die Gegenstände in der Richtung, worin sie dieselben finden, zur nächsten Dienststelle;
- b. Kiepen-, Korb- und Wackträger, Handfuhrwerke, Bauerfuhrwerke und beladene Lastthiere, welche nicht verpackte Waaren führen, können von den Grenzaufsehern auf der Stelle revidirt werden, um sich die Ueberzeugung zu verschaffen, daß entweder keine zollpflichtigen Gegenstände geladen, oder diese gehörig angemeldet sind. Bei förmlich verpackten Waaren verfahren sie entweder wie zu a. vorgeschrieben ist, oder führen solche zur Obrigkeit des nächsten Orts, um mit dieser eine Nachsichtung vorzunehmen. Bei

- Personen, gegen welche der Augenschein Verdacht erregt, daß sie Waaren unter den Kleidern verborgen haben, ist nach §. 39 des Zollgesetzes zu verfahren.
- c. Ledig angegebenes Fuhrwerk ohne Ausnahme können die Grenzaufseher anhalten, um Ueberzeugung zu nehmen, daß es wirklich unbeladen ist.
  - d. Führer von Schiffsgefäßen, welche weniger als fünf Lasten tragen, müssen auf den Anruf der Grenzaufseher sobald wie möglich anhalten, und je nachdem es verlangt wird, entweder den Ufer zusteuern und dort an schicklichen Stellen anlegen oder die Ankunft der Grenzaufseher abwarten.
  - e. Wer Gegenstände führt, welche von dem Transport-Ausweise befreiet sind (§. 84 a — d.), ist verbunden, den Grenzaufsehern zur Stelle die nöthige Auskunft zu geben, um sie zu überzeugen, daß die transportirten Gegenstände eines Ausweises nicht bedürfen. Kann dies nicht sofort genügend geschehen, so sind die Grenzaufseher befugt, den Transport dahin zu führen, wo die verlangte Auskunft mit Sicherheit zu erlangen ist.
  - f. Reisende zu Wagen mit Gepäck, zu Pferde und zu Fuß mit Felleisen und dergleichen, welche sich auf einer Zollstraße in der unbezweifelten Richtung nach dem Grenzzollamte befinden, dürfen von den Grenzaufsehern gar nicht angehalten werden. Treffen sie aber dergleichen Reisende entweder auf einem Punkte der Zollstraße, wo dieselben das Grenz-Zollamt schon im Rücken haben, oder außerhalb einer Zollstraße, so können sie mit Ausnahme der mit den gewöhnlichen Posten oder mit Extrapost Reisenden den Nachweis der geschehenen Meldung fordern.
- Erfolgt dieser, so müssen sie die Personen ohne Störung reisen lassen, in entgegengesetzten Falle aber zum nächsten Zollamte führen.

- g. Gegenstände, welche nicht mit dem vorgeschriebenen Ausweise versehen sind, damit nicht übereinstimmen, oder auf einer Straße betroffen werden, welche von der darin vorgeschriebenen abweicht, sind von den Grenzaufsehern in Beschlag zu nehmen und an das nächste Zollamt abzuliefern.
- h. Die Grenzaufseher sind ebenso befugt, als verpflichtet, die aus dem Grenzbezirke in das Binnenland geflüchteten oder mit Gewalt entkommenen Desraudanten dahin zu verfolgen und sich im Betretungsfalle ihrer Person und Waaren zu bemächtigen.

### Extract

aus dem Zollstrafgesetze.

#### §. 28.

Der erste Angriff und die vorläufige Feststellung des Thatbestandes bei Entdeckung einer Zollgesetzübertretung erfolgt durch die mit der Wahrnehmung des Zollinteresses beauftragten Beamten, welche sich der Gegenstände des Vergehens, und wenn es zur Sicherstellung der Abgaben, Strafen und Untersuchungskosten erforderlich ist, auch der Transportmittel durch Beschlagnahme versichern müssen. Fremde oder unbekannte Contravenienten können verhaftet werden, und sind, bis sie sich legitimiren und Sicherheit, auch einen in dem Gerichtsbezirke ansässigen Bevollmächtigten bestellen, an das nächste Gericht abzuliefern.

## Extract

aus dem Zollgesetze.

## §. 37.

## 10. Hausvisitationen und Revisionen der Waarenlager.

Sind Gründe vorhanden, zu vermuthen, daß irgend Jemand im Grenzbezirke sich einer Uebertretung der Zollgesetze schuldig gemacht habe, oder zu einer solchen Uebertretung durch Vergung verbotener oder zollpflichtiger Waaren mitwirke, so können zur Ermittlung derartiger Contraventionen Nachsuchungen nach solchen Vorräthen unter Erforderung des Ausweises über die geschehene Verzollung oder den inländischen Ursprung der vorgefundenen Waaren und selbst Hausvisitationen von Zollbeamten unter Leitung eines Obercontroleurs oder eines andern Beamten gleichen oder höheren Ranges vorgenommen werden; Hausvisitationen jedoch nur unter Zuziehung der Ortsbehörden und nur nach Sonnenaufgang und vor Sonnenuntergang.

Der Beobachtung dieser Formlichkeiten bedarf es nicht, wenn auf der That betroffene, von den Zollbeamten verfolgte Schleikhändler in Häusern, Scheunen u. s. w. einen Zufluchtsort suchen. In solchen Fällen müssen die verdächtigen Räume den verfolgenden Zollbeamten auf Verlangen sofort und zu jeder Zeit geöffnet und es dürfen letztere in Ausübung ihrer Dienstpflicht gegen die Flüchtigen auf keine Weise gehindert werden.

Auch sind unter den vorgedachten Nachsuchungen die gewöhnlichen Revisionen bei den auf den Grund des §. 35 dieses Gesetzes unter Controle stehenden Gewerbetreibenden nicht begriffen.

## §. 38.

Haussuchungen außerhalb des Grenzbezirks zum Zwecke

der Verfolgung einer Uebertretung der Zollgesetze können nur von den zur Untersuchung solcher Uebertretungen competenten Behörden angeordnet und unter deren Leitung vorgenommen werden.

## Extract

aus der Verordnung vom 5. Mai 1815.

## §. 3.

Wenn ein Förster oder sonstiger Forstofficiant einen begangenen Frevel entdeckt, wobei er den Thäter nicht mehr auf der That antrifft, so soll er, um diesen zu erforschen, den sich zeigenden Spuren folgen. Zur Erreichung des Zwecks können auch Haussuchungen mit Zuziehung des Amtsvoigtes oder Ortsvorstehers vorgenommen werden, und haben diese das dabei aufzunehmende Protocoll mit zu unterschreiben.

## Extract

aus der Verordnung vom 7. Februar 1827.

## Art. 2.

Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung der Freveler alle mögliche Hülfe geleistet werden, und namentlich wird gestattet, daß die Spur der Freveler durch die Förster oder Waldwärter und das Polizeimilitair bis auf eine Stunde Entfernung von der Grenze verfolgt und Haussuchungen ohne vorherige Anfrage bei den obrigkeitlichen Behörden und Aemtern auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach den Anordnungen des zu diesem

Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeister oder Ortsvorstehers, vorgekommen werden.

### Extract

aus der

Verordnung vom 2. August 1828.

#### §. 2.

Besonders wird wechselseitig gestattet, daß die Spur solcher Frevler durch die Forst- und Jagdbedienten, Forstaufseher — wozu auch Mitglieder solcher Gemeinden, welche über ihre Forsten selbst die Aufsicht führen, gehören — Gerichtsunterbedienten und Polizeiofficianten bis in das benachbarte Gebiet verfolgt wird, und daselbst Haus-suchungen, ohne vorherige Anfrage bei der Obrigkeit, auf der Stelle, jedoch nur in Gegenwart und nach Anordnung des zu diesem Behufe mündlich zu requirirenden Bürgermeisters, Voigts oder sonstigen Ortsvorgesetzten vorgenommen werden.

#### §. 3.

Ueber eine solche Haus-suchung muß der Ortsvorsteher ein kurzes Protocoll doppelt aufnehmen und davon ein Exemplar dem Requirenten aushändigen, das andere aber an seine, des Ortsvorstehers, Obrigkeit einsenden.

### Extract

aus der

Verordnung vom 22. September 1846.

#### Art. 2.

Von den beiderseitigen Behörden soll zur Entdeckung

und Haßhaftwerdung der Forst- und Jagdfrevler alle mögliche Hülfe geleistet werden.

Den Förstern und Waldwärtern des einen Theils soll namentlich gestattet sein, die Spuren begangener Forst- und Jagdfrevler, so wie der Frevler selbst, bis auf eine Meile auch in das Gebiet des andern Theiles zu verfolgen.

Ereilen sie auf der diesfälligen Verfolgung die Frevler selbst, so ist es ihnen, jedoch nur unter der Bedingung gestattet, dieselben anzuhalten, daß die Angehaltenen an die nächste Ortsbehörde derjenigen Regierung überliefert werden, auf deren Gebiete die Anhaltung stattgefunden hat.

Finden die auf der Verfolgung eines Forst- oder Jagdfrevlers begriffenen Forstbeamten eine Haus-suchung in dem Gebiete des andern Theils vorzunehmen für nöthig, so haben dieselben solches an Orten, wo der Sitz eines Gerichtes ist, bei dem Ortsrichter, im Falle der Verhinderung desselben aber, sowie an Orten, wo ein Ortsgericht sich nicht befindet, bei dem Polizeicommissair, Bürgermeister oder Beigeordneten, Ortschultheißen oder Ortschöffen, Ortsvorsteher oder Ortsvorstehergehilfen anzuzeigen, von welchen alsdann die Haus-suchung unverzüglich verfügt werden wird.

### Extract

aus der Verordnung vom 7. Februar 1831.

#### §. 3.

Die Forstofficianten, das Landwehr-Militair und die Polizeibehörden sind ermächtigt, zur Constatirung der, in den vorhergehenden Paragraphen aufgeführten Vergehen bei vorhandenen zulänglichen Verdachtsgründen mit Zuziehung der Ortsbehörde Haus-suchungen anzustellen.

## Extract

aus dem Zoll-Contract.

## Art. 5.

Den Zollbeamten und anderen zur Wahrnehmung des Zollinteresses verpflichteten Bediensteten sämtlicher contrahirenden Staaten wird hierdurch gestattet, die Spur begangener Zollcontraventionen auch in das Gebiet der angrenzenden mitcontrahirenden Staaten ohne Beschränkung auf eine gewisse Strecke zu verfolgen, und es sollen, je nach der bestehenden Verfassung, die Ortsobrigkeiten, Polizei- und Gerichtsbehörden in solchen Fällen auf mündlichen oder schriftlichen Antrag dieser Beamten oder Bediensteten, und unter deren Zuziehung, durch Haussuchungen, Beschlagnahme oder andere gesetzliche Maßregeln des Thatbestandes sich gehörig versichern.

Auch soll auf den Antrag der requirirenden Beamten oder Bediensteten bei dergleichen Visitationen, Beschlagnahmen oder sonstigen Vorkehrungen ein Zoll-, Steuer- oder Gefälls-Beamter oder Bediensteter desjenigen Staats, in dessen Gebiete Maßregeln dieser Art zur Ausführung kommen, zugezogen werden, falls ein solcher im Orte anwesend ist.

Bei Haussuchungen und Beschlagnahmen soll ein den ganzen Hergang vollständig darstellendes Protocoll aufgenommen, und ein Exemplar desselben den requirirenden Beamten oder Bediensteten eingehändigt, ein zweites Exemplar aber zu den Acten der Behörde genommen werden, welche die Haussuchung angestellt hat.

## Extract

aus dem Gesetze wegen Erhebung und Controlirung der Branntweinsteuer.

## §. 48.

## b. Haus suchungen.

Ist dringender Verdacht vorhanden, daß Unterschleife, um dem Staat die schuldigen Gefälle zu verkürzen, begangen worden, und deshalb eine förmliche Haussuchung erforderlich, es sei bei Personen, welche Brennerei betreiben, oder bei anderen, so muß dazu von einem Oberbeamten oder einer höhern, der Steuer-Hebestelle vorgesetzten Behörde ein schriftlicher Auftrag erteilt werden, und sie darf nur unter Zuziehung eines Gemeindebeamten bei den letztgedachten Personen, auch nur von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang stattfinden.

## Extract

aus dem

Gesetze wegen der Besteuerung des Braumalzes.

## §. 19.

Revisionsbefugniß der Steuerbeamten.

Das Gebäude, in welchem eine Brauerei betrieben wird, kann, sobald darin gearbeitet wird, zu jeder Zeit, sonst aber nur von Morgens 6 bis Abends 9 Uhr von den Steuerbeamten behufs der Revision besucht, und muß ihnen zu dem Behufe sogleich geöffnet werden. In demselben erstreckt sich ihre Revisionsbefugniß darauf, nachzusehen, daß die Braupfannen und Bottiche unverändert so dieselben



sind, wie sie angegeben, auch bezeichnet worden, daß keine unangemeldete Geräthe vorhanden, daß außer Gebrauch gesetzte Geräthe sich noch in diesem Zustande befinden, daß das Maßschrot nur an dem dazu bestimmten Orte aufbewahrt wird, und daß nur zur angemeldeten Zeit und Stunde eingemaischt, auch die Einmischung gehörig versteuert ist.

## §. 20.

## Haussuchung.

Ist gegründeter Verdacht vorhanden, daß Unterschleife, um dem Staate die verschuldeten Gefälle zu verkürzen, begangen, und deshalb eine förmliche Haussuchung erforderlich, es sei bei Personen, welche Brauerei betreiben, oder bei anderen, so ist dazu ein schriftlicher Auftrag eines Oberbeamten oder einer noch höhern, der Steuer-Hebestelle vorgesetzten Behörde erforderlich, und sie darf nur unter Zuziehung eines Gemeindebeamten an solchen Orten stattfinden, die zur Begehung des Unterschleifs, oder Verheimlichung von Beständen steuerpflichtiger Gegenstände geeignet sind.

## Extract

aus dem unterm 20. November 1845 publicirten  
Hannoverschen Steuergesetze.

## §. 23.

## Revision bei Gewerbetreibenden.

Die Steuerbeamten sind berechtigt, bei den Handel- und Gewerbetreibenden ihres Controledistrikts von Zeit zu Zeit Revisionen vorzunehmen. Zu dem Ende ist ein jeder, der Handel oder Gewerbe mit abgabepflichtigen Gegenständen treibt, insbesondere die Kaufleute, Krämer, Hokenhändler, Gast- und Schenkwirthe bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 Thalern gehalten, den Steuerbe-

amten ihre Waarenlager, Vorrathsbehältnisse und alle diejenigen Räume, worin abgabepflichtige Gegenstände aufbewahrt werden, auf Erfordern sofort, zur Nachtzeit jedoch nur in Gegenwart eines Steuerbeamten höhern Grades oder des Ortsvorstandes, oder mit Zustimmung einer obrigkeitlichen Person oder des Steuerrichters, zu öffnen und in Fällen ihrer Abwesenheit oder Behinderung öffnen zu lassen, so wie auch über den Zugang und Abgang an abgabepflichtigen Gegenständen die verlangte Aufklärung zu geben und resp. geben zu lassen.

In gleicher Weise sind auch die Frachtfuhrleute, Brann-  
teweinshändler und Schiffer bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 5 Thalern gehalten, alle diejenigen Räume, welche sie zur Aufbewahrung transportirter Gegenstände benutzen, den Steuerbeamten zu jeder Zeit zu öffnen und die darüber geforderte Aufklärung zu geben.

Bei wiederholter Nichtbeachtung vorsehender Bestimmungen kann die Strafe von resp. 10 Thaler und 5 Thaler auf resp. 100 Thaler und 50 Thaler erhöht werden.

Ist jedoch ein Handel- oder Gewerbetreibender oder Frachtführer (Fuhrmann, Schiffer) schon wiederholt zur Strafe der Defraude durch rechtskräftiges Erkenntniß verurtheilt, so müssen den Steuerbeamten auf Verlangen sämtliche Räume seines Hauses und der dazu gehörigen Nebenlocale geöffnet werden, es sei denn, daß die oberste Steuerbehörde Ausnahmen gestattet.

Alle in diesem §. bezeichneten Personen haben für die zum Behuf der Revision erforderlichen Hülfleistungen auf Verlangen der Steuerbeamten unentgeltlich zu sorgen, namentlich auch diesen Beamten den Gebrauch ihrer Wage- und Meßgeräte zu gestatten; jedoch haben die Steuerbeamten auch selbst zunächst thätigen Antheil an den Revisionsarbeiten zu nehmen, und es ist ihnen untersagt, Personen, zu denen sie nicht in amtlichen Verhältnissen stehen, behuf Hülfleistung bei der Revision mit sich zu führen.

## §. 24.

## Revision bei anderen Personen.

Steuerpflichtige, welche zu den im vorstehenden §. 23 benannten Handel- und Gewerbetreibenden nicht gehören, sind solchen Revisionen zwar nicht unterworfen, indeß verpflichtet, den Steuerbeamten auf deren in Beziehung auf den Empfang oder die Versendung abgabepflichtiger Gegenstände gehaltene Nachfragen genügende Auskunft zu geben. Wer jedoch zum zweiten Male einer Defraude mit derartigen Gegenständen gerichtlich überführt worden ist, muß sich für die folgenden zwei Jahre den Revisionen seiner Vorrathsbehältnisse gleich Gewerbetreibenden unterwerfen, und verliert, wenn er anderweit einer Defraude gerichtlich überführt worden, für immer den Anspruch auf Befreiung von der Revision.

## Extract

aus dem Criminal-Gesetzbuche.

## §. 22.

## B. Stellung unter polizeiliche Aufsicht.

Der öffentlichen Sicherheit und Sittlichkeit gefährliche Verbrecher sind nach erlittener Strafe unter polizeiliche Aufsicht zu stellen, auf nicht weniger als ein Jahr und auf nicht mehr als fünf Jahre.

Der unter polizeiliche Aufsicht Gestellte darf über Nacht seinen Gemeindebezirk ohne Erlaubniß der Ortsbehörde nicht verlassen, er bedarf zu einer über drei Tage dauernden Abwesenheit der Erlaubniß des Amts, der Polizeidirection oder der Stadtpolizeibehörde, und diese Behörden haben das Recht, zu jeder Zeit Hausdurchsuchungen bei dem unter Aufsicht gestellten vornehmen zu lassen.

Die Gerichte haben in dem Erkenntnisse die Dauer der polizeilichen Aufsicht zu bestimmen.

## Extract

aus der Feuer-Ordnung für die Land-Gemeinden  
vom 15. October 1832.

## §. 46.

Besichtigungen durch dieselben.

Die besondere Obliegenheit dieser Geschwornen besteht darin, daß sie zu unbestimmten Zeiten, und wenigstens jährlich zwei Mal, ohne solches zuvor bekannt gemacht zu haben, in den Häusern ihrer Gemeinde genaue Besichtigungen und Nachforschungen darüber, ob den Vorschriften der Feuerordnung, §. 3 bis 39, gehörig nachgekommen wird, anstellen und jede befundene Unregelmäßigkeit der Obrigkeit zur Anzeige bringen. Den Umständen nach müssen solche Besichtigungen öfter vorgenommen werden.

Diese Visitationen sollen ohne Ausnahme auch in solchen Gebäuden stattfinden, welche übrigens von der polizeilichen Aufsicht der Ortsvorsteher ausgenommen sind.

Das Polizei-Militair kann dergleichen nicht für sich, sondern nur in Begleitung der Feuer-Geschwornen anstellen, es wäre denn, daß dasselbe von Seiten des Amtes zur Vornahme besonderer Visitationen schriftlich requirirt worden wäre.

## Extract

aus der Verordnung vom 5. Februar 1816.

## §. 18.

Die Husaren haben das Recht, bei Tage die Wirthshäuser, Gasthöfe und andere dem Publico offen stehende

Häuser zu besuchen, um diejenigen Personen, deren Verhaftnehmung ihnen aufgetragen ist, aufzufinden, und sich zu dem Ende über die sich darin aufhaltenden Fremden Auskunft geben zu lassen. Visitationen aber, bei Tage oder bei Nacht, können nur auf ausdrückliche schriftliche Autorisation von der Obrigkeit oder in eiligen Fällen unter Begleitung des Ortsvorstehers vorgenommen werden.

Gr. N. d. 1850. N<sup>o</sup> 14.

Civil-Proceß-Ordnung.

d. d. Braunschweig, den 19. März 1850.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg etc.

Zur Ausführung des Gesetzes vom 20. April 1848 erlassen Wir, mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes, nachstehende

## Civilproceßordnung.

Erster Theil.

Allgemeine Bestimmungen.

### Titel 1.

Leitende Grundsätze.

§. 1.

Umfang des Gesetzes.

Gegenstand dieser Proceß-Ordnung ist das Verfahren in Civil-Processen.

Das Proceßrecht bleibt bestehen, insoweit es nicht durch die nachfolgenden Bestimmungen abgeändert ist.

§. 2.

Verhandlungsmaxime.

Die Gerichte handeln in Civil-Proceßsachen nur auf Anrufen der Parteien.

Befehlungen von Amtswegen können sie nur erlassen, wo diese Proceß-Ordnung solche für zulässig erklärt.

## §. 3.

## Eventualmarime.

Die Parteien sind gehalten, die nach Lage der Verhandlungen zulässigen Angriffs- und Vertheidigungs-Mittel, von denen sie in dem gegenwärtigen Rechtsstreite Gebrauch machen wollen, sämmtlich gleichzeitig vorzutragen.

**Titel 2.**

## Parteien, Anwälte, Sachführer.

## §. 4.

Bei den Amts- und Stadtgerichten kann jeder zum Auftreten vor Gericht Berechtigte seinen Rechtsstreit selbst führen, oder einen gehörig Bevollmächtigten für sich auftreten lassen.

Personen, welche nicht im Stande sind, ihre Sache verständlich und gehörig mündlich vorzutragen, oder welche durch Leidenschaftlichkeit und ungehöriges Benehmen den Lauf der Verhandlungen dauernd stören, hat das Gericht aufzugeben, einen Bevollmächtigten für sich auftreten zu lassen.

Die Parteien sind befugt, ihren Bevollmächtigten auch aus der Zahl der recipirten Advocaten und Anwälte zu nehmen; ebenso können sie einen recipirten Advocaten leiblich als Rechtsbeistand zuziehen. Proceßschriften, wo solche zulässig sind, müssen jedenfalls von der Partei selbst oder von einem Advocaten oder Anwalte ausgearbeitet sein.

## §. 5.

Bei den Kreisgerichten, dem Obergerichte und dem Cassationshofe müssen die Parteien von einem am Siege des betreffenden Gerichts wohnhaften Anwalte vertreten werden. Dieser gilt dem Gerichte und dem Proceßgegner gegenüber, auch wenn die Anfertigung der Proceßschriften

einem auswärtigen Anwalte übertragen ist, als der Anwalt der Partei.

## §. 6.

Die Anwälte sind befugt und verpflichtet, alle zur Regelmäßigkeit des Verfahrens erforderlichen Handlungen und Anträge vorzunehmen, die Hauptverhandlung vorzubereiten und insbesondere die zu dem Ende erforderlichen Proceßschriften anzufertigen.

## §. 7.

Der Anwalt hat sich bei dem Kreisgerichte durch eine, auf ihn ausgestellte, öffentlich beglaubigte Vollmacht, welche dem Gegner in Abschrift mitzutheilen ist, zu legitimiren. Die Vollmacht muß die allgemeine Befugniß zur Substitution und zur Ernennung eines Anwalts in den obern Instanzen, zugleich aber die Ernennung eines am Orte des Kreisgerichts wohnhaften Substituten, sowie für das Obergericht eines in Wolsenbüttel wohnhaften Anwalts und Substituten für denselben enthalten.

Diese Proceßvollmachten sollen bei allen Kreisgerichten gleichlautend sein. Ein Formular derselben ist dieser Proceß-Ordnung in der Anlage A. beigelegt.

## §. 8.

Denjenigen Parteien, welche bei Bestellung eines Anwaltes Schwierigkeiten finden, sind die Gerichte gehalten, einen Anwalt beizugeben. Dieser darf den ihm ertheilten Auftrag nur aus besonderen Gründen, über deren Erheblichkeit nöthigenfalls das Gericht entscheidet, ablehnen oder niederlegen.

## §. 9.

Wenn der Anwalt seinen Auftrag kündigt, so hat er davon gleichzeitig dem Gerichte Anzeige zu machen, dieses aber dem Gegner die Anzeige mitzutheilen und der gekündigten Partei aufzugeben, binnen 8 Tagen einen andern

Anwalt zu bestellen, unter dem Rechtsnachtheile, daß ihr sonst ein solcher von Amtswegen beigeordnet werde.

Die Zurückgabe der Vollmacht durch den Anwalt oder Zurücknahme derselben durch die Parteien wird der Gegenpartei gegenüber erst durch die Bestellung eines andern Anwalts und deren Mittheilung wirksam.

Für seine Partei kann der gekündigte Anwalt vom Tage der Kündigung an nicht mehr handeln.

## §. 10.

Die recipirten Sachführer (Rechtsbeistände, Advocaten) halten für ihre Clienten die mündlichen Vorträge in den öffentlichen Sitzungen. Es ist jeder dazu befähigten Partei unbenommen, ihre Sache selbst mündlich vorzutragen, jedoch muß sie sich bei dem Obergerichte und dem Cassationshofe des Beistandes eines bei diesen Gerichten recipirten Obergerichts-Advocaten bedienen.

## §. 11.

Die Sachführer können zur Uebernahme einer Sache nicht gezwungen werden, mit Ausnahme derer der armen Parteien.

**Titel 3.****Thätigkeit des Staatsanwalts.**

## §. 12.

Die Staatsanwälte sind berechtigt, allen öffentlichen Gerichtssitzungen in Civil-Proceßes beizuwohnen und die Einsicht der Acten zu verlangen, um die Vollziehung der Gesetze und Verordnungen, besonders derjenigen, welche die Regelmäßigkeit des Verfahrens und die Zuständigkeit der Gerichte betreffen, zu überwachen.

Sämmtliche Gerichte sind befugt, dem Staatsanwalt von Amtswegen die Acten mitzutheilen, wenn sie seine Thätigkeit in einem Proceß für nützlich halten.

## §. 13.

Die Kreisgerichte und das Obergericht haben in fol-

genden Sachen spätestens drei Tage vor der öffentlichen Schlußverhandlung den Staatsanwalt von derselben in Kenntniß zu setzen, nämlich:

- 1) in denen, welche die öffentliche Ordnung, die Staats- oder Cammer-Verwaltung, die Verwaltung des Kloster- und Studien-Fonds, fromme oder geistliche Stiftungen, die Gemeinden, öffentliche Anstalten oder Corporationen betreffen;
- 2) in denen, wo die Zuständigkeit streitig ist;
- 3) bei Syndicatsklagen;
- 4) bei Abtheilungen der Gerichtspersonen; *§. 19. §. 20. §. 21. §. 22. §. 23. §. 24. §. 25. §. 26. §. 27.*
- 5) wenn über den Stand der Person gestritten wird, oder wenn von dritten Personen auf Interdiction eines Wahnsinnigen, Geisteschwachen, Taubstummen, Taubblinden oder Verschwenders angefragt wird; *§. 209.*
- 6) wenn eine der Parteien unter Vormundschaft steht;
- 7) bei Ehescheidungsklagen und Klagen auf Trennung von Tisch und Bett;
- 8) wenn eine Urkunde als unächt angefochten wird;
- 9) bei Concursen;
- 10) bei Nichtigkeits- und Restitutionsklagen;
- 11) in Sachen, wo es auf die Wahrung des Interesses einer bei der Armee befindlichen Militär-Person oder einer im Dienst des Staates abwesenden Civil-Person ankommt.

## §. 14.

Die Staatsanwälte können nach dem Schlusse der mündlichen Verhandlung sich gutachtlich über die zu erlassende Entscheidung äußern, Anträge stellen und ihre sonstigen Bemerkungen machen.

Nachdem sie gesprochen, können weder die Parteien noch ihre Rechtsbeistände ferner das Wort nehmen. Glaubt eine Partei, daß in dem Vortrage des Staatsanwalts thatsächliche Irrthümer oder neue Thatfachen enthalten

sind, so kann sie auf diese durch eine, dem Gerichte sofort zu übergebende schriftliche Notiz aufmerksam machen. Das Gericht kann diese Notiz dem Gegner mittheilen und nöthigenfalls die Parteien darüber hören.

## §. 15.

Finden die Bemerkungen und Ansichten des Staatsanwalts keine Berücksichtigung, so kann er sich an den Ober-Staatsanwalt und dieser kann sich an das Staatsministerium wenden, falls das Geeignete im Oberaufsichtswege zu erlassen ist, oder er kann dem Ober-Staatsanwalt Anzeige machen, damit dieser bei solchen Entscheidungen, welche gegen die Bestimmungen der Gesetze verstoßen, und welche von den Parteien nicht angefochten werden, zur Aufrechthaltung der Gesetze die Aufhebung nichtiger Erkenntnisse bei dem Cassationshofe beantrage. Diese ist indeß ohne Einfluß auf die Rechte der Parteien.

## §. 16.

Die Staatsanwälte treten in folgenden Fällen von Amtswegen zugleich als Partei auf:

- 1) zur Vertretung eines Abwesenden, in dringenden Fällen und so lange für denselben ein Curator nicht bestellt ist;
- 2) wenn eine wegen öffentlicher Ehehindernisse gesetzlich verbotene Ehe als nichtig anzusehen ist;
- 3) wenn es erforderlich wird, auf die Interdiction eines Geisteschwachen, Wahnsinnigen, Taubstummen, Taubblinden oder Verschwenders anzutragen und die nächsten Angehörigen solcher Personen keine Anträge darauf stellen, endlich *§. 209.*
- 4) in allen Fällen, wo gesetzlich verbotene Handlungen im öffentlichen Interesse anzusehen und wieder aufzuheben sind.

Für den Proceßgegner werden in allen diesen Fällen

*V. 1.*

die Sporteln und Stempel angeschrieben und nur bei Verlußt der Sache von ihm nachgezahlt.

## §. 17.

Der Staatsanwalt hat darüber zu wachen, daß in den öffentlichen Sitzungen keine Störungen vorkommen und wegen derselben die erforderlichen Strafanträge zu machen.

## §. 18.

Den Beratungen des Gerichts wohnt er nicht bei.

**Titel 4.**

## Zuständigkeit der Gerichte.

## §. 19.

Die Zuständigkeit der verschiedenen Gerichtsbehörden in bürgerlichen Rechtsstreiten bestimmt das Gesetz über die Gerichtsverfassung vom 21. August 1849.

## §. 20.

Die Richter, Secrétaire und Registratoren der Amts- und Stadtgerichte haben nebst ihren Angehörigen in den vor diese Behörden gehörenden Sachen folgenden Gerichtsstand:

die

- 1) des Stadtgerichts Braunschweig vor dem Amtsgerichte Niddagshausen,
- 2) des Amtsgerichts Niddagshausen vor dem Amtsgerichte Wehde,
- 3) des Amtsgerichts Wehde vor dem Stadtgerichte Braunschweig,
- 4) des Stadtgerichts Wolfenbüttel vor dem Amtsgerichte Wolfenbüttel,
- 5) des Amtsgerichts Wolfenbüttel vor dem Amtsgerichte Salder,
- 6) des Amtsgerichts Salder vor dem Stadtgerichte Wolfenbüttel,

- 7) des Amtsgerichts Schöppensfeld vor dem Amtsgerichte Wolfenbüttel,
- 8) des Amtsgerichts Helmstedt vor dem Amtsgerichte Königslutter,
- 9) des Amtsgerichts Schöningen vor dem Amtsgerichte Helmstedt,
- 10) des Amtsgerichts Königslutter vor dem Amtsgerichte Vorsfelde,
- 11) des Amtsgerichts Vorsfelde vor dem Amtsgerichte Helmstedt,
- 12) des Amtsgerichts Calvörde vor dem Amtsgerichte Vorsfelde,
- 13) des Amtsgerichts Blankenburg vor dem Amtsgerichte Hasselfelde,
- 14) des Amtsgerichts Hasselfelde vor dem Amtsgerichte Walkenried,
- 15) des Amtsgerichts Walkenried vor dem Amtsgerichte Blankenburg,
- 16) des Amtsgerichts Harzburg vor dem Amtsgerichte Wolfenbüttel,
- 17) des Amtsgerichts Gandersheim vor dem Amtsgerichte Seesen,
- 18) des Amtsgerichts Seesen vor dem Amtsgerichte Lutter a. Obge.,
- 19) des Amtsgerichts Lutter a. Obge. vor dem Amtsgerichte Gandersheim,
- 20) des Amtsgerichts Greene vor dem Amtsgerichte Gandersheim,
- 21) des Amtsgerichts Holzminden vor dem Amtsgerichte Eschershausen,
- 22) des Amtsgerichts Eschershausen vor dem Amtsgerichte Stadtoldendorf,
- 23) des Amtsgerichts Stadtoldendorf vor dem Amtsgerichte Ottenstein,

- 24) des Amtsgerichts Ottenstein vor dem Amtsgerichte Holzminden,
- 25) des Amtsgerichts Thedinghausen vor dem Amtsgerichte Verthele.

Als Angehörige im Sinne dieses Paragraphen sind anzusehen: Blutsverwandte in auf- und absteigender Linie und in der Seitenlinie bis zum 4. Grade (civilrechtlich) Berechnung) einschließlich, Stief- und Schwiegereltern und Kinder, Ehegatten, Schwäger, Verlobte, angenommene Eltern und Kinder, Vormund und Mündel. *§ 50. Aufw. 24 Aug. 1878.*

## §. 21.

In allen Fällen, wo sich die Competenz in Civilsachen nach dem Geldwerthe des Gegenstandes richtet, soll nach folgenden Regeln verfahren werden:

- 1) Sowohl die Kreisgerichte als die Amts- und Stadtgerichte, bei denen eine Sache angebracht wird, haben sich nur dann von Amtswegen für incompetent zu erklären, wenn ohne Weiteres klar vorliegt, daß der Werth des Streitgegenstandes ihre Competenz nicht erreicht oder übersteigt.
  - 2) Das Kreisgericht, welches sich von Amtswegen für incompetent erklärt, verweist den Kläger an das betreffende Amts- oder Stadtgericht und giebt die Acten dahin ab.
- Erklärt sich ein Amts- oder Stadtgericht von Amtswegen für incompetent, so steht dem Kläger dagegen eine Vorstellung an das vorgesehene Kreisgericht zu, welches darüber ohne weiteres Verfahren entscheidet.

- 3) Wird in einer bei einem Kreisgerichte anhängigen Sache von dem Beklagten die Einrede der Incompetenz vorgeführt, so ist dieser Präjudicialpunkt von dem Gerichte zuvörderst zu erledigen.

Erklärt sich dasselbe für competent, so wird das weitere Verfahren von ihm eingeleitet, im entgegen-

gelesenen Falle verweist dasselbe die Sache an das betreffende Amts- oder Stadtgericht.

- 4) Schützt der Beklagte in einer bei einem Amts- oder Stadtgerichte anhängigen Sache die Einrede der Incompetenz vor, so werden die Acten zur Erledigung dieses Präjudicial-Punktes sofort an das vorgesehene Kreisgericht eingesandt und die Parteien eben dahin verwiesen.

- 5) Bei den Entscheidungen über die Competenz sind folgende Grundsätze zu beobachten:

- a. Kein Streit-Gegenstand, insbesondere keine Gerechtsame, welche überhaupt einer Werthschätzung nach Gelde fähig ist, soll als unschätzbar angesehen werden;
  - b. hierbei kommt nur der gemeine Werth, nicht aber die nur auf persönlichen Ansichten der Partei beruhende Werthbestimmung in Betracht, wodurch indeß nicht ausgeschlossen wird, daß, insofern der Streitgegenstand in einer gewissen Vereinigung einen höheren Werth hat, auf diesen gesehen wird. Jährliche Renten, Gesele und dergleichen Gerechtsame sollen so angesehen werden, als ob sie der Ertrag eines fünf vom Hundert tragenden Capitals wären;
  - c. der Zeitpunkt, nach welchem sich der Werth des Gegenstandes bestimmt, ist lediglich die Zeit der Anbringung der Klage, so daß also eine spätere Verminderung oder Vermehrung der Größe des Streitobjectes ohne allen Einfluß auf die Begründung der Competenz bleibt; *§. 405.*
  - d. bei der subjectiven und objectiven Klagenhäufung richtet sich die Competenz, bei jener nach dem ungetheilten Werthe des Streitgegenstandes, bei dieser nach dem zusammengerechneten Werthe der Streitgegenstände;
- 6) Das Verfahren ist das summarische und möglichst zu

beschleunigen. Die Parteien haben an dem Gerichtstage ihre sämtlichen Beweismittel vorzulegen, widrigenfalls dieselben nicht berücksichtigt werden. Dem Gerichte bleibt es unbenommen, auch von Amtswegen Sachverständige zuzuziehen. Ist dasselbe nicht im Stande, eine bestimmte Ueberzeugung zu gewinnen, so ist im Zweifel die kreisgerichtliche Competenz für begründet zu erklären.

- 7) Gegen die Entscheidungen der Kreisgerichte über die Competenz (Nr. 2, 3 und 4) haben die Parteien nur das Rechtsmittel der Cassation. *[§. 45. Nr. 2. §. 46. Nr. 1.]*

Die betreffenden Amts- und Stadtgerichte sind verpflichtet, diesen Entscheidungen gemäß weiter zu verfahren. *1861. 26*

- 8) Die gerichtlichen Verfügungen in Competenzstreitigkeiten, welche von Amtswegen angeregt werden, sind gebührenfrei.
- 9) Hat in den Fällen, wo der Werth des Streitgegenstandes zweifelhaft ist, ein Gericht eine Klage angenommen und die Gegenpartei die Einrede des incompetenten Gerichts nicht vorgeschützt, so können weder die Parteien späterhin die Competenz des Gerichts anfechten, noch kann dieses sich von Amtswegen für incompetent erklären.

#### §. 22.

Der Kläger folgt dem Gerichtsstande des Beklagten.

#### §. 23.

Das über die Klage zuständige Gericht hat auch die Entscheidung über die Widerklage.

Wird eine, in demselben Verfahren zulässige Widerklage bei einem Amts- oder Stadtgerichte angebracht, welche die Zuständigkeit desselben übersteigt, so sind die Acten sofort an das vorgesehene Kreisgericht abzugeben und die Parteien eben dahin zu verweisen.



## §. 24.

Provocationsklagen sind vor dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande des Provocanten anzubringen.

## §. 25.

Der allgemeine persönliche Gerichtsstand eines Jeden ist da, wo er sein Wohnortsrecht, und da, wo er seinen bleibenden Aufenthalt hat.

Diejenigen, welche sich an einem Orte, ohne Wohnortsberechtigt zu sein, oder ohne einen bleibenden Aufenthalt daselbst zu haben, behuf eines längeren, vorübergehenden Aufenthalts befinden (z. B. Zeitpächter, Hauslehrer, Schauspieler, Studierende, Zöglinge und Schüler, Gutsverwalter, Handwerksgehilfen und Lehrlinge, Handlungsdiener, Kunstgehilfen, Fabrikarbeiter, Soldaten und Diensthoten), haben auch vor dem Gerichtsstande dieses Aufenthalts-Ortes ihren allgemeinen persönlichen Gerichtsstand. Begründen das Wohnortsrecht und der bleibende oder vorübergehende längere Aufenthalt den Gerichtsstand vor verschiedenen Gerichten, so steht dem Kläger die Wahl des Gerichts zu. Dasselbe gilt, wenn Jemand das Wohnortsrecht oder den bleibenden Aufenthalt in mehreren Gerichtsbezirken hat.

## §. 26.

Personen, welche kein anerkanntes Wohnortsrecht oder keinen bleibenden oder vorübergehenden längeren Aufenthalt haben (§. 25), können vor jedem Gerichte, in dessen Bezirke sie sich treffen lassen, belangt werden.

## §. 27.

Diejenigen, welche in einem Gerichtskreise eine geordnete Handlung, Fabrik oder ein anderestablissement besitzen, oder einen unbeweglichen Gegenstand gepachtet haben, können wegen persönlicher Verbindlichkeiten, welche sich auf die erwähnten Etablissements beziehen, vor dem Gerichte des Bezirkes, in welchem dieselben liegen, oder

vor dem allgemeinen persönlichen Gerichtsstande (§. 25) belangt werden.

## §. 28.

Dasjenige Gericht, vor welchem der Schuldner seinen allgemeinen persönlichen Gerichtsstand hat (§. 25), ist das zuständige allgemeine Concursgericht und ebenfalls competent für einen erbbaufälligen Liquidationsproceß.

Im Falle eines mehrfachen allgemeinen persönlichen Gerichtsstandes entscheidet die Prävention.

Sämmtliches Vermögen des Gemeinschuldners muß auf Verlangen dieses zuständigen Gerichts von demjenigen Gerichte, wo sich solches befindet, sichergestellt, inventirt und entweder in seinem Bestande oder nach vorheriger Versteigerung an dasselbe ausgeliefert werden.

Bei dem allgemeinen Concursgerichte sind alle Forderungen an den Gemeinschuldner einzuklagen und die bei anderen Gerichten bereits anhängigen Proceße gegen ihn mit Ausnahme der ~~unbeweglichen~~ *dinglichen* Klagen wegen unbeweglicher Sachen (vergl. §. 30), geben in der Lage, in welcher sie sich befinden, an das Concursgericht über, es sei denn, daß dieses deren Fortsetzung und Entscheidung bei dem proceßleitenden Gerichte ausdrücklich genehmigt oder verlangt.

## §. 29.

Die Amts- und Stadtgerichte erlassen in den zu ihrer Zuständigkeit gehörigen Sachen die notwendig werdenden Edictalladungen. — Wird in Folge der von einem Amts- oder Stadtgerichte ergangenen Edictalladung ein dessen Zuständigkeit übersteigender Anspruch angemeldet und streitig, so wird die Sache an das Kreisgericht abgegeben.

In Concurfen sind die Amts- und Stadtgerichte zuständig, insofern kein einzelner, von dem Schuldner angegebener, oder von einem Gläubiger angemeldeter Schuldposten die Summe von 50 Rthlr. beziehungsweise 100 Rthlr. übersteigt.

Die Kreisgerichte erlassen die Edictalladungen in den zu ihrer Zuständigkeit gehörenden Sachen.

## §. 30.

Alle dinglichen, Theilungs-, Grenzregulirungs- und Besitzklagen, sowie alle gegen den Inhaber als solchen gerichtete Klage (actiones in rem scriptae) müssen, wenn sie eine unbewegliche Sache betreffen, vor dem Gerichte der belegenen Sache, können aber, wenn der Gegenstand beweglich ist, auch vor dem persönlichen Gerichtsstande des Beklagten verhandelt werden, vorbehaltlich der über den Concurrs gegebenen Bestimmungen.

Als Widerklagen können die oben bezeichneten Klagen nicht angebracht werden, wenn sie eine dem Gerichte der Vorklage nicht unterworfenen unbewegliche Sache betreffen.

## §. 31.

In dem Gerichtsstande der Sache können rein persönlichen Klagen nicht angebracht werden, ausgenommen gegen den Besitzer unbeweglicher Güter,

## Klagen

- 1) wegen der mit seinem Pächter oder Verwalter oder Gesinde eingegangenen Verbindlichkeiten,
- 2) wegen zum Besten des Grundstücks geleisteter Vor-schüsse, gelieferter Arbeit oder Materialien,
- 3) der Nachbarn wegen Störung im Besitze,
- 4) wegen Nichterfüllung eines Contracts über gänzliche oder theilweise Veräußerung eines Grundstücks oder Verweigerung der schuldigen Gewährleistung.

## §. 32.

Der Gerichtsstand einer Erbschaft ist da, wo der Erblasser zur Zeit seines Ablebens seinen persönlichen Gerichtsstand hatte, und in demselben können, so lange als im Gerichtsstande der Erbschaft der Nachlaß noch ganz oder theilweise vorhanden ist, alle Klagen, durch welche Erbschaften oder Vermächtnisse in Anspruch genommen wer-

den, die der Erben als solche gegen einander, die der Erbschaftsgläubiger, sowie die auf Erfüllung oder Aufhebung letztwilliger Verfügungen angebracht werden.

## §. 33.

Ein gültig angelegter Arrest begründet den Gerichtsstand für die Hauptklage (§. 240), giebt aber dem Arrestkläger kein Vorzugsrecht im Concurse.

## §. 34.

Der Gerichtsstand des Vertrags, vor welchem eben sowohl auf Erfüllung als auf Aufhebung des Contracts geklagt werden kann, findet nur dann Anwendung, wenn der Contrahent zur Zeit der Ladung in dem Herzogthume anzutreffen ist, oder Vermögen besitzt.

## §. 35.

Die Parteien können beim Abschluß von Verträgen den Ort festsetzen, dessen Gerichtsstande sie sich für die aus dem Vertrage entspringenden Klagen unterwerfen wollen.

## §. 36.

Bei dem Gerichtsstande, unter welchem Jemand fremdes Vermögen bewirtschaftet oder verwaltet, muß er auf die aus einer solchen Verwaltung entspringenden Klagen sich einlassen, so lange jene nicht völlig beendigt und über die abgelegte Rechnung quittirt ist.

## §. 37.

Bürgerliche Klagen aus unerlaubten Handlungen können auch bei dem Gerichte angebracht werden, in dessen Bezirke die Handlung begangen ist.

## §. 38.

Sind mehre Gerichte competent, so schließt dasjenige das andere aus, bei dem von einer der Parteien oder, bei Vermögensmassen, von einem der Interessenten die Sache zuerst anhängig gemacht ist.

## §. 39.

In den Fällen, in welchen mehre unter verschiedenen Amts-, Stadt- oder Kreisgerichten wohnende Beklagte,

vermöge eines und desselben Klaggrundes, in Anspruch zu nehmen sind, bestimmt auf Anrufen des Klägers bei verschiedenen Amts- und Stadtgerichten desselben Kreises das zuständige Kreisgericht, bei verschiedenen Amts- und Stadtgerichten verschiedener Kreise, so wie bei verschiedenen Kreisgerichten das Obergericht, dasjenige Gericht, vor welchem die sämmtlichen Beklagten in einem und demselben Prozesse Recht zu geben und zu nehmen haben.

## §. 40.

Dasselbe Verfahren soll stattfinden, wenn gegen den Beklagten wegen mehrerer in verschiedenen Gerichtsbezirken belegener unbeweglicher Sachen mit einer dinglichen Klage angerufen wird.

## §. 41.

Das zuständige Gericht für Syndicatsklagen ist

- 1) wenn gegen ein Amts- oder Stadtgericht geklagt wird, das Kreisgericht;
- 2) wenn gegen ein Kreisgericht oder dessen Mitglieder oder gegen diejenigen Amts- und Stadtgerichte oder deren Beamte, welchen ausnahmsweise zu der Zuständigkeit der Kreisgerichte gehörende Sachen überwiesen sind, wegen dieser Sachen geklagt wird, das Obergericht;
- 3) wenn gegen den einen der Senate des Obergerichts oder eines seiner Mitglieder geklagt wird, die beiden anderen Senate desselben.

## §. 42.

Nichtigkeitssklagen sind bei dem Gerichte in erster Instanz anzubringen, welches die Nichtigkeit begangen haben soll. §. 350. 354.

## §. 43.

Die Restitutionsklage gehört vor das Gericht, bei welchem der Rechtsstreit in erster Instanz anhängig war. §. 350. 355.

## §. 44.

Die Gerichte haben ihre Zuständigkeit selbst zu prü-

fen und können sich in jeder Lage der Sache, wenn ihre Nichtzuständigkeit klar vorliegt, von Amtswegen für incompetent erklären, vorbehaltlich der Bestimmungen in §. 21.

## §. 45.

Competenzkriteitigkeiten verschiedener Gerichte entscheidet, abgesehen von den in §. 21 enthaltenen Bestimmungen, der Cassationshof. 12. 19. 28. 34. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100.

**Titel 5.**

Von Ablehnung der Gerichtspersonen.

## §. 46.

Ein Richter oder Secretair darf nicht eigenmächtig der Theilnahme an den Geschäften in einer Sache sich enthalten, vielmehr muß er, wenn er hierzu Grund zu haben glaubt, solchen dem Gerichte anzeigen, welches darüber zu entscheiden hat.

Die Amts- und Stadt-Richter machen eine solche Anzeige bei dem vorgesetzten Kreisgerichte.

Wenn jedoch ein Richter oder Secretair auf seinen Dienstseid versichert, daß er sich aus einem gesetzlich zulässigen Recusationsgrunde der Theilnahme an einem Geschäfte enthalten müsse, so soll ihnen gestattet sein, auch ohne Angabe dieses Grundes zurückzutreten.

## §. 47.

Alle Umstände, welche ein Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters oder Secretairs begründen mögten, dürfen das Gericht veranlassen, denselben von der Theilnahme an einer Sache auszuschließen.

## §. 48.

Derselbe muß der Theilnahme sich enthalten:

- 1) in Sachen, worin er selbst theilhaft ist;
- 2) in Sachen seiner Angehörigen (§. 20. a. E.);

- 3) in Sachen, in denen er vorher als Advocat, Anwalt oder Rathgeber gearbeitet hat;
- 4) in Sachen, in denen er als Zeuge vernommen oder vorgeschlagen ist.

## §. 49.

Abgesehen von dem §. 46 a. E. erwähnten Falle ist jeder Richter oder Secretair verpflichtet, ihn betreffende und ihm bekannte Ablehnungsgründe anzuzeigen, über welche das zuständige Gericht nach Anhörung der Parteien ohne weitere Verhandlung entscheidet. Auch die von einem Mitgliede eines Gerichts gegen ein Anderes zur Anzeige gebrachten Ablehnungsgründe hat das Gericht zu berücksichtigen.

## §. 50.

Die auf die Richter sich beziehenden Ablehnungsgründe sind auch auf die Staatsanwälte dann anwendbar, wenn sie neben einer Partei auftreten (§. 13) nicht aber, wenn sie die Rolle der Hauptpartei übtnehmen (§. 16).

## §. 51.

Der Vorsitzende des Gerichts registrirt das Wesentliche der Verhandlungen über eine ohne Antrag der Parteien geschene Ausschließung eines Mitgliedes des Gerichts von der Theilnahme an einer Sache zu den Acten und die Parteien werden davon in Kenntniß gesetzt.

## §. 52.

Jede Partei kann Anträge auf Ablehnung der Richter oder Secretaire auf Grund der oben angeführten allgemeinen und besondern Ablehnungsursachen stellen, insbesondere steht jeder Partei das Recht zu, einen Richter, welcher bei der Entscheidung in einer unteren Instanz mitgewirkt hat, in einer höhern Instanz abzulehnen.

## §. 53.

Anträge auf Ablehnung sind schriftlich oder zu Protocoll bei dem Secretariate des Gerichts, bei welchem der Abzulehnende angestellt ist, anzubringen, unter bestimmter

Anführung des Ablehnungsgrundes und dessen Beseitigung. Als Beseitigung gilt auch das Erbieten zur eidlichen Erhärtung des Ablehnungsgrundes, und das Gericht kann eine solche eidliche Erhärtung auch ohne diese Voraussetzung vom Antragsteller fordern. Ueber Ablehnungen entscheiden, wenn sie gegen Angestellte bei den Amts- und Stadtgerichten gehen, das Kreisgericht, wenn sie gegen Angestellte bei einem Kreisgerichte gehen, das Obergericht, und wenn sie gegen Angestellte dieses Gerichts gehen, die beiden Senate, zu denen der Abzulehnende nicht gehört, durch einen Bescheid. *12. 19. Sept. 1861. 57.*

Die Ablehnung eines collegialischen Gerichtes im Ganzen ist unzulässig.

## §. 54.

Vor der Entscheidung ist der Abzulehnende und die Gegenpartei zu hören. Gegen die Entscheidung selbst findet eine Beschwerde an das vorgesetzte Gericht statt.

## §. 55.

Wird durch Ablehnungen die Besetzung des Gerichtes unvollständig, so verweist bei Amts- und Stadtgerichten das vorgesetzte Kreisgericht die Sache vor ein anderes Amts- oder Stadtgericht seines Kreises. Die Kreisgerichte werden durch Zuziehung von Amts- und Stadtrichtern oder sonstigen Ergänzungsrichtern, die Senate des Obergerichts durch Zuziehung von Mitgliedern eines anderen Senats vervollständigt.

## §. 56.

Für das Verfahren über begründete Ablehnungsgesuche werden von den Gerichten überall keine Gebühren erhoben.

## Titel 6.

Von dem Verfahren.

## §. 57.

Klagen und sonstige Anträge werden unmittelbar bei

dem Gerichte eingereicht, welches das Verfahren einleitet.

Das Schlußverfahren vor dem Erkenntniß ist mündlich und öffentlich, und dieses wird in öffentlicher Sitzung verkündigt.

§. 58.

Den öffentlichen Sitzungen kann jeder Erwachsene unbewaffnet und unbedecktes Hauptes und mit Beobachtung des gebührenden Anstandes beiwohnen.

§. 59.

Sollte durch die öffentliche Verhandlung Gefahr für die Sitten oder die öffentliche Ordnung entstehen, so kann das Gericht durch einen mit Gründen in öffentlicher Sitzung abzugebenden Bescheid für die ganzen oder einen Theil der Verhandlungen die Öffentlichkeit ausschließen, und gegen einen solchen Bescheid steht keiner Partei eine Beschwerde zu.

Der Hauptverhandlung in geheimer Sitzung können indeß die Gerichtsangehörigen, die Advocaten und Anwälte, und, mit besonderer Erlaubniß des Gerichts, Eingezogene beiwohnen.

§. 60.

Der Vorsitzende oder Richter, welcher die Verhandlungen leitet, hat zugleich das Recht und die Pflicht, die Ordnung und Ruhe im Sitzungssaale und in dessen Nähe zu erhalten.

Er kann zu dem Ende diejenigen, welche durch Beifall oder Mißfallen oder durch andere Ungebühr die Verhandlungen stören, ermahnen, entfernen, selbst den Sitzungssaal zum Theil oder ganz auf einige Zeit räumen und in dessen Nähe befindliche Menge auseinanderreiben lassen.

Er ist befugt, jeden Wiederspessigen bis auf 24 Stunden in Haft führen zu lassen.

Die Polizeibehörden und die bewaffnete Macht haben

seinen Aufforderungen zur Ausführung solcher Anordnungen nachzukommen.

Diese Bestimmungen finden auch dann Anwendung, wenn außerhalb des Gerichtsorts richterliche Handlungen vorgenommen werden.

Verfahren bis zum ersten Erkenntniß.

§. 61.

Mit der Klage ist die Angabe der Beweismittel zu verbinden, welche zur Nachweisung der Thatfachen, auf welche sich die Klage stützt, dienen sollen, mögen sie nun die Legitimation zum Proceß, die Legitimation zur Sache, oder diese selbst betreffen. *A. 199. 188. 190. S. 160. 203.*

Ein Gleiches gilt für Einreden, Replik und Dupliken.

§. 62.

Die Parteien haben sich über die erheblichen Behauptungen und Beweismittel des Gegners in der folgenden Schrift bestimmt zu erklären und damit die Angabe der Beweismittel zu verbinden. *A. 71.*

§. 63.

Werden Thatfachen, welche durch Urkunden bewiesen werden sollen, vom Gegner geleugnet, so sind die Urkunden mit der Replik, beziehungsweise der Duplik, im Original dem Gerichte zu überreichen und dem Gegner in Abschrift mitzutheilen.

§. 64.

Thatfachen, über welche der Eid zugeschoben wird, müssen speciell angegeben werden. Der Gegner ist verpflichtet, sich eben so speciell über den zugeschobenen Eid zu erklären.

§. 65.

Das schriftliche Verfahren ist in der Regel mit der Replik zu schließen, jedoch kann der Instruktionsrichter ausnahmsweise dem Beklagten die schriftliche Verhandlung einer Duplik, in welcher alsdann auch die Erklärung

über die vom Gegner vorgeschlagenen Beweismittel erfolgen muß, nachlassen.

**§. 66.**

Sind nach der Replik oder Duplik noch Erklärungen der Parteien erforderlich, so ist zu diesem Zwecke ein Termin vor der Hauptverhandlung anzusetzen.

§. 67.

Die Verhandlung einer Widerklage hat in demselben Verfahren nur statt, wenn sie bei der Einlassung auf die Klage vorgebracht wird. Doch muß auch in diesem Falle, wenn eine Verwirrung des Verfahrens zu befürchten ist, das Gericht sie zum besonderen Verfahren verweisen.

Später in erster Instanz angebrachte Widerklagen begründen zwar den Gerichtsstand, werden aber abgesondert verhandelt.

§. 68.

Haupt-Interventionen sind eben so anzubringen und zu behandeln, wie Klagen.

Sie dürfen spruchreife Sachen nicht aufhalten.

§. 69.

Jede Partei kann einen Dritten, bei dem Gegenstande des Rechtsstreites Betheiligten beiladen lassen, wenn sie ein Interesse dabei hat, daß das zu erlassende Erkenntniß ihre Rechtsverhältnisse auch diesem Dritten gegenüber feststelle.

Ein solcher Antrag ist eben so anzubringen wie eine Klage.

**§. 70.**

Wer einen Gewährsmann zur Sache beiladen läßt, kann dazu bei dem Gerichte die erforderliche Frist nachsuchen.

**§. 71.**

Alle behuf des Angriffs oder der Vertheidigung be-  
stimmt behaupteten und deutlich vorgetragenen Thatsachen,

die von der Gegenpartei nicht ausdrücklich in Abrede gestellt werden, sind als zugestanden anzunehmen. *S. 62.*

§. 72.

Dies gilt auch für den Fall des Ungehorsams. §. 73.

§. 73.

Das Gericht, und in den geeigneten Fällen der In-  
structionsrichter, können von Amtswegen jeder Partei auf  
die für den Rechtsstreit erheblichen Thatsachen sich bezie-  
hende Fragen zur Beantwortung vorlegen und zwar bei  
der mündlichen Verhandlung der Sache. Die Parteien  
haben gleichfalls das Recht, hiebei solche Fragen durch den  
Richter an den Gegner zu stellen. Unterbleiben die Er-  
klärungen oder sind sie ungenügend, so werden die That-  
sachen für einestanden angenommen.

§. 74.

An dem Gerichtstage zur Verhandlung der Sache vor Abgabe des ersten Erkenntnisses hat das Gericht einen Versuch der Güte zu machen.

Es kann zu demselben das Erscheinen der Parteien in Person anordnen.

Im Falle des Ungehorsams gilt die Güte als abgelehnt.  
Der Ungehorsam hat die Verpflichtung zum Ersatze  
der dadurch verursachten Kosten zur Folge.

In Familienfreitigkeiten, namentlich in Ehescheidungs-  
sachen, kann das Gericht das Erscheinen der Parteien in  
Person selbst bei Geldstrafe, nöthigenfalls unter Androhung  
der Vorführung, verfügen.

### Von den Beweisen.

**§. 75.**

Der Inhalt öffentlicher Urkunden kann nur durch die Nachweisung der Unächtheit oder Verfälschung derselben entkräftet werden.

§. 76.

Ein Gleiches gilt von den Urkunden, die eine Partei anzuerkennen oder eidlich abzuleugnen rechtlich gehalten

ist. Die Nachweisung der Unächtheit und Verfälschung einer Privat-Urkunde kann auch durch den Beweis erbracht werden, daß der Inhalt derselben wissentlich gegen oder ohne den Willen des Unterzeichners niedergeschrieben sei.

## §. 77.

Das Gericht kann von Amtswegen die Einnahme des Augenscheins und die Vernehmung der Sachverständigen und Zeugen an Ort und Stelle verfügen.

## §. 78.

Sachverständige, welche nicht als Zeugen, sondern als Gehülfen des Richters auftreten sollen, hat der Letzte von Amtswegen zuzuziehen und den Parteien steht gegen dieselben nur das Recht der Abfehnung, wie gegen richterliche Beamte selbst, zu.

## §. 79.

§. 79. Die Beeidigung der Zeugen geschieht nach erfolgter Vernehmung und Vorlesung der Aussagen nach folgenden Formel:

Ich N. N. schwöre, daß die mir vorgelesene Aussage in allen Stücken, nach meinem besten Wissen und Gewissen, die reine Wahrheit ist, und daß ich nichts, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist, verschwiegen habe, so wahr mir Gott helfe!

## §. 80.

Der Eid der Sachverständigen soll lauten:

Ich schwöre, daß das von mir in der Sache N. N. wider N. N. abgegebene Gutachten meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung entspricht, so wahr mir Gott helfe!

## §. 81.

Der Eid der Schärer soll lauten:

Ich schwöre, daß die von mir in der Sache

*Leuf.*

N. N. wider N. N. abgegebene Abschätzung nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung dem wahren Werthe der von mir abgeschätzten Gegenstände entspricht, so wahr mir Gott helfe!

## §. 82.

Der Eid der Feldmesser soll lauten:

Ich schwöre, daß die von mir vorgenommenen und vorgelegten Vermessungen mit Genauigkeit nach den Vorschriften meiner Kunst vorgenommen sind und daß sie nach meinem besten Wissen und meiner gewissenhaften Ueberzeugung der Wahrheit entsprechen, so wahr mir Gott helfe!

## §. 83.

Werden Sachverständige, Schärer oder Feldmesser vor den ihnen übertragenen Geschäften beeidigt, so sind die Eidesformeln danach zu ändern.

## §. 84.

Wer zum Beweise einer und derselben Thatfache mehr als fünf Zeugen vorschlägt, hat die Kosten der mehreren Zeugen stets zu tragen.

## §. 85.

Muß zum Zwecke der Vernehmung von Auskunftspersonen ein anderes Gericht beauftragt oder requirirt werden, so ist nach Eingang der Anträge des Beweisführers dem Gegner desselben durch einen Bescheid aufzugeben, binnen 14 Tagen bei Strafe des Ausschusses dem Gerichte die Punkte anzugeben, auf welche er die Vernehmung der Auskunftspersonen erstreckt zu sehen wünscht.

Nach Eingang der Beweisfragen oder nach Eingang eines Contumacialantrages des Beweisführers setzt das Gericht spätestens innerhalb 8 Tagen die Parteien von der erfolgten Beauftragung oder Requisition des auswärtigen Gerichts durch einen Bescheid in Kenntniß, in wel-

dem zugleich unzulässige Beweisfragen der Parteien abzuweisen sind.

## §. 86.

Ueber den Erfolg der Beweisführung erkennt das Gericht nach gewissenhafter Ueberzeugung.

Wird ein Beweissatz durch einen Eideseid oder durch einen vom Richter auferlegten Eid hergestellt, so gelten die dadurch erhärteten Thatsachen als erwiesen.

## §. 87.

Das Gericht ist befugt, bei Zeugen- oder künstlichem Beweise einer der Parteien die eidliche Erhärtung oder Ablehnung derjenigen zu beweisenden Thatsachen aufzulegen, die in eigener Wissenschaft derselben beruhen. *§. 196.*

Verweigerung dieser Eidesleistung macht sachfällig. *§. 91.*

Stirbt derjenige, welchem ein nothwendiger Eid auferlegt ist, vor dessen Ableistung, so gilt der Eid, wenn der Rechtsnachfolger des Ersten nicht im Stande ist, den Eid nach eigener Wissenschaft auszuschwören, für geleistet.

## §. 88.

Jede Partei kann der andern den Eid über zu beweisende Thatsachen zuschieben und den zugeschobenen Eid zurückschieben. Die eventuelle Eideszuschreibung findet nicht statt.

Eine Zurückschiebung ist unzulässig, wenn der, welcher den Eid zugeschoben hat, eigene Wissenschaft von der zu beweisenden Thatsache nicht hat und der Eid dem Gegner nicht selbst als Glaubenseid zugeschoben ist.

Ein angenommener Eid kann nicht mehr zurückgeschoben werden. Wenn derjenige, welcher einen ihm zugeschobenen Eid angenommen hat, vor der Ableistung desselben stirbt, so ist dessen Nachfolger, bei Strafe der Eidesverweigerung, denselben, unter Umständen jedoch nur als Glaubenseid, auszuschwören verpflichtet.

Verweigerung des Eides macht sachfällig.

Gewissensvertretung ist zwar zulässig, jedoch kann die

Partei, welche sich derselben bedient, auf den ihr zugeschobenen Eid nicht mehr zurückgreifen.

## §. 89.

Wo der Schätzungseid (juramentum in litem, iur. Zenonian. und iur. quantitatis) zulässig ist, muß das Gericht den höchsten Satz, bis zu welchem der Schwörende gehen kann, feststellen.

## §. 90.

Die Parteieide sind in Person und in öffentlicher Sitzung zu leisten und der Gegner ist zu dem Schwörungs-terminen vorzuladen.

## §. 91.

Haupteide werden von den Parteien erst dann geleistet, wenn das Gericht dieselben genau festgestellt und unter der Voraussetzung der Ableistung derselben, in der Sache selbst erkannt hat. *§. 196.*

## §. 92.

Das Gericht wird der Ableistung von Eiden eine Erinnerung an die Heiligkeit der Handlung oder eine Warnung vor den Strafen des Meineides vorangehen lassen.

## §. 93.

Alle in dieser Proceßordnung nicht erwähnten proceßualischen Eide sind abgeschafft.

## §. 94.

In den Schriften der Parteien enthaltene Geständnisse werden den Parteien sofort erworben, in den mündlichen Verhandlungen gemachte erst durch Aufnahme derselben in das Sitzungsprotocoll.

## §. 95.

Der Widerruf eines gerichtlichen Geständnisses, mag es von den Parteien selbst oder von deren Vertretern abgelegt sein, ist nur zulässig im Falle eines thatsächlichen, daselbst veranlassenden, entschuldigten Irrthums.



## Zwischenverhandlungen.

§. 96.

Alle Neben- und Zwischenanträge werden zu Protocoll oder durch schriftliche Eingaben gemacht, und die Entscheidung darüber erfolgt durch einen Bescheid, nachdem der Gegner gehört ist, ohne weitere Verhandlung.

Von gerichtlichen Verfügungen.

§. 97.

Die gerichtlichen Verfügungen zerfallen in Erkenntnisse (Urtheile) und Bescheide.

Erkenntnisse sind diejenigen Verfügungen in denen entschieden wird:

- 1) über die Competenz,
- 2) über die Beweislast und die Beweisfrage,
- 3) über das endliche Resultat des Rechtsstreites.

Bescheide sind alle übrigen gerichtlichen Verfügungen.

§. 98.

Bescheide sind einseitige oder zweiseitige, je nachdem vorher nur eine Partei gehört ist oder beide Parteien gehört sind.

Gegen einseitige Bescheide steht es der vorher nicht gehörten Partei frei, binnen drei Tagen nach Behändigung oder Eröffnung des Bescheides eine Vorstellung bei dem Richter, welcher den Bescheid erlassen hat, anzubringen.

§. 99.

Bescheide sind, mit Ausnahme des in §. 98 erwähnten Falles, und Erkenntnisse stets, außer durch Rechtsmittel, unabänderlich.

§. 100.

Das Erkenntnis kann selbstständig durch Rechtsmittel angefochten werden, der Bescheid nur mittelst des gegen das nächste Erkenntnis zuständigen Rechtsmittels.

Bescheide, durch welche selbstständige Anträge abgewiesen werden, können jedoch, wenn auf dieselben im Verfahren kein Erkenntnis mehr folgt, ebenfalls sofort von

Lust.

Seiten des Antragstellers innerhalb der für Einlegung und Einführung von Rechtsmitteln gegen Erkenntnisse geltenden Fristen durch Rechtsmittel angefochten werden.

§. 101.

Soll wegen eines Bescheides ein Rechtsmittel verfolgt werden, so muß die Beschwerde spätestens innerhalb einer Frist von drei Tagen nach Behändigung oder Verkündigung des Bescheides vor oder jedenfalls bei dessen Befolgung, und zwar mit Anführung der Punkte, auf welche sich dieselbe gründet, vorläufig angemeldet werden.

Hat die Anmeldung stattgehabt, so ist selbst die Befolgung des Bescheides den Parteien unnachtheilig.

§. 102.

Jede Entscheidung ist mit Gründen abzugeben.

§. 103.

Die Richter müssen Rechtsgründe selbst dann berücksichtigen, wenn sie von den Parteien nicht geltend gemacht sind.

Thatfachen, welche die Parteien zur Verfolgung oder Vertheidigung ihrer Rechte vorgebracht haben, sind von den Gerichten insoweit zu beachten, als es der in den gestellten Anträgen unzweifelhaft liegenden Absicht der Parteien entspricht.

Sie sind nicht befugt, einer Partei mehr zuzuerkennen, als sie verlangt, und auf Ersatz der vor Anstellung der Klage erwachsenen Früchte, Zinsen, Schäden und Kosten erkennen sie nur, wenn solche wenigstens im Allgemeinen gefordert sind.

§. 104.

Das Durchgreifen nach richterlichem Ermessen ist unzulässig.

§. 105.

Ist die Entscheidung von einem Vorverfahren abhängig, so ist das Gericht befugt, dieses zuvörderst anzuordnen und erst nach dessen Beendigung endlich zu erkennen.

## §. 106.

*§. 111. 164.* In den gesetzlich bestimmten Fällen können die Gerichte erster Instanz, ungeachtet der zulässigen Rechtsmittel, ihre Erkenntnisse für vollstreckbar erklären, jedoch nur auf den Antrag einer Partei.

*252. 264. 262.* Gegen die Zulassung oder Abweisung eines solchen Antrages findet das in der Sache selbst zulässige Rechtsmittel, jedoch ohne Suspensivkraft, statt.

## §. 107.

Das Erkenntnis muß sich auch über die Proceßkosten aussprechen.

Die unterliegende Partei ist in die Kosten zu verurtheilen.

Nur aus in der Beschaffenheit der Sache liegenden Gründen kann auf gänzliche oder theilweise Vergleichen der Kosten erkannt werden.

Wenn in einem Vergleiche keine Verabredung über den Kostenpunkt enthalten ist, so tritt Compensation der Kosten ein.

## §. 108.

Hat die obliegende Partei das Armenrecht, so hat der unterliegende vermögende Theil auch die einstweilen angeschriebenen Spotteln, Stempel und Gebühren zu zahlen.

## §. 109.

Vormünder, Curatoren und sonstige Verwalter, welche das Interesse ihrer Verwaltung in einem Rechtsstreite verletzt haben, oder Anwälte und Gerichtsunterbediente, welche die Grenze ihres Amtes überschritten oder dessen Pflichten gröblich verletzt haben, können persönlich in die Kosten verurtheilt werden.

## §. 110.

Die Ausfertigungen der Erkenntnisse müssen enthalten: Namen, Stand und Wohnort der Parteien, die Namen ihrer Anwälte, die Gründe der Entscheidung und die

tere selbst, imgleichen eine endliche Frist, innerhalb welcher der Verurtheilte denselben Folge zu leisten hat. *§. 231.*

Die Frist darf in den Sachen, welche vor die Amts- und Stadtgerichte gehören, 14 Tage, in den übrigen Sachen, in denen nicht schon gesetzlich eine kürzere vorgeschrieben ist, 4 Wochen nicht übersteigen und nur aus besonders dringenden Gründen kann sie in den vor die Kreisgerichte gehörigen Sachen, nach Ermessen des Gerichts, auf 6 Wochen ausgedehnt werden.

## §. 111.

Sobald ein Erkenntnis rechtskräftig geworden ist oder in erster Instanz vollstreckbar wird, hat das Gericht erster Instanz (§. 366) dasselbe auf den Antrag des obliegenden Theils für vollstreckbar zu erklären und diese Erklärung unter das Erkenntnis zu setzen.

## Contumacial-Verfahren.

## §. 112.

Erscheint der Kläger am Gerichtstage nicht, so wird er auf Antrag des Beklagten mit der angebrachten Klage abgewiesen. *§. 107. 229. 171.*

## §. 113.

Erscheint der Beklagte nicht, so nimmt auf Antrag und nach Anhörung des Klägers das Gericht dessen tatsächliche Behauptungen, soweit ein Verzicht der Parteien über den Gegenstand des Processes gesetzlich zulässig ist, als richtig an und erkennt danach was Rechtens. *§. 77. 72. 174.*

## §. 114.

Eine Restitution gegen Contumacial-Erkenntnisse hat statt, unter den §. 123 aufgeführten Bedingungen.

## §. 115.

Nach ertheilter Restitution wird das Verfahren da wieder aufgenommen, wo es bei Erlass des Contumacial-Erkenntnisses stehen blieb.

## §. 116.

Erscheinen beide Parteien nicht, so ruht der Rechtsstreit (§. 139).

Von Fristen und Gerichtstagen.

## §. 117.

Die Gerichte können die Fristen nicht erstrecken.

Ausnahmsweise ist eine Erstreckung zulässig, wenn die Partei oder vorzuladende Auskunftspersonen sich außerhalb des Gerichtsbezirks aufhalten.

## §. 118.

Angesezte Gerichtstage können sie auf Antrag einer rechtlich behinderten Partei verlegen.

## §. 119.

Die Partei, welche über eine Stunde nach der ihr zum Erscheinen vor Gericht bestimmten Zeit ausbleibt, ist als ungehorsam anzusehen.

## §. 120.

Die mit dem unbefangenen Ablaufe einer Frist oder eines Gerichtstages verbundenen Rechtsnachteile treten ohne besondere Androhung ein. Die Versäumnis der zur Vornahme einer bestimmten Handlung bestimmten Fristen oder Gerichtstage hat ohne Weiteres den Verlust des Rechts zur Vornahme der Handlung zur Folge. Die Parteien können durch Uebereinkunft alle Fristen erstrecken, jedoch hat eine solche Uebereinkunft nur dann rechtliche Wirksamkeit, wenn dem Gerichte davon vor Ablauf der Frist Anzeige gemacht ist.

## §. 121.

Wo Gefahr im Verzuge ist, kann der Richter die vorgeschriebene Frist abkürzen und nach den Bestimmungen über den summarischen Proceß verfahren.

## §. 122.

Acht tägige und vierzehntägige Fristen laufen von Wochentag zu Wochentag.

Wierwöchige Fristen laufen von Montag zu Montag.

Beginnt eine solche Frist mit dem letzten Montags- tage und hat der nächste Monat weniger Tage als der vorige, so läuft dennoch die Frist mit dem letzten Montags- tage ab.

## Restitution.

## §. 123.

Restitution gegen veräumte Fristen und Gerichtstage wird durch einen Bescheid und ohne vorgängige Verhandlung ertheilt, *§. 119. 117.*

- 1) wenn die Versäumnis nach richterlichem Ermessen von der Partei nicht gröblich oder wenn sie von dem Anwalte verschuldet war;
- 2) wenn durch dieselbe ein Angriffs- oder Verteidigungsmittel, also nicht allein das Recht zu einer rechtlichen Ausführung und Verhandlung, verloren ist;
- 3) wenn die Lage des Rechtsstreites die Restitution noch gestattet, also keinesfalls wenn schon in der Sache selbst eine Endentscheidung letzter Instanz vorliegt oder das Erkenntnis erster Instanz bereits für vollstreckbar erklärt ist; *§. 124. 116.*
- 4) wenn mit dem Gesuche um Restitution zugleich die veräumte Handlung nachgeholt wird, sofern dies ohne gerichtliche Mitwirkung möglich.

Ueber den Grund der Versäumnis kann nach richterlichem Ermessen Bescheinigung, nöthigenfalls durch den Eid, gefordert werden.

Die Kosten der Restitution und des verzögerten Proceßes hat der zu tragen, der die Restitution sucht.

Liegt die Versäumnis in einem Verschulden des Anwaltes, so trägt dieser die Kosten.

Nach Ablauf von sechs Monaten, von der Zeit der

eingetretenen Versäumnis an, hat keine Restitution mehr statt, auch nicht gegen den Ablauf dieser Frist. *§ 352*

Tritt die Möglichkeit der Geltendmachung des Restitutionsgesuches erst nach dem Zeitpunkte der eingetretenen Versäumnis ein, so wird die Frist von diesem spätern zu beschleunigenden Zeitpunkte berechnet. Als ein die Möglichkeit der Anbringung des Restitutionsgesuches hindernder Umstand ist es indes nicht anzusehen, wenn die Partei keine Nachricht von dem Stande der Sache, insbesondere von dem eingetretenen Rechtsnachtheile erhalten hat.

#### §. 124.

Eine zweite Restitution wegen derselben Proceßhandlung hat nicht statt, insofern die Partei oder den Anwalt irgend ein Verschulden trifft.

#### Von den Rechtsmitteln.

#### §. 125.

Die einzig zulässigen Rechtsmittel sind die Berufung als ordentliches und die Nichtigkeitsbeschwerde als außerordentliches Rechtsmittel.

#### §. 126.

Beide sind Devolutiv-Rechtsmittel.

#### §. 127.

Die Berufung kann nur gegen Entscheidungen erster Instanz, die Nichtigkeitsbeschwerde nur gegen Entscheidungen zweiter Instanz verfolgt werden (vgl. §§. 97—101).

#### §. 128.

Ueber das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde entscheidet in allen Fällen der Cassationshof.

#### §. 129.

Das Rechtsmittel der Berufung hat Suspensivkraft, außer in den Fällen, wo die Erkenntnisse erster Instanz für sofort vollstreckbar erklärt sind. *§ 207 §. 106.*

Das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde hat solche nur dann, wenn der Cassationshof, nach Ermessen gegen

Caution, auf den motivirten Antrag des Beschwerdeführers dieselbe gestattet.

#### §. 130.

Die Nichtigkeitsbeschwerde ist begründet:

- 1) wenn wesentliche Vorschriften des Proceßes verlegt sind; oder
- 2) wenn gegen die Bestimmungen der Gesetze erkannt und in Folge dessen unrichtig entschieden ist; oder
- 3) wenn mehrere in letzter Instanz unter denselben Parteien über eine und dieselbe Sache von verschiedenen Gerichten abgegebene Entscheidungen einander geradezu widersprechen. *§. 348.*

#### §. 131.

Die Berufung ist begründet, wenn Nichtigkeiten begangen (§. 130.) oder wenn Proceßvorschriften unrichtig angewendet oder unrichtige Entscheidungen abgegeben sind. *§. 332.*

#### §. 132.

Neue Thatfachen, Beweismittel oder wesentliche Anträge, welche in die erste Instanz gehören, können in der zweiten Instanz nicht vorgebracht werden; sie sind an die erste Instanz zurückzuweisen und nur zulässig im Wege der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

#### §. 133.

Diese Rechtsmittel sind bei dem Gerichte, dessen Entscheidung angefochten wird, anzumelden und einzuführen.

#### §. 134.

Kommen sie zeitig ein, so sendet das Gericht solche sammt den Acten binnen drei Tagen an das Gericht zweiter Instanz, resp. den Cassationshof ein.

#### §. 135.

Das Gericht, dessen Entscheidung angefochten ist, weist verspätete Anmeldungen und Einführungen als verfallen zurück.

#### §. 136.

Bei verspäteten Anmeldungen und Einführungen zu-

gleich um Restitution gebeten, so sendet es die Acten an das zuständige höhere Gericht ein (§. 134).

### Verzicht der Parteien.

#### §. 137.

Erklärt der Kläger mündlich oder schriftlich vor Gericht, auf die Fortsetzung des Verfahrens verzichten zu wollen, so wird er auf den Antrag des Beklagten mit der vorgebrachten Klage abgewiesen und hat die Kosten zu ersetzen.

#### §. 138.

Erklärt der Beklagte mündlich oder schriftlich vor Gericht, den Auspruch des Klägers anerkennen zu wollen, so ist er auf den Antrag des Klägers als Sachfälliger zu verurtheilen.

### Erlöschen des Processes.

#### §. 139.

Ruht ein Rechtsstreit drei Jahre hindurch, so ist er ohne Weiteres erloschen.

#### §. 140.

Das Erlöschen des Processes hat nicht die Wirkung, daß die in demselben geltend gemachten Rechte verloren oder die in Beziehung auf dieselben in einem Nebenverfahren erlassenen provisorischen Anordnungen ungültig würden.

Alle Handlungen des Hauptverfahrens, auch die in demselben gemachten Geständnisse, werden aber wirkungslos.

### Vom Armenrechte.

#### §. 141.

Denjenigen, deren Vermögen oder Erwerb nicht ausreicht, um ohne Beschränkung des notwendigen Lebensunterhalts für sich oder ihre Familie die Kosten eines Processes zu bestreiten, ist das Armenrecht zu erteilen.

#### §. 142.

Solche Personen haben sich zuvörderst von der Orts-

behörde ihres Wohnortes oder Aufenthaltsortes ein Zeugniß über ihre Dürftigkeit erteilen zu lassen.

Dasselbe soll eine möglichst genaue Auskunft über folgende Punkte enthalten:

- 1) ob der Bittsteller Immobilien-, Capital- oder sonstiges Vermögen besitzt,
- 2) ob und in wie weit das fragliche Vermögen mit Schulden belastet ist,
- 3) wie hoch sich der Verdienst oder die sonstige Einnahme des Bittstellers beläuft, und
- 4) in welchen Familienverhältnissen derselbe lebt, namentlich wie groß die von ihm zu erhaltende Familie ist.

Es ist von der Ortsbehörde vor der Aushändigung an den Bittsteller bei der Landesverwaltungsbehörde einzureichen und von dieser, falls sie gegen den Inhalt desselben Einwendungen nicht zu machen hat, dessen Richtigkeit zu bescheinigen.

Wird das Attest von der Ortsbehörde verweigert, so findet eine Beschwerde an die Landesverwaltungsbehörde statt; wird dagegen die oben gedachte Bescheinigung von der Letzten verweigert, so steht dem Bittsteller eine Beschwerde an das Herzogl. Staats-Ministerium zu.

#### §. 143.

Auf den Grund des im §. 142. erwähnten Zeugnisses ist bei dem Staatsanwalte, in dessen Gerichtskreise der Rechtsstreit zu führen ist, um Ertheilung des Armenrechtes nachzusuchen.

Dieser hat sich zuvörderst die Thatfachen und Beweismittel, auf welche sich die Ansprüche oder die Verteidigung des Bittstellers gründen, vorlegen zu lassen und nur, wenn die Sache des Bittstellers eine offenbar unbegründete ist, das Armenrecht zu verweigern.

Das ertheilte Armenrecht wirkt für alle Instanzen.

Zeigt sich im Laufe des Rechtsstreites der Anspruch

oder die Vertheidigung der Partei als unbegründet, so kann der Staatsanwalt von Amtswegen oder auf Anregung des Gerichtes das Armenrecht der betreffenden Partei wieder entziehen.

Gegen die Verfügungen des Staatsanwaltes findet ein Recurs an den Oberstaatsanwalt statt.

#### §. 144.

Der Gegner kann verlangen, daß die arme Partei ihr Unvermögen durch einen vom Richter unter Zuziehung der Parteien in einem zu diesem Ende anzusetzenden Termine festzustellenden Eid erkläre.

Der Eid ist nach Maßgabe der in dem Armuthszeugnisse angeführten Thatsachen, nachdem sich die arme Partei über deren Richtigkeit erklärt hat, festzustellen.

Werden nach der Erklärung der armen Partei bei der Normirung des Eides erhebliche Abweichungen von dem Inhalte des Armuthszeugnisses erforderlich, so sind die desfallsigen Verhandlungen vor der Ableistung des Eides dem Staatsanwalt mitzutheilen, welcher in diesem Falle darüber zu entscheiden hat, ob dem Antragsteller nach der veränderten Sachlage das Armenrecht gleichwohl zu ertheilen sei.

Verweigerung des Eides hat die Entziehung des Armenrechts zur Folge.

#### §. 145.

Der armen Partei ist nöthigenfalls von Amtswegen ein Sachführer oder Anwalt zu bestellen.

Die Gerichte werden hierbei eine bestimmte Reihenfolge unter sämtlichen Sachführern und Anwälten beobachten und dabei diesen auch diejenigen von ihnen freiwillig übernommenen Armenfachen anrechnen, von deren Uebernahme sie bei derselben den Gerichten Anzeige gemacht haben.

Alle Gerichtsgebühren werden für die arme Partei an-

geschrieben, sind aber von ihr, falls sie zu Vermögen kommt, zu erstatten.

Auch diejenigen Kosten und Auslagen, welche zur Festsetzung des Rechtsstreites nothwendig sind, wie Kosten von Edictalladungen oder Zeugenverhören, trägt die Staatskasse.

Für den vermögenden Gegner einer armen Partei sind die Sporteln und Stempel anzuschreiben und nur bei Verlust der Sache oder bei Abschließung eines Vergleichs oder wenn auf Kostencompensation erkannt wird, nachzuzahlen. Alle übrigen Gebühren und Auslagen hat die Partei zu tragen.

#### §. 146.

Zahlungen auf den Streitgegenstand, die der Gegner der armen Partei dieser in Folge des ergehenden Erkenntnisses oder eines Vergleichs zu leisten hat, kann er mit der Wirkung der Befreiung nur in das gerichtliche Depositum machen.

Von der eingezahlten Summe hat das Gericht zuvörderst die Rechtsbeistände der armen Partei und den Fiscus wegen der Gerichtsgebühren zu befriedigen. Würde die hiernach für die arme Partei übrig bleibende Summe nicht 50 Rthlr. betragen, so wird das Ganze unter die arme Partei und deren Rechtsbeistände nach dem Verhältniß ihrer Forderungen vertheilt, und der Fiscus bleibt wegen der Gerichtsgebühren unbefriedigt.

#### §. 147.

Sind allein die Kosten in Folge einer Entscheidung oder eines Vergleichs von dem Gegner der armen Partei ganz oder theilweise zu zahlen, so steht den Rechtsbeiständen derselben wegen dieser ein selbstständiges Recht gegen den Gegner zu, gegen welches Einreden aus der Person ihrer Partei nicht zulässig sind und Compensationen nicht hinsichtlich der in diesem feinen Proceße dem Gegner zuerkannten Kosten stattfinden.

## §. 148.

Die Rechtsbeistände der armen Partei und der Fiscus können von beiden Parteien die Manifestation des geschlossenen Vergleiches durch Edition der darüber aufgenommenen Urkunde, von der der instrumentirende Notar unentgeltlich eine stempelfreie Ausfertigung zu erteilen hat, so wie durch Eid verlangen.

**Zweiter Theil.****Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten.****Titel I.****Ordentliches Verfahren.**

## §. 149.

Die Stadt- und Amtsgerichte werden ein für alle Mal nach dem Bedürfnisse die Wochentage festsetzen, an welchen sie in bürgerlichen Rechtsstreiten Recht sprechen.

## §. 150.

Die Parteien können an diesen Tagen erscheinen und ihre Sache zur Entscheidung vortragen. Sie können, wenn nur die Höhe des Streitobjectes die Zuständigkeit des Amts- oder Stadtgerichts übersteigt, sich diesem unterwerfen, nicht aber in anderen Fällen materieller Unzuständigkeit. Dies ist vor der Verhandlung der Sache ausdrücklich zu Protocoll zu nehmen.

Auf diese Weise an die Amts- und Stadtgerichte gelangte Sachen stehen auch hinsichtlich der Rechtsmittel den diesen Gerichten durch das Gesetz überwiesenen Sachen gleich.

## §. 151.

Die Gerichtsboten haben die Verfügungen der Amts- und Stadtgerichte innerhalb vier Tagen, nachdem sie ihnen zugestellt sind, zu behändigen.

## §. 152.

Die Ladungen der Amts- und Stadtgerichte sind den Parteien und Auskunftspersonen mindestens drei Tage vor dem angeordneten Gerichtstage zu behändigen.

Ist Gefahr im Verzuge, so kann das Gericht diese Frist abkürzen und hat dies in der Ladung auszudrücken.

## §. 153.

Die Klage ist mündlich bei dem Richter zu Protocoll oder schriftlich anzubringen.

## §. 154.

Die Richter haben sich zu bemühen, die Parteien von unbegründeten Klagen abzuhalten, den begründet Scheinenden dagegen die gehörige Richtung zu geben.

## §. 155.

Nach Anbringung der Klage giebt das Gericht sofort einen Bescheid ab, durch welchen es offenbar unbegründete Klagen abweist, wegen anscheinend begründeter unter abschriftlicher Mittheilung derselben einen Tag zur öffentlichen Verhandlung der Sache, nicht über 14 Tage hinaus, ansetzt und zu solcher die Parteien vorladet. Diesen Bescheid eröffnet es dem Kläger, läßt ihn dem Beklagten behändigen und die Behändigungsurkunde zu den Acten zurückzugeben.

## §. 156.

Die am Gerichtstage erschienenen Parteien werden gegeneinander gehört.

Sie haben ihre Vor- und Anträge mündlich zu machen; die Ueberreichung derselben in Schriften ist unzulässig.

## §. 157.

Sind Einreden verhandelt, so kann der Kläger die Aufhebung eines anderen Gerichtstages beantragen. Dieser ist nicht über 14 Tage hinauszusetzen und der Bescheid, durch welchen er bestimmt wird, sogleich den Parteien zu eröffnen.

Eine weitere Verhandlung findet nicht statt.

§. 158.

In der Verhandlung haben sich die Parteien zugleich über die von dem Gegner angegebenen Beweismittel zu erklären.

§. 159.

Das Gericht verkündet nach geschlossener Verhandlung sofort das Erkenntniß.

Nur ausnahmsweise kann dasselbe aus in der Sache selbst liegenden Gründen die Eröffnung des Erkenntnisses, jedoch nicht über die nächste Sitzung hinaus, aufschieben, und es hat alsdann sogleich den Tag der Eröffnung den Parteien durch einen Bescheid bekannt zu machen.

§. 160.

Sind Beweise erforderlich, so bestimmt das Gericht einen Tag zur Aufnahme derselben und ladet dazu die Parteien und Auskunftspersonen vor.

Haben die Parteien noch Zeugen vorzuschlagen, so können sie deren Ladung zeitig vor dem Gerichtstage noch beantragen. *2. 61.*

§. 161.

An dem Gerichtstage schreitet das Gericht zur Beweisaufnahme, hört nach deren Beendigung die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß.

§. 162.

In schwierigen Sachen bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Beweislast und die Beweisaufnahme durch ein Erkenntniß festzustellen.

Das Gericht setzt in diesem Falle, nach eingetretener Rechtskraft des Beweisergebnisses, einen Termin an, ladet die Parteien und Auskunftspersonen zu demselben vor, schreitet zur Beweisaufnahme, hört die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß.

§. 163.

Gerichtstage und Fristen sind nicht über 14 Tage hinauszusetzen.

§. 164.

Die Enderkenntnisse der Amts- und Stadtgerichte, welche Alimentensachen oder Geldforderungen betreffen, sind sofort, nöthigenfalls gegen Sicherheitsleistung, für vollstreckbar zu erklären.

## Titel 2.

Verfahren bei Streitigkeiten über Besitzstörungen.

§. 165.

Die gesetzlichen Bestimmungen über den jüngsten Besitz sind aufgehoben.

§. 166.

Sind Gewaltthätigkeiten zu befürchten, so kann das Gericht von Amtswegen oder auf Antrag des Klägers einen einstweiligen Besitzstand feststellen und dessen Störung mit Strafe bedrohen, oder eine Sequestration anordnen und vollziehen lassen.

§. 167.

An dem Gerichtstage werden die Parteien zuvörderst gegen einander gehört, auch über die vorgeschlagenen Beweismittel.

Der Kläger kann eine Verlegung des Gerichtstages nicht verlangen.

Sind die erheblichen Thatsachen klar, so erfolgt sofort das Erkenntniß.

§. 168.

Sind Beweise erforderlich, so verfährt das Gericht nach den für das ordentliche Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten gegebenen Bestimmungen (§§. 149 ff.).



**Titel 3.**

Von der Aufnahme der Verhandlung.

§. 169.

Ueber die Verhandlung hat der Secretair ein Protocoll aufzunehmen.

Dasselbe muß enthalten:

- 1) die Namen der anwesenden Gerichtspersonen;
- 2) Vor- und Zunamen, Amt oder Gewerbe und Wohnort der Parteien;
- 3) den wesentlichen Inhalt ihrer Vorträge und ihre Anträge;
- 4) die Vor- und Zunamen, das Alter, das Amt oder Gewerbe und den Wohnort der Auskunftspersonen, sowie den wesentlichen Inhalt ihrer Angaben;
- 5) die Angabe, daß den Parteien und Auskunftspersonen die Protocolle vorgelesen, von ihnen genehmigt und unterschrieben sind;
- 6) deren Unterschrift oder, falls sie Schreibens unfähig sind, deren Handzeichen, oder falls sie die Unterschrift verweigern, diesen Umstand und dessen Gründe;
- 7) die von dem Gerichte erlassenen Bescheide und Erkenntnisse, von dem Richter gezeichnet;
- 8) die Verkündigung derselben an die Parteien.

Im Fall der Behinderung des Secretairs kann der Richter selbst das Protocoll führen.

**Dritter Theil.**

Verfahren vor den Kreisgerichten.

**Titel 1.**

Ordentliches Verfahren in erster Instanz.

§. 170.

Die Kreisgerichte werden ein für alle Mal die Tage der Woche, an welchen sie in bürgerlichen Rechtsstreiten Recht sprechen, nach Bedürfnis festsetzen und bekannt machen.

§. 171.

Bei den Kreisgerichten sollen in bürgerlichen Rechtsstreiten nicht mehr und nicht weniger als drei Richter das Urtheil sprechen.

Zu dem Ende können bei den größeren Kreisgerichten besondere Deputationen gebildet werden.

§. 172.

Der bestellte Anwalt hat die Klage schriftlich in doppelter Ausfertigung in dem Secretariate des Gerichts zu übergeben. Hat der Director wegen der Zuständigkeit des Gerichts Bedenken, so veranlaßt er eine Verathung desselben, und das Gericht hat, wenn es sich für incompetent hält, dieses ohne vorgängige Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid auszusprechen.

Hat der Director wegen der Zuständigkeit des Gerichts dagegen kein Bedenken, so erläßt er einen Bescheid, in welchem er

- 1) dem Beklagten aufgiebt, einen Anwalt zu bestellen und sich vernehmen zu lassen, und zwar bei Strafe der gerichtlichen Verordnung eines Anwaltes zur Empfangnahme der gerichtlichen Verfügungen; und
  - 2) einen Referenten für die Sache bestellt.
- Er läßt diesen Bescheid sammt einer Ausfertigung der

Klage dem Beklagten behändigen und dem Anwalte des Klägers mit einer Empfangsbcheinigung des Beklagten zustellen.

## §. 173.

Der bestellte Referent erläßt alle Bescheide sowohl in dem ersten als in dem Beweisverfahren allein.

Alle Entscheidungen über Nebenpunkte sind, wenn sie nicht die Fortsetzung des Verfahrens bedingen, in der Regel bis zum nächsten Erkenntnisse hinauszuschieben.

Auf den Antrag des Klägers oder des Beklagten kann der Referent auch den Güteversuch vornehmen und dazu einen Tag anberaumen.

## §. 174.

Innerhalb vier Wochen von Behändigung der Klage an hat der Beklagte einen Anwalt zu bestellen, durch denselben die Vernehmungslaffung in Einer Ausfertigung dem Anwalte des Klägers gegen einfache Empfangsbcheinigung zustellen und in zweiter Ausfertigung bei dem Secretariate einreichen zu lassen.

## §. 175.

Verhandelt der Beklagte die Vernehmungslaffung, so kann der Kläger die Replik innerhalb 14 Tagen verhandeln, wobei ganz ebenso verfahren wird, wie bei der Vernehmungslaffung.

## §. 176.

Bringt die eine oder die andere Partei die im Vorhergehenden erwähnten Schriftsätze nicht ein, so kann der Gegner unter Einreichung der Behändigungsurkunde auf Ansetzung eines Termins zur mündlichen Hauptverhandlung antragen.

## §. 177.

Die Wechselschriften sollen nur die Darstellung der erheblichen Thatfachen, Angabe der Beweismittel und eine genaue Fassung der Anträge der Parteien enthalten.

Alle Rechtsausführungen gehören in die mündliche Verhandlung.

## §. 178.

Die Originale der Anlagen der Wechselschriften sind dem Gerichte, deren Abschriften dem Gegner zu übergeben.

Den Anwälten steht die Einsicht der Originale im Secretariate frei.

## §. 179.

Die Parteien können das Vorverfahren auch außergerichtlich instruiren und, entweder unter Einreichung der gewechselten Schriften oder einer gemeinschaftlichen Darstellung des Sachverhältnisses und Hinzufügung ihrer Anträge durch ihre Anwälte, auf Ansetzung eines Tages zur mündlichen Verhandlung antragen.

## §. 180.

Bedarf es weiterer Erklärungen der Parteien auf die eingegangenen Wechselschriften nicht, so hat der Referent, selbst vor Eingang der noch zulässigen Schriften, die Acten dem Director zur Ansetzung der mündlichen Hauptverhandlung zuzustellen, und der Actenschluß ist in jedem Falle in dem Bescheide auszusprechen, durch welchen der Termin zur mündlichen Verhandlung angesetzt wird.

Dieser Termin darf nicht über 14 Tage hinausgesetzt werden.

## §. 181.

Bei der öffentlichen mündlichen Verhandlung werden die Parteien zuvörderst gegen einander gehört.

Verlangt der Kläger nochmals das Wort nach dem Vortrage des Beklagten, so kann das Gericht ihm solches gestatten, muß aber dann den Beklagten auf dessen Antrag noch zum Schlusse hören.

## §. 182.

Wird über Thatfachen gestritten, so steht es jeder Partei frei, in dem Termine zur mündlichen Verhandlung einen schriftlichen Antrag darüber zu überreichen, wie sie

die Beweisfrage gefaßt und die Beweislast vertheilt zu setzen verlangt.

Das Gericht kann den Parteien die Einreichung derartiger Anträge auch aufgeben und bis zum Eingange eines solchen von Seiten der einen oder der andern Partei das Verfahren einstellen.

Eine Abschrift dieser Anträge muß dem Gegner sofort zugestellt werden. Auch wenn über Rechtspunkte gestritten wird, können die Parteien solche Anträge als eventuelle überreichen.

### §. 183.

Das Gericht ist an diese Anträge, selbst wenn beide Theile in denselben übereinstimmen, nicht gebunden; es hat vielmehr die Beweislast und die Beweisfrage nach seiner rechtlichen Ueberzeugung festzustellen.

### §. 184.

Bei der mündlichen Verhandlung ist eine Abänderung der tatsächlichen Grundlagen der Vorträge der Parteien unzulässig, sie können dieselben aber ebenso wie ihre Anträge erläutern, vervollständigen und verbessern.

Der Referent hat die Vorträge der Parteien zu überwaehen und Unrichtigkeiten in denselben einzubessern.

### §. 185.

Nach geschlossener Verhandlung verkündigt das Gericht nach in geheimer Verathung mit Stimmenmehrheit gefaßtem Beschlusse das Erkenntniß.

### §. 186.

Aus erheblichen in der Sache liegenden Gründen kann das Gericht die Verkündigung des Erkenntnisses durch einen, den Parteien sogleich zu erscheinenden Bescheid hinauschieben, jedoch nicht über 8 Tage.

### §. 187.

An dem zur Verkündigung des Erkenntnisses angesetzten Tage kann jede erscheinende Partei mit Erfolg gegen den Gegner die Verkündigung beantragen.

Erscheint keine der Parteien, so wird auf Anrufen einer derselben ein neuer Tag angesetzt.

### §. 188.

Erkennt das Gericht auf Beweis, so hat nach rechtskräftig gewordenem Beweisergebnisse der Hauptbeweiskführer binnen 14 Tagen in einer auf den Secretariate niederzulegenden Schrift die Beweismittel, deren er sich bedienen, und die Thatfachen, welche er dadurch nachweisen will, genau anzugeben. §. 61.

Diese Schrift ist in einer zweiten Ausfertigung dem Gegner gegen Empfangsbcheinigung mitzutheilen.

### §. 189.

Auf gleiche Weise hat der Gegner in Betreff der ihm zur Last fallenden Beweise und Gegenbeweise innerhalb 14 Tagen nach Behändigung der Schrift des Hauptbeweiskführers zu verfahren und eine zweite Ausfertigung seiner Schrift dem letzten gegen Empfangsbcheinigung zu behändigen.

### §. 190.

Die Parteien sind bei der Wahl der Beweismittel auf die bis zum Beweisergebnisse angegebenen beschränkt; neue Beweismittel werden nicht zugelassen.

### §. 191.

Wenn die eine oder die andere Partei die Fristen versäumt, so werden die Thatfachen, welche sie zu beweisen haben würde, als nicht bewiesen angesehen.

Versäumniß in Betreff der Gegenbeweisschrift hat den Verlust des Gegenbeweises zur Folge.

### §. 192.

Sind keine Beweisschriften übergeben, so setzt der Director des Gerichts auf den Antrag einer Partei einen Tag zur mündlichen Verhandlung und zur Eröffnung des Erkenntnisses an.

### §. 193.

Sind Beweisschriften übergeben, so setzt der Referent

einen Tag, nicht über 14 Tage hinaus, zur Beweisaufnahme an und verfährt dabei nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. *A. 78. pp.*

## §. 194.

Einreden gegen die Auskunftspersonen und deren Aussagen, sowie die zur Begründung solcher Einreden dienenden Beweismittel können noch während der Beweisaufnahme zur Hand genommen werden. *A. 62.*

Der Instructiionsrichter hat in solchen Fällen die angeforderten Auskunftspersonen zu vernehmen und die Entscheidung über alle eben erwähnte Nebensätze dem Erkenntnis über die Beweisführung vorzubehalten.

## §. 195.

Nach vollendetem Beweisverfahren, und zwar innerhalb 8 Tagen, setzt das Gericht einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung über den Beweis und zur Verkündigung des Erkenntnisses an, nicht über 14 Tage hinaus.

## §. 196.

Am dem Gerichtstage trägt zuvörderst der Referent kurz über den Stand der Sache vor und es werden durch den Secretair die vorhandenen schriftlichen Beweismittel, Zeugenaussagen, Gutachten der Sachverständigen, Protocolle über den Augenschein und Urkunden verlesen.

Die Parteien werden gegen einander gehört.

Das Gericht erkennt über die Beweise und in der Sache selbst und verkündigt das Erkenntnis und zwar, falls noch Eide zu leisten sind, mit deren genauen Festsetzung und unter der Voraussetzung ihrer Ableistung. Sollten erhebliche Zweifel über die Beweisführung durch Zeugen oder Sachverständige entstehen, so kann das Gericht auf Antrag einer Partei oder selbst von Amts wegen zuvörderst eine nochmalige Vernehmung der Zeugen oder Sachverständigen in öffentlicher Sitzung anordnen und darauf nach nochmaliger Anhörung der Parteien erkennen. *A. 87. qf.*

## §. 197.

Bei Gefahr im Verzuge können die Kreisgerichte ihre Erkenntnisse nöthigenfalls gegen Caution sofort für vollstreckbar erklären.

Die Einwendung eines Rechtsmittels hemmt diese Vollstreckbarkeit nicht; das Obergericht kann dieselbe indeß sogleich beim Eingehen der Einführung des Rechtsmittels wieder aufheben.

## Titel 2.

*Abgekürztes (summarisches) Verfahren.*  
*Nb. N. 58. G. 4. 3. Dec. 1857.*  
§. 198.

Das abgekürzte Verfahren findet außer den Fällen, wo dasselbe in diesem Gesetze besonders angeordnet ist, noch statt:

- 1) in dinglichen Rechtsstreiten, deren Gegenstand 100 Rthlr. oder weniger beträgt;
- 2) bei persönlichen Forderungen aus Rechtsgeschäften, ~~deren~~ Gegenstand die Summe von 200 Rthlr. nicht übersteigt;
- 3) in Sachen, in denen wenigstens der Klaggrund im Wesentlichen durch öffentliche oder Privaturkunden nachgewiesen wird;
- 4) in Streitigkeiten wegen Mieth- und Pachtverhältnissen, rückständiger Zinsen oder Renten;
- 5) bei Wandlungsklagen über verkaufte oder vertauschte Thiere oder Waaren;
- 6) bei Klagen auf Wiedererlangung des Besizes.

## §. 199.

Mit der Klage sind zugleich die Beweisurkunden wenigstens afschriftlich zu überreichen und die sonstigen Beweismittel anzugeben. *A. 61. 63.*

## §. 200.

Der Director setzt, vorbehaltlich jedoch der Bestim-

*Aufgegeben.*

mungen in §. 172, auf die Klage sofort einen Termin an, zu welchem beide Theile vorgeladen werden.

## §. 201.

In dem Termine hat der Kläger, wenn solches noch nicht geschehen, die Beweisurkunden im Originale vorzulegen.

Beide Theile werden gegen einander gehört.

Der Beklagte hat sich über die vom Kläger vorgeschlagenen Beweismittel zu erklären, und, falls er Einreden vorschützt, die Beweismittel zu benennen, die Urkunden aber, deren er zum Zwecke der Beweis- und Gegenbeweissführung bedienen will, im Originale vorzulegen.

Der Kläger hat sich über die Beweismittel des Beklagten zu erklären.

## §. 202.

Kann der Beklagte bezeugen, daß er die von ihm als Beweismittel bezeichneten Urkunden nicht sogleich herbeizuschaffen vermochte, so ist er befugt, auf Ansetzung eines anderen Termins anzutragen.

## §. 203.

Sind die erheblichen Thatsachen klar, so erfolgt sofort das Erkenntniß.

Sind noch Beweise erforderlich, so bestimmt das Gericht einen Tag zur Aufnahme derselben und ladet dazu die Parteien und die Auskunftspersonen vor.

Haben die Parteien noch Zeugen vorzuschlagen, so können sie deren Ladung zeitig vor dem Gerichtstage noch beantragen. *A. 61.*

## §. 204.

Am dem Gerichtstage schreitet das Gericht zur Beweisaufnahme, hört nach deren Beendigung die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß.

## §. 205.

In schwierigen Sachen bleibt es dem Ermessen des Gerichts überlassen, die Beweislast und die Beweisfrage

durch ein Erkenntniß festzustellen. — Das Gericht setzt in diesem Falle einen Termin an, schreitet nach eingetretener Rechtskraft des Beweisurtheils zur Beweisaufnahme, ladet die Parteien und Auskunftspersonen dazu vor, hört die Parteien und verkündet ihnen das Erkenntniß.

## §. 206.

Ausnahmsweise ist das Gericht bei weitläufigen Beweisführungen befugt, einen Instruktionsrichter mit der Beweisaufnahme zu beauftragen.

Dasselbe gilt, wenn Zwischenanträge eingehen und Verfügungen darauf erforderlich sind.

## §. 207.

Das Erkenntniß ist sofort, nöthigenfalls gegen Caution, vollstreckbar.

Die Einwendung eines Rechtsmittels hemmt die Vollstreckbarkeit nicht, das Obergericht kann dieselbe indeß sogleich beim Eingehen der Einführung des Rechtsmittels wieder aufheben.

## §. 208.

Gerichtstage und Fristen sind nicht über 14 Tage hinauszusehen.

**Titel 3.**

Verfahren in erster Instanz bei Anordnung von Curatelen über Großjährige.

## §. 209.

Die Anordnung einer Curatel über einen Großjährigen ist nur zulässig, wenn derselbe: *27. 2. 14. 23.*

- 1) für wahnsinnig oder blödsinnig, oder
- 2) für einen solchen Taubstummen oder Taubblinden, der sich nicht allgemein verständlich machen kann, oder
- 3) für einen Verschwenker gerichtlich erklärt ist.

## §. 210.

Jeder Blutsverwandte einer solchen Person, deren Ehegatte und der Staatsanwalt ist berechtigt, darauf anzutragen, daß über dieselbe eine Curatel angeordnet werde.

## §. 211.

Der Antrag ist bei dem Kreisgerichte anzubringen wie eine Klage und muß bestimmte Thatfachen, welche denselben begründen sollen, und die Beweismittel angeben.

## §. 212.

Ist die Klage auf Wahnsinn oder Blödsinn gegründet, so bestellt der Vorsitzende einen Referenten. Dieser stellt zuvörderst unter Zuziehung des Staatsanwaltes eine vorläufige Sachuntersuchung an, vernimmt den Beklagten und bestellt und vernimmt zwei Familienfreunde.

## §. 213.

Wenn der auf Wahnsinnigkeits- oder Blödsinnigkeits-erklärung gestellte Antrag nach dem Ergebnisse der vorläufigen Sachuntersuchung nicht sofort zu verwerfen ist, so bestellt das Gericht einen einstweiligen Curator zur Führung des Rechtsstreits und setzt einen Termin zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung an.

Der Curator hat zugleich vorläufig für die Person und das Vermögen des Beklagten zu sorgen.

## §. 214.

Wird auf Beweis erkannt, so kommen die für das ordentliche Verfahren gegebenen Vorschriften zur Anwendung.

## §. 215.

Gegen das Erkenntniß steht dem Kläger, dem Beklagten und dem Curator die Berufung zu.

## §. 216.

Gründet sich der Antrag darauf, daß ein Taubstummer oder Taubblinder sich nicht allgemein verständlich machen könne, so setzt der Vorsitzende einen Tag zu dessen Vernehmung in nicht öffentlicher Sitzung an, unter Zuzie-

hung des Staatsanwaltes, und läßt zu derselben einen Sachverständigen vorladen und durch diesen den Zustand des Beklagten ermitteln.

Bestreitet der Beklagte den Antrag, so bestellt das Gericht sofort einen Curator zur Führung des Rechtsstreits und ordnet das in §§. 213 und 214 vorgeschriebene Verfahren an.

## §. 217.

Gründet sich die Klage darauf, daß der Beklagte ein Verschwender sei, so findet das ordentliche Verfahren statt.

Das Gericht kann auf Antrag des Klägers und gehörige Versicherung der erheblichen Thatfachen vorläufig Sicherungsmaßregeln gegen die Verschleuderung des Vermögens treffen.

## §. 218.

Sobald ein Erkenntniß, durch welches ein Wahnsinniger, Blödsinniger, Taubstummer, Taubblinder oder Verschwender gerichtlich für dispositionsunfähig erklärt worden, rechtskräftig geworden ist, hat der Staatsanwalt dafür zu sorgen, daß von dem zuständigen Amts- oder Stadtgerichte die Curatel förmlich angeordnet werde.

Dem Proceß-Curator darf diese Curatel nicht übertragen werden.

## §. 219.

Kann der unter Curatel Gesezte nachweisen, daß der Grund der Anordnung derselben aufgehört habe, so wird dieselbe auf dessen Antrag wieder aufgehoben.

Der Antrag ist gegen den Curator zu richten und dem oder den nächsten Blutsverwandten, sowie den Ehegatten mitzutheilen, das Verfahren aber dasselbe, wie bei Anordnung der Curatel.

**Titel 4.****Verfahren in zweiter Instanz.**

§. 220.

Ueber das Rechtsmittel der Berufung gegen Erkenntnisse der Amts- und Stadtgerichte entscheiden die Kreisgerichte in letzter Instanz (vergl. jedoch §. 332). *§. 225.*

§. 221.

Das Rechtsmittel der Berufung ist innerhalb einer Frist von 10 Tagen nach Verkündigung des Erkenntnisses anzumelden. *§. 320.*

§. 222.

Die Anmeldung kann schriftlich oder zu Protocoll geschehen.

§. 223.

Das Gericht theilt sie dem Gegner zur Nachricht mit.

§. 224.

Die Einführung der Beschwerde ist innerhalb einer Frist von 14 Tagen gleichfalls zu Protocoll zu geben oder schriftlich bei dem Gerichte einzureichen, welches erkannt hat. *§. 177.*

§. 225.

Die Einführungsschrift muß neben der Nachweisung und Beobachtung der Fristen die Aufstellung der Beschwerden und bestimmte Schlussanträge enthalten. *§. 177.*

§. 226.

Sind die Formalien nach der Ansicht des Directors nicht in Ordnung, so veranlaßt er eine Verathung des Gerichts und dieses hat, wenn es die Ansicht des Ersten theilt, das Rechtsmittel ohne vorgängiges Verfahren und ohne mündliche Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid abzuweisen.

Undernfalls ernennt der Director einen Referenten und ordnet die Verhandlung durch einen Bescheid an,

durch welchen dem Gegner die Einführung mitgetheilt, beiden Parteien die Auflage ertheilt wird, einen Anwalt zu bestellen, und ein Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache vor dem Kreisgerichte angesetzt wird, nicht über 14 Tage hinaus.

§. 227.

Am Gerichtstage werden beide Parteien gegen einander gehört; der Referent hat die Vorträge der Parteien zu überwachen und Unrichtigkeiten in denselben einzubessern. Das Gericht verkündet nach Beschlußnahme in geheimer Verathung das Erkenntniß.

§. 228.

Erscheint die Partei, welche das Rechtsmittel eingewandt hat, nicht, so wird dasselbe, auf den Antrag des Gegners, abgewiesen.

Erscheint der Gegner nicht, so wird sofort auf den Vortrag des Beschwerdeführers erkannt und das Erkenntniß verkündigt.

**Titel 5.****Allgemeine Bestimmungen.**

§. 229.

Die Kreisgerichte können die Vernehmung einer Partei über Thatfachen, Eidesabnahmen, die Vernehmung von Auskunftspersonen und ähnliche einzelne processualische Handlungen, auf Antrag der Parteien oder von Amts wegen aus in der Sache liegenden Gründen einem Amtsgerichte ihres Kreises übertragen oder ein anderes Gericht wegen der Vernehmung requiriren.

§. 230.

Diejenigen Amts- und Stadtgerichte, welchen eine erhöhte Zuständigkeit ausnahmsweise beigelegt ist, verfahren in den sonst vor die Kreisgerichte gehörigen Sachen nicht nach den in diesem Theile gegebenen Vorschriften,

sondern nach den Bestimmungen über das Verfahren vor den Amts- und Stadtgerichten.

## §. 231.

Ueber die Verhandlungen der Kreisgerichte in öffentlicher Sitzung sowohl in erster als in zweiter Instanz hat der Secretair ein Sitzungsprotocoll aufzunehmen, nach den §. 169 gegebenen Vorschriften.

In den Erkenntnissen der Kreisgerichte sind die Namen der erkennenden Richter anzuführen und sie sind von diesen zu unterzeichnen. *§. 110. 171.*

## Vierter Theil.

**Gemeinschaftliche Bestimmungen über außerordentliche Arten des Verfahrens vor den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.**

**Titel 1.**

## Arrestproceß.

## §. 232.

Der Arrest auf Sachen oder deren Sequestration kann beantragt werden bei wahrscheinlich gemachter dringender Gefahr des Verlustes eines entweder bereits fälligen oder zu Forderung einer Caution berechtigenden Klageanspruchs, namentlich in folgenden Fällen, wenn:

- 1) der Schuldner sein Vermögen verschwendet oder auf verdächtige Weise veräußert, oder bei Seite schafft;
- 2) auf der Flucht oder der Flucht verdächtig ist oder im Begriff ist auszuwandern und kein im Herzogthume belegenes sicherstellendes unbewegliches Vermögen besitzt;
- 3) der Anspruch an einen Verstorbenen gegen dessen Erben geltend gemacht wird, die im Begriffe stehen, die Erbschaft zu theilen und unter verschiedene Gerichte zu bringen;

- 4) zu fürchten ist, daß ein streitiger Gegenstand (res litigiosa) von dem Inhaber wesentlich verändert, veräußert, zerstört oder aus dem Herzogthume gebracht werden möchte;
- 5) der Miether oder Pächter, ohne den Zins bezahlt zu haben, wegzieht, rücksichtlich der in dem gemiethten oder erpachteten Grundstücke befindlichen Sachen;
- 6) wenn Ansprüche gegen einen Ausländer (d. h. gegen eine Person, die nicht dem Landeseinwohner gleich gestellt ist), gegen welchen ein Gerichtsstand im Herzogthume begründet ist, gesichert werden sollen;
- 7) wenn Deutschen gegen Ausländer die Rechtspflege von dem zuständigen ausländischen Gerichte verweigert oder nicht gewährt wird.

## §. 233.

Personalarrest ist nur zulässig in den Fällen 1, 2, 6 und 7 des §. 232.

Er findet nicht statt gegen Personen, die nicht in Wechselarrest genommen werden können. *Nr. 13. §. 1. n. 30. Apr. 1865. §. 4.*

## §. 234.

Das Arrestgesuch kann als Nebenantrag in einem abhängigen Rechtsstreite oder als selbstständigen Antrag und in diesem Falle auch bei dem Gerichte angebracht werden, in welchem die Sache oder die Person betroffen wird.

Es ist anzubringen und zu behandeln wie eine Klage, und der Rechtsanspruch, auf welchen sich dasselbe bezieht, muß beschleunigt sein.

## §. 235.

Findet das Gericht das Gesuch unbegründet, so weist es dasselbe ohne weiteres Verfahren und ohne öffentliche Verhandlung durch einen Bescheid zurück.

Ist das Gesuch bei dem, nach dem Werthe des Gegenstandes zuständigen Gerichte angebracht, und findet das Gericht



dasselbe begründet, so verfügt es den Arrest auf Gefahr und Kosten des Klägers und setzt zugleich einen Gerichtstag, bei Realarrest nicht über 8 Tage, bei Personalarrest nicht über 24 Stunden hinaus, zur Rechtfertigung des Arrestes in öffentlicher und mündlicher Verhandlung durch einen den Parteien zu behandelnden Bescheid an.

Ist das nach dem Werthe des Gegenstandes vor ein Kreisgericht gehörige Gesuch bei einem Amts- oder Stadtgerichte angebracht, so hat dieses, falls es das Gesuch für begründet hält, den Arrest gleichfalls vorläufig auf Gefahr und Kosten des Klägers zu verfügen und die Acten sofort an das zuständige Kreisgericht einzusenden, dieses aber mit Ansetzung eines Gerichtstages nach den obigen Bestimmungen zu verfahren.

#### §. 236.

Am dem Gerichtstage, der nicht verlegt werden darf, erkennt das Gericht, nach Anhörung der Parteien, ohne weiteres Verfahren den Arrest entweder für gerechtfertigt oder hebt denselben auf und verurtheilt in diesem Falle den Kläger zugleich auf Antrag des Beklagten in Schaden und Kosten.

#### §. 237.

Das Erkenntniß ist sofort vollstreckbar.

#### §. 238.

Zur Vollstreckung des erkannten Realarrestes sind bewegliche Sachen, welche dem Verderben ausgesetzt sind oder unverhältnißmäßige Unterhaltungskosten machen, bei fehlender Vereinbarung, zu verkaufen und die Kaufgelber zu depouiren, andere Sachen, auch Schulb- oder andere Urkunden und Werthpapiere, sind in gerichtlichen Verwahrsam zu nehmen, zu versiegeln oder dem Gewahrsm eines Dritten anzuvertrauen, ausstehende Forderungen sind dadurch zu sichern, daß deren Innebehalten dem Schuldner bei Strafe doppelter Zahlung aufgegeben und dem Gläubiger deren Einziehung und Veräußerung bei Strafe der Nicht-

tigkeit und des Betruges untersagt, auch daß solches geschehen, öffentlich bekannt gemacht wird. Im letzten Falle sind zugleich auf den Antrag des Arrestklägers Maßregeln wegen Erhebung und Einzahlung solcher Forderungen ins gerichtliche Depostum anzuordnen und wenn die ausstehenden Forderungen aus eingetragenen Hypothekencapitalien bestehen, so ist der erforderliche Vermerk in das Hypothekenbuch einzutragen.

Bei unbeweglichen Sachen wird dem Beklagten deren Veräußerung untersagt, solches öffentlich bekannt gemacht und im Hypothekenbuche vermerkt, auch kann eine Sequestration angeordnet werden.

#### §. 239.

Personalarrest wird in der Wohnung des Beklagten durch Einsezung einer Wache, nöthigenfalls durch Abführung in ein Arrestlocal, auf Kosten des Klägers vollzogen.

#### §. 240.

Der angelegte Arrest hat die Wirkung, daß für den Hauptanspruch, falls dieser nicht bereits bei dem sonst zuständigen Gerichte anhängig ist, das Arrestgericht electiv zuständig wird.

#### §. 241.

Der Arrest wird aufgehoben

- 1) sobald der Beklagte wegen des Anspruchs, auf welchen er sich bezieht, Sicherheit leistet oder gegen Sicherheitsbestellung des Klägers zahlt;
- 2) wenn der Arrestkläger in der Hauptsache unterliegt;
- 3) wenn er einen bereits fälligen Anspruch nicht innerhalb 14 Tagen nach erkanntem Arreste klagebar macht, falls dies nicht schon früher geschehen;
- 4) der Personalarrest außerdem, wenn die Kosten desselben nicht vorgeschossen werden und spätestens nach Ablauf eines Arrestjahres.

Die Anwendung der Bestimmung unter Nr. 1 auf den Fall einer Sequestration bleibt dem richterlichen Ermessen überlassen.

## §. 242.

Bei Anträgen auf Inhibitionen anderer Art gelten die in diesem Titel enthaltenen Bestimmungen ebenfalls.

**Titel 2.****Executiv-Proceß.**

## §. 243.

Der Executiv-Proceß ist zulässig, wenn:

- 1) Geldforderungen aus einseitigen Rechtsgeschäften in Frage stehen, und
- 2) mit Ausnahme der Passiv-Legitimation alle Punkte des Klag-Anspruchs durch, der Klage beigelegte, den Beklagten verbindende öffentliche oder Privat-Urkunden nachgewiesen werden.

Der Kläger hat in diesem Falle zu beantragen, daß der Beklagte die Urkunden anerkenne, oder, falls Privat-Urkunden in Frage stehen, solche anerkenne oder eidlich ableugne, und daß ein Gerichtstag nicht über 14 Tage hinaus zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache angesetzt und der Beklagte bei Strafe der Anerkennung zu demselben vorgeladen werde.

## §. 244.

Der Beklagte wird nur mit solchen Einreden zugelassen, welche die Zuständigkeit des Gerichts oder die Zulässigkeit der beantragten Art des Verfahrens betreffen, oder gleichfalls durch den Kläger verbindende Privat-Urkunden oder öffentliche Urkunden nachgewiesen sind.

Dasselbe gilt von Replikten und Duplikten.

Eideszuschreibung ist als Beweismittel nicht zulässig. Editions-gesuche finden nicht statt.

## §. 245.

Leugnet der Beklagte die Passiv-Legitimation, so kann der Kläger dieselbe durch die gewöhnlichen Beweismittel berichtigen.

Der Proceß wird während der Dauer des hierdurch entstehenden Zwischenverfahrens sistirt.

## §. 246.

Die Parteien werden am Gerichtstage zuvörderst gegen einander gehört.

Erbietet sich der Beklagte zur eidlichen Ableugnung der Privat-urkunden, so steht dem Kläger frei, den Beweis der Richtigkeit durch die gewöhnlichen Beweismittel mit Ausschluß der Eideszuschreibung zu unternehmen.

Der Proceß wird für die Dauer dieses Zwischen-Verfahrens suspendirt.

Gelingt dem Kläger die Beweisführung nicht, so kann derselbe die Ableistung des Diffessionseides nicht mehr verlangen.

Zieht derselbe es vor, den Diffessionseid von dem Beklagten schwören zu lassen, so wird sofort zur Abnahme des Eides geschritten und das Gericht erkennt in der Sache selbst.

## §. 247.

Verweigert der Beklagte den Eid, so wird auf Grund der als anerkannt anzunehmenden Urkunden sofort erkannt, was Rechtens.

## §. 248.

Hinsichtlich der zulässigen Einreden findet ein gleiches Verfahren wie bei der Klage statt.

## §. 249.

Illiquide Einreden sind dem Beklagten nicht abzu-erkennen, sondern zum besondern Verfahren zu verweisen.

## §. 250.

Das Verfahren über die Replikten ist dem über die Einreden gleich.

Der Kläger kann auf Ansetzung eines anderen Gerichtstages, nicht über 14 Tage hinaus, antragen, zur Verhandlung der Replik oder zur eidlichen Abseignung der von dem Beklagten beigebrachten Urkunden.

Die Ansetzung des Gerichtstages erfolgt sofort durch einen Protocollarbescheid.

## §. 251.

Das Erkenntniß ist sogleich vollstreckbar.

## §. 252.

Der Beklagte, welcher es wahrscheinlich macht, daß ihm im Falle des Obfiegens bei etwa verfolgten Rechtsmitteln oder im Separatproceß die Vollstreckung werde gefährdet werden, kann verlangen, daß die Zahlung in das gerichtliche Deposikum genommen und dem Kläger nur gegen Sicherheitsleistung ausgeliefert werde.

Wird in Beziehung auf die Verfolgung zum Separatverfahren verwiesener Einreden die Deponirung der gezahlten Summe oder eines Theils vom Beklagten gefordert, so hat derselbe gleichzeitig den Grund seiner Ansprüche, wie bei Arrestanträgen, wahrscheinlich zu machen und binnen vier Wochen, von der Verkündigung des Erkenntnisses an, bei Verlust seiner Rechte auf das Deposikum oder die bestellte Sicherheit, das Proceßverfahren selbst einzuleiten.

Die Erkenntnisse über die oben erwähnten Anträge sind sofort vollstreckbar.

### Titel 3.

#### Wechsel-Proceß.

## §. 253.

Der Kläger muß mit der schriftlich einzureichenden oder zu Protocoll zu gebenden Klage den Wechsel und die etwa außerdem zur Geltendmachung seines Anspruchs

dienenden Urkunden wenigstens in Abschrift einreichen und um Einleitung des Wechselverfahrens bitten.

Alle zur Begründung der Klage erforderlichen Umstände mit Ausschluß der Passivlegitimation müssen durch öffentliche Urkunden oder den Beklagten verbindende Privaturkunden nachgewiesen werden.

## §. 254.

Das Gericht setzt einen Tag zur öffentlichen Verhandlung der Sache nicht über 8 Tage hinaus an, und ladet dazu den Beklagten unter Mittheilung der Klage bei Strafe des Anerkenntnisses des Wechsels und der sonstigen Urkunden vor.

## §. 255.

Der Beklagte hat im Termine die ihn verbindende Unterschrift anzuerkennen oder eidlich abzuleugnen. Zeugnet derselbe bei einer per procura geschehenen Unterschrift die Ertheilung der Procura, so kann der Kläger die Ausdehnung des Diffessionseides auf diesen Umstand fordern.

Bei Protesten, welche in Deutschland aufgenommen sind, und bei Urkunden (§. 253.), deren Aufnahme oder Beglaubigung in Deutschland durch einen Notar oder Gerichtsbeamten erfolgt, bedarf es einer weiteren Legalisation nicht.

Der Einwand der Fälschung bleibt vorbehalten, und ist in einem besonderen Verfahren auszuführen.

Die Quittungen über bezahlte Provision, Eresen, Kosten u. s. w. der Nachmänner haben die Vermuthung der Richtigkeit für sich und bedürfen keiner Recognition. Der Einwand der Fälschung oder des Betruges bleibt vorbehalten und ist, wenn er nicht sofort liquide gemacht wird, in einem besonderem Verfahren auszuführen.

## §. 256.

Zeugnet der Beklagte die Passivlegitimation, so kann der Kläger dieselbe durch die gewöhnlichen Beweismittel berichtigen.

Der Wechselproceß ruht während der Dauer dieses Zwischenverfahrens.

## §. 257.

Erbietet sich der Beklagte zum Diffessionseide, so kann der Kläger den Beweis der Aechtheit und, bei einer Unterschrift per procura, den Beweis der Procuraertheilung durch die gewöhnlichen Beweismittel, mit Ausschluß der Eideszuschiebung, unternehmen.

Der Wechselproceß ruht während der Dauer dieses Zwischenverfahrens.

Nach dem Mißlingen des unternommenen Beweises darf der Kläger den Diffessionseid nicht mehr fordern.

Will der Beklagte die Procuraertheilung eidlích diffistiren, oder wird die Ueberschreitung der Befugnisse behauptet (Art. 95 der Wechselordnung), so hat der Kläger das Recht, den Procuristen, Vormund oder sonstigen Vertreter des Beklagten zu einem anderweiten Termine ad citiren zu lassen. Wenn in diesem Termine der Adcitat

1) nicht erscheint, oder

2) nicht erklärt, daß er den Kläger wechselseitig befriedigen wolle,

so hat der Kläger den Proceß gegen den Beklagten nach seinem Ermessen zur gerichtlichen Entscheidung zu bringen.

Wird der Kläger aus einem der angeführten Gründe abgewiesen (Art. 95 der Wechselordnung), so kann er bei demselben Gerichte den Wechselproceß gegen den Adcitaten fortsetzen, und es ist dieser, wenn die Aechtheit seiner Unterschrift feststeht, wechselseitig auch in die Kosten des ersten Proceßes zu verurtheilen.

So lange der erste Proceß schwebt, hat der Adcitat das Recht, nach vollständiger Befriedigung des Klägers, denselben auf seine Gefahr fortzusetzen.

## §. 258.

Im Wechselverfahren werden nur solche Einreden berücksichtigt, welche, insofern den Beklagten die Beweislast

trifft, durch öffentliche oder den Kläger verbindende Privaturkunden erweislich sind.

Dilatorische Einreden sind nur zulässig, sofern sie den Mangel einer Voraussetzung der Rechtsbeständigkeit des Verfahrens betreffen.

Editionsgesuche sind überhaupt unstatthaft. Bei Widerklagen findet gleichzeitiges Verfahren mit der Vorklage nicht statt, doch können sie zur Begründung des Forums bei dem Gerichte der Vorklage in einem gesonderten Proceße angebracht werden.

## §. 259.

Illiquide peremptorische Einreden sind dem Beklagten nicht abzuerkennen, sondern zum besonderen Verfahren zu verweisen.

## §. 260.

Der Kläger kann zu Verhandlung seiner Replik, sowie zur Anerkennung oder eidlíchen Ablehnung der von dem Beklagten vorgelegten Urkunden die Ansetzung eines anderen, jedoch ohne des Klägers Zustimmung nicht über drei Tage hinauszurückenden Termins beantragen. Die Ansetzung dieses Termins soll bei collegialisch besetzten Gerichten sofort durch einen Protocollarbescheid geschehen.

Illiquide und nicht im Sinne des §. 258 sofort erweisliche Replikten sind im Wechselproceße nicht zu berücksichtigen, vielmehr für ein besonderes Verfahren vorzubehalten.

## §. 261.

Das Erkenntniß wird sofort eröffnet.

Wird der Beklagte verurtheilt, so ist demselben zugleich die binnen 24 Stunden bei Vermeidung der wechselseitigen oder gleichzeitig in das Vermögen des Schuldners zu vollstreckenden Execution zu beschaffende Befriedigung des Klägers wegen seiner Haupt- und Nebenforderungen, imgleichen der Kosten, aufzugeben.

## §. 262.

Das Erkenntniß ist sofort vollstreckbar.

## §. 263.

Gegen die Erkenntnisse finden die überhaupt zulässigen Rechtsmittel statt, jedoch ohne Suspensiveffect.

Die Einlegung muß binnen drei Tagen erfolgen.

Die Frist zur Einreichung der Beschwerdeschrift beträgt drei Tage.

Die Gerichte in der Instanz der Rechtsmittel haben einen Termin zur mündlichen Verhandlung, nicht über 8 Tage hinaus, anzusetzen, alle Verfügungen und Erkenntnisse jedesmal binnen 8 Tagen abzugeben und die letzteren in öffentlicher Sitzung zu verkünden.

## §. 264.

Die Bestimmungen des §. 252 gelten auch für den Wechselproceß.

## §. 265.

Der Kläger hat neben dem Antrage auf Vollziehung des Personalarrestes die Abzugskosten für die erste Woche mit 6 Ggr. für den Tag einzuzahlen und die ferneren Abzugskosten von Woche zu Woche zum Voraus zu entrichten. Unterbleibt die Vorausentrichtung, so wird der bereits verhaftete Schuldner entlassen und kann wegen derselben Schuld nicht wieder verhaftet werden.

## §. 266.

Der Wechselarrest kann, außer den im §. 2 der Wechselordnung genannten Ausnahmen, nicht nachgesucht werden:

- 1) gegen den Ehegatten;
- 2) gegen Verwandte und Verschwägerter in gerader Linie und im ersten Grade der Seitenlinie;
- 3) gegen beide Ehegatten zugleich;
- 4) gegen eine Person, die älter ist als 70 Jahre;
- 5) gegen einen Schuldner, der seine Insolvenz gerichtlich erklärt hat.

## §. 267.

Der verhaftete Schuldner wird entlassen:

- 1) wenn der Gläubiger wegen seiner Hauptforderung sammt Nebenforderungen und Kosten befriedigt oder dafür, daß die Kosten binnen 4 Wochen gezahlt werden, Sicherheit gestellt wird;
- 2) wenn er das siebenzigste Lebensjahr zurückgelegt;
- 3) wenn er gerichtlich seine Insolvenz erklärt hat;
- 4) wenn und solange der Staat seine Militairdienste in Anspruch nimmt;
- 5) nach einjähriger Haft, wenn die Hauptforderung des Gläubigers 100 Rthlr. nicht übersteigt, nach zweijähriger Haft, wenn dieselbe zwischen 100 Rthlr. und 500 Rthlr. beträgt, und jedenfalls nach 3 Jahren;
- 6) in dem §. 265 erwähnten Falle.)

## Titel 4.

## Provocations-Proceß.

## §. 268.

Die Aufforderung zur Klagerhebung gegen einen bestimmten Gegner ist nur zulässig, wenn:

- 1) derselbe sich eines klagbaren und fälligen Anspruchs an den Provocanten berühmt, den dieser nicht anerkennt,
  - 2) gegen denselben dem Provocanten Einreden zustehen, deren Verlust oder Gefährdung bei längerer Verzögerung der Anstellung der Klage zu befürchten ist.
- Die Provocation ist unzulässig, wenn dem Provocanten eine Klage zusteht.

Sie ist nicht statthaft wegen des zu befürchtenden Verlustes von Beweismitteln.

## §. 269.

Der Provocant hat seinen Antrag anzubringen wie eine Klage und dahin zu richten, daß das Gericht dem

Provocatoren eine Frist zur Anstellung der Klage setze, unter den Rechtsnachteilen, daß im Falle 1 §. 268 das Klagerecht als erloschen angenommen werde, im Falle 2 die Einrede des Provocatoren aufrecht erhalten bleibe.

## §. 270.

Das Gericht setzt unter Mittheilung der Provocation an den Gegner einen Termin zur mündlichen Verhandlung, nicht über 14 Tage hinaus, an.

## §. 271.

Findet das Gericht die Provocation unbegründet, so verwirft es dieselbe durch ein beider Theilen zu eröffnendes Erkenntniß.

Ist sie begründet, so giebt es dem Provocatoren durch ein beider Theilen zu eröffnendes Erkenntniß die Anstellung der Klage binnen einer Frist von nicht über 8 Wochen bei den beantragten Rechtsnachteilen auf.

## §. 272.

Wer einen Bau beabsichtigt, hat das Recht, diejenigen bestimmten Personen, gegen deren etwaige privatrechtliche An- oder Widersprüche er sich sichern will, unter Vorlegung eines Risses, durch das Gericht der belegenden Sache auffordern zu lassen, binnen einer durch das Gericht zu bestimmenden Frist ihre Widersprüche gegen den Bau oder die Art desselben geltend zu machen oder zu gewärtigen, daß sie ihrer Widerspruchsrechte verlustig erklärt und die Ausführung des Baues nach dem Risse werde ausgeführt werden.

## §. 273.

Auf das Verfahren finden die obigen Vorschriften gleichfalls Anwendung.

**Titel 5.****Edictal-Proceß.**

## §. 274.

Die öffentliche Vorladung des Beklagten ist zulässig:

- 1) wenn ein Ehegatte wegen bösslicher Verlassung klagt, und zwar unter dem Rechtsnachtheile, daß wenn der Beklagte nicht erscheint, die Ehe geschieden wird;
- 2) wenn ein Abwesender für todt erklärt werden soll, unter dem Rechtsnachtheile, daß bei dem Ausbleiben des Beklagten die Todeserklärung erfolgt und sein Vermögen als Erbschaft behandelt wird;
- 3) wenn der Aufenthaltsort eines Proceßgegners unbekannt ist, unter dem Rechtsnachtheile, daß nach dem Ablaufe einer zu bestimmenden Frist die Insinuation als geschehen angenommen und die künftige abzugebenden gerichtlichen Verfügungen nur an der Gerichtsstelle angeheftet werden sollen.

## §. 275.

Eine öffentliche gerichtliche Aufforderung der Betheiligten kann in den nachstehenden Fällen unter den festgesetzten Rechtsnachteilen beantragt werden:

- 1) von dem Veräußerer oder Erwerber unbeweglicher Sachen hinsichtlich Aller, welche daran ein Eigenthum oder dingliche Rechte zu haben vermeinen, unter dem Rechtsnachtheile, daß für die sich Nichtmelgenden ihr Recht gegen den neuen Erwerber verloren gehe; die Rechtsverhältnisse des Veräußerers zu den Berechtigten werden hierdurch nicht verändert;
- 2) von dem Berechtigten, bei Verlassenschaften, für welche sich kein Erbe findet, hinsichtlich der Erbberechtigten unter dem Rechtsnachtheile, daß der Nachlaß, wenn sich kein Erbe findet, für erbloses Gut erklärt, bei erfolglicher Anmeldung aber den sich Legitimirenden ausantwortet werde, daß der nach dem Ausschlusse sich Melgende und Legitimirende alle bis dahin über den Nachlaß getroffenen Verfügungen anzuerkennen schuldig, auch weder Rechnungsablage, noch Ersatz der erhobenen Nutzungen zu for-



## §. 282.

Rechtsmittel gegen ein solches Erkenntniß sind unstatthaft.

## Titel 6.

## Herausgabe von Urkunden.

## §. 283.

Das Gesuch um Herausgabe einer Urkunde zu dem Zwecke, sie, unbeschadet des Eigenthums, als Beweismittel zu benutzen, muß enthalten:

- 1) entweder eine Abschrift oder eine möglichst genaue Bezeichnung derselben;
- 2) die Behauptung, daß derjenige, gegen welchen der Antrag gerichtet ist, solche besitze;
- 3) die Angabe der Gründe, aus denen die Verbindlichkeit zur Herausgabe abgeleitet wird;
- 4) die Darlegung eines rechtlichen Interesses bei der Herausgabe.

## §. 284.

Das Gesuch kann als Zwischenverhandlung in einem Rechtsstreite oder gegen einen Dritten angebracht werden.

In beiden Fällen ist ein besonderes Verfahren anzuordnen und im ersten Falle ruht der Hauptproceß während der Dauer der Zwischenverhandlung.

## §. 285.

Der Antrag kann

- 1) gegen Jedermann gerichtet werden, wenn der Antragsteller Eigenthümer oder Miteigenthümer der Urkunde ist, oder wenn dieselbe zu dem Zwecke gefertigt worden, um als Beweismittel unter den Betheiligten über ihre Rechtsverhältnisse zu dienen, und der Antragsteller einer dieser Betheiligten ist, oder wenn die Urkunde ein Theil der auf dieses

Verhältniß sich beziehenden Privatcorrespondenz zwischen dem Antragsteller und dem Andern ist;

- 2) außerdem kann jede Partei von der Gegenpartei verlangen:

- a. deren Manualacten zur Ergänzung oder Herstellung der gerichtlichen Acten;
- b. alle Urkunden, welche gebraucht werden sollen, um sich gegen selbstständige Angriffe oder Behauptungen der Gegenpartei zu vertheidigen;
- c. die Vorlegung von Geschäfts- und Handelsbüchern, wenn Forderungen streitig sind, auf welche sich diese Bücher beziehen.

## §. 286.

Das Gericht setzt einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung, nicht über 14 Tage hinaus, an.

An diesem hört es die Parteien gegen einander und giebt sofort ein Erkenntniß ab.

Ist das Gesuch begründet und leugnet der Beklagte den Besitz der Urkunde, so ist er zu deren Herausgabe zu verurtheilen, insofern er nicht eidlich erhärtet: daß er solche nicht besitze, dieselbe nicht in bösslicher Weise abhanden gebracht habe, auch nicht wisse, wo sich dieselbe befinde, und zugleich ein Tag zur Ableistung dieses Eides, nicht über 8 Tage hinaus, anzusetzen.

## §. 287.

Wird dieser Eid geschworen, so wird der Antragsteller abgewiesen. Wird er nicht geleistet, so wird ein Dritter in den durch den Mangel der Urkunden entstehenden Schaden verurtheilt, gegen den Proceßgegner aber der angegebene Inhalt der Urkunde als erwiesen angenommen.



**Titel 7.****Beweisaufnahme zum ewigen Gedächtnisse.**

## §. 288.

Der Antrag auf Aufnahme eines Beweises zum ewigen Gedächtnisse ist in den gesetzlich zulässigen Fällen bei dem nach Maßgabe des Streitgegenstandes zuständigen Gerichte anzubringen und zu behandeln wie eine Klage.

## §. 289.

Der Beweisführer hat in seinem Antrage, neben dessen Begründung und neben Benennung der Zeugen, diejenigen unmittelbar oder mittelbar auf den Beweisfall gerichteten Thatumstände, über welche die Zeugen zu vernehmen sind, kurz, bestimmt und deutlich anzugeben.

## §. 290.

Hält das Gericht den Antrag für unbegründet, so weist es denselben ohne weiteres Verfahren und ohne öffentliche mündliche Verhandlung durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid zurück; andern Falls erläßt es einen, den Parteien zu behändigenden Bescheid, in welchem es einen Termin zur Beweisaufnahme, nicht über 14 Tage hinaus, setzt und zu demselben die Parteien, den Producten unter der Verwarnung, daß im Falle seines Ausbleibens mit der Vernehmung der Zeugen verfahren werde, vorladet.

Ist der Antrag bei einem Kreisgerichte angebracht, so erneunt dasselbe zum Zwecke der Beweisaufnahme in dem eben erwähnten Bescheide gleichzeitig einen Instructionsrichter.

## §. 291.

Dem Producten steht es frei, vor oder in dem Beweisaufnahme-Termine seine Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Antrages, imgleichen die Punkte, auf welche

er seinerseits die Vernehmung der Zeugen erstreckt wissen will, bei dem Gerichte schriftlich einzubringen.

Werden Einreden gegen die Zulässigkeit der Beweisaufnahme vorgebracht, so erfolgt zwar die Vernehmung der Zeugen demungeachtet; das Gericht hat indeß unter Mittheilung derselben an den Beweisführer spätestens 8 Tage nach dem Beweisaufnahmetermine durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung nicht über 14 Tage hinaus anzusetzen und nach Anhörung der Parteien über die Einreden des Producten sofort zu erkennen.

## §. 292.

Die Gegenwart der Parteien oder deren Bevollmächtigten in dem Beweisaufnahmetermine ist nur bei der Beidigung der Zeugen zulässig.

## §. 293.

Die Beidigung der Zeugen erfolgt vor deren Vernehmung nach folgender Formel: *§. 79*

„Ich schwöre, daß ich in der Sache N. N. gegen N. N. nach meinem besten Wissen und Gewissen die reine Wahrheit aussagen und nichts verschweigen will, was zur Aufklärung der Sache gehört und mir bekannt ist, so wahr mir Gott helfe!“

## §. 294.

Der die Beweisaufnahme leitende Richter hat unzulässige Fragen der Parteien zu verwerfen, und ist berechtigt, den Zeugen auch über solche Punkte, deren Aufklärung er selbst für notwendig hält, Fragen vorzulegen.

Die Abweisung unzulässiger Fragen erfolgt durch einen im Beweisaufnahmetermine vor der Vernehmung der Zeugen abzugebenden Bescheid.

## §. 295.

Muß zum Zwecke der Vernehmung der vorgeschlagenen Zeugen ein anderes Gericht requirirt werden, so ist unter Mittheilung des Antrages des Beweisführers dem

Producten durch einen Bescheid die Auflage zu stellen, binnen 8 Tagen, bei Strafe des Ausschlusses, seine etwaigen Einwendungen gegen die Zulässigkeit des Antrags, so wie diejenigen Punkte, auf welche er die Vernehmung der Zeugen erstreckt zu sehen wünscht, schriftlich einzubringen.

Nach Eingang der Beweisfragen des Producten oder nach Eingang eines Contumacialantrages des Beweisführers ist das auswärtige Gericht spätestens binnen 8 Tagen zu requiriren, gleichzeitig aber sind durch einen den Parteien zu behändigenden Bescheid diese von der erfolgten Requisition in Kenntniß zu setzen und etwa unzulässige Fragen zurückzuweisen.

Die Entscheidung über Einreden, welche die Zulässigkeit des Antrags selbst betreffen, hindert auch in diesem Falle die Beweisaufnahme nicht.

§. 296.

Das über die Vernehmung der Zeugen aufgenommene Protocol wird verschlossen zu den Acten genommen. Es verliert seinen Glauben, wenn der Beweisführer als Kläger würde auftreten müssen und nicht binnen einem Jahre von dem Zeitpunkte an, wo die Klage angestellt werden konnte, klagbar wird.

§. 297.

Gegen die in diesem Verfahren erfolgenden Erkenntnisse und Bescheide finden die überhaupt zulässigen Rechtsmittel, jedoch ohne Suspensiveffect in Bezug auf die Beweisaufnahme selbst, statt.

§. 298.

Liegt Gefahr im Verzuge, so kann der Beweisaufnahmetermin bis auf 3 Tage verengt werden.

## **Titel 8.**

### **Manifestationseid.**

§. 299.

Der Antrag auf Ableistung eines Manifestationseides

*in Rathsform*

ist anzubringen wie eine Klage. Das rechtliche Interesse des Antragstellers muß dargelegt sein. §. 316.

§. 300.

Das Gericht setzt einen Tag zur mündlichen und öffentlichen Verhandlung der Sache an und schreitet falls der Gegner dazu bereitet ist, zur Abnahme des Eides. Andernfalls hört es die Parteien gegen einander und erkennt durch ein sofort zu verkündigendes Erkenntniß was Rechtens.

§. 301.

Wird auf Ableistung des Eides erkannt, so ist dazu ein anderer Tag nicht über 8 Tage hinaus anzusetzen und den Parteien sofort bekannt zu machen.

§. 302.

Der Eid wird, nachdem über das etwa vorhandene Vermögen ein Güterverzeichnis aufgestellt oder vorgelegt ist, dahin geschworen:

daß der Schwörende Alles getreulich und vollständig angegeben und wesentlich nichts verheimlicht habe, auch das, was er als zur Vermögensmasse gehörig künftig noch entdecken werde, angeben wolle.

§. 303.

Handelt es sich um die Herausgabe einer speciellen Sache, so ist der Manifestationseid von dem Gerichte den Verhältnissen entsprechend festzustellen.

## **Titel 9.**

### **Concursverfahren.**

§. 304.

Gegenstand des Concursverfahrens ist die ordnungsmäßige Vertheilung eines unzureichenden Vermögens unter mehrer Gläubiger.

§. 305.

Der Concurs erstreckt sich, mit Ausnahme der Fälle,

wo die Befehle eine abgesonderte Befriedigung aus einem erbshafterlichen oder sonstigen Vermögenscomplexe gestatten, auf das gesammte Vermögen des Gemeinschuldners.

Entsteht über das Vermögen oder die Erbschaft einer Person hier und im Auslande Conkurs, so ist, insofern nicht Staatsverträge ein anderes bestimmen, über diese Vermögensmassen auf Antrag der theilhaftigen Gläubiger ein Particular-Conkurs zu eröffnen. Nur der nach dessen Beendigung sich ergebende Ueberschuß wird dem ausländischen Gerichte ausgeliefert.

## §. 306.

Entsteht auf Antrag der Hypothekgläubiger ein besonderer Conkurs über ein Grundstück, weil die Liquidität und Priorität der angemeldeten Forderungen streitig ist, so kommen die nachfolgenden Bestimmungen, soweit erforderlich, gleichfalls zur Anwendung.

## §. 307.

Das Conkursverfahren wird eingeleitet:

- 1) wenn der Schuldner selbst die Unzulänglichkeit seines Vermögens dem Gerichte anzeigt;
- 2) wenn das Gericht von der Unzulänglichkeit einer Erbschaft, zu welcher kein Erbe sich findet, oder des Vermögens einer Person, die ohne Zurücklassung eines Bevollmächtigten sich entfernt hat, amtliche Kenntniß erhält;
- 3) bei Erbschaften, welche mit der Rechtswohlthat des Inventars angetreten sind, auf den Antrag eines Gläubigers, welcher die Unzulänglichkeit der Erbschaft wahrscheinlich macht;
- 4) wenn das Gericht unmittelbar oder durch ein anderes Gericht Wissenschaft erhält, daß bei einem gegen den Schuldner eingeleiteten Vollstreckungsverfahren eine Unzulänglichkeit des Vermögens sich gezeigt hat;
- 5) wenn ein oder mehrere Gläubiger unter Vorsehung ihrer Forderung und solcher Thatumstände,

welche eine Vermögenszulänglichkeit ihres Schuldners wahrscheinlich machen, auf Conkursöffnung antragen.

Macht nur ein Gläubiger diesen Antrag, so muß er das Vorhandensein mindestens noch eines Gläubigers wahrscheinlich machen.

## §. 308.

In dem Falle §. 307 Nr. 1 giebt das Gericht nach vorgängiger Sachuntersuchung, in dem Falle §. 307 Nr. 2 dagegen sofort das Conkursöffnungs-Erkenntniß ab.

In den Fällen §. 307 Nr. 3, 4 und 5 hört es an einem nicht über 14 Tage hinauszulegenden Gerichtstage die Theilhaftigen gegen einander und laßt zu diesem Tage den Schuldner vor unter dem Rechtsnachtheile, daß die Conkursöffnung erfolgen werde, falls er nicht die Zulänglichkeit seiner eigenen, resp. der erbshafterlichen Zahlungsmittel, unter Vorlegung eines glaubhaften Vermögensverzeichnisses nachweise.

Das Gericht spricht darauf durch ein Erkenntniß die Conkursöffnung aus, oder läßt sie nicht zu.

## §. 309.

Trägt der Schuldner bei Anzeige seines Vermögensverfalls zugleich auf Zusammenberufung seiner Gläubiger zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlaßvertrages an, so hat er ein Güterverzeichnis einzureichen und sich zum Manifestationseide zu erbiethen.

Das Gericht hat hiernach die §. 310 zugelassenen provisorischen Maßregeln zu ergreifen und die sämmtlichen Gläubiger öffentlich vorzuladen, mit der erforderlichen Eröffnung wegen der beantragten gütlichen Vereinbarung, unter dem Rechtsnachtheile, daß

- 1) wenn am Anmeldestage durch die Mehrheit der Erschienenen eine gütliche Vereinbarung erreicht werde, die ausbleibenden einfachen chirographarischen Gläubiger als derselben zustimmend angenommen,

- 2) daß, wenn solche nicht erreicht werde, der Concurseröffnet und alle Nichterschienenen von der Concursmasse ausgeschlossen werden sollen.

Ein Zwang der Minderheit der nicht privilegierten Gläubiger durch die Mehrheit, sowohl zu Stundungs- als zu Nachlaßverträgen findet statt, wenn mehr als die Hälfte der einzelnen Beteiligten, nicht Privilegierten, ohne Rücksicht auf den Betrag ihrer Forderungen zustimmen oder als zustimmend anzunehmen sind, und der Betrag der Forderungen der Zustimmenden zum mindesten zwei Drittheile der ganzen in Betracht kommenden Schuldenmasse ausmacht.

## §. 310.

Ist bei der Einleitung eines Concurverfahrens eine Gefährdung der Gläubiger zu besorgen, so hat das Gericht schon vor Abgabe des Concurseröffnungs-Erkenntnisses dem Schuldner das Verfügungsrecht über sein Vermögen einstweilen durch einen Bescheid zu entziehen, Sicherheitsmaßregeln anzuordnen, Vollstreckungen nöthigenfalls zu sistiren und einen einstweiligen Güterpfleger zu bestellen.

## §. 311.

Mit Verkündigung des Concurseröffnungs-Erkenntnisses verliert der Gemeinschuldner definitiv das Verfügungsrecht über sein Vermögen.

Das Erkenntniß ist durch Anschlag und durch ein oder mehrere öffentliche Blätter bekannt zu machen.

Rechtsmittel gegen dasselbe haben keine Suspensivkraft.

## §. 312.

Bei Eröffnung des Concurses ordnet das Gericht jedenfalls die erforderlichen Sicherungsmaßregeln an (§. 310).

In Bezug auf bereits verfügte Vollstreckungen gelten die in §. 398 gegebenen Vorschriften.

## §. 313.

Bei den Kreisgerichten soll in den wichtigeren Concursen folgendes Verfahren stattfinden:

## §. 314.

In dem Concurseröffnungs-Erkenntnisse so wie bei einem Antrage auf Zusammenberufung der Gläubiger zum Versuche der Erreichung eines Stundungs- oder Nachlaßvertrages ernannt das Gericht einen seiner Mitglieder zum Commissarius für den Concur.

Dessen Thätigkeit erstreckt sich sowohl auf die Regulirung der Activ- als der Passivmasse.

Dessen Verfügungen haben die Natur der Bescheide. Derselbe hat

- 1) die Versiegelung und Aufnahme eines Güterverzeichnisses anzuordnen;
- 2) den Umständen nach durch einen zu bestellenden Aufseher oder einen oder mehrere Güterpfleger, wenn thunlich aus der Zahl der Gläubiger, die Concursmasse verwalten und sammeln zu lassen;
- 3) die Mobilien baldthunlichst versteigern zu lassen und die Subhastation der unbeweglichen Güter zu verfügen;
- 4) eine Edictalladung, sofern diese nicht bereits erfolgt ist, an sämtliche Gläubiger zu erlassen, andernfalls diese zu dem zur mündlichen Verhandlung der Sache anzusehenden Tage öffentlich vorzuladen (§. 317).
- 5) einen Concursanwalt aus der Zahl der Anwälte des Kreises zu bestellen.

In dem Falle Nr. 4 sind die im Hypothekenbuche verzeichneten Berechtigten besonders vorzuladen.

## §. 315.

Als Güterpfleger ist ein geschäftskundiger Mann zu bestellen. Bei kleineren Gütermassen kann dem Concursanwalte die Güterpflege übertragen werden. Jedemfalls

ist demselben die Führung der zur Vervollständigung der Masse anzustellenden Proceße zu übertragen.

Bei größeren Gütermassen wird zugleich ein Gläubiger-Ausschuß von drei, womöglich am Orte des Concursgerichts wohnenden Mitgläubigern bestellt, mit welchen der Güterpfleger sich zu berathen hat und an deren Zustimmung er bei wichtigen Verwaltungsmaßregeln sowie der Concursanwaltschaft bei Anstellung von Proceßen gebunden ist.

Die Gläubiger haben in dem Anmelbungsstermine den Gläubigerauschuß sowie den oder die Güterpfleger zu wählen. Können sie sich in der letzten Beziehung in der Mehrheit nicht einig, so ist der provisorisch angestellte als gewählt anzusehen.

### §. 316.

Die hauptsächlichste Sorge der Massenverwaltung muß die sein, neben deren vollständiger Herbeischaffung, solche thunlichst bald und gut zu versilbern.

Sowohl die Güterpfleger als jeder einzelne Gläubiger können die Ableistung des Manifestationseides beantragen.

### §. 317.

In der an sämtliche Gläubiger zu erlassenden Edictalladung (§. 278)

- 1) bestimmt der Commissar einen Tag, bis zu welchem die Gläubiger ihre Ansprüche schriftlich anzubringen oder an welchem sie solche zu Protocoll anzumelden haben; Versäumnis hat den Nachtheil des Ausschlusses von der Masse zur Folge;
- 2) setzt er zugleich einen zweiten Tag vier Wochen nach dem ersten zur weiteren Verhandlung der Sache an;
- 3) eröffnet er den Gläubigern die Art der angeordneten Güterverwaltung und forbert sie auf, sich bei Einreichung ihrer Liquidationen zugleich über

selbige zu erklären, widrigenfalls ihre Zustimmung zu dem Beschlusse der Erschienenen angenommen werden sollte;

- 4) macht er ihnen bekannt, wer zum Concursanwalt bestellt worden, und
- 5) benachrichtigt er sie, wenn dies sich oder so weit es sich übersehen läßt, wie groß die Vermögensmasse sei und wie weit dieselbe zur Deckung bereits bekannter und liquider Ansprüche an den Gemeinschuldner wahrscheinlich ausreichen werde.

### §. 318.

Bei Forderungen unter 50 Rthlr. bedarf die Partei, auch wenn der Concurs vor einem Kreisgerichte anhängig ist, zur Vertretung vor demselben keines Anwalts. Parteien, welche nicht am Orte des Concursgerichts wohnen, haben jedoch in allen Fällen einen daselbst wohnhaften Bevollmächtigten zu bestellen.

### §. 319.

Die einzureichenden Anmeldungen haben die Erfordernisse einer Klage. Alle zum Beweise der Liquidität und Priorität der gemachten Ansprüche zu gebrauchenden Mittel sind denselben beizufügen oder anzugeben. *A. 6.*

### §. 320.

Die Anmeldungen werden dem Concursanwalte sofort mitgetheilt und er hat sie nach der Reihenfolge, in welcher sie eingegangen, schriftlich spätestens 8 Tage vor dem zweiten Gerichtstage zu beantworten.

Hierbei hat er den Gemeinschuldner zuzuziehen.

### §. 321.

An dem Gerichtstage läßt der Commissar die einzelnen Anmeldungen, soweit dies noch erforderlich ist, namentlich durch Berichtigung der Legitimationen, Angabe von Beweismitteln u. s. w. vervollständigen und versucht sodann unter Darlegung der Lage der Sache und Erörterung der Liquiditäts- und Prioritätsgründe eine gütliche

Vereinbarung sämmtlicher Interessenten über Liquidität und Priorität aller Ansprüche und die sonst zu ergreifenden Maßregeln herbeizuführen.

Ist eine gütliche Vereinbarung nicht zu erreichen, so werden die Parteien durch eine öffentliche Bekanntmachung zu einer öffentlichen nicht über vier Wochen hinauszuhenden Sitzung vorgeladen. In dieser macht der Commissar Vortrag über die Sache, die erschienenen Gläubiger werden gegen einander gehört und das Gericht giebt entweder sofort oder an einem, nicht über 14 Tage hinauszuwendenden, den Parteien sogleich bekannt zu machenden Tage das Erkenntniß ab.

## §. 322.

In dem Erkenntniß wird der Ausschluß der nicht angemeldeten Ansprüche ausgesprochen und über die Zulässigkeit der Forderungen, deren Liquidität und die erforderlichen Beweise erkannt, und zugleich die Priorität der Ansprüche festgestellt.

Ist gewiß oder wahrscheinlich, daß angemeldete Forderungen aus der vorhandenen Masse nicht befriedigt werden können, so wird das Verfahren über dieselben einweisen ausgesetzt.

## §. 323.

Das in Folge des Prioritätserkenntnisses erforderliche Beweisverfahren leitet der Commissar, und nach dessen Beendigung erkennt in den einzelnen Sachen nach vorgängiger öffentlicher und mündlicher Verhandlung das Gericht.

## §. 324.

In den bei den Amts- und Stadtgerichten anhängigen Concursen, sowie in den unwichtigeren und einfacheren vor die Kreisgerichte gehörenden Concursen ist kein Concursanwalt, sondern nur ein geschäftsführender Mann als Güterpfleger zu bestellen, der Gemeinschuldner selbst über die erfolgten Anmeldungen zu Protocollo zu hören und die

Verwaltung, Versilberung und Vertheilung der Masse dem Güterpfleger zu übertragen.

## §. 325.

Gegen die im Concursverfahren erlassenen Erkenntnisse haben die überhaupt zulässigen Rechtsmittel statt.

## §. 326.

Der Concursanwalt hat nur Rechtsmittel hinsichtlich der Verität und Liquidität der Ansprüche, die Gläubiger wegen dieser und wegen der Priorität.

## §. 327.

Die Wirkung der in zweiter Instanz über die Priorität ergangenen Erkenntnisse erstreckt sich nur auf die daselbst in Streit befangenen Parteien.

## §. 328.

Alle Einlegungen gegen Prioritätserkenntnisse sind direct und speciell gegen die Gläubiger zu richten, rüchlich welcher das Prioritätserkenntniß angefochten werden soll.

Wird gegen ein Prioritätserkenntniß eingelegt, so hat der Concurscommissar die bei dieser Einlegung theilhaftigen Gläubiger zu einem, nicht über 14 Tage hinauszuhenden Termine vorzuladen, der Einlegende aber in diesem Termine spätestens die Einführung seiner Beschwerde schriftlich zu überreichen.

Für die Gläubiger, gegen welche die Einlegung gerichtet ist, läuft die Einlegungsfrist andern Gläubigern gegenüber von dem eben gedachten Termine an.

Gehen nach diesen Termine weitere Einlegungen ein, so wird abermals, wie oben bemerkt, verfahren, so daß die Acten erst nach dem einen oder dem andern Termine an das Obergericht eingesandt werden.

## §. 329.

Aus der vorhandenen Masse ist vorläufig denjenigen Gläubigern, deren Forderungen liquide und hinsichtlich der Erstigkeit unbestritten sind, falls sie gewiß zur Zahlung



und ohne öffentliche und mündliche Verhandlung durch einen Bescheid abweist.

Andernfalls ernennt der Präsident resp. Vicepräsident einen Referenten und setzt einen Tag zur öffentlichen und mündlichen Verhandlung der Sache, sowie zur Eröffnung des Erkenntnisses, nicht über 4 Wochen hinaus an. *S. 129 S. 207. S. 398.* §. 339.

Am dem Gerichtstage werden die Parteien gegen einander gehört und das Gericht läßt ihnen nach vorhergehender geheimer Berathung und Beschlußfassung das Erkenntniß eröffnen und verordnet zugleich die Rücksendung der Acten. *S. 112. S. 228. S. 181.*

Der Referent hat die Vorträge der Parteien bei der öffentlichen Verhandlung zu überwachen und Unrichtigkeiten in denselben einzubessern. *S. 184.*

§. 340.

Der Appellat kann auf die Verlegung seines Vortrages in eine andere nicht über 14 Tage hinaus zu setzende Sitzung antragen.

Hält jedoch das Gericht die Beschwerden des Appellanten für nicht begründet, so kann dasselbe diese Verlegung versagen und sofort das Erkenntniß abgeben.

§. 341.

In Schwierigen und besonders verwickelten Sachen ist das Gericht befugt, die Abgabe des Erkenntnisses bis zu einer der nächsten Sitzungen hinauszusetzen und von den Parteien die schriftliche Einreichung ihrer Vorträge zu fordern.

### **Titel 3.**

Verfahren bei Berufungen gegen Erkenntnisse des Obergerichts.

§. 342.

Das Rechtsmittel der Berufung hat gegen Erkennt-

nisse des Obergerichtes nur in den Sachen statt, in welchen ein Senat desselben in erster Instanz erkannt hat, also:

- 1) gegen Erkenntnisse über Syndikatsklagen (§. 41.),
  - 2) über Nichtigkeitsklagen (§. 42.),
- welche bei dem Obergerichte anzubringen und verhandelt sind.

§. 343.

Diese Berufungen sind bei demjenigen Senate anzumelden und einzuführen, der in erster Instanz erkannt hat, und für die Anmeldung und Einführung gelten die oben gegebenen Bestimmungen (§§. 333—336).

§. 344.

Ueber dieselben erkennen, wenn ein Senat des Obergerichts in erster Instanz erkannt hat, die beiden andern Senate des Obergerichts, wenn aber zwei vereinte Senate in erster Instanz erkannt haben, die drei vereinten Senate in letzter Instanz.

### **Titel 4.**

Verfahren vor dem Cassationshofe.

§. 345.

Ueber das außerordentliche Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde erkennt in allen Fällen der Cassationshof.

§. 346.

Es findet nur statt in den §. 130. aufgeführten Fällen und unter den in §. 127. angegebenen Voraussetzungen.

§. 347.

Es sind 20 Rthlr. Succumbenzgelder der Einführung beizufügen, welche bei Verwerfung des Rechtsmittels eingezogen werden. Bei der Verfolgung frivoler Beschwerden kann nach dem Ermessen des Gerichts der Sachführer des Querulanten ganz oder theilweise zur Erlegung der Succumbenzgelder verurtheilt werden.



In Bezug auf Anmeldung und Einführung, sowie in Bezug auf das Verfahren überhaupt, gelten die oben gegebenen Bestimmungen (§§. 333 ff.).

## §. 348.

Wird die Beschwerde des Querulanten für begründet erkannt, so ist die angefochtene Entscheidung unter Bezeichnung der begangenen Nichtigkeiten zu cassiren, in dem Falle §. 130. Nro. 2 aber an die Stelle der cassirten Entscheidung vom Cassationshofe zugleich eine andere zu setzen.

## §. 349.

Die Acten sind mit der abgegebenen Entscheidung an das betreffende Gericht zurückzusenden.

## Sechster Theil.

## Wiederaufnahme des Verfahrens.

## §. 350.

Ein durch rechtskräftige Entscheidung und selbst durch deren Vollstreckung gänzlich beendeter Rechtsstreit kann wieder aufgenommen werden:

- 1) durch die Nichtigkeitsklage,
- 2) durch die Restitutionsklage.

## §. 351.

Beide Klagen haben keine Suspensivkraft, doch kann das Gericht auf Antrag des Klägers solche ihnen ertheilen, wenn demselben ein unersetzlicher Nachtheil droht und er Caution macht.

## §. 352.

Die Nichtigkeitsklage ist begründet:

- 1) wenn das erkennende Gericht nicht zuständig war (vergl. jedoch §. 21.);
- 2) wenn eine Person bei Abgabe eines Erkenntnisses mitgewirkt hat in der Eigenschaft als Richter, welche

als solcher bei dem Gerichte nicht angestellt oder gültig zugezogen war;

- 3) wenn ein Richter bei der Entscheidung mitgewirkt hat, der nach den gesetzlichen Vorschriften sich von Amtswegen jeder richterlichen Mitwirkung hätte enthalten sollen (§. 48.);
- 4) wenn gegen eine Person ein Erkenntniß ergangen ist, welche an dem verhandelten Rechtsstreite nicht Theil genommen und die für sie vorgenommenen Handlungen später nicht genehmigt hat;
- 5) wenn und soweit der Nichtigkeitskläger zu den von ihm in dem vorigen Proceße vorgenommenen Handlungen rechtlich nicht fähig war und solche nach erlangter Dispositionsbefugniß später nicht genehmigt hat.

## §. 353.

Die Nichtigkeitsklage ist eben so anzubringen wie andere Klagen, und es findet das gewöhnliche Verfahren statt. *§. 42.*

## §. 354.

Wird sie bei dem Obergerichte in erster Instanz angebracht, so ist nach den für das Verfahren bei den Kreisgerichten in erster Instanz gegebenen Vorschriften zu verfahren.

## §. 355.

Die Restitutionsklage ist statthaft: *§. 42.*

- 1) wenn der frühere Rechtsstreit auf den Grund eines vom Gegner geleisteten Eides entschieden und dieser später als Meineidiger wegen dieses Eides rechtskräftig verurtheilt ist oder, falls die Einleitung einer Criminaluntersuchung den Umständen nach unmöglich ist, dessen Meineid erwiesen wird;
- 2) wenn der Kläger in dem früheren Rechtsstreite auf Grund einer Urkunde verurtheilt ist, deren Verfälschung nachgewiesen wird;

- 3) wenn gegen ihn auf Grund eines wissenschaftlich falschen Zeugnisses oder Gutachtens erkannt ist und die Zeugen oder Sachverständigen dieserhalb im Criminalverfahren verurtheilt sind, oder, falls die Einleitung einer Criminaluntersuchung den Umständen nach unmöglich ist, die wissenschaftliche Falschheit nachgewiesen wird;
- 4) wenn das Erkenntniß durch betrügerliche Handlungen des Gegners oder seines Anwaltes oder Sachführers oder des eigenen Sachführers oder Anwaltes im Einverständnisse mit einer der gedachten Personen dem Gegner zu Gunsten und dem Kläger zum Nachtheil erwirkt ist;
- 5) wenn der Kläger Thatsachen (Einreden, Replikten) erst später entdeckt, die zur Zeit des früheren Rechtsstreites schon vorhanden gewesen sind und, wenn sie in demselben hätten benutzt werden können, eine günstige Entscheidung herbeigeführt haben würden;
- 6) wenn der Kläger neu entdeckte schriftliche Beweise, oder
- 7) solche Urkunden beibringt, deren Dasein zwar bekannt und angezeigt, deren Herbeischaffung aber früher unmöglich war.

## §. 356.

Die §. 355 unter den Nummern 1 bis 4 erwähnten Beweise können nicht durch Eideszuschreibung, die unter 5 erwähnten neu entdeckten Thatsachen aber durch alle zulässigen Beweismittel nachgewiesen werden.

## §. 357.

In den Fällen 1 bis 6 §. 355 muß die Entdeckung der Restitutionsgründe erst nach rechtskräftig beendeter Sache stattgefunden haben und die Klage ist innerhalb dreier Monate nach dieser Entdeckung, im Falle No. 7 §. 355 dagegen innerhalb dreier Monate nach Herbeischaffung der Urkunden anzustellen.

Gegen Versäumniß dieser Fristen hat eine Restitution nicht statt.

## §. 358.

Bei Anbringung der Restitutionsklage muß der Kläger deren Rechtzeitigkeit nachweisen, die Restitutionsgründe genau angeben, die Urkunden beilegen und die sonstigen Beweismittel bezeichnen und bestimmt beantragen, in wie weit die frühere Entscheidung zu beseitigen sei. *§. 42*

Der Nachweis der Rechtzeitigkeit kann durch Urkunden und durch das Erbieten zum Eide geführt werden.

## §. 359.

Nach Ablauf von dreißig Jahren seit der Rechtskraft des Erkenntnisses findet weder die Nichtigkeitsklage noch die Restitutionsklage statt.

## Siebenter Theil.

## Vollstreckungs-Verfahren.

## Titel 1.

## Allgemeine Vorschriften.

## §. 360.

Das Vollstreckungsverfahren gehört vor die Amts- und Stadtgerichte.

## §. 361.

Es kann bei denselben beantragt werden:

- 1) auf den Grund vollstreckbarer Erkenntnisse in allen Sachen, in denen die Amts- und Stadtgerichte das Urtheil erster Instanz gesprochen haben;
- 2) auf den Grund vollstreckbarer Erkenntnisse in den Sachen, welche in erster Instanz zur Competenz der Kreisgerichte gehören, insofern jene Erkenntnisse auf baares Geld gerichtet sind;
- 3) auf den Grund vollstreckbarer öffentlicher Urkunden.

## §. 362.

Sind Erkenntnisse in den §. 361 Nro. 2 gedachten Sachen nicht auf baares Geld gerichtet, so wird deren Vollstreckung bei den Kreisgerichten selbst beantragt und unter deren Leitung durch die Amts- und Stadtgerichte commissarisch besorgt. *A. 367*

Ist die Vollstreckung in einem andern kreisgerichtlichen Bezirke vorzunehmen, so wird das dem betreffenden Amts- oder Stadtgerichte vorgelegte Kreisgericht requirirt.

## §. 363.

Oeffentliche Urkunden sind nur dann vollstreckbar, wenn die Contrahenten denselben ausdrücklich executorische Wirkung beigelegt und dieses in der Urkunde erklärt haben, die Forderung aus einem einseitigen Geschäfte entspringt und auf Geld geht.

Rückständige Zinsen und Gefälle können auf den Grund solcher Urkunden in diesem Verfahren nur aus den letzten drei Jahren gefordert werden.

## §. 364.

Erkenntnisse und Urkunden aus andern deutschen Staaten sind unter der Voraussetzung der Reciprocität und der vorgeschriebenen Formen sofort, Erkenntnisse und öffentliche Urkunden aus auswärtigen Staaten aber erst vollstreckbar, wenn sie durch das nach Maßgabe des Gegenstandes zuständige Gericht für vollstreckbar erklärt sind.

## §. 365.

Das zuständige Gericht, an welches die Parteien sich zu wenden, bezüglich die Kreisgerichte ihre Aufträge zu richten haben, ist dasjenige, dem die Person oder bei dinglichen Ansprüchen die Sache, auf welche sich die Vollstreckung bezieht, unterworfen ist.

Liegt ein und dasselbe Grundstück oder das Hauptgut und dessen Zubehörungen unter verschiedenen Gerichten, so treten die Bestimmungen §. 40 ein.

Einzelne Vollstreckungshandlungen können durch Requisition eines andern Gerichts erledigt werden.

## §. 366.

Stützt sich der Vollstreckungs-Antrag auf ein Erkenntniß, so ist dasselbe in gerichtlicher Ausfertigung mit der Bescheinigung des Gerichts erster Instanz, daß dasselbe vollstreckbar sei, versehen, dem Gesuche beizufügen. *A. 111.*

Aus demselben müssen die Punkte, hinsichtlich deren die Vollstreckung verlangt wird, klar hervorgehen, und werden zugleich Früchte, Schäden, Zinsen und Proceßkosten verlangt, so muß deren Betrag durch gerichtliche für vollstreckbar erklärte Entscheidungen feststehen, und diese sind mit beizufügen. *B. 407*

## §. 367.

In gleicher Weise müssen die Aufträge klar und bestimmt sein, welche von den Kreisgerichten in den Fällen des §. 362 behuf der Vollstreckung erteilt werden.

Die Kreisgerichte können auf Ansuchen des Antragstellers oder von Amtswegen die Uebersendung der Proceßacten an das vollstreckende Gericht verfügen.

## §. 368.

Stützt sich der Antrag auf vollstreckbare öffentliche Urkunden, so sind dieselben in der Originalausfertigung beizubringen und die Fälligkeit des Anspruches muß durch öffentliche Urkunden nachgewiesen sein.

## §. 369.

Findet das Gericht den Antrag unbegründet, so weist es denselben unter dessen Mittheilung an den Gegner durch einen Bescheid zurück.

Gegen eine solche Entscheidung hat der Antragsteller das Rechtsmittel der Berufung.

## §. 370.

Auf einen begründeten Antrag verfügt das Gericht unter Mittheilung desselben an den Gegner sofort die Vollstreckung.

Eine gleiche Verfügung erläßt dasselbe, sobald ein Auftrag zur Vollstreckung von einem Kreisgerichte erfolgt.

## §. 371.

Bei Verfügung der Vollstreckung ertheilt das Gericht, insofern die Art der Vollstreckung nicht seine eigene Thätigkeit erfordert, einen Vollstreckungsbefehl an den zugleich mit Behändigung der Verfügung beauftragten Gerichts-Unterbewachten, in welchem bestimmt vorgeschrieben wird, was und wie viel er von dem Verurtheilten heitreiben oder wozu er ihn anhalten, welche Vollstreckungsart eintreten, an wen und wohin er das Beizutreibende abzuliefern, binnen welcher Frist er mit der Vollziehung zu beginnen und binnen welcher er die Erledigung seines Auftrages dem Gerichte anzuzeigen habe.

Diese Verfügung enthält zugleich die Ermächtigung für den Gerichts-Unterbewachten, für den Fall, daß er Widerstand bei der Ausführung des ihm ertheilten Befehls finden sollte, die bewaffnete Macht zu requiriren.

## §. 372.

Der Gerichtsvollzieher hat den ihm ertheilten Befehl, welchen er den Parteien auf Verlangen vorweisen muß, bei eigener Verantwortlichkeit genau zu befolgen, sich streng an die ihm gegebenen Vorschriften zu halten, und ist bei Versäumung der ihm vorgeschriebenen Fristen durch Geldstrafen oder andere angemessene Ahndung zur Erledigung seines Auftrages anzuhalten.

Sogleich nach Ablauf der zur Erledigung des Befehls vorgeschriebenen Frist muß der Gerichts-Unterbewachte dem Gerichte die Art der Erledigung oder die Gründe, aus welchen solche nicht möglich gewesen, anzeigen.

Alle Vollstreckungshandlungen sind so einzurichten, wie sie, ohne Nachtheil für den Zweck, dem Schuldner am wenigsten drückend sind.

## §. 373.

Binnen 8 Tagen sind die gegen die Vollstreckung zu-

zulässigen rechtlichen Einwendungen bei Verlust derselben beizubringen, vorausgesetzt, daß die Vollstreckung nicht schon ausgeführt ist.

Der Lauf dieser Frist beginnt mit dem Tage, an welchem die vom Amts- oder Stadtgerichte, oder in den Fällen des §. 362 von dem Kreisgerichte verfügte Vollstreckung dem Gegner mitgetheilt ist.

## §. 374.

Zulässige Einreden gegen die Vollstreckung eines Erkenntnisses sind nur solche, welche dessen Vollstreckbarkeit bestreiten oder in der Sache selbst auf Erlass, Verzicht oder Stundung des Anspruchs nach erfolgtem Erkenntnisse, oder auf die wirkliche Erfüllung des Urtheils sich gründen.

## §. 375.

Zulässige Einreden gegen vollstreckbare öffentliche Urkunden sind nur die Behauptung der Unechtheit oder der Fälschung, des Erlasses, des Verzichts oder der Stundung des Anspruchs.

## §. 376.

In den Fällen der §§. 374 und 375 müssen die Einreden durch die Acten oder öffentliche sofort vorgelegte Urkunden nachgewiesen sein.

Die wirkliche Erfüllung des Urtheils oder der in einer öffentlichen Urkunde übernommenen Verpflichtung kann auch durch solche Privat-Urkunden nachgewiesen werden, welche der Gegner anerkennen oder eidlich ableugnen muß.

## §. 377.

Die in dem Vollstreckungsverfahren zulässigen Einreden sind bei dem Gerichte, welches nach dem Werthe des Gegenstandes in der Sache selbst zuständig sein würde, in den Fällen des §. 362 bei dem Kreisgerichte, welches den Auftrag zur Vollstreckung ertheilt hat, anzubringen.

Das Gericht kann die Vollstreckung einstweilen sistiren, setzt einen Tag zur öffentlichen Verhandlung an, nicht über

14 Tage hinaus, hört an demselben die Parteien gegen einander und verkündet ihnen das Erkenntniß.

§. 378.

Gegen dasselbe haben die zulässigen Rechtsmittel statt.

## **Titel 2.**

### **Einzelne Arten der Vollstreckung.**

#### **1. Herausgabe von Sachen.**

§. 379.

##### **a. Herausgabe beweglicher Sachen.**

Bestimmte bewegliche oder Quantitäten vertretbarer Sachen sind von den Gerichts-Unterbewindenen denen, gegen welche die Vollstreckung geht, abzunehmen. Finden sie sich nicht, so kann der Gegner die Ableistung eines den Umständen nach abzufassenden Manifestationseides, und, falls die Sache nicht herbeigeschafft wird, auch sogleich die Vertheilung des Sachwerthes oder seines durch den Schätzungseid zu ermittelnden Interesses verlangen. *f. d. g.*

§. 380.

##### **b. Herausgabe unbeweglicher Sachen.**

Bei unbeweglichen Sachen wird der Unterliegende aus dem Besitze gesetzt und der Antragsteller eingewiesen. Nöthigenfalls wird jener mit seinem beweglichen Vermögen aus dem Grundstücke geschafft.

Ist er abwesend, so werden die Mobilien verzeichnet, in gerichtlichen Gewahrsam genommen und, nach einer vom Gerichte zu bestimmenden, den Parteien bekannt zu machenden Frist, öffentlich versteigert und das Geld in das Depositum genommen.

Bei ganzen Gütern sind über die Zubehörungen und Inventarien genaue Verzeichnisse aufzunehmen.

§. 381.

Handelt es sich in den Fällen, der §§. 379 und 380 um den Erwerb dinglicher Rechte, so hat das vollstreckende Gericht die Befugniß der Adjudication zum Zwecke der Uebertragung derselben auf den Berechtigten. Auf den Grund dieser Adjudication kann der Letzte bei Immobilien die Verichtigung des Besitztittels oder die Eintragung seines Rechts in das Hypothekenbuch verlangen.

§. 382.

#### **2. Leistung oder Unterlassung einer Handlung.**

Zur Erzwingung der Leistung einer Handlung kann, auf Antrag des die Vollstreckung Betreibenden, auf Anordnung des Gerichts, die Handlung durch einen Dritten auf Kosten des Verurtheilten vorgenommen werden.

Kann die Leistung durch einen Dritten nicht erfolgen, so geschieht die Schätzung des Interesses durch Sachverständige oder den Schätzungseid.

Nur in den Fällen, wo die Leistung auf diese Weise nicht erzwingen werden kann (z. B. die Ableistung eines Manifestationseides), können Geldstrafen, eventuell Gefängniß angewandt werden.

Zur Erzwingung der Unterlassung einer Handlung können Geldstrafen, nöthigenfalls Gefängnißstrafen zur Anwendung gebracht werden.

Daneben steht es dem Berechtigten frei, Sicherheitsleistung von dem Verurtheilten, und, wenn ihm durch den letzten ein Nachtheil zugefügt ist, die Vertheilung des Interesses auf den Grund eines Schätzungseides zu verlangen.

Hinsichtlich eines zu vollstreckenden Gefängnisses gelten die oben §. 265 bis §. 267 gegebenen Bestimmungen, jedoch mit der Abänderung, daß die Insolvenzserklärung das wegen verweigerten Manifestationseides zu erkennende oder erkannte Gefängniß nicht ausschließt oder aufhebt, und fer-

ner, daß die Dauer des Gefängnisses nie ein Jahr übersteigen kann. *N. 13. Jg. 4. 30. Apr. 1863. S. 4.*

## §. 383.

## 3. Beitreibung von Geldforderungen.

Die Beitreibung einer Geldforderung geschieht durch folgende Mittel:

- 1) Pfändung von Mobilien (§. 384);
- 2) Beschlagnahme auf Gehalte, Ruhegehalte, Renten und dergleichen (§. 388);
- 3) Beschlagnahme auf ausstehende Forderungen (§. 389);
- 4) Vollstreckung in das unbewegliche Vermögen (§. 390).

In der Regel sind diese Vollstreckungsmittel in der hier aufgeführten Reihenfolge zur Anwendung zu bringen. Unter den drei erstgenannten hat der Gläubiger indeß das Wahlrecht.

Der Faustpfandgläubiger und der Gläubiger, welcher eine eingetragene Special-Hypothek hat, können sich stets zunächst an das Pfand halten.

Finden sich keine Vollstreckungsmittel, so kann der Manifestationseid verlangt werden.

## §. 384.

## A. Auspfändung von Mobilien.

Von aller Pfändung ausgenommen sind:

Vorräthe an Lebensmitteln für den nothdürftigen Unterhalt auf 4 Wochen;

bei Kranken und Wöchnerinnen die unentbehrliche Wäsche und das sonst für ihren Zustand Nothwendige;

unentbehrliche Kleidungsstücke und Betten des Schuldners und seiner Familie.

Von den übrigen Sachen sind zuvörderst immer die dem Schuldner entbehrlichsten zu nehmen, und nur im äußersten Nothfalle solche Gegenstände, durch welche er und

seine Familie den Lebensunterhalt erwerben, z. B. bei Handwerkern das erforderliche Handwerkszeug, bei Künstlern die zur Ausübung ihrer Kunst nothwendigen Dinge, bei Gelehrten die nothwendigen Bücher, bei Landwirthen Ackergeräth, das nothwendige Vieh, das für dieses erforderliche Futter, das Saat Korn u. s. w.

## §. 385.

Die abgepfändeten Sachen werden verzeichnet und in sicheren Gewahrsam gebracht. Ist dies unthunlich, so muß bei dem Schuldner selbst für deren unverfehrte Aufbewahrung Sorge getragen werden (Criminal-Gesetzbuch §. 238).

## §. 386.

Innerhalb 8 Tagen nach geschehener Abpfändung ist ein Tag zur öffentlichen Versteigerung der Sachen, nicht über 14 Tage hinaus, anzusehen und bei wichtigen Versteigerungen deren Abhaltung dem Secretair aufzutragen.

Dem Verderben ausgesetzte Gegenstände, auch solche, deren Aufbewahrung und Erhaltung unverhältnißmäßige Kosten verursachen würden, sind fordersamst nach kurzer Bekanntmachung zu versteigern.

Hinsichtlich dieser Versteigerung selbst bleibt es bei den bestehenden Vorschriften.

## §. 387.

Nicht geerntete Feld-, Baum- und Gartenfrüchte können ohne Zustimmung des Schuldners nicht versteigert werden, so lange andere Mobilien da sind.

Deren Beschlagnahme geschieht durch das Verbot der Einerntung und Veräußerung.

Die Versteigerung selbst soll nicht früher als etwa 14 Tage vor der Ernte geschehen.

## §. 388.

B. Beschlagnahme von Gehalten, Ruhegehalten u. s. w. Gehalte, Ruhegehalte, Wittwenpensionen, Renten und

vergleichen können Gegenstand einer Beschlagnahme behuf der Vollstreckung werden, soweit nicht gesetzliche Beschränkungen entgegenstehen.

Die Beschlagnahme erfolgt bei derjenigen Behörde, welche der Casse vorgefetzt ist, aus welcher die Zahlung erfolgen soll. Die Zahlung des mit Beschlagnahme belegten Antheils wird von der betreffenden Casse an das vollstreckende Gericht geleistet.

Die von dem Schuldner auf Gehalte und Ruhegehälter etwa an Dritte erteilten Anweisungen, Cessionen und Verpfändungen haben keine Rechtsgültigkeit, weder gegen den Schuldner selbst, noch gegen den die Vollstreckung betreibenden Gläubiger.

## §. 389.

## C. Beschlagnahme von Forderungen des Schuldners.

Auf den Inhaber lautende Werthpapiere kann der Gläubiger nach dem Tagescourse annehmen oder deren Verkauf verlangen.

Auf den Namen lautende Verbriefungen oder nicht verbriefte Forderungen werden dem Gläubiger auf dessen Antrag überwiesen, und der Schuldner, oder falls dieser sich weigert, das Gericht hat die Cession zu vollziehen.

Bei eingetragenen Hypothek-Forderungen ist zugleich die vorgenommene Cession im Hypothekenbuche zu vermerken.

Will der Gläubiger sie nicht an Zahlungsstatt übernehmen, so werden sie bei dem Schuldner desjenigen, gegen den die Vollstreckung geht, bei Strafe doppelter Zahlung mit Arrest belegt, gekündigt und eingezogen.

Wird dieserhalb die Erhebung eines Rechtsstreites erforderlich, so kann solchen die Partei, welche die Vollstreckung betreibt, führen.

Auch kann, falls die Umstände dies rathlich machen, deren Verkauf verfügt werden.

Der Partei, gegen welche die Vollstreckung geht, wird jede Verfügung über solche Forderungen unterlagert, bei Strafe der Nichtigkeit, und sie hat die darüber sprechenden Urkunden dem Gerichte anzuliefern. Zeugnet sie den Besitz, so kann der Manifestationseid verlangt werden.

## §. 390.

## D. Vollstreckung in unbewegliche Güter.

Die Verwaltung oder Equestration unbeweglicher Güter zum Besten des Gläubigers als Vollstreckungsmittel ist zulässig mit Zustimmung der Betheiligten und in außerordentlichen Fällen nach dem Ermessen des Gerichts.

## §. 391.

Bei solchen unbeweglichen Gütern, deren Veräußerung rechtlich unzulässig oder nach dem Betrage der Forderung im Verhältnisse zu dem Werthe und den Einkünften des Grundstücks unangemessen ist, erfolgt die Vollstreckung durch öffentliche Verpachtung an den Meistbietenden, jedoch im letzten Falle nur unter der Voraussetzung, daß die Befriedigung des Gläubigers dadurch spätestens innerhalb eines Jahres gesichert wird.

Die Pachtbedingungen werden unter Zuziehung der Betheiligten von dem Gerichte festgesetzt, es wird ein Tag zur öffentlichen Verpachtung an den Meistbietenden angesetzt, diesem wird, insofern die Betheiligten nicht gegen dessen Person oder Sicherheit gegründete Einwendungen machen, der Zuschlag erteilt, und er wird angewiesen, die Pachtgelber bis zum Belaufe der Forderung an den Gläubiger abzuliefern.

## §. 392.

Bei unbeweglichen Gütern, deren Veräußerung rechtlich zulässig ist, wird die Vollstreckung durch öffentliche Versteigerung an den Meistbietenden vollzogen.

## §. 393.

Zugleich mit der Verfügung der Vollstreckung setzt

das Gericht durch eine an der Gerichtsstelle anzuschlagende und bekannt zu machende öffentliche Ladung (§. 278) einen Tag zur öffentlichen Versteigerung an, in der Regel auf drei Monate hinaus. Indes kann derselbe auch bis auf sechs Monate hinaus gesetzt werden, falls es die Umstände anrathen.

Diese Fristen laufen vom Tage des Anschlages der öffentlichen Ladung an der Gerichtsstelle.

Der die Versteigerung anordnende Bescheid enthält zugleich eine öffentliche Ladung aller Betheiligten (vergl. §. 278 bis §. 281), und die in dem Hypothekenbuche eingetragenen Berechtigten sind besonders zu benachrichtigen.

Der die Veräußerung betreibende Gläubiger entwirft die Verkaufsbedingungen sowie eine Beschreibung der zu verkaufenden unbeweglichen Sachen.

Beides wird dem Gegner mitgetheilt.

Differenzen unter den Betheiligten entscheidet das Gericht durch einen Bescheid und trifft die Anordnung, daß die Verkaufsbedingungen sowie die Beschreibung der Sachen zeitig vor dem Versteigerungstage von den Kauflustigen eingesehen, die Grundstücke selbst auch von ihnen besichtigt werden können.

Einwendungen gegen die Verkaufsbedingungen, welche nicht mindestens 8 Tage vor dem Versteigerungstermine eingegangen sind, finden keine Berücksichtigung.

#### §. 394.

An dem Gerichtstage sind zuvörderst die Anmeldungen etwaiger Realgläubiger zu Protocol zu nehmen, die Realgläubiger, welche sich nicht gemeldet haben, auszuschließen, und sind die Anmeldungen von der Art, daß sie den Verkauf hindern, so sind sie zuvörderst im Rechtswege zu erledigen.

Werden solche Ansprüche nicht gemacht, so werden sämtliche Kauflustige, mit Anschluß derer, deren Zahlungsfähigkeit von der die Vollstreckung betreibenden Partei

bestritten wird, und die sich über ihre Zahlungsfähigkeit nicht ausweisen, zum Gebote gelassen, und der Meistbietende erhält sofort den Zuschlag.

#### §. 395.

Nach ertheiltem Zuschlage ist ein zweiter Versteigerungstag nur in dem einzigen Falle anzusetzen, wenn am Gerichtstage selbst, gleich nach ertheiltem Zuschlage, die die Vollstreckung betreibende Partei oder ein Hypothekgläubiger die Ansetzung eines zweiten Versteigerungstages beantragt, sich bereit erklärt, die unbewegliche Sache gegen das erste Meistgebot anzunehmen, falls solches bei der zweiten Versteigerung nicht erreicht wird, und die Kosten des zweiten Termins zu tragen und für dieses Versprechen Sicherheit leistet.

Der Tag zur zweiten Versteigerung ist nicht über drei Monate hinauszusetzen.

#### §. 396.

Erfolgt an dem Versteigerungstage gar kein Gebot, so ist ein anderer Tag anzusetzen, nicht über drei Monate hinaus.

#### §. 397.

Nach eingezahltem Kaufgelde wird die unbewegliche Sache dem Käufer gerichtlich zugesprochen und der Gläubiger von dem eingegangenen Gelde befriedigt.

#### §. 398.

Aufhebung der Vollstreckung.

Die Vollstreckung wird aufgehoben, beziehungsweise sistirt:

- 1) wenn das obere Gericht einem gegen ein vollstreckbares Erkenntniß eingewandten Rechtsmittel Suspensivkraft zuspricht;
- 2) mit Einwilligung der die Vollstreckung betreibenden Partei. Ist jedoch bei einem Subhastationsverfahren ein anderer Hypothekgläubiger dem Verfahren beige-



treten, so ist dieser befugt, falls der erste Hypothekgläubiger auf die Subhaftation verzichtet, das bereits eingeleitete Subhaftationsverfahren fortzusetzen.

- 3) wenn in Folge einer zulässigen Einrede die Vollstreckung inhibirt wird;
- 4) wenn in Folge der Einsprache Dritter von dem die Execution leitenden Amts- oder Stadtgerichte, oder von dem nach Maßgabe des Werthes des Streitgegenstandes zuständigen, dem betreffenden Amts- resp. Stadtgerichte vorgelegten Kreisgerichte die Vollstreckung inhibirt wird.

Ist Concurs erkannt oder droht Concurs, so behält das bereits eingeleitete Vollstreckungsverfahren seinen Fortgang; der Erlös aus Versteigerungen wird jedoch zur Concursmasse gezahlt.

#### §. 399.

Liegt im Falle §. 398 Nro. 4 der Grund der Inhibition in einem von einem Dritten behaupteten Vorzugsrechte oder gleich starken Rechte, welche die Veräußerung hindern, so ist ein solcher Anspruch zunächst im ordentlichen Verfahren vor dem zuständigen Gerichte zu erledigen, und das inhibirende Gericht hat zu dem Ende dem Berechtigten eine peremptorische Frist zu stellen, innerhalb welcher derselbe bei Verlust seiner Widerspruchsrechte seine Ansprüche im ordentlichen Verfahren geltend zu machen hat.

#### §. 400.

Treffen mehrere vollstreckbare und hinsichtlich ihrer Priorität unstreitige Ansprüche zusammen, so ordnet das die Vollstreckung leitende Gericht die Vertheilung.

## Achter Theil.

### Gebühren der Gerichte, Anwälte und Sachführer.

#### 1. Gerichtsgebühren.

##### §. 401.

Die Gerichtsporteln und Nebengebühren sind nach den in der Anlage I. enthaltenen Bestimmungen zu erheben.

In der obern Instanz richtet sich der Sportellsatz nach dem Werthe des Gegenstandes der Beschwerde.

Die für Erkenntnisse bestimmten Sportellsätze werden von jeder Partei zur Hälfte, bei einem Contumacialverfahren dagegen von dem Extrahenten allein erhoben. Alle übrigen Sportell- und Gebührensätze sind von dem Extrahenten zu entrichten.

Eine Stempelabgabe soll künftig neben dem Sportellsatz nicht entrichtet werden.

Die Eingaben der Parteien und deren Anlagen sind dagegen, wie bisher, mit Stempel zu belegen, jedoch in der Weise, daß sämtliche Stempel, auch die für die der Gegenpartei oder den Gegenparteien mitzutheilenden Schriften, der bei den Gerichtsacten verbleibenden Eingabe beigelegt werden.

#### 2. Gebühren der Anwälte und Sachführer.

##### §. 402.

Anwälten und Sachführern kommen die in der Taxe Anlage II. bestimmten Gebühren zu.

Verträge zwischen Anwalt und Partei, Advocaten und Klienten über den Gegenstand des Rechtsstreits oder einen Theil desselben, mögen sie vor dem Beginne des Verfahrens oder während desselben bis zu gänzlicher Beendigung der Sache geschlossen sein, sind verboten und nichtig.

Gleichmäßig sind Verträge über eine, die Taxen für gerichtliche Geschäfte überschreitende Vergütung zwischen Anwalt und Partei verboten und ohne alle Wirkung.

Verträge zwischen Advocaten und Klienten über ein Honorar für eigentliche Advocaturgeschäfte sind dagegen in so weit gültig, als sie schriftlich abgefaßt sind.

§. 403.

Diese Taxen, insofern in der Anlage II. nicht ausdrücklich eine Ausnahme bestimmt ist, hat die zum Kostenersatz verurtheilte Partei gleichfalls dem Gegner zu erstatten, auch wenn er Anwalt oder Sachführer ist und seine eigene Sache führt.

Mehrkosten für Reisen und Diäten, welche hätten vermieden werden können, wenn die Partei einen am Orte des zuständigen Gerichts wohnhaften Advocaten oder Anwalt angenommen hätte, sind vom Gegner nicht zu erstatten, und zwar in den kreisgerichtlichen Sachen auch dann nicht, wenn der zugezogene Advocat oder Anwalt in dem Gerichtskreise, in welchem das zuständige Kreisgericht liegt, zugelassen ist.

Hat jedoch eine Partei einen nicht am Orte des zuständigen Gerichtes wohnhaften Advocaten oder Anwalt angenommen, so ist dieselbe berechtigt, die Kosten für eigne Reisen und Versäumniß in der Art zu berechnen, wie solche zu berechnen gewesen sein würden, wenn sie einen am Orte des zuständigen Gerichtes wohnhaften Advocaten oder Anwalt zugezogen hätte.

§. 404.

Der Anwalt kann auf Gebühren und Auslagen, der Sachführer auf die zu machenden Auslagen von seiner Partei einen angemessenen Vorfuß und, falls er verbraucht ist, dessen Erneuerung fordern. *Adv. O. S. B. (226)*

§. 405.

Die Gebühren richten sich zufolge der in der anliegenden Taxe gegebenen näheren Bestimmungen nach dem

Werthe des Gegenstandes, in den oberen Instanzen nach dem Werthe der Beschwerde.

Bei Feststellung des Werthes kommen die über die Berechnung der gerichtlichen Competenzsummen gegebenen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung. *A. 21.*

Bei nicht nach Gelbeswerth zu schätzenden Streitgegenständen kommen die Gebührensätze der mittleren Classe zur Anwendung.

§. 406.

Betrifft eine von dem Sachführer oder Anwalt vorgenommene Handlung in erster oder einer folgenden Instanz nicht den ganzen Streitgegenstand, so kommt nur der Werth des Gegenstandes dieser Handlung zur Berechnung.

§. 407.

Die Feststellung der Gebühren der Anwälte und Sachführer oder eines Vorschusses darauf gehört vor das Gericht, bei welchem der Rechtsstreit oder in fernerer Instanz das Rechtsmittel verhandelt ist.

Das Gericht stellt die Kosten fest und erläßt einen Zahlungsbefehl.

Innerhalb 10 Tagen nach erfolgter Behändigung steht jeder Partei eine einfache Beschwerde wegen der Feststellung der Kosten an das obere Gericht, bei dem Obergerichte an einen nicht beteiligten Senat zu. *4. 19. July. 28. März. 1861. 1. 4.*

Bei der zweiten Entscheidung hat es sein Bewenden.

Die Vollstreckung erfolgt auf Grund des Zahlungsbefehls, welchen das festsetzende Gericht auf Antrag des Extrahenten nach Ablauf der eben erwähnten 10tägigen Frist, oder, falls eine Beschwerde dagegen verfolgt ist, nach Abgabe der obergerichtlichen Entscheidung für vollstreckbar zu erklären hat. *S. 366.*

Alle auf solche Kostenliquidationen sich beziehenden Verhandlungen sind stempel- und portelfrei; die Gebühren der Gerichtsunterbedienten und Copialien sind zu entrichten.

Alle die es angeht, haben sich hiernach zu achten.  
 Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten  
 kaiserlichen Geheime-Canzlei-Siegels,

Braunschweig, den 19. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.  
 von Schleinitz. v. Geyso. Langerfeldt.

## Anlage A.

### V o l l m a c h t.

Ich Endesunterzeichneter ertheile hiermit für mich  
 und meine dem Herrn

und Jedem, den derselbe an seiner Statt zur Ausführung  
 dieses Auftrags bestellen wird, insbesondere aber für den  
 Fall, daß dieser Auftrag durch seinen Tod oder auf andere  
 Weise erlöschen sollte, dem Herrn

die Vollmacht, in meiner Rechtsache bei dem Kreisgerichte

wider

wegen

als Anwalt mich zu vertreten und alle zur Ausführung  
 und endlichen Erledigung dieses Rechtsstreits erforderlichen  
 Handlungen vorzunehmen; insbesondere Erklärungen jeder  
 Art abzugeben, Behauptungen der Gegenpartei zuzugestehen,  
 abzuläugnen oder sich mit Nichtwissen zu erklären, Urkun-  
 den anzuerkennen oder abzuläugnen, Eide zuzuschwören, an-

zunehmen, zurückzuschieben und zu erlassen; Arreste und Executionen zu beantragen, Citisdenunciationen vorzunehmen, mich gegen anzustellende Interventionen zu vertheidigen, Rechtsmittel jeder Art gegen nachtheilige Bescheide oder Erkenntnisse einzulegen, den Rechtsmitteln oder dem Proceße zu entsagen, Vergleiche zu schließen und das durch Erkenntniß oder Vergleich Gewonnene in Empfang zu nehmen und darüber zu quittiren, endlich aber Advocaten für die mündlichen Hauptverhandlungen in allen Instanzen zuzuziehen.

Für den Fall endlich, daß in diesem Rechtsstreite Berufungen oder Cassationsbeschwerden einzulegen und zu verfolgen sein würden und ich eines Anwalts bei dem Obergerichte oder dem Cassationshofe benöthigt wäre, ernenne ich hiermit den Herrn

und bevollmächtige denselben, die Rechtsmittel nach seinem Ermessen einzuführen oder gegen die von der Gegenpartei gegen mich eingewandten Rechtsmittel meine Rechte wahrzunehmen und mich in jeder Hinsicht bei dem Obergerichte oder dem Cassationshofe zu vertreten. Auf den Fall vorübergehender Behinderung oder Abgangs desselben ernenne ich zu seinem Substituten den Herrn

und ermächtige außerdem, falls etwa beide verhindert werden sollten, meinen oben bestellten Herrn Anwalt, bei dem Obergerichte oder Cassationshofe andere Anwälte und Substitute zu ernennen.

Indem ich dasjenige, was meine in dieser Vollmacht bestellten Anwälte und deren Substituten in diesem Rechts-

streite für mich thun und vornehmen, als meine eigenen Handlungen anerkenne, verpflichte ich mich zugleich, sie für ihre Mühwaltung und Auslagen vollständig zu entschädigen und verpfände dafür mein gesamtes Vermögen, insbesondere dasjenige, was ich von der Gegenpartei in der Hauptsache und an Kosten erstreiten werde, welches ich ihnen, soweit es zu ihrer Befriedigung erforderlich ist, zugleich förmlich cedire und abtrete.

Zur Urkunde dessen habe ich diese Vollmacht, nachdem solche vollständig ausgefüllt war, eigenhändig unterzeichnet und meine Unterschrift öffentlich beglaubigen lassen.

So geschehen

Bemerkungen.

- a) In Sachen, deren Werth nicht nach Gelde tarirt werden kann, wird der Sportellsatz unter Nr. 3 erhoben.
- b) Wird der Rechtsstreit vor Abgabe des ersten Erkenntnisses durch Vergleich oder Sachfälligkeitserklärung erledigt, so fällt jede Sportel weg.
- c) In denjenigen Streitsachen, deren Gegenstand den Werth von 50 Rthlr. übersteigt, kommen die nachfolgenden Kreisgerichtlichen Taren und Bestimmungen zur Anwendung.

B. Bei den Kreisgerichten.

a. in erster Instanz.

*Nr. 58. G. v. 3. Okt. 1855.*

Für jedes in Folge der Hauptverhandlung in der Sache selbst abgegebene Erkenntniß (§. 97):

- 6) wenn der Gegenstand des Rechtsstreites 50 Rthlr. nicht übersteigt . . . . . 2 Rthlr.
- 7) über 50 bis 200 Rthlr. . . . . 3 "
- 8) über 200 bis 500 Rthlr. . . . . 6 "
- 9) über 500 bis 2500 Rthlr. . . . . 12 "
- 10) über 2500 bis 10,000 Rthlr. . . . . 20 "
- 11) über 10,000 Rthlr. . . . . 30 "

Bemerkungen.

- a) In Sachen, deren Werth nicht nach Gelde tarirt werden kann, wird der Sportellsatz unter Nr. 9 erhoben.
- b) Für die lediglich auf vorgängige Leistung eines der Partei zugehobenen oder richterlich auferlegten Eides abgegebenen purificirenden Erkenntnisse wird keine Sportel berechnet.
- c) In allen Proceßsachen, deren Werthbetrag 50 Rthlr. übersteigt, ist die Hälfte der Erkenntnißspor-

Anlage 1.

(Zu §. 401.)

Sportel- und Gebühren-Taxe

in

Civil-Proceßten.

I. Sportel-Taxe.

Das den aufgeführten Beträgen entsprechende Sportelpapier ist zu den gerichtlichen Ausfertigungen, eventuell zu den Acten zu nehmen. *cf. G. v. 12. Juni, 1852.*

1. Für Erkenntnisse auf Klagen und Haupt-Interventionen.

A. Bei den Amts- und Stadtgerichten.

Für das processualische Verfahren bis zum End-Erkenntnisse und einschließlich desselben erfolgen beim ersten Erkenntnisse:

- 1) wenn der Gegenstand des Rechtsstreits 5 Rthlr. nicht übersteigt. . . . . — Rthlr. 8 Ggr.
- 2) über 5 bis 10 Rthlr. . . . . — " 16 "
- 3) über 10 bis 20 Rthlr. . . . . 1 " — "
- 4) über 20 bis 35 Rthlr. . . . . 2 " — "
- 5) über 35 bis 50 Rthlr. . . . . 3 " — "

tel alsdann zu erheben, wenn der Rechtsstreit vor dem ersten sportelpflichtigen Erkenntnisse

aa. beim schriftlichen Verfahren erst in dem zum Hauptverfahren vor dem Erkenntnisse angeetzten Termine, und

bb. beim mündlichen abgekürzten Verfahren erst in einem spätern, als dem ersten Termine, in welchem die Parteien erschienen sind, durch Vergleich oder Sachfälligkeitserklärung beendet wird.

#### b. In zweiter Instanz.

12) Bei Berufungen bis 50 Rthlr. . . . . 1 Rthlr.

13) Bei Berufungen über 50 Rthlr. die für die Kreisgerichte in erster Instanz festgesetzten Taren.

#### C. Bei dem Obergerichte und Cassationshofe.

14) In Sachen, in welchen das Obergericht in erster Instanz erkennt, kommen die kreisgerichtlichen Taren und Bestimmungen (vergl. B. a.) zur Anwendung.

15) Bei Berufungen gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte und des Obergerichts, so wie des Stadtgerichts Braunschweig und des Amtsgerichts Thedinghausen (vergl. §. 333):

a) wenn der Gegenstand der Beschwerde 200 Rthlr. nicht übersteigt . . . . . 4 Rthlr.

b) über 200 bis 500 Rthlr. . . . . 8 "

c) über 500 bis 2500 Rthlr. . . . . 16 "

d) über 2500 bis 10,000 Rthlr. . . . . 24 "

e) über 10,000 Rthlr. . . . . 36 "

16) Bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse der Kreisgerichte in zweiter Instanz . . . . . 4 Rthlr.

17) Bei Nichtigkeitsbeschwerden gegen Erkenntnisse des Obergerichts in zweiter Instanz erfolgen die unter Nr. 15 bezeichneten Tarife.

#### Bemerkung.

Für Erkenntnisse auf begründete Nichtigkeitsbeschwerden wird keine Sportel berechnet. Wird durch die Entscheidung des Cassationshofes das frühere Verfahren als nichtig beseitigt und ohne Abgabe eines Erkenntnisses in der Sache selbst die Einleitung eines neuen Verfahrens verfügt, so sind auch für diejenigen Erkenntnisse der untern Instanzen keine Sporteln zu berechnen, welche demnachst an die Stelle der cassirten gesetzt werden.

#### 2. Für Erkenntnisse auf selbstständige Anträge.

18) Für Erkenntnisse über selbstständige Anträge, welche nach der Proceßordnung wie Klagen zu behandeln sind (Anträge auf Edition von Urkunden, Arestanlage, Beweisannahme zum ewigen Gedächtnisse, Ableistung des Manifestationseides u. dgl.), wird, auch wenn diese Anträge als Incidentpunkte in einem anhängigen Rechtsstreite angebracht sind, in allen Instanzen nur ein Drittel der für Erkenntnisse auf Klagen (vergl. 1. A. B. C.) ausgeworfenen Taren berechnet, dieser Betrag aber auch dann erhoben, wenn das Erkenntniß über derartige Incidentpunkte gleichzeitig mit dem Haupterkenntnisse erfolgt.

Der eben gedachte Satz wird gleichmäßig auch dann berechnet, wenn die vorhin erwähnten Anträge ohne Erkenntniß zu Gunsten des Antragstellers erledigt werden.

Die Bemerkungen bei Nr. 1. A. B. C. finden auch hier Anwendung.

#### 3. Für sofort abweisende Bescheide.

19) Für Bescheide, durch welche ohne vorgängiges Verfahren Klagen, selbstständige wie Klagen zu behandelnde Anträge (vergl. Nr. 18) oder Rechtsmittel sofort abgewiesen werden, erfolgt

- a) in Sachen bis 50 Rthlr. ein Viertel der Erkenntniß-Taxe unter 1. A.  
b) in Sachen von 50 bis 500 Rthlr. ein Sportellatz von . . . . . 1 Rthlr.  
c) in Sachen über 500 Rthlr. ein Sportellatz von . . . . . 2 »

#### 4. Vollstreckungs-Instanz.

- 20) Für den Bescheid, durch welchen die Hülfsvollstreckung verfügt wird:  
a) wenn die beizutreibende Summe 5 Rthlr. nicht übersteigt . . . . . — Rthlr. 2 Ggr.  
b) über 5 bis 10 Rthlr. . . . . » 4 »  
c) über 10 bis 20 Rthlr. . . . . » 8 »  
d) über 20 bis 35 Rthlr. . . . . » 12 »  
e) über 35 bis 50 Rthlr. . . . . » 16 »  
f) über 50 bis 200 Rthlr. . . . . 1 » — »  
g) über 200 bis 500 Rthlr. . . . . 2 » — »  
h) über 500 bis 2500 Rthlr. . . . . 3 » — »  
i) über 2500 bis 10,000 Rthlr. . . . . 4 » — »  
k) über 10,000 Rthlr. . . . . 5 » — »  
21) Für den Bescheid, durch welchen der Antrag auf Hülfsvollstreckung ohne vorgängiges Verfahren sofort abgewiesen wird, erfolgt ein Viertel vorstehender Taxe.  
22) Für Erkenntnisse im Vollstreckungsverfahren finden in allen Instanzen die unter 1. 2. für Erkenntnisse auf selbstständige Anträge ausgeworfenen Taxen Anwendung.

#### 5. Concursverfahren.

- 23) Für das Concursverfahren im Allgemeinen, einschließlich der Verfügung, durch welche die Eröffnung des Concurses erkannt wird und des etwaigen Distributions-Bescheides, ist bei Vertheilung der Masse und nach

Maßgabe ihres Gesamtbetrages die einfache Sportel für Erkenntnisse erster Instanz zu erheben (vergl. 1. A. und B.)

Für die sonst im Concursverfahren vorkommenden Erkenntnisse und sofort abweisenden Bescheide erfolgen die Taxen unter Nr. 1. 1, 2 und 3.

#### 6. Adjudicationschein.

- 24) Für Adjudicationscheine, neben dem zu verwendenden Stempel:  
a) wenn der Kaufpreis 50 Rthlr. nicht übersteigt . . . . . — Rthlr. 16 Ggr.  
b) über 50 bis 200 Rthlr. . . . . 1 » — »  
c) über 200 bis 500 Rthlr. . . . . 2 » — »  
d) über 500 bis 2500 Rthlr. . . . . 3 » — »  
e) über 2500 bis 10,000 Rthlr. . . . . 4 » — »  
f) über 10,000 Rthlr. . . . . 5 » — »

#### 7. Depositengebühr.

- 25) Ein halbes Procent vom Werthe des Depositums, jedoch nur in so fern, als dasselbe nicht in den gesetzlich zulässigen, vom Herzogl. Leihhause zu benutzenden Münzsorten (§. 4 des Gesetzes vom 7. März 1842, Nr. 63) besteht.

Bei Depositen unter 20 Rthlr., so wie bei den von sportelfreien Personen eingezahlten Depositen, wird überall keine Depositengebühr erhoben.

Für den Depositenschein werden nur Schreib- und Siegelgebühren berechnet.

Allgemeine Bemerkung zu Nr. 1. 1 bis 7.

Der geringste Sportellatz ist stets wenigstens 2 Ggr.; alle höheren Sportellätze müssen mit dieser Summe theilbar sein; etwaige Bruchtheile werden nicht berechnet.

## II. Gerichts = Nebengebühren, für die Staats = Cassé zu berechnen.

- 26) Versiegelungen und Entseigelungen
- a) bei den Kreisgerichten . . . 1 Rthlr. 8 Ggr.
  - b) bei den Amts- und Stadtgerichten in allen zu ihrer Competenz (Gesetz vom 21. August 1849) gehörigen Streitfachen . . . — " 16 "
- Einstweilige Ver- und Entseigelungen geschehen unentgeltlich.
- 27) Inventuren, und zwar für das Geschäft, selbst wenn dasselbe mehrere Tage in Anspruch nimmt,
- a) bei einer Masse bis zu 200 Rthlr. — Rthlr. 16 Ggr.
  - b) über 200 bis 500 Rthlr. . . 1 " 8 "
  - c) über 500 bis 2500 Rthlr. . . 2 " 16 "
  - d) über 2500 bis 10,000 Rthlr. . . 4 " — "
  - e) über 10,000 Rthlr. . . 6 " — "
- 28) Auktionsgebühr und Gebühr für den Verkauf abgepfändeter Sachen, gegen Besorgung aller dem Auctionator obliegenden Geschäfte:
- a) bei Pretiosen, Staatspapieren oder sonst mit Leichtigkeit zu verkaufenden Gegenständen, z. B. Holz: 1 Procent,
  - b) bei anderen Gegenständen: 6 Pf. vom Thaler.
- Die Auktionsgebühr darf nie unter 12 Ggr. herabsinken.
- 29) Siegelgebühr für Besiegelung von Erkenntnissen, Urkunden, oder beglaubigten Abschriften:
- a) beim Obergerichte . . . 4 Ggr.
  - b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . 2 "
- Für Beifügung der executorischen Clausel erfolgen, wenn sie nachgetragen wird, nur Schreib- und Siegelgebühren.

- 30) Beglaubigung bei allen Gerichten für den Bogen . . . 2 Ggr.
- Beglaubigungen finden nur statt, wenn die Partei sie verlangt, oder das Gericht dieselben in den Fällen, wo solche nothwendig, verfügt.
- Beglaubigungen sind stets zu besiegeln.
- 31) Für die Auffuchung und Vorlegung alter, d. h. länger als 10 Jahr reponirter Acten:
- a) beim Obergerichte . . . 1 Rthlr. — Ggr.
  - b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . — " 12 "
- 32) Für Einsicht der Acten
- a) beim Obergerichte . . . 16 Ggr.
  - b) bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . 8 "
- Die Gebühren unter Nr. 31 und 32 erfolgen nur einmal für die Auffuchung resp. Einsicht der Haupt- und aller damit combinirten Acten.
- 33) Für Einsendung von Acten an ein anderes Gericht, wenn solche auf unmittelbaren Antrag einer Partei oder deren Anwalts behuf deren Einsicht erfolgt:
- a) vom Obergerichte . . . 1 Rthlr. — Ggr.
  - b) von den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten . . . — " 12 "
- Diese Gebühr findet nicht statt, wenn die Acten-Einsendung in Folge der Bestimmungen der Proceßordnung (z. B. bei Berufungen) resp. eines Auftrages oder einer Requisition der Gerichte geschieht.
- 34) Zufertigungsgebühr und zwar:
- a) für Behändigung einer Verfügung, in so fern damit die Aufstellung einer Zufertigungs-Bescheinigung an den Gegner verbunden ist, einschließlich der letztern und ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes oder darauf, ob im Auftrage eines höhern Gerichts gehandelt wird:



- a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . 4 Ggr.
- β) bei den Kreisgerichten . . . . . 8 „
- γ) bei dem Obergerichte . . . . . 12 „
- b) für Behändigung einer mit Ertheilung der Zusagebescheinigung an den Gegner nicht verbundenen Verfügung, Vorladung von Auskunftspersonen u., für jede Behändigung oder Ladung:
  - a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . 1 Ggr.
  - β) bei den Kreisgerichten . . . . . 2 „
  - γ) bei dem Obergerichte . . . . . 3 „

Ist in dem Falle unter a die Verfügung (z. B. bei subjectiver Klagenhäufung) mehrrer Personen zu insinuiren, so wird nur für eine Insinuation die unter a, für jede weitere Insinuation aber die unter b bezeichnete Gebühr berechnet.

- 35) Für Vollstreckung eines Personalarrestes . . . . . 1 Rthlr. — Ggr.
- Für die Aufsicht während dessen Dauer täglich . . . . . — „ 6 „
- 36) Schreibgebühr bei allen Gerichten für den Bogen zu 24 Zeilen auf der Seite und in jeder Zeile 30 Buchstaben, wobei indeß ein theilweis beschriebener Bogen für voll gilt . . . . . 2 Ggr.

### III. Diäten und Reisekosten, welche dem betreffenden Beamten überwiesen werden.

- 37) Diäten für auswärtige Termine:
  - a) den Directoren, Richtern und Staatsanwälten bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten täglich . . . 1 Rthlr. 8 Ggr.
  - b) den Secretairen und sonstigen Protocollführern . . . . . — „ 16 „
  - c) den Gerichtsunterbedienten . . . . . — „ 8 „

#### Anmerkungen.

- a) In Streitsachen, deren Gegenstand den Werth von

- 20 Rthlr. nicht übersteigt, sind auswärtige Termine nur von dem Richter, oder, so weit es zulässig, von dem Secretair allein abzuhalten und passiert dafür ein Diätensatz von . . . 16 Ggr.
- b) Für jede Nacht der Abwesenheit wird jedem der unter Nr. 37 a und b bezeichneten Beamten außerdem 1 Rthlr. und bei jeder Uebernachtung in Braunschweig 2 Rthlr. vergütet.
- c) Die Gerichtsunterbedienten erhalten Diäten nur alsdann, wenn sie außerhalb ihres Wohnortes selbstständig Auctionen, oder den Verkauf abgepfändeter Sachen, oder Inventuren besorgen, oder bei diesen Geschäften, sowie bei Ver- und Entfesselungen dem Richter oder Secretair Hülfe zu leisten haben.
- 38) Reisekosten des Gerichts zu auswärtigen Terminen: für jede sowohl auf der Hin- als auf der Rückreise zurückgelegte Postmeile 18 Ggr.

#### Bemerkungen.

- a) Für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt.
- b) Bei größeren Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu einer halben Meile einschließlich für eine halbe Meile, wenn er aber eine halbe Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet.
- c) Wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solchen Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttare, oder die Eisenbahntare zweiter Classe zu berechnen.
- d) Wird die Reise zu Wagen gemacht, so sind die Reisekosten dem den Termin leitenden Richter, gegen die Verpflichtung, für den angemessenen Transport des übrigen Gerichtspersonals mit zu sorgen, allein zu

überweisen, sonst aber zwischen dem betheiligten Richter und Protocollführer resp. Staats-Anwälte gleichmäßig zu theilen.

- e) Sind die Transportkosten mit dem unter Nr. 38 ausgeworfenen Betrage nicht zu bestreiten, so passiert, gegen specielle Nachweisung, der wirklich verausgabte höhere Satz.
- f) Bei auswärtigen Auctionen sind die Diäten des Secretairs oder Unterbedienten von der gesetzlichen Auctionsgebühr vorweg zu nehmen, die Reisekosten des Secretairs aber von der Partei neben letzter zu zahlen.

Bei Inventuren, Versiegelungen und Entseigelungen hat die Partei neben der gesetzlichen Gebühr sowohl die Reisekosten als Diäten zu entrichten.

- g) Inventuren und Auctionen unter 200 Rthlr. sind in der Regel den Unterbedienten zu übertragen.

#### IV. Gebühren der Auskunftspersonen bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten.

##### 39) An Zeugengebühr:

- a) zur Entschädigung für Versäumnis und Zehrung, wenn die Zeugen solche verlangen, dem Stande derselben gemäß nach dem Ermessen des Gerichts täglich bis zu 1 Rthlr.

##### b) An Reisekosten:

- a) wenn die Zeugen den Weg zu Fuße machen: bis zu einer halben Meile incl. des Rückweges nach dem Ermessen des Gerichts bis zu 4 Ggr., über eine halbe Meile und für jede ganze Meile nach dem Ermessen des Gerichts bis zu 6 Ggr.;

- β) können dieselben ihrem Stande nach, auch Alters und Schwachheitswegen, auf Reiten oder Fahren Anspruch machen, so erhalten sie die deshalb verwandten Kosten nach Billigkeit ersetzt.

#### 40) An Gebühren der Sachverständigen werden berechnet:

- a) für jeden Tag des Geschäfts 16 Ggr. bis 1 Rthlr.;
- b) für Reise- und Zehrungskosten, wie bei den Zeugen;
- c) für Abfassung des Gutachtens, wenn solches nicht förmlich zu Protocoll genommen werden kann und von ihnen schriftlich eingereicht wird, 12 Ggr. bis 1 Rthlr.

Für außerordentliche Fälle bleibt den Gerichten eine höhere Bestimmung der Sätze unter dieser Nummer den Umständen nach überlassen.

#### V. Baare Auslagen des Gerichts,

- 41) als Porto, Insertionskosten etc., sind ihrem Betrage nach von der betreffenden Partei zu vergüten.

#### Anhang.

#### VI. Sporteln bei Erledigung von Requisitionen nicht Braunschweigischer Gerichte.

Bei Requisitionen nicht Braunschweigischer Gerichte sind für deren Erledigung außer den unter Nr. I. bis V. verzeichneten Sporteln, Gebühren und Auslagen zu erheben:

#### 42) Für die Vernehmung jedes Zeugen oder Sachverständigen, oder einer Partei:

- a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . 4 Ggr.
- b) bei den Kreisgerichten . . . . . 8 "

#### 43) Für Mittheilungen von Acten:

- a) bei den Amts-, Stadt- und Kreisgerichten . . . . . 12 "
- b) bei dem Obergerichte . . . . . 1 Rthlr.

#### 44) Für jeden Anschlag und dessen Abnahme, einschließlich der Documentirung:

- a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . 4 Ggr.
- b) bei den Kreisgerichten . . . . . 8 "
- c) beim Obergerichte . . . . . 12 "

45) Für eine Arrestanlage:

- a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . 6 Ggr.  
b) beim Kreisgerichte . . . . . 12 "

46) Für jeden außerhalb der Gerichtsstelle abzuhaltenden Termin:

- a) bei den Amts- und Stadtgerichten . . . . . — Rthlr. 16 Ggr.  
b) bei den Kreisgerichten . . . . . 1 " 8 "

Anlage II.

(Zu §. 402.)

Gebühren Tage

für

die Anwälte und Sachführer.

Erster Abschnitt.

Gebühren.

1. Abtheilung.

Taxe in Civilproceßsachen bei den Amts- und Stadtgerichten.

1. Für die Durchführung der ganzen Sache, mit Ein-  
schluß der einheimischen Termine, jedoch ausschließlich  
der Rechtsmittel, auswärtigen Termine und der Exe-  
cutionsinstanz bis 5 Rthlr. . . . . 12 Ggr.  
über 5 Rthlr. bis 10 Rthlr. . . . . 1 Rthlr.  
über 10 Rthlr. bis 20 Rthlr. . . . . 2 Rthlr.  
über 20 Rthlr. bis 35 Rthlr. . . . . 3 Rthlr.  
über 35 Rthlr. bis 50 Rthlr. . . . . 4 Rthlr.
2. Für jede mündliche Hauptverhandlung in der Ver-  
fugungsinstanz:
  - a. wenn der Werth der Beschwerde 20 Rthlr. nicht  
übersteigt . . . . . 1 Rthlr.
  - b. wenn der Werth der Beschwerde 20 Rthlr., jedoch  
nicht 50 Rthlr. übersteigt . . . 1 Rthlr. 12 Ggr.
  - c. wenn der Werth der Beschwerde 50 Rthlr. über-  
steigt . . . . . 2 Rthlr.

- 3) Wird die Sache vor dem ersten Termine oder in demselben durch Vergleich vor der Verhandlung durch Zugeständniß oder einen Contumacialantrag beendet bis 5 Rthlr. . . . . 12 Ggr.  
 über 5 Rthlr. bis 10 Rthlr. . . . . 16 Ggr.  
 über 10 Rthlr. bis 20 Rthlr. . . . . 1 Rthlr.  
 über 20 Rthlr. bis 35 Rthlr. . . . 1 Rthlr. 12 Ggr.  
 über 35 Rthlr. bis 50 Rthlr. . . . . 2 Rthlr.
- 4) Hört das Mandat des Sachführers oder Anwalts vor der Beendigung der Sache aus irgend einem Grunde auf, so hat, in Ermangelung einer gültigen Vereinbarung, das Gericht nach billigem Ermessen über das Deservit des Anwaltes zu entscheiden.
- 5) Widerklagen und Interventionen werden wie selbstständige Klagen behandelt. Gelangt die Sache, in Folge einer der Competenz des Amts- oder Stadtgerichts übersteigenden, gleichzeitig mit der Hauptklage zu verhandelnden Widerklage, an ein anderes Gericht, so findet für den ganzen Proceß die bei diesem geltende Taxe statt.
- 6) Für Contumacialanträge und diesen ähnliche, sowohl wider den Gegner als auch wider die eigene Partei, jedoch mit Ausnahme der Anträge in der Executionsinstanz (vgl. Nr. 8), mögen sie schriftlich oder in einheimischen Terminen eingebracht werden, ohne Rücksicht auf den Werth des Streitgegenstandes 6 Ggr.  
 Zu denselben werden auch diejenigen Proceßhandlungen gerechnet, welche einem ganzen Proceßabschnitte angehören, in dessen Kosten die Gegenpartei verurtheilt ist.
- 7) Für auswärtige Termine in allen Sachen über 20 Rthlr. bis 50 Rthlr., sowie in Sachen puncto stupri, einschließlich der Diäten und Versäumniß, (Reisekosten nach Nr. 27), jedoch vorbehaltlich der Bestimmungen in §. 403 der Proceß-Ordnung . . . . 1 Rthlr.

- a. Nur für solche Termine, in denen die Gegenwart der Partei oder des Sachführers resp. Anwalts nothwendig ist, passiert eine Vergütung. Unbedingt als solche gelten: Termine zur Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen, zur Einnehmung des Augenscheins, zur Ableistung von Eiden, zum Versuche der Güte, wenn sie im Laufe des Verfahrens ausdrücklich zu diesem Zwecke angelegt werden, endlich solche Termine, wobei das Gericht die Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts ausdrücklich verlangt.
- b. In allen anderen Fällen hat das Gericht über die Nothwendigkeit der Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts zu entscheiden.
- c. Die eigene Partei, welche die Anwesenheit des Sachführers oder Anwalts in einem Termine ausdrücklich fordert, hat für denselben die Gebühr und die Reisekosten, wie für einen nothwendigen, zu vergüten.  
 Zeugnet die Partei die Anforderung, so genügt die desfallsige Versicherung des Sachführers oder Anwalts auf seinen Dienst.
- d. Hat derselbe Sachführer oder Anwalt gleichzeitig mehrere Termine vor demselben auswärtigen Gerichte oder an demselben Orte, so passiert die unter 7 berechnete Gebühr für jeden besonders, die Reisekosten werden auf alle vertheilt. *f. H. 27. 6. 3.*
- 8) Für die Executionsinstanz die Hälfte des Betrages ad 1.
- 9) Procuraturgebühren. Wenn die Bestellung eines Ortsprocurators erforderlich ist, so erhält dieser:
- a. wenn er dem Stande der Anwälte oder Advocaten angehört, die Hälfte des Betrages ad 1, woneben er für abgewartete Termine oder sonstige Geschäfte nichts weiter berechnet.
- b. außerdem für jeden Monat, worin Etwas geschieht bis 5 Rthlr. . . . . 2 Ggr.

über 5 Rthlr. bis 10 Rthlr. . . . .	2 Ggr.
über 10 Rthlr. bis 20 Rthlr. . . . .	2 Ggr.
über 20 Rthlr. bis 35 Rthlr. . . . .	3 Ggr.
über 35 Rthlr. bis 50 Rthlr. . . . .	3 Ggr.

Der Anwalt oder Sachführer erhält die andere Hälfte ad 1 und die besonders zu honorirenden Gebühren (ad 2, 3).

- 10) Wenn in den vor die Amts- und Stadtgerichte gehörigen Sachen der Werth des Streitgegenstandes 50 Rthlr. übersteigt (Besitzstörungen, Arrestklagen und Anträge, Sachen in puncto stupri und Anträge aus executorischen Erkenntnissen oder Urkunden), so finden die nach der Höhe des Werths bei den Kreisgerichten geltenden Taxen Anwendung (vgl. jedoch wegen der Termine Nr. 7).
- 11) Handeln die Amts- und Stadtgerichte in Folge einer von einem höheren Gerichte an sie ergangenen Commission oder Requisition, so findet für den Sachführer oder Anwalt dieselbe Taxe statt, als wenn er vor dem Kreisgerichte aufträte.
- 12) In Sachen, deren Durchführung mit besondern Schwierigkeiten verbunden ist, kann nach dem Ermessen des Amts- oder Stadtgerichts, die von den Kreisgerichten in Sachen von 50 bis 100 Rthlr. stattfindende Taxe zugelassen werden, welches jedoch auf desfalligen Antrag sofort in einem Decrete ausdrücklich auszusprechen ist.
- 13) Findet in Folge einer Klage, deren Gegenstand zur Competenz des Amts- oder Stadtgerichts gehört, die Subhastation eines Grundstücks statt, so werden, wenn der Werth des Grundstücks die Competenzsumme jener Gerichte übersteigt, nach Maßgabe dieses Werthes, die vorkommenden Handlungen der Sachführer oder Anwälte nach der Taxe der Kreisgerichte taxirt.

Bemerkung 1. Die in dieser Abtheilung ausgeworfenen Taxen sind nur recipirte Advocaten und Anwälte den Parteien gegenüber berechtigt zu fordern; anderweite Bevollmächtigte haben nur Anspruch auf den Ersatz der baaren Auslagen und auf die unter Nr. 9 b. aufgeführten Procuraturgebühren.

Bemerkung 2. Gegen alle Verfügungen der Amts- und Stadtgerichte, welche die Festsetzung von Kosten und die vorstehenden Taxen überhaupt (vgl. auch Nr. 12) betreffen, findet ein Recurs an das vorgesetzte Kreisgericht statt. Für die Verhandlungen und Anträge in der Recursinstanz sind so wenig Gerichts- als Anwaltsgebühren zu berechnen.

## 2. Abtheilung.

Taxe in Civilprocessen bei den höheren Ge-

richtern. *Nr. 58. Gek. 3. Dec. 1855.*

### A. Anwaltsgebühren.

#### 14) Für Information:

- a. bei Uebnahme des Processus bis 200 Rthlr. einschließlich . . . . . 1 Rthlr.
- über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschf. . . . . 2 Rthlr.
- über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr. . . . . 3 Rthlr.
- über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr. . . . . 5 Rthlr.
- über 10,000 Rthlr. . . . . 10 Rthlr.
- b. hat sich der Anwalt gleichzeitig in Bezug auf einen Beweis oder Gegenbeweis durch Zeugen, Sachverständige, Augenschein oder Urkunden instruiren müssen, so wird außerdem in allen Sachen, mit Ausnahme der Executiv- und Wechselfachen, noch die Hälfte des unter a. ausgeworfenen Satzes zugebilligt.

#### Bemerkungen.

- A. Diese Posten umfassen alle Bemühungen, die der Anwalt behuf der Information übernimmt, namentlich

die Einsicht und Extrahirung gerichtlicher und anderer Vor- und Hülfssacten, Urkunden und Rechnungsbücher, die Conferenzen und Correspondenzen. Ist eine Widerklage erhoben, so wird diese Gebühr für das ganze Verfahren nur einmal, bei Interventionen aber für eine jede einzelne nach deren Gegenstande berechnet.

Ueber die Information hat der Anwalt ein Protocoll aufzunehmen und auf Erfordern dem Gerichte vorzulegen.

- B. Haben jedoch in weiltläufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Information und die gewöhnlich damit verbundenen Bemühungen behuf der Aufklärung, Feststellung und Nachweisung des Thatbestandes einen solchen Aufwand von Zeit erfordert, daß in den obigen Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Anwalt ausserdem von seiner eigenen Partei ein nach Wichtigkeit, Schwierigkeit und Umfang der verrichteten Arbeiten von ihm zu bestimmendes Honorar fordern. Wird wegen Festsetzung der Höhe desselben von Seiten der Partei die Festsetzung durch den Richter erforderlich, so hat dieser zuvörderst auf Antrag des Anwalts die Güte angelegentlich zu versuchen, wenn solche aber nicht erreicht wird, das Honorar in einer Summe festzusetzen, dabei nach billigem Ermessen zu verfahren und sowohl die Partei gegen übertriebene Ansprüche als den Anwalt gegen die Schmälerung eines anständigen Honorars für seine Bemühungen zu schützen.

- C. Die Gegenpartei hat immer nur die unter 14 a u. b bezeichneten regelmäßigen Sätze zu erstatten.

- 15) Procuraturgebühr. Für Einsendung der Bescheide, Führung der Manualacten, Extrahirung der Deservitenrechnungen, Correspondenzen und solche Conferenzen, welche sich nicht auf die Information, sowie

für sonstige Arbeiten und Bemühungen, die sich auf den Proceßbetrieb beziehen, monatlich  
 bis 200 Rthlr. einschließlich . . . . . 4 Ggr.  
 über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschl. . . . . 4 Ggr.  
 über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr. . . . . 4 Ggr.  
 über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr. . . . . 6 Ggr.  
 über 10,000 Rthlr. . . . . 6 Ggr.

#### Bemerkungen.

- A. Die Procuraturgebühr beginnt mit der ersten gerichtlichen Handlung und hört mit der letzten auf. Ruht die Sache 6 Monate und länger, so wird für diese ganze Zeit des Stillstandes nur ein dreimonatiger Betrag entrichtet.
- B. Wenn neben dem, am Sitze des zuständigen Gerichts bestellten Anwalte ein auswärtiger Anwalt mit der Instruirung des Processus und der Aufertigung der Proceßschriften beauftragt ist, so erhält der Erste, in Ermangelung einer gültigen Vereinbarung, die ganze Procuraturgebühr, von der Gebühr für Information (Nr. 14 a. b.) aber jedenfalls die Hälfte.
- C. So lange die Sache ausschließlich in einer Instanz bei einem oberen Gerichte anhängig ist, fällt die Procuraturgebühr bei dem Gerichte der untern Instanz ganz weg.

In Ermangelung einer desfalligen besondern Vereinbarung erhält in diesem Falle der bei dem oberen Gerichte bestellte Anwalt die ganze Procuraturgebühr.

Für alle in die Positionen 14 und 15 einschlagenden Bemühungen und Arbeiten darf, mit alleiniger Ausnahme der nach der desfalligen Tare zu vergütenden nothwendigen oder von der Partei verlangten oder genehmigten Reisen, nichts weiter besonders berechnet werden.

- 16) Termine erster Gattung, das heißt solche, in denen merita causae verhandelt werden und wenn diese Gegenstand des Termins sind:
- |  |                  |
|--|------------------|
| bis 200 Rthlr. einschließlich            | 16 Ggr.          |
| über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschlt. | 1 Rthlr.         |
| über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.          | 1 Rthlr. 12 Ggr. |
| über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.       | 2 Rthlr.         |
| über 10,000 Rthlr.                       | 3 Rthlr.         |

Wenn ein solcher Termin

- über 2 Stunden dauert, oder
- außerhalb des gewöhnlichen Gerichteslocals abgehalten, oder
- die Güte in demselben oder in Folge desselben erreicht wird,

so kann berechnet werden:

bis 200 Rthlr. einschließlich	1 Rthlr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschlt.	1 Rthlr. 16 Ggr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	2 Rthlr. 8 Ggr.
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	3 Rthlr.
über 10,000 Rthlr.	4 Rthlr.

- 17) Termine zweiter Gattung, nämlich alle nicht zu den Terminen erster Gattung gehörige, so wie für den Anwalt, welcher keine merita causae zu verhandeln hat oder verhandelt:

bis 200 Rthlr. einschließlich	12 Ggr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschlt.	16 Ggr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	16 Ggr.
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	1 Rthlr.
über 10,000 Rthlr.	1 Rthlr.

Die Gebühr für diese Termine wird erhöht auf:

bis 200 Rthlr. einschließlich	16 Ggr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschlt.	1 Rthlr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	1 Rthlr. 12 Ggr.
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	2 Rthlr.
über 10,000 Rthlr.	3 Rthlr.

- wenn dieselben außerhalb des gewöhnlichen Gerichteslocals stattfinden, oder
- über 2 Stunden dauern, oder
- die Güte in denselben oder in Folge derselben erreicht wird.

Allgemeine Bestimmungen rücksichtlich beider Gattungen von Terminen.

A. Citations- und Liquidations-Termine werden rücksichtlich des Anwalts des Extrahenten nach den Sätzen unter Nr. 16, rücksichtlich der Anwälte sonstiger Interessenten dagegen nach den Sätzen unter Nr. 17 tarirt.

Die Classe wird nach der citirten oder liquidirten Summe berechnet.

B. Der Anwalt, welcher in einem Termine außer Vorträgen, die zur ersten Gattung gehören, auch noch solche macht, die zur 2. Gattung zu rechnen sind, kann dennoch nur die Gebühr für einen Termin 1. Gattung berechnen.

Gleichmäßig darf ein Anwalt, der in einem Termine zugleich als Advocat auftritt, nur die Advocatur-Gebühr und wenn er in demselben neben einem Advocaten auftritt, nur die Gebühr für einen Termin 2. Gattung berechnen.

18) Schriften erster Gattung. Für den Bogen, die Seite zu 24 Zeilen und 30 Buchstaben die Zeile, in allen Instanzen: *Ne. 4. 12. 18. 24. 30. 36. 42. 48. 54. 60. 66. 72. 78. 84. 90. 96. 102. 108. 114. 120. 126. 132. 138. 144. 150. 156. 162. 168. 174. 180. 186. 192. 198. 204. 210. 216. 222. 228. 234. 240. 246. 252. 258. 264. 270. 276. 282. 288. 294. 300. 306. 312. 318. 324. 330. 336. 342. 348. 354. 360. 366. 372. 378. 384. 390. 396. 402. 408. 414. 420. 426. 432. 438. 444. 450. 456. 462. 468. 474. 480. 486. 492. 498. 504. 510. 516. 522. 528. 534. 540. 546. 552. 558. 564. 570. 576. 582. 588. 594. 600. 606. 612. 618. 624. 630. 636. 642. 648. 654. 660. 666. 672. 678. 684. 690. 696. 702. 708. 714. 720. 726. 732. 738. 744. 750. 756. 762. 768. 774. 780. 786. 792. 798. 804. 810. 816. 822. 828. 834. 840. 846. 852. 858. 864. 870. 876. 882. 888. 894. 900. 906. 912. 918. 924. 930. 936. 942. 948. 954. 960. 966. 972. 978. 984. 990. 996. 1000.*

bis 200 Rthlr. einschließlich	16 Ggr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschlt.	1 Rthlr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	1 Rthlr.
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	1 Rthlr. 12 Ggr.
über 10,000 Rthlr.	2 Rthlr.

Zu den Schriften 1. Gattung gehören solche, die merita causae enthalten, also z. B. Klage, Intervention, Provocation, Irisdenunciation, Arrestantrag, Exceptions-schrift, Replik, Duplik, Beweis- und Gegenbeweisschrift,

Einführung der Beschwerden in der Instanz der Rechtsmittel, Beschwerdeschriften, Anträge auf provisorische Verfügungen u. s. w.

19) *Schriften zweiter Gattung.* Für den Bogen zu 24 Zeilen und 30 Buchstaben die Zeile, in allen Instanzen:

bis 200 Rthlr. einschließlich	12	Ggr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschl.	16	Ggr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	16	Ggr.
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	1	Rthlr.
über 10,000 Rthlr.	1	Rthlr.

Zu den Schriften 2. Gattung gehören z. B. einfache Erklärungen und Gegenerklärungen, Gesuche und Anzeigen, Vollmachten, Verhandlung nur verzögerlicher Einreden, Allegationen der Rechtskraft, Einlegung und Entsagung von Rechtsmitteln, Kostenrechnungen, Verhandlungen in der Liquidationsinstanz, Rechnungsablagen u. s. w.

Für die gewöhnliche Proceßvollmacht:

bis 200 Rthlr. einschließlich	6	Ggr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschl.	6	Ggr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	6	Ggr.
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	6	Ggr.
über 10,000 Rthlr.	6	Ggr.

### Allgemeine Bemerkungen zu dieser Abtheilung.

A. Ist eine Widerklage angestellt, deren Object höher ist als das der Hauptklage, so wird die Classe der Taxe nach jener, sonst allein nach dieser für den ganzen Proceß bestimmt.

B. Die Gebühren für jede Schrift sind unmittelbar unter derselben zu liquidiren und die Gerichte sind befugt und verpflichtet, die obigen Ansätze zu ermäßigen, wenn in den Schriften ungehörige oder ungebührliche Weißschweifigkeiten oder Rechtsausführungen enthalten sind. Jedoch muß der Grund, so wie der Betrag des Abzuges an der

regelmäßigen Gebühr angegeben werden. Geschieht dies nicht, so kommen die obigen Ansätze unbedingt zur Anwendung.

Gegen solche Ermäßigungen findet wie bei Nr. 13 ein kostenfreier Recurs an das Obergericht, bei dem Obergerichte an einen nicht theilhabenden Senat statt.

Für die Verhandlungen in der Recursinstanz sind weder Gerichts- noch Anwalts-Gebühren zu berechnen.

C. Bei Berechnung der Bogenzahl kommt für eine einzelne Seite, auch wenn sie nicht vollgeschrieben ist, ein Viertel des Betrages für den Bogen zur Berechnung, auch kann das Honorar für eine Schrift nicht unter die Gebühr für einen halben Bogen sinken.

D. Für Einreden, Replik- und Duplikatschriften darf der Regel nach das Honorar nicht über 2 Bogen hoch berechnet und zugebilligt werden. Eine Ausnahme findet nur statt, wenn die Verwicklung des Rechtsfalles oder der Umfang des Proceßmaterials den größeren Umfang derartiger Schriften rechtfertigt.

E. Legt ein Anwalt vor Beendigung des Rechtsstreits sein Mandat nieder, so hat das Gericht, falls Differenzen über die Größe der demselben zukommenden Informationsgebühr zwischen ihm und der eigenen Partei entstehen, diese Gebühr auf Antrag des einen oder andern Theils nach Billigkeit festzusetzen.

### B. Advocaturgebühren. *Nr. 58. J. 3. h. 1851.*

20) Für die mündliche Hauptverhandlung

1) bei den Kreisgerichten:

a. in Executiv- und Wechselsachen bis 200 Rthlr. einschließlich	1	Rthlr.	8	Ggr.
über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr.	1	Rthlr.	16	Ggr.
über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr.	4	Rthlr.		
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr.	5	Rthlr.		
über 10,000 Rthlr.	6	Rthlr.		



- b. in allen übrigen Sachen bis 200 Rthlr. einschließlich
- |  |
|--|
| 2 Rthlr.   |
| über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. . . . . 4 Rthlr.  |
| über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr. . . . . 6 Rthlr. |
| über 2500 bis 10,000 Rthlr. . . . . 8 Rthlr.     |
| über 10,000 Rthlr. . . . . 10 Rthlr.             |
- c. bei Streitpunkten unter 50 Rthlr., ohne Rücksicht auf die Proceßart, stets . . . 1 Rthlr. 8 Ggr.

2) bei dem Obergerichte und dem Cassationshofe:

- 10. 3. 10. 1881.*
- in allen Sachen, ohne Unterschied der Proceßart, bis 200 Rthlr. einschließlich . . . . . 3 Rthlr.
- |  |
|--|
| über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. . . . . 6 Rthlr.      |
| über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr. . . . . 9 Rthlr.     |
| über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr. . . . . 12 Rthlr. |
| über 10,000 Rthlr. . . . . 15 Rthlr.                 |

Hat in weiträufigen, besonders in verwickelten und verdunkelten Sachen die Vorbereitung für die mündliche Hauptverhandlung einen solchen Zeitaufwand erfordert, daß in den vorstehenden Ansätzen eine genügende Vergütung nicht gefunden werden kann, so darf der Advocat, in Ermangelung einer desfallsigen ausdrücklichen Verabredung, seinem Clienten gegenüber ein höheres Honorar berechnen und solches vom Gerichte genehmigt werden.

Entstehen in dieser Beziehung Differenzen, so haben die Gerichte nach der Bemerkung B. unter 14 zu verfahren.

(Recurs wie bei No. 19.)

- 21) Für die schriftliche Redaction der mündlichen Vorträge vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe bis 200 Rthlr. einschließlich . . . a Bogen 12 Ggr.
- |   |
|---|
| über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. . . . . 16 Ggr.  |
| über 500 Rthlr. bis 2500 Rthlr. . . . . 16 Ggr. |

- |   |
|---|
| über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr. . . . . 1 Rthlr. |
| über 10,000 Rthlr. . . . . 1 Rthlr.                 |
- (Vergl. Nr. 19.)

3. Abtheilung.

Taxe in Concurs-, insolventen Nachlasssachen und anderen gerichtlichen Vermögensverwaltungen.

I. Gebühren für die Verwaltung.

22) Für Information und Verwaltung.

- A. Wenn das Activvermögen veräußert werden kann und eine möglichst rasche und vortheilhafte Veräußerung desselben den Hauptzweck der Verwaltung bildet, mit Rücksicht auf den Gegenstand und auf die Schwierigkeit der Sache:

Bei einem Vermögen bis 500 Rthlr. 3 bis 4 Procent.

Bei einem größern Vermögen bis 10,000 Rthlr. einschließlich, von dem 500 Rthlr. übersteigenden Betrage 1 bis 2 Procent.

Von dem diese Summe übersteigenden Betrage  $\frac{1}{2}$  Procent.

- B. Wenn das Activvermögen nicht veräußert werden kann und eine möglichst vortheilhafte Verwaltung desselben der Hauptzweck ist, enthält der Verwalter ein mit den Interessenten zu vereinbarendes, in Ermangelung einer solchen Vereinbarung nach richterlichem Ermessen, unter Berücksichtigung des Umfanges und der Schwierigkeit der Verwaltung festzusetzendes jährliches Honorar.

- C. Kann die unter A. bezeichnete Actionsmasse wegen rechtlicher, von dem Verwalter nicht zu beseitigender Hindernisse ganz oder theilweise nicht sofort veräußert werden, so gebührt demselben, wenn solche vor der Veräußerung länger als ein Jahr

verwaltet werden muß, während der Dauer der Verwaltung ein nach dem Betrage des verwalteten Gegenstandes auf die unter B. bezeichnete Art festzustellendes Honorar.

- D. Hat die Masse theils die unter A., theils die unter B. bezeichneten Eigenschaften, so findet für jene die unter A., für diese die unter B. bezeichnete Vergütung statt.

Unter den Ansätze für Information und Verwaltung gehören: die Ermittlung und Feststellung des Activbestandes, Correspondenzen, Conferenzen, die Führung der Verwaltung und des Rechnungswesens, die Erhebung und Auszahlung von Geldern, die Assistenz bei Inventuren, Auktionen, Verpachtungen, überhaupt alle Geschäfte, die von einem geeigneten Verwalter ohne Rechtsbeistand verrichtet werden können.

Bedurfte aber ein solcher bei irgend einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Verwaltungshandlung oder Arbeit eines Rechtsbeistandes, so werden solche Bemühungen nach der entsprechenden Tare besonders vergütet.

Baare Auslagen, namentlich auch Diäten und Reisekosten, werden ebenfalls nach der Tare besonders vergütet.

#### Bemerkung.

Tritt der Verwalter von dem ihm übertragenen Amte vor der Beendigung der Sache zurück, so ist das ihm für Information und Verwaltung gebührende Honorar vom Gerichte nach Billigkeit festzusetzen.

Gegen die desfalligen Festsetzungen findet der Recurs an das obere Gericht nach Maßgabe der Bestimmungen unter Nro. 19 statt.

## II. Gebühren für den Concursanwalt.

- 23) Information über den Bestand der Passivmasse, sowie über angemeldete Forderungen wird mit Berücksichtigung des Umfangs und der Schwierigkeit des Geschäfts vergütet. (Civilproceßtare, Bemerk. B. zu Nro. 14.)
- 24) Procuraturgebühr (vergl. Civilproceßtare Nro. 15) im Ganzen, bei einer Passivmasse über 200 Rthlr. bis 500 Rthlr. einschließlich . . . . . 2 Rthlr.  
über 500 Rthlr. . . . . 3 Rthlr.  
über 2500 Rthlr. bis 10,000 Rthlr. einschl. 5 Rthlr.  
über 10,000 Rthlr. . . . . 10 Rthlr.

#### Bemerkung.

- 1) Tritt der Concursanwalt von dem ihm übertragenen Amte vor der Beendigung des Concurses zurück, so ist das ihm nach Maßgabe der vorstehenden Sätze gebührende Honorar vom Gerichte nach Billigkeit festzusetzen.

Ueber den Recurs gegen die desfalligen gerichtlichen Verfügungen gelten die unter Nro. 19 enthaltenen Bestimmungen.

- 2) Führt der Concursanwalt Prozesse im Interesse der Masse, so berechnet er dafür die Civilproceßtare, wie in jedem andern Prozesse. Sofern ihm aber die Masse die Kosten zu vergüten hat, fallen die Ansätze für Information und Procuraturgebühr weg.

## Zweiter Abschnitt.

### Auslagen.

- 25) Unmittelbare baare Auslagen aller Art, z. B. für Stempelpapier, Gerichtsgebühren, Porto, Boten-

lohn u. s. w. werden nach ihrem vollen Betrage ersetzt.

26) Copialien für den Bogen zu 24 Zeilen auf die Seite und in jeder Zeile 30 Buchstaben, wobei auch der nur theilweise beschriebene für voll gerechnet wird, 2 Ggr.

27) Reisen zu Terminen, wenn solche nothwendig (vergl. No. 7) oder von der Partei verlangt, oder von ihr genehmigt sind:

a. für den Transport, wenn solchen der Anwalt selbst besorgt hat, für jede sowohl auf der Hin-, als auf der Rückreise zurückgelegte Postmeile . . 18 Ggr.

α. für eine volle Meile darf auch dann berechnet werden, wenn die wirkliche Entfernung weniger beträgt;

β. bei größern Entfernungen wird, wenn außer den vollen Meilen noch ein Bruchtheil übrig ist, dieser bis zu  $\frac{1}{2}$  Meile einschließlic für  $\frac{1}{2}$  Meile, wenn er aber  $\frac{1}{2}$  Meile übersteigt, für eine volle Meile gerechnet;

γ. wird die Reise von einem Stationsorte der Post oder der Eisenbahn nach einem andern solcher Stationsorte gemacht, so ist nur die Posttare oder die Eisenbahntare zweiter Klasse zu berechnen. Hat nach der Versicherung des Anwalts dieser die Eisenbahn oder Post nicht benutzen können, so kommt die vorstehende Meilentare zur Anwendung;

b. für Versäumniß und Diäten wird vergütet, wenn die Hin- und Herreise, und zwar bei einer Reise auf der Eisenbahn mit Einschluß des Aufenthaltes auf den Bahnhöfen, dauerte:

α. bis zu drei Stunden, à Stunde . . 16 Ggr.

β. bis zu sechs Stunden oder einen ganzen Tag 3 Rthlr.

1) Ist die Reise nicht auf der Eisenbahn gemacht, so wird dabei für jede Postmeile, sowohl der Hin- als der Herreise eine Stunde gerechnet.

2) War die Reise mehrtägig, was bei der Entfernung von 3 Postmeilen präsumirt wird, so darf, außer vorstehender Meilentare, noch für jede außerhalb des Wohnorts zugebrachte Nacht berechnet werden 1 Rthlr.

in der Stadt Braunschweig aber . . . 2 Rthlr.

3) Bei mehrtägigen an denselben Tage abgehaltenen Terminen werden die Transportkosten und Diäten nur einmal erhoben und bei verschiedenen Parteien auf diese repartirt. Die Gebühren für die Abhaltung der Termine selbst werden sämmtlich tarnehmäßig berechnet. *7. Nr. 2.*

4) Die Parteien selbst können Reisekosten und Versäumniß nur in den Fällen berechnen, wo solche nothwendig waren.

Die gerichtliche Feststellung derartiger Kosten erfolgt nach Analogie der Bestimmungen über die Vergütung dieser Kosten an Zeugen.

## A n h a n g.

### Tare in nicht processualischen Sachen.

#### 1) Consultationen in schwierigen Rechtsachen.

Wie Termine in Civilsachen, in denen merita causae vorgetragen werden. Dahin gehören: Consultationen über streitige Gegenstände überhaupt, über den Abschluß von Contracten, über die Abfassung von Testamenten, Erbtheilungen u. dergl.; ferner Unterhandlungen behuf Erreichung eines Vergleichs, Accords, Moratoriums u. s. w., ohne Einrechnung von schriftlichen, besonders zu vergütenden Arbeiten.

#### 2) Schriften.

A. Ist die Sache rechtlich oder factisch verwickelt, wie Proceßschriften erster Gattung.

B. Ist dieselbe einfach, wie Proceßschriften zweiter Gattung.

#### Bemerkung.

Ueber den speciell anzuwendenden Gebührensatz entscheidet die größere oder geringere Bedeutung des Gegenstandes und des Zweckes der Schrift.

Bei Gutachten und Testamenten in wichtigen und verwickelten Fällen ist ein Honorar bis zum doppelten Betrage der gewöhnlichen Sätze zulässig.

#### 3) Termine vor anderen als richterlichen Behörden, analog wie Termine in Civilproceßsachen.

4) Geschäfte, bei denen vorzugsweise nur die Verschämnis zu vergüten ist, z. B. Wege, Erkundigungen, Beistand bei Inventuren, sowie ähnliche Bemühungen, nach der größern oder geringern Erheblichkeit des Gegenstandes:

##### a. für die Stunde:

1) J. S. bis	200 Rthlr.	8 Ggr.
2) " "	500 "	12 "
3) " "	2500 "	12 "
4) " "	10,000 " und darüber	16 "

##### b. für den Tag:

1) bis	200 Rthlr.	2 Rthlr.
2) " "	500 "	3 "
3) " "	2500 "	3 "
4) " "	10,000 " und darüber	4 "

5) Sonstige außergerichtliche Geschäfte, z. B. Lesen und Excerptiren von Acten, Durchsicht von Urkunden, Aufstellung und Prüfung von Rechnungen, Unterredungen über Rechtsangelegenheiten, Assistenzen bei Aufnahme und Vollziehung von Rechtsgeschäften u. dergl.:

##### für die Stunde:      für den Tag:

1) bis	200 Rthlr.	12 Ggr.,	3 Rthlr.
2) " "	500 "	16 "	4 "
3) " "	2500 "	16 "	4 "
4) " "	10,000 "	1 Rthlr.	5 "
5) über 10,000 "		1 "	5 "

#### 6) Erhebung und Auszahlung von Geldern:

- a. bis 24 Rthlr., vom Thaler 1 Ggr.,
- b. über 24 Rthlr. bis 100 Rthlr. im Ganzen 1 Rthlr.,
- c. von 100 bis 200 Rthlr. 1 pCt.,
- d. von dem 200 Rthlr. überschießenden Betrage bis 500 Rthlr. einschließlich,  $\frac{1}{2}$  pCt.,
- e. von dem 500 Rthlr. überschießenden Betrage  $\frac{1}{3}$  pCt.

## Allgemeine Bemerkung.

Haben sich die Parteien über das Honorar geeinigt, so ist bei der gerichtlichen Feststellung diese Einigung, und nur in deren Ermangelung die Tare zum Grunde zu legen.

---

*gen. d. 2c/1850. N<sup>o</sup> 17.*

## Advocatenordnung

für

das Herzogthum Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 19. März 1850.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ic.

Wir erlassen mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes die nachstehende Advocaten-Ordnung.

## I. Von dem Amte der Advocaten und Anwälte.

## §. 1.

Das Amt des Advocaten besteht darin, vor Gericht die Rechte der Parteien in mündlichen Vorträgen auszuführen. (Vergl. jedoch §. 4 der Civil-Proceßordnung.) *42. 4/2*

Das Amt des Anwalts besteht darin, die Parteien vor den Kreisgerichten, dem Obergerichte und dem Cassationshofe zu vertreten, alle zur Regelmäßigkeit des Verfahrens nöthigen Anträge und Handlungen vorzunehmen, so wie die zur Vorbereitung der mündlichen Hauptverhandlung erforderlichen Schriftsätze anzufertigen.

Gleichmäßig sind die Anwälte berechtigt, den Parteien in allen außergerichtlichen Angelegenheiten Rechtsbeistand zu leisten.

## §. 2.

Zum Anwalte kann Niemand ernannt werden, der nicht zugleich Advocat ist.

Die Zahl der Anwälte in den einzelnen Kreisen soll nach dem Bedürfnisse, nach zuvor eingezogenem Gutachten des Obergerichts und der Advocatenkammer, durch eine Verordnung festgesetzt werden. Die Zahl der Advocaten ist unbeschränkt.

## §. 3.

Den Advocaten steht die Wahl ihres Wohnorts am Sitze eines Kreisgerichts frei; durch die Niederlassung daselbst erlangen sie indeß das Wohnortrecht nicht ohne Weiteres und die Bestimmungen des §. 9 der Verordnung vom 4. Mai 1830, das Wohnortrecht betreffend, leiden nicht auf sie, sondern nur auf die Advocat-Anwälte Anwendung.

Dem Advocat-Anwalte wird bei seiner Anstellung sein Wohnort am Sitze eines Kreisgerichts angewiesen; nur aus Rücksicht auf das Interesse des Publikums kann einem Advocat-Anwalte ein Wohnort am Sitze eines Amtsgerichts, nach zuvor eingefordertem Berichte der Advocatenkammer, vom Herzogl. Staats-Ministerium gestattet werden.

Von dem ihm angewiesenen Wohnsitze darf ein Advocat-Anwalt wider seinen Willen nicht versetzt werden.

Eben so wenig darf er denselben eigenmächtig verlassen, und handelt er dem zuwider, so geht das Recht der Ausübung der Anwalts-Praxis für ihn verloren.

Advocaten haben von einem Wechsel ihres Wohnorts unverzüglich bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe der Advocatenkammer Anzeige zu machen.

## II. Erfordernisse zum Amte eines Advocaten und Anwalts und Ernennung zu demselben.

## §. 4.

Zur Advocatur berechtigt ist jeder unbescholtene Staatsbürger, der das 25. Lebensjahr vollendet und die vorgeschriebenen Prüfungen bestanden hat.

Die Zulassung zur Advocatur erfolgt durch die Advocatenkammer; gegen abschlägige Verfügungen derselben steht dem Betheiligten der Recurs an die richterliche Disciplinarbehörde zu.

Die Ernennung zum Anwalte und zum Obergerichtsadvocaten erfolgt von Herzogl. Staats-Ministerium nach erfordertem Berichte der Advocatenkammer.

Treten in Beziehung auf eine vacante Anwaltsstelle mehrere Bewerber auf, so entscheidet über den Vorrang unter denselben in der Regel der Zeitpunkt der zurückgelegten zweiten Staatsprüfung.

Auswärtigen Advocaten kann, falls das Bedürfnis des Publikums dieses erheischt, nach erfordertem Berichte der Advocatenkammer, das Austreten vor hiesigen Gerichten gestattet werden. Die Zulassung derselben ist aber jederzeit widerrüflich.

Die Advocaten sowohl als die Anwälte haben vor dem Oberstaatsanwalte in der Advocatenkammer folgenden Eid zu leisten:

»Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt eines Advocaten (Anwalts) in Gemäßheit der bestehenden Gesetze und Verordnungen mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit ausüben will, so wahr zc.«

## III. Rechte und Pflichten.

## §. 5.

Sämmtliche Advocaten sind berechtigt, vor den Kreisgerichten und den Schwurgerichten aufzutreten.

Vor dem Obergerichte und dem Cassationshofe sind nur die Obergerichtsadvocaten berechtigt aufzutreten, und die Gerichte haben in Strafsachen, wo ein Verteidiger von Amtswegen zu bestellen, oder wo ihnen die Wahl des Verteidigers vom Angeklagten überlassen ist, solche vorzugsweise aus der Zahl der Obergerichtsadvocaten ihres Kreises zu ernennen. *Pres. Ges. S. 12.*

Die Anwälte, als solche, können nur vor den Gerichten auftreten, bei welchen sie angestellt sind; Proceßschriften dagegen dürfen sie für alle Gerichte des Herzogthums anfertigen.

## §. 6.

Von den zum Berufskreise der Advocaten und Anwälte gehörenden Geschäften ist jeder Andere ausgeschlossen.

Zur Vertretung vor den Amts- und Stadtgerichten sind auch andere Bevollmächtigte, jedoch ohne Anspruch auf eine andere Vergütung, als die Procuraturgebühr, zulässig.

Verträge zwischen derartigen Bevollmächtigten und ihren Auftraggebern über ein Honorar sind nichtig und ohne Wirkung.

Eine denselben gegebene Vergütung kann zurückgefordert werden.

Dasselbe findet statt, wenn Nichtberechtigte Rath oder Gutachten in Rechtsachen ertheilen, oder außergerichtliche Rechtsangelegenheiten besorgen.

## §. 7.

Die Disciplinargewalt über die Advocaten und Anwälte wird ausschließlich von der Advocatenkammer ausgeübt.

Wird in schriftlichen Eingaben der Advocaten oder Anwälte die Würde des Gerichts verletzt, so ist das Gericht befugt, dieselben zurückzugeben und die Staatsanwaltschaft zur Erwirkung der Bestrafung des Erhibenten im Wege des Criminal- oder Disciplinar-Verfahrens aufzufordern.

Der Antrag auf eine der im §. 17. erwähnten Dis-

ciplinarstrafen erfolgt bei der Advocatenkammer durch den Oberstaatsanwalt.

Gegen die Entscheidungen der Advocatenkammer steht sowohl dem beteiligten Erhibenten als dem Oberstaatsanwalt der Recurs an die richterliche Disciplinar-Vehörde zu.

## §. 8.

Der Anwalt kann bei der Uebernahme einer Sache einen angemessenen Vorschuss und nach dessen Verbrauch jederzeit einen neuen verlangen; wird dieser nicht rechtzeitig gezahlt, so kann er seine Thätigkeit versagen oder einstellen. *Pres. S. 404*

## §. 9.

Zahlungsbefehle über die Kostenrechnungen der Advocaten und Anwälte erlassen die Gerichte der Hauptsache. Wenn rücksichtlich der in der Tare nicht absolut bestimmten Ansätze für gerichtliche Geschäfte, oder rücksichtlich der Ansätze für außergerichtliche Geschäfte Streitigkeiten über deren Betrag zwischen dem Anwalte und Advocaten und dessen eigener Partei entstehen, so hat auf den Antrag des einen oder andern Theils die Advocatenkammer ihr Gutachten über jenen Betrag abzugeben.

## §. 10.

In Beziehung auf gerichtliche Geschäfte sind alle, eine Abweichung von der Gebührenrate enthaltenden Verträge zwischen der Partei und dem Anwalte verboten und ohne jede Wirkung.

In Beziehung auf außergerichtliche und Advocatur-Geschäfte sind dagegen Verträge zwischen Anwalt und Partei, Advocaten und Clienten, gültig, insofern sie schriftlich abgefaßt sind.

## §. 11.

Rücksichtlich derjenigen Advocaten und Anwälte, welche jetzt bereits ein Amt versehen, oder ein Gewerbe betreiben, hat es dabei sein Bewenden; in der Folge aber dürfen sie

zwar Ehrenämter ohne Weiteres, andere Nebengeschäfte und Aemter aber nur nach erforderlichem Gutachten der Advocatenkammer und Genehmigung des Staats-Ministeriums übernehmen und betreiben.

Die Verordnung vom 19. Juli 1827 wird, so weit sie die Advocaten betrifft, aufgehoben. Den Anwälten ist jedoch unbenommen, die darin erwähnten Geld- und anderen Negozen zu betreiben, jedoch nur gegen ein nach der Rare für außergerichtliche Geschäfte zu bestimmendes Honorar.

## §. 12.

Insofern diese Ordnung keine Abänderungen der für die Verhältnisse der Advocaten und Anwälte zu ihren Klienten, Parteien und den Gerichten jetzt geltenden Bestimmungen enthält, bleiben dieselben bestehen.

**IV. Advocatenkammer.**

## §. 13.

Die Advocaten und Anwälte des Herzogthums werden durch die Advocatenkammer vertreten, in der durch dieses Gesetz (§. 16.) bestimmten Weise.

## §. 14.

Die Advocatenkammer steht unter der unmittelbaren Oberaufsicht des Herzogl. Staats-Ministeriums, welches solche durch das Organ des Oberstaatsanwaltes ausübt.

## §. 15.

Der Oberstaatsanwalt als Regierungs-Commissair ist berechtigt, allen Sitzungen der Advocatenkammer und den Generalversammlungen der Advocaten beizuwohnen. Er ist daher von denselben zeitig zu benachrichtigen und alle Beschlüsse der Kammer und Generalversammlungen sind ihm mitzutheilen.

Legt er Einspruch gegen dieselben ein, so ist deren Ausführung bis dahin, daß das Staats-Ministerium entschieden hat, auszusetzen.

Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Disciplinar-Verfügungen (§. 16.).

## §. 16.

Die Advocatenkammer hat folgenden Geschäftskreis:

- 1) die Rollen der Obergerichtsadvocaten, Advocats-Anwälte und Advocaten zu führen;
- 2) die Wahrnehmung der Standesinteressen durch Anträge an die Landesregierung;
- 3) die Sorge für Erhaltung und Entfaltung eines würdigen Standesgeistes, Aufrechterhaltung der innern Ordnung unter den Advocaten und Anwälten, mit der Befugniß, zur Wahrnehmung dieser Ordnung Disciplinar-Verfügungen zu erlassen und gegen die Mitglieder wegen ordnungswidrigen oder unangemessenen Verhaltens Disciplinarstrafen zu erkennen, den Streitigkeiten, wozu die Amtsführung der Advocaten oder Anwälte Veranlassung geben möchte, sowohl der Partei, als Dritten gegenüber, auf deren Antrag oder mit deren Zustimmung, vorzubeugen oder eine gütliche Beilegung zu versuchen, und auf Antrag eines oder mehrer Betheiligten ein Gutachten über die Begründung der Beschwerde und die daraus entspringende Entschädigungsverbindlichkeit des Advocaten oder Anwalts abzugeben; Beschwerden der Advocaten und Anwälte gegen einander zu entscheiden;
- 4) über die Streitigkeiten rücksichtlich der Ansprüche der Advocaten oder Anwälte auf Honorar oder Auslagen Gutachten abzugeben;
- 5) auf Erfordern der Landesregierung Gutachten abzugeben;
- 6) die Cassenverwaltung zu führen;
- 7) die Rechte auszuüben, die derselben später durch besondere Gesetze werden beigelegt werden.

Beschwerden der Advocaten oder Anwälte gegen Behörden oder Beamte können nur durch die Advocatenkam-



mer, wenn diese solche für begründet hält, verfolgt werden und sind daher bei dieser anzubringen.

## §. 17.

Die Advocatenkammer ist folgende Disciplinarstrafen nach Anhörung des Betheiligten zu erkennen berechtigt:

- 1) Warnungen;
- 2) Geldstrafen bis zu 50 Rthlr.;
- 3) Schriftliche Verweise;
- 4) Verweise vor versammelter Kammer;
- 5) Verlust des Stimmrechts und der Wählbarkeit auf ein Jahr;
- 6) Androhung des Antrags auf Suspension.

Es bleibt dem Ermessen der Advocatenkammer überlassen, unter diesen Strafen zu wählen und mehre derselben zugleich anzuwenden.

Gegen solche Strafverfügungen findet ein Recurs an die gerichtliche Disciplinarbehörde statt, welcher innerhalb 14 Tagen nach deren Behandigung schriftlich bei der Advocatenkammer einzureichen und von dieser mit Bericht an die gerichtliche Disciplinarbehörde zu befördern ist.

Die Mitglieder der Advocatenkammer, gegen welche eine der unter 3, 4, 5 und 6 aufgeführten Strafen erkannt, oder ein Antrag auf Suspension gestellt ist, scheiden aus der Kammer aus.

## §. 18.

Die Advocatenkammer hat ihren Sitz zu Wolfenbüttel. Sie besteht aus neun Mitgliedern, von welchen aus den Obergerichtsadvocaten und Advocaten-Anwälten des Kreises Braunschweig drei, aus denen des Kreises Wolfenbüttel zwei Mitglieder, aus denen der übrigen vier Kreise aber je ein Mitglied zu wählen sind.

Unter den für die Kreise Braunschweig und Wolfenbüttel zu wählenden Mitgliedern muß je eins aus den Obergerichtsadvocaten dieser Kreise genommen werden.

*gef. am 21. Febr. 1851. S. 1.*

## §. 19.

Die Wahl, deren Ergebnis öffentlich bekannt zu machen ist, erfolgt in einer Generalversammlung, in welcher mindestens zwei Drittheile aller Advocaten erschienen sein müssen, nach absoluter Stimmenmehrheit der erschienenen Advocaten und Anwälte. Die durch den Vorsitzenden der Advocatenkammer oder einen von ihm zu beauftragenden Obergerichtsadvocaten zu leitenden Wahlen geschehen auf drei Jahre, und das Herzogl. Staatsministerium wird von deren Ergebnis benachrichtigt. Das Ausbleiben der Wahlberechtigten ohne genügende Entschuldigung hat eine Geldstrafe von 10 Rthlr. zur Folge. Nur wiedererwählte Mitglieder der Advocatenkammer können die Wahl für das Mal ablehnen, andere nur aus triftigen Gründen, worüber die Advocatenkammer entscheidet.

Hat bei der ersten Abstimmung keiner die vorgeschriebene Stimmenzahl, so sind die drei Personen, welche die meisten Stimmen haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Befinden sich mehr als drei Personen in der relativen Stimmenmehrheit, so sind die auf die engere Wahl zu bringenden Personen durch das Loos zu bestimmen, und zwar findet eine Loosung nur unter den Personen statt, welche gleiche Stimmen haben, und derjenige, welcher eine größere Stimmenzahl für sich hat, wird, ohne zu loosen, mit auf die engere Wahl gebracht. Bei der zweiten Abstimmung entscheidet die relative Stimmenmehrheit und bei Gleichheit der Stimmen das Loos.

## §. 20.

Die Advocatenkammer wählt mit absoluter Stimmenmehrheit aus ihren Mitgliedern einen an ihrem Sitze wohnhaften Vorsitzenden, einen Stellvertreter desselben und zwei Schriftführer, wovon einer das Geschäft des Cassenführers übernimmt. Scheidet in der zwischen den Generalversammlungen der Advocaten liegenden Zeit ein Mitglied der Advocatenkammer aus, so ist diese berechtigt, einen

Sukstituten desselben zu ernennen, welcher die Functionen des Ausgeschiedenen bis zur nächsten Generalversammlung zu versehen hat. *4-1/2 u. 21 Jan. 1851.*

Die Mitglieder der Kammer sind beständige Delegates für ihren Wahlkreis, sie können von dem Vorsitzenden mit allen dort vorkommenden Geschäften beauftragt werden, und es ist ihre Obliegenheit, der Kammer von Allem Anzeige zu machen, was zu deren Wirkungsfreie gehört. Sie haben außerdem das Recht der Erinnerung den Advocaten und Anwälten ihres Kreises gegenüber.

## §. 21.

Die Kammer beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit und ist beschlußfähig, wenn mindestens fünf Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet in Disciplinarstrafsachen die gelindere Meinung, in anderen Fällen giebt der Vorsitzende den Ausschlag.

## §. 22.

Die Advocatenkammer versammelt sich, so oft der Vorsitzende dieselbe zusammenruft. Die Mitglieder müssen erscheinen, oder ihre Stellvertreter dazu auffordern, dies der Kammer anzeigen, und zugleich genügende Gründe ihres eigenen Ausbleibens anführen. Wird etwas hiervon versäumt, so verfällt der Ausbleibende, in eine Strafe von 5 Rthlr., ebenso der ohne genügende Entschuldigung ausbleibende Stellvertreter.

## §. 23.

Jährlich findet eine vom Präsidenten auszuschreibende allgemeine Advocaten- und Anwaltversammlung statt, worin die versammelte Kammer über ihre Thätigkeit in dem verflossenen Jahre berichtet, die Cassenrechnung vorlegt, die erforderlichen Wahlen vornehmen läßt, und die von Ständesgenossen etwa zu machenden Vorschläge zur Verbesserung der Stellung und Abhülfe von Mängeln nach Maßgabe der Geschäftsordnung zur Berathung bringt.

Der Druck des Protocolls kann beschloffen werden. Dasselbe ist dem Oberstaatsanwalt mitzutheilen.

## §. 24.

Die durch die Geschäftsführung der Advocatenkammer entstehenden Kosten, wozu auch die Reisekosten der Mitglieder zu den Versammlungen gehören, werden von den sämmtlichen Advocaten und Anwälten aufgebracht; ein Advocat-Anwalt trägt doppelt so viel bei als ein Advocat. Die sämmtlichen Strafgeelder fließen ebenfalls in die allgemeine Cass. Auch soll jeder neu zugelassene Advocat ein Eintrittsgeld von 5 Rthlr. und jeder neu ernannte Anwalt ein solches von 10 Rthlr. entrichten.

## §. 25.

Die sämmtlichen Advocaten und Anwälte haben den Beschlüssen und Verfügungen der Kammer Folge zu leisten. Diese hat das Recht, den Oberstaatsanwalt zur Vollstreckung derselben zu requiriren, oder nach Befinden gegen den Ungehorsamen wegen der Nichtbefolgung Disciplinarstrafen zu verfügen, und wenn selbst die nach §. 17 zulässige Androhung des Antrags auf Suspension fruchtlos bleiben sollte, bei der obersten richterlichen Disciplinargehörde diese oder selbst die Entlassung vom Amte zu beantragen. Die beiden letztgenannten Strafen können jedoch im Disciplinarwege, mit Ausnahme der §. 7 erwähnten Fälle, nur auf Antrag der Advocatenkammer verhängt werden. Die Beantragung derselben hat aber die vorläufige Suspension des Betheiligten unmittelbar zur Folge.

Der Oberstaatsanwalt hat den auf die Ermittlung oder Feststellung von Thatfachen gerichteten Requisitionen der Advocatenkammer Folge zu geben.

## §. 26.

Die Kammer, welcher der Gebrauch eines Dienstfelds zu steht, führt den Titel: Advocatenkammer des Herzogthums Braunschweig. Sie genießt Portofreiheit; die

Eingaben und Erlasse an dieselbe, ihre Verhandlungen, so wie ihre Erlasse sind frei von Stempel und jeder Gebühr.

### V. Transitörische Bestimmungen.

#### §. 27.

Die zur Zeit der Publication der Advocatenordnung bereits zugelassenen Advocaten werden sämmtlich Advocatanwälte.

Diejenigen Advocaten, welch zu dieser Zeit am Sitze eines Amtsgericht ihren Wohnort haben, sind zwar berechtigt, vor den Kreisgerichten ihrer Kreise ohne den Beistand eines am Sitze dieser Gerichte wohnhaften Anwalts aufzutreten, jedoch ist in den betreffenden Proceßsachen neben denselben jedenfalls ein am Sitze des zuständigen Gerichts wohnhafter Anwalt und Substitut für denselben (Civ.-Proc.-Ordn. §§. 5 und 7) zu bestellen.

#### §. 28.

In jedem einzelnen Kreisgerichtsbezirke soll bis dahin, daß die Zahl der darin angestellten Anwälte auf die verordnungsmäßige Normalzahl gesunken sein wird, nur bei jeder dritten, durch endgültiges Ausscheiden oder durch Uebersiedeln in einen andern Kreis entstehenden Erledigung ein Anwalt neu aufgenommen werden.

#### §. 29.

So fort nach Publication dieser Ordnung wird Herzogliches Staatsministerium eine General-Versammlung der Advocaten berufen, um die Wahlen der Mitglieder der Advocatenkammer vornehmen zu lassen. Die Wahlen der Kammerbeamten bringt das älteste Kammermitglied zur Ausföhrung.

#### §. 30.

Die nächsten Wahlen sollen für die Zeit bis zum 1. Jannuar 1852 gelten.

#### §. 31.

Alle dieser Ordnung entgegenstehenden Geseze und

Verordnungen, namentlich alle diejenigen, welche die Advocaten von einzelnen gerichtlichen oder außergerichtlichen Geschäften ausschließen; mit Einschluß des §. 28 des Gesetzes vom 20. December 1834, die Organisation der Herzogl. Landes-Deconomie-Commission betreffend, werden hiermit aufgehoben.

Alle die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und begedruckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 19. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinig. von Geyso. Langerfeldt.

*Nr. 28. Ges.-u. 4. Feb. 1851. §. 5. Ordnung für die Adv.*

*Graf. D. d. 1850. N<sup>o</sup> 18.*

## **Notariatsordnung**

für

das Herzogthum Braunschweig.

d. d. Braunschweig, den 19. März 1850.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog  
zu Braunschweig und Lüneburg rc.

Wir erlassen mit Zustimmung der Abgeordneten des  
Landes folgende Notariatsordnung:

### **Titel 1.**

Von den Notaren und ihrem Amte.

#### **§. 1.**

Die Notare sind die neben den Gerichten mit der Beurkundung von Rechtsgeschäften beauftragten öffentlichen Beamten.

Das Hypotheken- und Depositenwesen, so wie die Annahme von Testamenten, verbleibt ausschließlich den Gerichten.

#### **§. 2.**

Das Amt eines Notars ist lebenslänglich. Von dem ihm bei der Anstellung anzuweisenden Wohnsitze kann er

ohne seine Zustimmung nur nach den Bestimmungen des §. 21 des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend, von Herzoglicher Landesregierung verlegt werden, und verliert durch Verlegung des Wohnsitzes das Recht zur Ausübung der Notariatspraxis.

#### **§. 3.**

Die Notare dürfen, wenn sie zu einer, den Gesetzen nicht widerstreitenden Amtshandlung von dispositionsfähigen Personen aufgefordert werden, dieselbe nicht verweigern, widrigenfalls sie den Requirenten für den Schaden haften.

Die Notare sind befugt, ihre amtliche Thätigkeit im ganzen Lande auszuüben; verpflichtet hiezu sind sie jedoch nur in dem Kreise, in welchem sie ihren Wohnsitz haben.

Außerhalb seines Wohnsitzes eine Station für seine amtliche Thätigkeit zu halten, ist dem Notar nicht erlaubt.

#### **§. 4.**

Mit Ausnahme von Ehrenämtern, so wie der Advocatur und Anwaltschaft, darf der Notar ohne Genehmigung des Herzoglichen Staats-Ministeriums weder ein Amt annehmen, noch Nebengeschäfte betreiben.

Diejenigen, welche jetzt bereits ein Gemeindeamt oder ein sonstiges Nebenamt bekleiden, sind solches fortzuführen berechtigt.

Gleichmäßig sind die Notare zur Negociirung von Capitalien und Grundstücke berechtigt.

### **Titel 2.**

Erfordernisse zum Notariatsamte.

Ernennung.

#### **§. 5.**

Um zum Notar ernannt zu werden, muß man Lan-

desseinswohner sein, das 25ste Lebensjahr zurückgelegt und die zweite juristische Prüfung bestanden haben.

## §. 6.

Die Anstellung erfolgt durch den Landesfürsten nach eingeholtem Berichte des zuständigen Kreisgerichts und wird öffentlich bekannt gemacht.

## §. 7.

Der Notar hat, ehe er sein Amt ausüben darf, vor dem Kreisgerichte, zu dem sein Wohnort gehört, folgenden Eid zu schwören:

„Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt eines Notars in Gemäßheit der bestehenden Gesetze und Verordnungen mit Fleiß und Gewissenhaftigkeit ausüben will, so wahr mir Gott helfe!“

Ueber die Beeidigung ist ein Protocoll aufzunehmen, von dem Notare zu unterschreiben und mit seinem Dienststempel zu bedrucken.

Das Dienststempel des Notars soll in der Mitte ein Roß und im Kreise um dasselbe den Vor- und Zunamen des Notars mit der Bezeichnung: Herzogl. Braunschweigischer Notar in (Wohnort) enthalten.

## §. 8.

Die Zahl der Notare wird für jeden Kreisgerichtsbezirk nach dem Bedürfnisse des Publikums durch eine Verordnung festgestellt.

### **Titel 3.**

#### **Von den Notariats-Urkunden.**

## §. 9.

Der Notar darf keine Urkunden über eine Verhandlung aufnehmen, wobei er selbst oder einer seiner Angehörigen (§. 73 des Criminalgesetzbuchs) interessirt ist.

## §. 10.

Bei und während der Aufnahme der Urkunde muß

der Notar einen ihm bekannten zweiten Notar, oder zwei ihm bekannte männliche Landeseinwohner, welche das 18te Lebensjahr vollendet haben, Schreibens kundig, mit den Eigenschaften einwandfreier Zeugen versehen und ebenso wie der zweite Notar nicht seine Angehörigen und als Diensthofen oder Schreiber bei ihm im Dienste sind, als Zeugen hinzuziehen. Wenn von den Parteien und Zeugen auf die desfallige an sie gerichtete Frage erklärt und zu Protocoll genommen ist, daß ein solches Verhältniß nicht zwischen ihnen stattfindet, so ist der Notar, falls ihm nicht nachgewiesen wird, daß er das Gegentheil gewußt, außer Verantwortung.

## §. 11.

Wenn dem Notar der Namen, Stand oder Wohnort einer Partei nicht bekannt ist, so muß ihm solches durch zwei Zeugen, welche, wenn sie die im §. 10 vorgeschriebenen Eigenschaften haben, zugleich Instrumentenzeugen sein können, zu Protocoll bezeugt werden.

## §. 12.

Alle von dem Notar aufgenommenen Urkunden müssen im Eingange enthalten:

- 1) Vor- und Zunamen des Notars, sein Amt und seinen Wohnsitz;
- 2) Vor- und Zunamen des zweiten Notars oder der Zeugen, Alter, Stand und Gewerbe und Wohnort derselben;
- 3) Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort der Parteien;
- 4) Tag, Monat, Jahr und Ort mit Angabe des Hauses der Aufnahme der Urkunde,
- 5) die geschehene Aufforderung des Notars zur Aufnahme der Urkunde, von wem sie ergangen, so wie das Nichtvorhandensein der Angehörigkeit des Notars, der Zeugen oder des zweiten Notars mit den Parteien.

## §. 13.

Der Notar soll das Protocolł deutlich, ohne Abfürzungen, Zwischenräume, Lücken und leer gelassene Stellen auf ganzen Bogen selbst schreiben. Abfätze zu machen ist erlaubt. Ist der Notar selbst durch Krankheit am Schreiben verhindert, so ist ihm gestattet, eine andere Person als Protocolłführer zuzuziehen, es ist aber der Grund einer solchen Ausnahme ausdrücklich im Protocolle zu bemerken und dieses von dem Notare wenigstens zu unterschreiben.

## §. 14.

Der vollendete Act ist den Parteien und den Zeugen von dem Notar vorzulesen, die Vorlesung und die erfolgte Genehmigung am Schlusse zu bemerken und derselbe sodann, ohne daß sich vorher einer entfernt, von den Parteien, den Zeugen und dem Notar zu unterschreiben, von Schreibens unkundigen Parteien aber zu unterkreuzen und bei den Kreuzen zu bemerken, von wem sie herrühren. Ist eine Partei zu Weidem außer Stande, so ist dieses und die Ursache zu bemerken.

## §. 15.

Zusätze und Veränderungen sind am Rande des Protocolles vorzunehmen und zu numeriren. Dieselben sind am Schlusse und vor der Unterzeichnung des Protocolles nochmals in der Reihesfolge nach ihrem ganzen Inhalte aufzuführen.

## §. 16.

Bei der Beglaubigung von Unterschriften oder einer Unterzeichnung Schreibens unkundiger oder unfähiger Personen hat der Notar, wenn die Urkunde einen zweiseitigen Vertrag enthält, nur die in seiner und der zwei Zeugen oder des zweiten Notars Gegenwart vorgenommene oder anerkannte Unterschrift oder Unterzeichnung unter Beibrückung seines Amtssiegels zu beurkunden. Zur Beglaubigung der Uebereinstimmung von Abschriften mit der Ur-

schrift, zur Beglaubigung einseitiger Erklärungen, zur Aufnahme von Wechselprotecten, sowie in den Fällen, wo der Notar bei amtlichen Handlungen als Protocolłführer zugezogen wird, bedarf es der Zuziehung von Zeugen nicht. Bei Auktionsprotocollen bedarf es weder der Zeugen noch der Unterschrift der Interessenten.

## §. 17.

Von den aufgenommenen Urkunden hat der Notar nur den Parteien, ihren legitimten Vertretern, oder deren legitimten Rechtsnachfolgern eine, oder mit Bewilligung der Interessenten mehrere, eine wörtliche Abschrift der Urkunde enthaltende Ausfertigungen zu erteilen; dritten Personen nur mit Bewilligung der Partei oder in Folge einer gerichtlichen Verfügung. Unter dem Schlusse derselben ist deren Uebereinstimmung mit dem Original, das dieselbe enthaltende Register nach Band und Seite, das Datum, der Ort und die Ordnungsnummer der Ausfertigung zu bezeichnen und solche mit Unterschrift und Amtssiegel zu versehen.

## §. 18.

Die von einem Notar in gesetzlicher Weise aufgenommenen Urkunden und deren Ausfertigungen gelten als öffentliche Urkunden. Entstehen Streitigkeiten über die richtige Ausfertigung eines Notariatsprotocolles, so entscheiden darüber die Gerichte und diese sind befugt, das Originalprotocolł von dem betreffenden Notare einzufordern.

Ebenso gelten als öffentliche Urkunden die von einem Notar beglaubigten einseitigen Erklärungen einer Partei, die notariellen Beglaubigungen amtlicher Akte und die von einem Notar, als requirirtem Protocolłführer, bei amtlichen Handlungen aufgenommenen Protocolle.

Ein von einem Notar aufgenommenes Testament gilt jedoch nur dann als ein öffentliches Document, wenn dasselbe, unter Beobachtung der sonstigen, für Notariatsur-

Funden vorgeschriebenen Förmlichkeiten, von dem requirirten Notar unter Zuziehung von vier Zeugen oder eines zweiten Notars und zweier Zeugen aufgenommen und von ihm, so wie von dem etwa zugezogenen zweiten Notar, besiegelt und, falls in dem erstern Falle nicht alle Zeugen schreiben können, wenigstens von zwei Zeugen mit unterschrieben ist.

Bei den von Notaren aufgenommenen, sofort vollstreckbaren Urkunden, hat der Notar bei der Ausfertigung derselben dieser sofortigen Vollstreckbarkeit Erwähnung zu thun.

### **Titel 4.**

Von den Registern und Verzeichnissen.

#### **§. 19.**

Behuf der Aufnahme der Urkunden ist ein mit fortlaufenden Seitenzahlen zu versehenes allgemeines Register zu halten. Dieses Register ist sorgfältig aufzubewahren.

#### **§. 20.**

Ueber alle Urkunden und sonstigen Geschäfte ist ein chronologisches Verzeichniß zu führen, worin unter fortlaufender Zahl die Namen der Parteien, ihr Wohnort, der Gegenstand der Urkunde, oder des Geschäfts, oder der Beglaubigung, die Zeit und der Ort der Aufnahme, sowie der entrichteten Stempel zu bemerken sind.

#### **§. 21.**

Wenn das Amt eines Notars erlischt, sind seine sämtlichen Amtsacten und sein Siegel von ihm oder seinen Erben dem zuständigen Amts- oder Stadtgerichte zu übergeben. Dieses ist befugt, dieselben sofort Sicherheitsmaßregeln zu treffen.

### **Titel 5.**

Controle des Stempelpapiers.

#### **§. 22.**

Für die Verwendung des gesetzlich vorgeschriebenen Stempelpapiers zu den von ihm vorgenommenen Verhandlungen, Beglaubigungen und sonstigen Geschäften ist der Notar persönlich verantwortlich. Das Stempelpapier ist, mit alleiniger Ausnahme von testwilligen Verfügungen, für den Abschluß des Geschäfts, resp. für die Aufnahme des Acts zu berechnen und zu der Hauptausfertigung und dem beglaubigten Acte zu nehmen, auch neben der Urkunde zu bemerken, wann dieselbe gemacht, wem sie erteilt und welches Stempelpapier dazu verwandt ist.

Den Parteien eine Ausfertigung zu erteilen ist der Notar nicht verbunden, bevor sie den Geldbetrag für das erforderliche Stempelpapier erlegt haben. Erfolgt diese Einzahlung nicht vier Wochen nach abgeschloßener Geschäfts, so hat der Notar davon der mit Verfolgung der Stempelvergehen beauftragten Behörde Anzeige zu machen. Rückfichtlich der Controle über das von den Notaren zu verwendende Stempelpapier verbleibt es bei den Bestimmungen der Verordnung vom 22. Mai 1845.

#### **§. 23.**

Bei der Einreichung der vierteljährlichen Verzeichnisse hat der Notar zu versichern, daß er zu den von ihm aufgenommenen Urkunden und Beglaubigungen nach seinem besten Wissen das gesetzliche Stempelpapier verwandt und, wenn die Verwendung wegen nicht erfolgter Deckung für die Auslage unterblieben, solches den mit Verfolgung der Stempelvergehen beauftragten Beamten angezeigt habe.

**Titel 6.****Von den Gebühren der Notare.****§. 24.**

Die Gebühren des Notars sind bis zum Erlasse gesetzlicher Bestimmungen über den Betrag derselben ferner nach der üblichen Notariatsstare zu erheben; er ist dieselben sammt den Auslagen vor der Ausfertigung zu fordern berechtigt. Die Requirenten haften dafür solidarisch.

Bei nicht erfolgter Zahlung werden dieselben durch die von dem Notar dazu aufgeforderten Gerichte auf Kosten des Säumigen begetrieben, ohne daß jener eine Auslage zu machen hat.

Entstehen zwischen Notar und den Parteien Differenzen über die Richtigkeit der von jenem aufgestellten Liquidation oder einzelner Ansätze in denselben, so hat das betreffende Kreisgericht auf den Antrag des einen oder andern Theils durch eine kostenfrei abzugebende Verfügung darüber zu entscheiden. Für dergleichen Anträge sind überall keine Gebühren zu berechnen.

**Titel 7.****Von der Entlassung oder Suspension der Notare.****§. 25.**

Die Entlassung und Suspension der Notare in den gesetzlich bestimmten Fällen kann nur durch Richterspruch erfolgen.

**Titel 8.****Von der Disciplinargewalt.****§. 26.**

Die Notare sind rücksichtlich der bei der Ausübung

ihrer Dienstgeschäfte vorkommenden Disciplinarvergehen der richterlichen Disciplinarbehörde (§. 23 des Gesetzes vom 21. August 1849, die Gerichtsverfassung betreffend) unterworfen.

**Titel 9.****Transitorische Bestimmungen.****§. 27.**

Die jetzigen Notare bleiben in Wirksamkeit.

Neue Ernennungen sollen bis dahin nicht stattfinden, daß in der in Gemäßheit dieser Ordnung bestimmten Normalzahl der Notare eines Kreises eine Vacanz vorhanden ist.

**§. 28.**

Behuf der Ernennung gilt unter Mehren, welche zur Zeit der Publication dieses Gesetzes bereits die Notariatsprüfung bestanden haben, die Rangordnung nach der Zeit der bestandenen Prüfung.

**§. 29.**

Es sollen künftig zur Negociirung von Capitalien und des Kaufs und Verkaufs von Grundstücken neue Concessionen nicht ertheilt werden.

**§. 30.**

Der Zeitpunkt, von welchem ab diese Ordnung in Kraft tritt, wird in dem Gesetze über die Einführung der neuen Gerichts-Verfassung bestimmt.

**§. 31.**

Alle bis dahin im hiesigen Lande geltenden Gesetze und Verordnungen in Beziehung auf die Person und das Amt der Notare, so weit sie dieser Ordnung widersprechen, sind von diesem Zeitpunkte an aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hiernach zu achten.



Urkundlich Unserer Unterschrift und beige druckten Herzoglichen Geheime-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, den 19. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.  
von Schleinitz. von Beyso. Langerfeldt.

*Graf K. v. 18. d. M. 1850.*

### G e s e h,

die Einrichtung einer Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte, der Advocatur, des Notariats und des Richteramtes und die von diesen zu bestehenden Prüfungen betreffend; *Nr. 5. Anh. 9. Febr. 1850.*

d. d. Braunschweig, den 5. März 1850.

Von Gottes Gnaden, Wir, **Wilhelm**, Herzog zu Braunschweig und Lüneburg ic. ic.

Wir erlassen mit Zustimmung der Abgeordneten des Landes die nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen.

#### §. 1.

Die Commission zur Prüfung der Candidaten der Rechte, der Advocatur, des Notariats und des Richteramtes soll aus einem Präsidenten und vier Mitgliedern bestehen.

Nur Mitglieder des Obergerichts, Staatsanwälte, welche zu den höheren juristischen Aemtern befähigt sind, und Obergerichtsadvocaten können Mitglieder dieser Commission sein.

Der Präsident und zwei Mitglieder sind aus den Mitgliedern des Obergerichts und mindestens ein Mitglied ist aus der Zahl der Obergerichtsadvocaten zu nehmen.

Die Mitglieder der Commission werden durch die Landesregierung widerruflich ernannt; der Auftrag erlischt von selbst mit Ablauf von drei Jahren.

Der Präsident bezieht eine Remuneration von 200 Rthlr. und jedes der Mitglieder eine solche von 150 Rthlr., und der Secretair 100 Rthlr.

Die Secretariats-, Canzlei- und Botengeschäfte sollen von dem Personal des Obergerichts versehen werden.

§. 2.

Diese Commission wird zugleich mit dem Gesetze vom 21. August 1849, der Gerichtsverfassung betreffend, in Wirksamkeit treten, und ihren Sitz in Wolfenbüttel haben. Die bis dahin noch nicht beendigten Prüfungen werden von der jetzt bestehenden Examinations-Commission an dieselben Abgegeben.

§. 3.

Sie wird bei den anzustellenden Prüfungen nach einer ihr von der Landesregierung zu ertheilenden Instruction verfahren. *N. 47. Hannover. 4. 27. Nov. 1850.*

§. 4.

Niemand kann zur juristischen Laufbahn zugelassen werden, bevor er in die Zahl der Candidaten der Rechte aufgenommen ist.

§. 5.

Jeder männliche Landeseinwohner, welcher das ein- und zwanzigste Jahr zurückgelegt, das fünf und zwanzigste aber noch nicht überschritten hat und sich über sein sittliches Verhalten gehörig ausweist, wird zur Prüfung der Rechts-  
candidaten zugelassen. Ueber diese Eigenschaften hat er sich vor der Examinations-Commission auszuweisen, und diese stellt darauf mit ihm die erste Prüfung an, welche hauptsächlich darauf zu richten ist, ob der zu Prüfende die erforderliche allgemeine wissenschaftliche Bildung und insbe-  
sondere diejenigen theoretischen Rechtskenntnisse besitzt,

welche nothwendig sind, um in die juristische Laufbahn mit Nutzen einzutreten.

Nach bestandener Prüfung wird der Geprüfte in die Zahl der Candidaten der Rechte aufgenommen.

Erfolgt die Meldung zur ersten Staatsprüfung nach zurückgelegtem fünf und zwanzigsten Lebensjahre des Exam-  
nanden, so ist die Zulassung zu derselben nur nach vor-  
gängiger landesherrlicher Dispensation statthast.

§. 6.

Die Candidaten der Rechte werden behuf ihrer fern-  
ern Ausbildung

bei einem Amts- oder Stadtgerichte ein Jahr,

bei einem Staatsanwalte oder Untersuchungsrichter  
6 Monate,

bei einer Landes-Verwaltungs- oder geeigneten Com-  
munalbehörde ein Jahr

und

bei einem ihnen nöthigenfalls anzuweisenden An-  
walte 6 Monate beschäftigt.

Sie können als Secretaire bei allen Gerichten des  
Landes angestellt werden.

§. 7. *7. d. l. des Ges. N. 5. 4. 9. 1850.*

Jeder Rechtscandidat, welcher diesen Cursus vollendet  
hat, wird, insofern er Zeugnisse über sein sittliches Ver-  
halten beibringt, und insofern noch nicht über fünf Jahre  
seit seiner Zulassung als Candidat verstrichen sind, zu der  
zweiten Prüfung zugelassen.

Der Zweck dieser Prüfung, ist die Befähigung desselben  
zu dem Amte eines Kreis-, Amts- oder Stadtrichters,  
eines Staats-Anwaltes, eines Advocaten oder Notars zu  
ermitteln.

Sie soll sowohl auf gediegene theoretische Rechts-  
kenntniß, als auf die praktische Brauchbarkeit des Candi-  
daten gerichtet werden.

## §. 8.

Diejenigen, welche diese zweite Prüfung bestanden haben, werden unter die Zahl der Advocaten aufgenommen und sind befugt, alle diesen nach Maßgabe der Advocatenordnung zustehenden Rechte auszuüben. Sie können zu Anwälten, Notaren, Richtern bei den Kreis-, Amts- und Stadtgerichten und zu Staats-Anwälten ernannt werden.

## §. 9.

Eine dritte Prüfung soll stattfinden, um die Befähigung derer zu ermitteln, welche in höhere juristische Aemter, nämlich als Mitglieder des Obergerichts, als Kreisgerichts-Directoren, als Oberstaatsanwalt, dessen Substitut oder als Obergerichts-Advocat eintreten wollen.

Der Zweck dieser Prüfung ist die Befähigung zu diesen Aemtern, namentlich die dazu erforderliche wissenschaftliche juristische Bildung und praktische Geschicklichkeit der zu Prüfenden zu ermitteln.

Erst nach Ablauf von drei Jahren nach der zweiten bestandenen Prüfung können die zu Prüfenden zu diesem dritten Examen zugelassen werden.

## §. 10.

Hat ein Candidat in der mit ihm angestellten Prüfung die erforderlichen Kenntnisse nicht gezeigt, so steht es in dem Ermessen der Prüfungscommission, denselben entweder definitiv oder auf ein bis zwei Jahre zurückzuweisen.

## §. 11.

An Prüfungsgebühren werden folgende Pauschsätze erhoben und für die Staatscasse berechnet:

für die erste Prüfung . . .	8 Rthlr.
„ „ zweite „ . . .	12 „
„ „ dritte „ . . .	16 „

Diese Gebühren sind in dem Secretariate der Prüfungscommission einzuzahlen; außer denselben werden Nebengebühren oder Auslagen nicht berechnet.

## Transitorische Bestimmungen.

## §. 12.

Alle Advocaten, welche zur Zeit des Eintritts der Wirksamkeit dieses Gesetzes zugelassen sind, erhalten das Recht, zu Obergerichtsadvocaten ernannt zu werden, nachdem sie entweder seit fünf Jahren die advocatorische Praxis ausgeübt und zugleich das Richterexamen bestanden, oder nachdem sie seit zehn Jahren die advocatorische Praxis ausgeübt haben.

Sie sind berechtigt, mit Uebergang der zweiten juristischen Prüfung, nach dreijähriger advocatorischer Praxis sich zur dritten Prüfung zu melden.

Sie erhalten auch, bevor sie zu Obergerichtsadvocaten ernannt sind, das Recht, vor dem Obergerichte, nicht aber vor dem Cassationshofe, in denjenigen Sachen, welche sie in erster Instanz geführt haben, aufzutreten. *Art. Ord. 3. 5.*

Um als Richter oder Staatsanwälte angestellt zu werden, haben sie die durch dieses Gesetz vorgeschriebene Prüfung zu machen.

## §. 13.

Diejenigen, welche zur Zeit des Eintritts der Wirksamkeit dieses Gesetzes die Richterprüfung bestanden haben, können zu jedem Richteramte, zu Staatsanwälten und zu Advocaten ernannt werden; höhere juristische Aemter können sie erst dann bekleiden, wenn seit der bestandenen Richterprüfung zehn Jahre verflossen sind.

Es ist ihnen unbenommen, sich sofort zu der dritten juristischen Prüfung zu melden.

Sie sollen bei Befegung öffentlicher Aemter vorzugsweise berücksichtigt werden.

## §. 14.

Das bisherige Notariatsexamen befähigt ohne weitere Prüfung zum Notariate.

§. 15.

Das bisherige Advocateneramen befähigt ebenfalls ohne weitere Prüfung zur Advocatur.

§. 16.

Das bestandene bisherige Auditoreneramen steht der in diesem Gesetze vorgeschriebenen ersten Prüfung gleich, und die Zeit, welche die Auditoren bereits im Vorbereitungsdienste zugebracht haben, wird ihnen angerechnet.

Sie sollen aber von dem Zeitpunkte an, wo die neue Gerichtsverfassung ins Leben tritt, auf die in diesem Gesetze vorgeschriebene Weise beschäftigt werden.

§. 17.

Die Verordnung vom 1. Mai 1826, imgleichen das Gesetz vom 21. Decbr. 1837 und die Verordnung vom 24. Jan. 1838, die Errichtung einer Examinations-Commission zur Prüfung der Candidaten des Rechts betreffend, wird zu dem Zeitpunkte, wo dieses Gesetz in Wirksamkeit tritt, aufgehoben.

Alle, die es angeht, haben sich hienach zu achten.

Urkundlich Unserer Unterschrift und beigedruckten Herzoglichen Geheim-Canzlei-Siegels.

Braunschweig, am 5. März 1850.

(L. S.)

Auf Höchsten Special-Befehl.

von Schleinitz von Geysso. Langerfeldt.

## Register.

### A.

- Ablehnung der Gerichtspersonen in Civilsachen §. 129, §. 46 ff.; Verpflichtung derselben, sich selbst zu recusiren §. 129, §. 46. 48. 49. §. 130, §. 49; Anschließung durch das Gericht §. 129, §. 47; Verfahren dabei §. 130, §. 51; Recusation durch die Parteien §. 130, §. 52; Verfahren dabei §. 130, §. 53. 54; Kosten §. 131, §. 56; Vervollständigung der Gerichte bei Recusationen §. 131, §. 55; Benachrichtigung der Staatsanwälte von den Recusationen §. 117, §. 13.
- der Gerichtspersonen in Strafsachen §. 25, §. 16—22; Befugniß dazu §. 25, §. 16; Entscheidung darüber §. 25, §. 17; Verfahren ebenbas. §. 18; Verpflichtung der Gerichtspersonen, sich selbst zu recusiren ebenbas. §. 19. 20.
- der Geschwornen, s. Geschworne.
- der öffentlichen Ankläger §. 26, §. 22.
- der Staatsanwälte in Civilsachen §. 130, §. 50.
- Ablehnungsgründe, Bewahrheitung derselben in Strafsachen §. 26, §. 21; in Civilsachen §. 130, §. 53.
- Abwesende, deren Vertretung durch die Staatsanwälte §. 118, §. 116.
- Acteneinfendung §. 147, §. 134. 136; Gebühren dafür §. 235.
- Acteneinsicht, wann dem Vertheidiger gestattet §. 22, §. 7; Gebühren dafür §. 235.
- Actenschluß §. 159, §. 179.
- Actiones in rem scriptae, deren Forum §. 126, §. 130.

Abcitationen *S.* 134, *§.* 69, 70; im Wechselproceß *S.* 178, *§.* 257.

Abjudication *S.* 213, *§.* 381. *S.* 219, *§.* 397.

Abjudicationschein, Spotteln dafür *S.* 233.

Advocaten, deren Amt *S.* 116, *§.* 10. *S.* 261, *§.* 1; Zahl derselben *S.* 262, *§.* 2; Wohnort derselben *S.* 262, *§.* 3; Ernennung *S.* 263, *§.* 4; Vereidigung ebendas.; bei welchem Gerichte sie aufzutreten berechtigt *S.* 263, *§.* 5; Verträge ders. über den Gegenstand des Rechtsstreits *S.* 221, *§.* 402; über Honorare ebendas.; Zwang zur Uebernahme einer Sache *S.* 116, *§.* 11.

Advocat-Anwälte, deren Wohnort *S.* 262, *§.* 3.

Advocatengebührentare in Civilsachen *S.* 241 ff.; in Strafsachen *S.* 85 ff.

Advocatenkammer, Oberaufsicht über dieselbe *S.* 266, *§.* 14; Geschäftskreis ders. *S.* 267, *§.* 16; Sitz *S.* 268, *§.* 18; Zusammenfassung ebendas.; Wahl der Mitglieder *S.* 269, *§.* 19; Vorsitzender und Schriftführer ebendas.; Beschlüsse *S.* 270, *§.* 21; Versammlungen *S.* 270, *§.* 22; Kosten *S.* 271, *§.* 24; Dienstregel und Titel *S.* 271, *§.* 26; Verfügungen *S.* 271, *§.* 25; Recurs gegen deren Entscheidungen in Disciplinarsachen *S.* 264, *§.* 7.

Advocaten- und Anwaltversammlung *S.* 270, *§.* 23.

Advocatur, Berechtigung dazu *S.* 263, *§.* 4; Unvereinbarkeit mit andern Aemtern *S.* 265, *§.* 11.

Alimentensachen, Erkenntnisse darin für vollstreckbar zu erklären *S.* 165, *§.* 164.

Amtsgerichte, *s.* Stadt- und Amtsgerichte.

Antwortsigle als Beamtet der gerichtlichen Polizei *S.* 90, *§.* 2.

Ansetzung der Bescheide *S.* 140, *§.* 100.

Ansetzung nichtiger Ehen und gesetzlich verbotener Handlungen durch die Staatsanwälte *S.* 118, *§.* 16.

Angehörige der Richter, Secretaire und Registratoren bei den Amts- und Stadtgerichten, Gerichtsstand derselben *S.* 119, *§.* 20.

Angeklagte, Verhaftung dess. durch die Anklagekammer angeordnet *S.* 51, *§.* 99; wenn dessen Vernehmung erforderlich *S.* 32, *§.* 42; erstes Verhör dess. *S.* 32, *§.* 43; Vernehmung dess. über die Anklage und die von ihm vorzuschlagenden Zeugen *S.* 51, *§.* 101; Ladung dess. bei den Kreisgerichten *S.* 44, *§.* 85, beim Criminalsenat: *S.* 52, *§.* 103; Vernehmung dess. über die An-

klage in der öffentlichen Sitzung *S.* 63, *§.* 133; Recht dess. bei Einstellung des Verfahrens *S.* 34, *§.* 47.

Ankläger, öffentlicher, dessen Obliegenheit *S.* 26, *§.* 23. *S.* 27, *§.* 25. *S.* 28, *§.* 26; Verstehe dess. mit dem Untersuchungsrichter *S.* 32, *§.* 44, Entscheidung der Differenzen *S.* 30, *§.* 36; dessen Ausbleiben bei der Verhandlung *S.* 42, *§.* 79; Strafanträge dess. *S.* 67, *§.* 149.

— bei den Stadt- und Amtsgerichten *S.* 94, *§.* 12; deren Ernennung *S.* 95, *§.* 13; Ersetzung in Behinderungsfällen ebendas.; Glaubwürdigkeit ihrer Protocolle *S.* 95, *§.* 15.

Anklage, deren Inhalt *S.* 43, *§.* 83; Entscheidung des Kreisgerichts auf dieselbe *S.* 43, *§.* 84; Mittheilung derselben an den Angeklagten bei den Kreisgerichten *S.* 44, *§.* 85; beim Criminalsenat *S.* 51, *§.* 100; Aussetzung ebendas. durch den öffentlichen Ankläger *S.* 62, *§.* 130; Kriß zur Einreichung bei den Kreisgerichten *S.* 33, *§.* 45; tatsächlicher Inhalt ders. maßgebend für das Erkenntniß *S.* 39, *§.* 66; Zurücknahme ders. *S.* 35, *§.* 49. *S.* 51, *§.* 99.

Anklageact, Verlesung dess. *S.* 62, *§.* 129.

Anklagerkenntniß, Verlesung dess. *S.* 62, *§.* 129.

Anklagekammer, Zusammenfassung ders., *s.* Obergericht; Verfahren vor ders. *S.* 49, *§.* 98.

Anklageprincip *S.* 20, *§.* 1; Ausnahmen davon *S.* 20, *§.* 2.

Anklagezustand, Verlesung darin *S.* 49, *§.* 98; Erkenntniß darüber *S.* 51, *§.* 99; Mittheilung dess. an den Angeklagten *S.* 51, *§.* 100.

Anmeldung der Rechtsmittel, *s.* Rechtsmittel.

Annahme des zugeschobenen Gides, Wirkung *S.* 138, *§.* 88; beim Tode des Delaten vor der Leistung ebendas.

Anwälte, deren Amt *S.* 261, *§.* 1; Zahl ders. *S.* 262, *§.* 2; Ernennung *S.* 263, *§.* 4; Vereidigung ebendas.; deren Befugnisse und Verpflichtungen *S.* 115, *§.* 6; Vollmachten für dies. *S.* 115, *§.* 7; bei welchem Gerichte sie aufzutreten berechtigt *S.* 263, *§.* 5; deren Gebühren für außergerichtliche Geschäfte *S.* 259; Kündigung ihres Auftrags *S.* 115, *§.* 9, Wirksamkeit ders. der Gegenpartei gegenüber ebendas.; deren processualische Veräumniß *S.* 145, *§.* 123; Verträge ders. über den Gegenstand des Rechtsstreits *S.* 221, *§.* 402; über Ge-

- bühren ebendas.; deren Verurtheilung in die Kosten *§. 142, §. 109. §. 145, §. 123.*
- Anwaltsgebührentaxe *§. 241 ff.*
- Appellation, s. Berufung.
- Arme Partei, *Gib* ders. *§. 150, §. 144; Bestellung eines Anwalts für* dies. *§. 150, §. 145; Notirung der Kosten ebendas.; Zahlungen an* dies. *§. 151, §. 146; Vergleiche* ders. *§. 152, §. 148.*
- Armenrecht, Ertheilung dess. *§. 148, §. 141. §. 149, §. 143; Wirkung* dess. ebendas.
- Armuthszeugniß *§. 148, §. 142, Inhalt* dess. ebendas.; von welcher Behörde auszustellen ebendas.
- Arrest auf Forderungen *§. 172, §. 389; auf Sachen, wann zulässig* *§. 170, §. 232; Vollstreckung* desselben *§. 172, §. 238; auf Personen* *§. 171, §. 233; Vollstreckung* desselben *§. 173, §. 239.*
- Aufhebung desselben *§. 173, §. 241.*
- Arrestanlagen, competente Gerichte *§. 7, §. 19.*
- Arrestgefuß, Anbringung dess. *§. 171, §. 234; Verfahren* darauf *§. 171, §. 235, 236.*
- Arrestproceß *§. 170, §. 232 ff.*
- Aussensgerichtshof, Zusammensetzung *§. 3, §. 8; Ort* des Zutretens ebendas. u. *§. 58, §. 121; Ersichter* für denselben ebendas.; Beschwerden gegen das Verfahren dess. ebendas.; Competenz dess. ebendas.
- Aussenssitzung, Eröffnung ders. *§. 60, §. 123.*
- Attestate, Verlesung ders. *§. 47, §. 90.*
- Aufungskosten *§. 180, §. 265.*
- Auktionsgebühren *§. 234.*
- Auktionsprotocolle der Notare *§. 279, §. 16.*
- Aufenthalt, bleibender oder längerer vorübergehender, bestimmt den persönlichen Gerichtsstand *§. 124, §. 25.*
- Augenscheineinnahme in Civilsachen *§. 136, §. 77.*
- Augenscheinsprotocolle in Strafsachen, Verlesung ders. *§. 47, §. 90.*
- Ausfertigungen der Notariatsurkunden *§. 279, §. 17. 18. §. 281, §. 22.*
- Auskunftspersonen in Civilsachen, deren Vernehmung durch Requisitionen, Verfahren dabei *§. 137, §. 85; Einreden* gegen dies. *§. 162, §. 194; deren Vernehmung* *§. 161, §. 193; in öffentlicher Sitzung* *§. 161, §. 196; deren Gebühren* *§. 238.*
- in Strafsachen, Gebühren und Entschädigungen für dies.

- §. 84; Auszahlung* ders. *§. 80, §. 192; deren Zahlung* bei den Kreisgerichten *§. 45, §. 86; Strafe* des Nichterscheinens *§. 45, §. 87; Ladung* zu den Absitzenungen *§. 52, §. 103.*
- Auslagen der Advocaten in Strafsachen *§. 87.*
- für arme Parteien *§. 150, §. 145.*
- Auspfindung, s. Mobilien.

## B.

- Bauten, Provocationen bei beabsichtigten *§. 182, §. 272.*
- Beamte der gerichtlichen Polizei, s. gerichtl. Polizei.
- Beeidigung der Zeugen in Strafsachen vor der Vernehmung *§. 38, §. 60; in Civilsachen nach der Vernehmung* *§. 136, §. 79; der Sachverständigen und Schöpper* in Strafsachen *§. 38, §. 60; in Civilsachen* *§. 137, §. 83; der Zeugen* in Strafsachen bei den Stadt- und Amtsgerichten *§. 42, §. 77.*
- Beglaubigung der Proceßvollmachten *§. 115, §. 7; von Unterschriften* *§. 278, §. 16, von Abschriften* ebendas.
- Beglaubigungsgebühren *§. 235.*
- Begnadigungsgefuße, wann sie die Strafvollziehung hemmen *§. 78, §. 185.*
- Beklagte, Nichterscheinen dess. *§. 143, §. 113; öffentliche Ladung* dess. *§. 182, §. 274.*
- Berathungszimmer der Geschwornen, Bewachung dess. *§. 66, §. 143.*
- Berufung *§. 146, §. 125. 127; Einspruchsfrist* ders. *§. 146, §. 129; Begründung* ders. *§. 147, §. 131; gegen Erkenntnisse* des Obergerichts *§. 202, §. 342; Anbringung* ders. *§. 203, §. 343; wer darüber* erkennt *§. 203, §. 344; an das Obergericht, wann* sie stattfindet *§. 201, §. 332. §. 202, §. 342; Fristen* *§. 201, §. 333. 336; Verfahren* vor dem Obergerichte *§. 201, §. 334 ff.*
- Befehde in Civilsachen *§. 140, §. 97; einseitige Vorstellung* dagegen *§. 140, §. 98; Anrichtung* der Befehde *§. 140, §. 100; Anmeldung* der Rechtsmittel *§. 141, §. 101.*
- Befehlannahme, Recht dazu *§. 28, §. 28. 29. §. 30, §. 37; regelmäßig* nur in Kraft eines richterlichen Befehls zulässig *§. 93, §. 8; von Papiere* und Effecten bei feilscher That, s. feilsche That.

- Beschlagnahme bei Zoll- und Steuercontraventionen, bei Fort- und Zugvergehen** §. 92, §. 6. §. 99 — 110.
- **des Vermögens flüchtiger Verbrecher** §. 75, §. 175. 176; **Nutzungen** §. 75, §. 176; **Aufhebung der Beschlagnahme** §. 75, §. 177; **Anantwortung des Vermögens an die Erben** §. 75, §. 178.
- **von Gehalten, Ruhegehalten, Pensionen, Renten als Vollstreckungsmittel** §. 215, §. 388; **von Forderungen** §. 216, §. 389.
- Besitzklagen, deren Forum** §. 126, §. 30.
- Besitzstand, Feststellung dess.** §. 155, §. 166.
- Besitzstörungen, Competenz darin** §. 7, §. 19; **Verfahren darüber** §. 155, §. 165 ff.
- Bevollmächtigte, Zulässigkeit dess.** §. 264, §. 6.
- Bevormundete, Benachrichtigung des Staatsanwalts von deren Processen** §. 117, §. 13.
- Bewegliche Sachen, Vollstreckung wegen deren Herausgabe** §. 212, §. 379.
- Beweis, Verhandlung darüber** §. 162, §. 195. 196.
- Beweise, neue, Restitution deshalb** §. 205, §. 355.
- Beweisaufnahme in Civilsachen vor den Stadt- und Amtsgerichten** §. 153, §. 160; **bei den Kreisgerichten** §. 161, §. 193; **im summarischen Verfahren** §. 164, §. 204. 205.
- **in Strafsachen vor den Amts- und Stadtgerichten** §. 42, §. 77; **bei den Kreisgerichten** §. 46, §. 90; **in den Affensitzungen** §. 63, §. 134.
- **zum ewigen Gedächtniß, Antrag darauf** §. 188, §. 288. 289; **Verfahren** §. 188, §. 290 ff.; **Verhandlung über die Zulässigkeit des Antrags** §. 188, §. 291; **Beweisaufnahmetermin, Gegenwart der Parteien** §. 189, §. 292; **Verdigung der Zeugen** §. 189, §. 293.
- Beweiserkenntnisse der Amts- und Stadtgerichte** §. 153, §. 162.
- Beweisfragen bei Vernehmung von Zeugen durch Requisition** §. 137, §. 85; **beim Beweise zum ewigen Gedächtniß** §. 189, §. 295.
- Beweisführung, Erkenntniß darüber** §. 138, §. 86.
- Beweislast, Feststellung dess.** §. 159, §. 182. §. 160, §. 183.
- Beweismittel, deren Verbindung mit den Klagen, Einreden, Repliken, Dupliken** §. 133, §. 61; **Erklärung der Gegenpartei über diesel.** §. 133, §. 62; **Angabe dess.** bei

- den Kreisgerichten** §. 161, §. 188 — 190; **Folgen der Versäumnung dess.** §. 161, §. 191.
- Beweismittel in Strafsachen** §. 37, §. 58.
- Beweisfrage, Feststellung dess.** §. 159, §. 182. §. 160, §. 183.
- Beweisverfahren im Concurs** §. 198, §. 323.
- Blödsinnige, i. Wahnsinnige.**

## C.

- Cassationshof, Bildung dess.** §. 1, §. 9; **erkenntliche Mitglieder ebendaf.**; **Erzanzungsrichter ebendaf.**; **Beschlußfähigkeit ebendaf.**; **Zahl der erkennenden Richter in Civilsachen** §. 200, §. 331; **Verfahren vor dems. in Civilsachen** §. 203, §. 345 ff.
- Cassirung nichtiger Erkenntnisse in Civilsachen** §. 204, §. 348.
- Civilansprüche, Geltendmachung dess. im Strafverfahren** §. 23, §. 10.
- Civilpartei, Verpflichtung zum Kostenersatz** §. 23, §. 10.
- Compensation der Processkosten** §. 142, §. 107.
- Competenz in Strafsachen, wie zu berechnen** §. 23, §. 11; **der Gerichte wegen mehrer Verbrechen derselben Person** §. 24, §. 13 — 15; **wegen mehrer Mithulbigen ebendaf.**
- **in Civilsachen** §. 119, §. 19 ff.; **Verfahren und Entscheidung darüber** §. 121, §. 21. §. 128, §. 44.
- Competenzconflicte in Militairsachen** §. 10, §. 30.
- Competenzunterschiede verschiedener Gerichte in Civilsachen** §. 129, §. 45.
- **im Civilproceß; Benachrichtigung der Staatsanwälte** §. 117, §. 13.
- Competenzsumme, deren Berechnung** §. 121, §. 21. 5.
- Concurs, Ausdehnung desselben** §. 191, §. 305.
- Concursanwalt, dessen Ernennung** §. 195, §. 314; **zugleich Güterpfleger** §. 195, §. 315; **dessen Gebühren** §. 255.
- Concurscommissarius, dessen Ernennung** §. 195, §. 314; **dessen Thätigkeit ebendaf.**; **dessen Verfügungen ebendaf.**
- Concursöffnungskenntniß** §. 193, §. 308; **Verdigung desselben** §. 194, §. 311; **Wirkung desselben ebendaf.**

- Concursgericht, wodurch bestimmt *S.* 125, *S.* 28.  
 Concursgläubiger, Creditallodung an dieselben *S.* 195, *S.* 314, *S.* 196, *S.* 317; deren vorläufige Befriedigung *S.* 199, *S.* 324.  
 Concursverfahren, Gegenstand desselben *S.* 191, *S.* 304; Einleitung desselben *S.* 192, *S.* 307; bei den Amts- und Stadtgerichten *S.* 198, *S.* 324; vor den Kreisgerichten *S.* 195, *S.* 313 ff.; Sporteln dafür *S.* 232.  
 Consultationen, Gebühren dafür *S.* 258.  
 Contradictor f. Concursanwalt.  
 Contumacialerkenntnisse, Restitution dagegen *S.* 143, *S.* 114, 115.  
 Contumacialstunde *S.* 144, *S.* 119.  
 Contumacialverfahren in Civilsachen *S.* 143, *S.* 112 ff.; in Strafsachen f. Strafkenntnisse in contumaciam.  
 Criminalsenat, dessen Zusammensetzung f. Obergericht; Verfahren in den ihm überwiesenen Strafsachen *S.* 49, *S.* 95 ff.  
 Curatel Großjähriger, Verfahren bei Anordnung derselben in erster Instanz *S.* 165, *S.* 209 ff.; in zweiter Instanz *S.* 168, *S.* 220 ff.; Antrag darauf *S.* 166, *S.* 210; Aufhebung derselben *S.* 167, *S.* 219.  
 Curator bonorum f. Güterpfleger.  
 Curatoren, deren Verurtheilung in die Kosten *S.* 142, *S.* 109.  
 Cursus der Rechtscandidates *S.* 287, *S.* 6.

## D.

- Depositengebühr *S.* 233.  
 Depositeneinwesen bei den Kreisgerichten *S.* 6, *S.* 14; bei den Stadt- und Amtsgerichten *S.* 8, *S.* 20; Beschwerten in diesen Sachen ebenfalls.  
 Deputationen der Kreisgerichte *S.* 157, *S.* 171.  
 Devolutivrechtsmittel *S.* 146, *S.* 126.  
 Diäten der Anwälte und Advocaten in Civilsachen *S.* 256; wann nicht zu erhalten *S.* 222, *S.* 403; der Gerichtsbeamten in Civilsachen *S.* 236; in Strafsachen *S.* 83.  
 Dienstvergehen der Beamten der gerichtlichen Polizei *S.* 97, *S.* 20, f. gerichtliche Polizei.  
 Diffessionseid *S.* 175, *S.* 246. *S.* 177, *S.* 255. *S.* 178, *S.* 257.  
 Dingliche Klagen, deren Forum *S.* 126, *S.* 130; wegen

- mehrere in verschiedenen Gerichtsbezirken belegener Güter *S.* 128, *S.* 40.  
 Disciplinarbehörde für die Gerichte *S.* 8, *S.* 23.  
 Disciplinargewalt über die Advocaten und Anwälte *S.* 264, *S.* 7; über die Notare *S.* 283, *S.* 26.  
 Disciplinarstrafen gegen Beamte der gerichtlichen Polizei *S.* 97, *S.* 19; gegen die Advocaten und Anwälte *S.* 268, *S.* 17.  
 Duplik in der Regel nicht zugelassen *S.* 133, *S.* 68.  
 Durchgreifen nach richterlichem Ermessen *S.* 141, *S.* 104.

## E.

- Edictalladungen, welche Gerichte dafür zuständig *S.* 125, *S.* 29.  
 Edictalladung des Beklagten, wann zulässig *S.* 182, *S.* 274; Antrag darauf *S.* 185, *S.* 276; Form ders. *S.* 185, *S.* 278.  
 — Beitheiligter, wann zulässig *S.* 183, *S.* 275; Antrag darauf *S.* 185, *S.* 276; Form derselben *S.* 185, *S.* 278, 279.  
 Edition, f. Urkundenedition.  
 Editions Eid *S.* 187, *S.* 286, 287.  
 Editionsgefuche im Executionsproceß *S.* 174, *S.* 244; im Wechselproceß *S.* 179, *S.* 258.  
 Effecten, Verbot der Fortschaffung *S.* 93, *S.* 9. *S.* 94, *S.* 10.  
 Ehen, Ansehung nichtiger, durch die Staatsanwälte *S.* 118, *S.* 16.  
 Ehescheidungsklagen, Benachrichtigung der Staatsanwälte *S.* 117, *S.* 13.  
 Eid, richterlicher bei Zeugen oder künftlichem Beweise *S.* 138, *S.* 87; nur de veritate ebenfalls; Wirkung desselben *S.* 138, *S.* 86; Verweigerung des Eides *S.* 138, *S.* 87; Tod vor der Eidesleistung ebenfalls.  
 — zugehobener, f. Schiedsleid.  
 Eide in Strafsachen der Zeugen *S.* 38, *S.* 60; der Sachverständigen *S.* 61; der Schöher *S.* 62; in Civilsachen der Zeugen *S.* 136, *S.* 79; der Sachverständigen *S.* 80; der Schöher *S.* 81; der Feldmesser *S.* 82.  
 — processualische *S.* 139, *S.* 93.  
 Eidesmündigkeit *S.* 37, *S.* 5a.  
 Eideszuschreibung *S.* 138, *S.* 88; die eventuelle unstat-



haft ebendas.; specieller Angabe der Thatfachen dabei S. 133, §. 66; im Executivproceß unzulässig S. 174, §. 244. Einführung der Rechtsmittel, f. Rechtsmittel.

Einkrede der Incompetenz, Verfahren und Entscheidung darüber S. 121, §. 21.

Einkreden, deren Zulässigkeit im Executivproceß S. 174, §. 244; Verfahren S. 175, §. 248, 249; deren Zulässigkeit im Wechselproceß S. 178, §. 258; gegen Vollstreckung eines Erkenntnisses S. 211, §. 374; gegen vollstreckbare Urkunden S. 211, §. 375; Beweis derselben S. 211, §. 376; Anbringung derselben S. 211, §. 377.

Einkredenverhandlung bei den Stadt- und Amtsgerichten S. 152, §. 157.

Einstellung des Strafverfahrens bei den Kreisgerichten S. 33, §. 45; beim Obergericht S. 34, §. 46; Verlesung des Beschlusses S. 34, §. 47.

Einkimmigkeit der Geschwornen S. 66, §. 142; der Urtheile der Kreisgerichte in Strafsachen S. 47, §. 92.

Endurtheil in Strafsachen, Verkündung desselben S. 35, §. 50; in Civilsachen S. 132, §. 57.

Entlassung Freigesprochener S. 77, §. 182.

Entscheidungsgründe S. 141, §. 101.

Entschuldigungsgründe der Geschwornen S. 57, §. 115.

Erbschaftsliquidationsproceß, welches Gericht dafür competent S. 125 §. 28.

Ergänzungsgeschworne, Liste derselben S. 56, §. 113; Mittheilung an die Angeklagten ebendas.; Ladung derselben S. 56, §. 114; Lösung derselben für den einzelnen Fall S. 60, §. 124.

Erfenntnisse in Civilsachen S. 140, §. 97; Inhalt der Ausfertigungen S. 142, §. 110; der Kreisgerichte, deren Verkündung S. 160, §. 185, 186; des Obergerichts, Eröffnung derselben S. 202, §. 339; Aussetzung §. 341; der Stadt- und Amtsgerichte, deren Verkündung S. 153, §. 159; in Civilsachen, Vollstreckbarkeit derselben S. 142, §. 106. S. 143, §. 111; im Concurse S. 198, §. 322; in zweiter Instanz S. 199, §. 327; im Executivproceß, Vollstreckbarkeit derselben S. 176, §. 251, 252; im Wechselproceß, Vollstreckbarkeit derselben S. 180, §. 262.

Erfenntniß, freisprechendes in Strafsachen S. 67, §. 150; Ausfertigung desselben ebendas.

Erlöschen der Proceße S. 148, §. 139; Wirkung desselben S. 148, §. 140.

Eventualmarime S. 114, §. 3.

Eventuelle Gidevelation, unstatthaft S. 138, §. 88.

Examinationscommission, f. Prüfungscommission.

Execution, f. Vollstreckung.

Executionen, Zuständigkeit der Gerichte S. 7, §. 19.

Executivproceß, wann zulässig S. 174, §. 243; Verfahren S. 175, §. 246.

Executerische Urkunden, f. vollstreckbare Urkunden.

## F.

Falsches Zeugniß im Civilproceß, Restitution deshalb S. 205, §. 355.

Feuergeschworne, deren Recht zu Hausdurchsuchungen S. 92, §. 7. S. 111.

Flüchtige Verbrecher, Verfahren gegen sie S. 75, §. 175 ff.

Folgeleistung der Erkenntnisse in Civilsachen, Frist dafür S. 143, §. 110.

Forderungen, Beschlagnahme derselben S. 216, §. 389; Arrest auf dieselben ebendas.

Forst- und Jagdbediente, deren Recht zu Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen S. 92, §. 7. S. 103 — 105.

Forst- und Jagdvergehen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen bei Verfolgung derselben S. 91, §. 6. S. 103 — 105.

Forst- und Jagdwroren, Competenz darüber S. 7, §. 18; öffentliche Ankläger dabei S. 27, §. 24; Vollziehung der Strafen S. 78, §. 186.

Feldhüter, als Beamte der gerichtlichen Polizei S. 90, §. 3; Pfändungsrecht derselben S. 92, §. 6.

Feldmesser, Gidesformel S. 136, §. 82.

Forum administrationis S. 127, §. 36; arresti S. 127, §. 33. S. 173, §. 240; contractus S. 127, §. 34, 35; delicti in Civilsachen S. 127, §. 37; delicti commissi in Strafsachen S. 24, §. 12; deprehensionis S. 24, §. 12; domicilii in Strafsachen S. 24, §. 12; domicilii in Civilsachen S. 124, §. 25; hereditatis S. 126, §. 32; rei sitae, für welche Klagen begründet S. 126, §. 30, 31.

Fragen über den Thatumstand der Verbrechen, Anträge des

- öffentlichen Anklägers §. 64, §. 136; Entwerfung derselben durch das Gericht §. 64, §. 139; Inhalt und Form derselben §. 64, §. 140; Zustellung an die Geschwornen §. 65, §. 141.
- Freigesprochene, deren Entlassung §. 77, §. 182.
- Frische That, Begriff derselben §. 91, §. 5; Rechte der Staatsanwälte bei ders. §. 28, §. 29; Berechtigung der Beamten der gerichtlichen Polizei zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen §. 91, §. 5. 6. §. 99—101; Verfahren dabei ebenda;; Beihilfe bei Verfolgung auf frischer That §. 95, §. 17.
- Frist für processualische Restitutionen §. 145, §. 123; deren Berechnung ebenda.
- Fristen, Abfürzung derselben §. 144, §. 121; Berechnung derselben §. 144, §. 122; Veräumnis derselben §. 144, §. 120; Erstreckung derselben §. 144, §. 117. 120; bei den Amts- und Stadtgerichten §. 154, §. 163; im summarischen Verfahren §. 165, §. 208; im Wechselverfahren §. 180, §. 263.

## G.

- Gebäude, Eindringen in dieselben von Beamten der gerichtlichen Polizei gestattet §. 93, §. 9. §. 94, §. 10.
- Gebühren, Berechnung des Streitgegenstandes bei deren Festsetzung §. 222, §. 405. 406; der Advocaten und Anwälte, Verträge darüber §. 265, §. 10; der Notare §. 282, §. 24; Festsetzung ders. ebenda;; deren Ersatz bei Nichtigkeitsbeschwerden in Strafsachen §. 86.
- Gebührentare der Advocaten in Strafsachen §. 85 ff.; der Anwälte und Sachführer in Civilsachen §. 241 ff.
- Gefälle auf Grund executorischer Urkunden §. 208, §. 363.
- Gefängnisstrafen als Executionsmittel §. 213, §. 382.
- Gefängniswesen §. 94, §. 11.
- Gehalte, Beschlagnahme auf sie §. 215, §. 388, Ungültigkeit der Geskonen, Verpfändungen, Anweisungen ders. ebenda.
- Geheime Sitzungen in Strafsachen §. 35, §. 52. 53; in Civilsachen §. 132, §. 59.
- Geldforderungen, Beitreibung ders. §. 214, §. 383 ff.
- Geldstrafen, Deposition ders. bei Verfolgung der Nichtigkeitsbeschwerde §. 70, §. 160; wegen leichtfertigen Nichtigkeitsbeschwerden §. 72, §. 166; als Executionsmittel §. 213, §. 382.

- Gemeindeprocesse, Benachrichtigung des Staatsanwalts §. 117, §. 13.
- Genehmigung, Landesfürstliche, der Strafverurtheile nicht erforderlich §. 78, §. 184.
- Gerichte des Herzogthums §. 1, §. 1; deren Vervollständigung bei Recusationen §. 131, §. 55; deren Befugnis, in Civilsachen Fragen zu stellen §. 135, §. 73.
- Gerichtliche Polizei, deren Aufgabe §. 89, §. 1; Beamte ders. §. 89, §. 2; deren Obliegenheiten §. 27, §. 25; deren Verhältnis zu den Staatsanwälten §. 90, §. 4; deren Berechtigung zu Verhaftungen, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen §. 90, §. 5; zur Vorführung Verdächtiger und zum Eindringen in Wohnungen §. 93, §. 9. §. 94, §. 10; Hülfleistung ders. unter einander §. 95, §. 16; Ordnungsstrafen gegen sie §. 96, §. 18; Disciplinarstrafen §. 97, §. 19; Dienstvergehen ders. §. 97, §. 20; Einleitung des gerichtlichen Verfahrens auf Antrag des Verletzten ebenda; auf Antrag des Staatsanwalts §. 97, §. 21; durch den Cassationshof §. 97, §. 22.
- Gerichtbarkeit, freiwillige §. 8, §. 20.
- Gerichtskosten, Notirung ders. für arme Parteien und deren Wegner §. 150, §. 145.
- Gerichtseingebühren §. 234; in Strafsachen §. 83.
- Gerichtsporteln in Strafsachen §. 81 ff.
- Gerichtsstand des Arrestes §. 127, §. 33. §. 173, §. 240; der Erbchaft §. 126, §. 32; bei subjectiver Klagenhäufung §. 127, §. 39; persönlicher §. 124, §. 25—27; des Personals der Amts- und Stadtgerichte §. 119, §. 20; des Verbrechens §. 127, §. 37; der Verwaltung §. 127, §. 36.
- Gerichtssitzungen in Strafsachen, Bekanntmachung ders. bei den Stadt- und Amtsgerichten §. 40, §. 70; bei den Kreisgerichten §. 46, §. 89; in Civilsachen, Störungen durch die Staatsanwälte zu abnden §. 119, §. 17.
- Gerichtstage, Verlegung ders. §. 144, §. 118; deren Veräumnis §. 144, §. 120; im summarischen Verfahren §. 165, §. 208; bei den Amts- und Stadtgerichten in Civilsachen §. 154, §. 163.

- Gerichtsunterbeamte, deren Berechtigung zur Vorführung Verdächtigter S. 94, §. 10.  
 Gerichtsunterbediente, deren Verurtheilung in die Kosten S. 142, §. 109.  
 Gerichtsvollzieher, deren Verpflichtungen bei Vollstreckungen S. 210, §. 372.  
 Geschworne, Ladung ders. S. 56, §. 114; Entschuldigungsgründe ders. S. 57, §. 115; Strafe des Nichterscheins S. 57, §. 116. 117; Vorführung ders. S. 58, §. 119; Erziehung der ausgebliebenen S. 58, §. 118.  
 — Ablehnung ders. S. 61, §. 125; Zahl der zulässigen Ablehnungen S. ebend.; Ausübung des Rechts bei Mitangeklagten S. 61, §. 126.  
 — Vereidigung ders. S. 61, §. 128; Zurückziehen ders. in das Verhandlungszimmer S. 66, §. 143; Wahl des Vorsitzenden S. 65, §. 142; Beschlüsse derselben mit Einstimmigkeit zu fassen ebend.; Form ders. ebend.  
 — Entlassung ders. S. 66, §. 143; Verständigung ihrer Beschlüsse S. 66, §. 145; in Gegenwart des Angekl. S. 67, §. 148; Verwerfung ihres Spruches durch das Gericht S. 67, §. 146; Wiederholte Verathung ders. S. 66, §. 144. S. 67, §. 147.  
 Geschwornengericht, Bildung dess. S. 60, §. 124. S. 61, §. 125; Protocoll darüber S. 61, §. 127.  
 Geschwornenlisten, Kreise für deren Aufstellung S. 53, §. 106; deren Aufstellung durch die Magistrate und Landesverwaltungsbeamten S. 55, §. 111; Einwendungen dagegen ebend.; Aufstellung durch die Kreisgerichte S. 56, §. 112; Combination ders. ebend.; Gültigkeit ders. ebend.; Bildung der Listen für die einzelnen Sitzungen S. 56, §. 113; Mittheilung derselben an die Angeklagten ebend.  
 Geschworne, wer als solcher zulässig S. 53, §. 107; wer unzulässig im Allgemeinen S. 54, §. 108; für einzelne Sachen S. 55, §. 109; wer befähigt S. 55, §. 110.  
 Geständnisse, Wirkung ders. S. 139, §. 94; Widerruf ders. S. 139, §. 95.  
 Gewissensverletzung S. 138, §. 88.  
 Glaubensbünd, ausgeschlossen beim nothwendigen Eide S. 138, §. 87.  
 Gläubigerausschuß S. 195, §. 315.  
 Grenzregulirungssachen, deren Forum S. 126, §. 30.

- Güterpfleger, dessen Ernennung S. 195, §. 315; dessen Gebühren S. 253.  
 Güterversuch S. 135, §. 74; Vorladung in Person ebend. — bei den Kreisgerichten S. 158, §. 173; im Concurse S. 197, §. 321.  
 Güterverzeichnis, Aufnahme dess. S. 195, §. 314.

## H.

- Handlungen, Vollstreckung wegen deren Leistung oder Unterlassung S. 213, §. 382.  
 Haupteide, deren Leistung S. 139, §. 91.  
 Hauptverfahren in Strafsachen, Mündlichkeit und Definitivität dess. S. 35, §. 50.  
 Hauptverfahren bei den Kreisgerichten S. 43, §. 82; Aussetzung dess. S. 46, §. 88; Form desselben S. 46, §. 90 ff.; bei den zur Competenz des Criminalsenats gehörenden Verbrechen, wann es stattfindet S. 49, §. 95; Form S. 60, §. 123 ff.  
 — Legalität dess. S. 70, §. 158.  
 Hauptverhandlung in Civilsachen bei den Kreisgerichten; Anlegung ders. S. 159, §. 180; Verfahren darin S. 159, §. 181 ff.  
 Hausgenossen bei Haussuchungen anzuziehen S. 92, §. 7.  
 Haussuchungen, Recht dazu S. 28, §. 28. 29. S. 30, §. 37; regelmäßig nur in Kraft eines richterlichen Beschlusses zulässig S. 93, §. 8; bei Betretungen auf frischer That, f. frische That.  
 — der Forst- und Jagdbedienten, der Polizeibeamten und des Polizemilitärs, der Steuerofficianten, Feuergezwornen S. 92, §. 7. S. auch diese Rubriken.  
 — Anziehung von Hausgenossen S. 92, §. 7.  
 Höchstbesteuerte als Geschworne S. 51, §. 107.  
 Hülfsvollstreckung, Sporteln dafür S. 232.  
 Hypothekforderungen als Creationsobject S. 216.

## I.

- Jagdwroren, f. Forstwroren.  
 Identität Verurtheilter; Verfahren bei Anerkennung ders. S. 76, §. 179 ff.  
 Incompetenz der Kreisgerichte im Laufe der Verhandlung S. 48, §. 93; des Appellengerichts S. 68, §. 152.

Inhibitionen §. 174, §. 242.  
 Insnationsgebühr §. 235.  
 Instruktionen für die Prüfungskommission §. 286, §. 3.  
 Interdictionsverfahren, Mitwirkung der Staatsanwälte dabei §. 117, §. 13. §. 118, §. 16.  
 Interventionen, wo anbringen §. 134, §. 68.  
 Inventurgebühren §. 234.  
 Jüngster Beiß §. 155, §. 165.  
 Juramentum in litem, quantitatis, Zenonianum, f. Schwurgeid.  
 Juristische Kaufbahn, Zulassung zu ders. §. 286, §. 4.

## K.

Klagen bei den Kreisgerichten, Einreichung ders. §. 157, §. 172; bei den Stadt- und Amtsgerichten, Anbringung ders. §. 153, §. 153.  
 Klagenhäufung, Gerichtsstand dabei §. 127, §. 39.  
 Kläger, Nichterscheinen dess. §. 143, §. 112.  
 Kosten der processualischen Restitution §. 145, §. 123.  
 — in Strafsachen §. 39, §. 67. §. 80, §. 192; Niederschlagung ders. §. 78, §. 187.  
 Kostenfeststellung §. 223, §. 407; Beschwerde dagegen ebend.; Weiterleitung der Kosten ebend.  
 Kostenliquidationen, die Verhandlungen darüber sind kempel- und sporielfrei §. 223, §. 407.  
 Kostenrechnungen der Advokaten und Anwälte, Streitigkeiten darüber §. 265, §. 9.  
 Kostenvorschuß §. 265, §. 8.  
 Kreise für Aufstellung der Geschworenenlisten §. 53, §. 106.  
 Kreisgerichte, Sitz und Zahl ders. §. 5, §. 10; Besetzung ders. §. 5, §. 11; Ergänzungsrichter bei dens. §. 5, §. 12; Gehalte der Mitglieder ebend.; Competenz in Strafsachen §. 5, §. 13; Competenz in Zivilsachen §. 6, §. 14; Competenz in Vormundschaftsachen §. 17, §. 22; öffentliche Ankläger bei ihnen §. 27, §. 24; Verfahren vor denselben in Zivilsachen erster Instanz §. 157, §. 170 ff.; zweiter Instanz §. 168, §. 220; Verfahren von ihnen in Strafsachen §. 43, §. 82 ff.; deren Urtheile in Strafsachen §. 47, §. 92.

## L.

Ladung der Angeeschuldigten bei den Stadt- und Amtsgerichten §. 41, §. 75.

Ladungen der Stadt- und Amtsgerichte in Zivilsachen, Insnationsfrist ders. §. 153, §. 152.  
 Legalisation der Wechselpoteſte §. 177, §. 255.  
 Leitung des öffentlichen Verfahrens in Strafsachen §. 36, §. 56.  
 Liquidationen im Concourse, deren Form §. 197, §. 319; Beantwortung ders. durch den Concursanwalt §. 197, §. 320; Verhandlung darüber §. 197, §. 321.  
 Liquidationsfrist im Concourse §. 196, §. 317.

## M.

Manifestationseid, Antrag darauf §. 190, §. 299; Verfahren §. 191, §. 300; Eidesformel §. 191, §. 302.  
 Meineid im Civilproceß, Restitution deßhalb §. 205, §. 355.  
 Militairproceße §. 10, §. 30.  
 Militairstrafen §. 10, §. 30.  
 Mobilien, deren Auspändung §. 214, §. 384; welche davon ausgenommen ebend.; Verzeichnung und Verwahrung ders. §. 215, §. 385; Versteigerung §. 386. 387.

## N.

Nachlaßverträge, Verhandlungen zu deren Erreichung §. 193, §. 309; wann die Minderheit bindend ebend.  
 Nebenanträge in Zivilsachen §. 140, §. 96.  
 Nebeneinkünfte der Gerichtspersonen §. 10, §. 29.  
 Nebengebühen, Entschädigung dafür §. 13, §. 5.  
 Nebenpunkte in Zivilsachen §. 158, §. 173.  
 Negotirungen, Berechtigung der Anwälte und Notare dazu §. 266, §. 11, §. 275, §. 4.  
 Neue Thatfachen, Unzulässigkeit ders. in zweiter Instanz §. 147, §. 132; Restitution deßhalb §. 205, §. 355.  
 Richtige Erkenntnisse im Civilproceß durch die Staatsanwälte anzusehen §. 118, §. 15.  
 Richtigkeiten in Strafsachen, Folgen ders. §. 72, §. 167. 168. 169.  
 Richtigkeitsbeschwerde in Zivilsachen §. 146, §. 125. 127; deren Suspensivkraft §. 196, §. 129; deren Begründung §. 147, §. 130.  
 — gegen Straferekenntnisse §. 69, §. 157; wann begründet bei §. 158; Verfahren §. 71, §. 161 ff.; Bestellung

der Referenten §. 162; Ansetzung der Sitzung ebend.; Verfahren darin §. 163; bei Ungehörsam einer Partei §. 164; Erkenntniß §. 165; Verurtheilung des Beschwerdeführers in die Kosten §. 166; von wem zu verfolgen §. 70, §. 159; Frist der Anmeldung §. 70, §. 160; Ausführung der Beschwerdepunkte ebend.; Mittheilung ders. an die Parteien §. 71, §. 162; Verfolgung durch den Oberstaatsanwalt §. 73, §. 170; Wirkung ders. ebend.

Nichtigkeitssklage, Forum ders. §. 128, §. 42; §. 204, §. 350; wann begründet §. 204, §. 352; Anbringung ders. und Verfahren §. 205, §. 353, 354; Fristen §. 207, §. 359; Benachrichtigung der Staatsanwälte §. 117, §. 13; beim Obergericht, Berufung gegen das Erkenntniß §. 202, §. 342.

Notare, deren Amt §. 274, §. 1; Lebenslänglichkeit §. 2; Wohnsitz ebend.; Verweigerung der Amtshandlungen §. 275, §. 3; Befugniß zu ders. ebend.; Anstellung §. 276, §. 6; Vereidigung §. 276, §. 7; Dienstsiegel ebend.; Zahl §. 8; Gebühren §. 282, §. 24; Suspension und Entlassung ders. §. 282, §. 25; Disciplinargewalt über dies. §. 282, §. 26.

Notariatsacten, Auslieferung ders. beim Tode des Notars §. 280, §. 21.

Notariatsamt, Unvereinbarkeit dess. mit andern Aemtern §. 275, §. 4; Erfordernisse §. 275, §. 5.

Notariatsprotocoll, Form dess. §. 278, §. 13—15.

Notariatsregister §. 280, §. 19.

Notariatsiegel §. 275, §. 7; Auslieferung beim Tode des Notars §. 280, §. 21.

Notariatsurkunden, deren Natur als öffentliche Urkunden §. 279, §. 18; deren Erfordernisse §. 277, §. 12; Ausfertigungen §. 279, §. 17.

Notirung der Sportel und Stempel §. 118, §. 16.

Nova, f. neue Thatfachen.

## D.

Obergericht, Sitz desselben §. 2, §. 2; Eintheilung in 3 Senate §. 2, §. 3; deren Besetzung ebend.; Vertheilung der Mitglieder ebend.; Competenz des ersten Senats §. 3, §. 6; Competenz des zweiten Senats (Anklagekammer) §. 3, §. 7; Competenz des dritten Senats

(Criminalsenat) §. 3, §. 8; Gehalte der Mitglieder §. 2, §. 5; öffentliche Ankläger bei dems. §. 27, §. 24; Vertheilung der Civilsachen §. 201, §. 337; Zahl der erkennenden Richter in Civilsachen §. 200, §. 331; Berufung gegen Erkenntnisse in Civilsachen §. 202, §. 342.

Obergerichtsadvocaten, deren Berechtigung §. 263, §. 5; Ernennung ders. §. 263, §. 4.

Oberstaatsanwalt §. 8, §. 24; Gehalte dess. ebend.; Gehalte ders. §. 9, §. 25; Unterordnung dess. §. 10, §. 27; als Regierungscommissair bei der Advocatenkammer §. 266, §. 15. §. 271, §. 25.

Öffentlichkeit der Verhandlungen in Strafsachen §. 35, §. 51; in Civilsachen §. 132, §. 58; Ausschließung ders. §. 35, §. 52. §. 132, §. 59.

Officialanwälte §. 115, §. 8, 9; für arme Parteien §. 150, §. 145; Reihenfolge bei ihrer Bestellung ebend.; Ihre Befriedigung wegen der Kosten §. 151, §. 146; selbstständiger Anspruch ders. gegen den Gegner §. 151, §. 147.

Ordnungsstrafen gegen die Beamten der gerichtlichen Polizei §. 96, §. 18.

Originale der Urkunden, wann zu überreichen §. 133, §. 65.

Ortspolizeibeamten als öffentliche Ankläger §. 95, §. 15.

Ortspolizeibehörden als Beamte der gerichtlichen Polizei §. 90, §. 2.

Ortspolizeicontraventionen §. 95, §. 15.

## P.

Papiere, Beschlagnahme ders., f. Beschlagnahme; Verbot der Fortschaffung §. 93, §. 9.

Parteien im Civilproceß, deren Vertretung vor Gericht §. 116, §. 10; bei den Stadt- und Amtsgerichten §. 114, §. 4. §. 264, §. 6; bei den Kreisgerichten, dem Obergericht und dem Cassationshofe §. 114, §. 5.

Parteieneide, Leistung ders. §. 139, §. 90.

Particularconcurs §. 191, §. 305. 306.

Passivlegitimation, deren Beweis im Executivproceß §. 175, §. 245.

Pensionen, f. Beschlagnahme, Gehalte.

- Verhorrescenzeid *S.* 26, §. 21. *S.* 130, §. 53.  
 Personalarrest *f.* Arrest.  
 Personen ohne Domicil, wo zu belangen *S.* 124, §. 26.  
 Persönliche Klage, wann in foro rei sitae anzubringen *S.* 126, §. 31.  
 Persönliches Erscheinen der Angeeschuldigten bei den Stadt- und Amtsgerichten *S.* 41, §. 76.  
 Pfändungsrecht der Feldhüter *S.* 92, §. 6.  
 Polizeibeamte, deren Berechtigung zur Vorführung Verdächtiger *S.* 94, §. 10; zu Hausfuchungen *S.* 92, §. 7. *S.* 110.  
 Polizeimilitair, Officiere und Stationscommandanten dess. als Beamte der gerichtlichen Polizei *S.* 90, §. 2.  
 — dessen Berechtigung zur Vorführung Verdächtiger *S.* 94, §. 10; zu Hausfuchungen *S.* 92, §. 7. *S.* 111.  
 — militairische Vergehen dess. *S.* 98, §. 23.  
 Präjudiz des Zuegkändnisses *S.* 135, §. 72.  
 Prävention in Civilsachen *S.* 127, §. 38; in Straffachen *S.* 24, §. 12.  
 Preßvergehen, wann mit Geschwornen abzuurtheilen *S.* 3, §. 8.  
 Prioritätserkenntniß, dessen Inhalt *S.* 198, §. 322; Rechtsmittel dagegen *S.* 199, §. 325. 326; deren Einlegung *S.* 199, §. 328.  
 Privatanklage, Zurücknahme ders. *S.* 35, §. 49.  
 Privatkläger, Anträge ders. *S.* 26, §. 23; dessen Ausbleiben bei der Verhandlung *S.* 42, §. 79; dessen Verurtheilung in die Kosten *S.* 39, §. 67.  
 Privaturkunden, Entfrästung ders. *S.* 135, §. 76.  
 Proceßcurator *S.* 166, §. 213. 216. 218.  
 Proceßse, Erlöschung ders. *S.* 148, §. 139. 140.  
 Proceßkosten *S.* 142, §. 107.  
 Proceßrecht *S.* 113, §. 1.  
 Proceßschriften, von wem auszuarbeiten *S.* 144, §. 4. 5.  
 Proceßvollmachten *S.* 115, §. 17. *S.* 225.  
 Procura bei Wecheln, Beweis ders. *S.* 177, §. 255. *S.* 178, §. 257.  
 Procuraturgebühren *S.* 243. 246.  
 Proteste, Legalisation ders. *S.* 177, §. 255.  
 Protocoll in Civilsachen bei den Amts- und Stadtgerichten *S.* 156, §. 169; bei den Kreisgerichten *S.* 170, §. 231.  
 Protocoll in Straffachen bei den Stadt- und Amtsgerich-

- ten *S.* 42, §. 81; bei den Kreisgerichten *S.* 48, §. 92; bei den Wiffenßungen *S.* 59, §. 121. *S.* 68, §. 155.  
 Protocoll über die Zeugenvernehmung beim Beweise zum ewigen Gedächtniß *S.* 190, §. 296.  
 Provisorische Verfügungen, competente Gerichte *S.* 7, §. 19.  
 Provocationsklagen, Forum ders. *S.* 124, §. 24; wann zulässig *S.* 181, §. 268; Verfahren *S.* 182, §. 269 ff.; Erkenntniß *S.* 182, §. 271.  
 Prüfung, erste, *S.* 286, §. 5; zweite, *S.* 287, §. 7. 8; dritte, *S.* 288, §. 9; Zurückweisung von den Prüfungen *S.* 288, §. 10.  
 Prüfungscommission, deren Zusammensetzung *S.* 285, §. 1; Gehalt der Mitglieder ebend.; Sitz derselben *S.* 286, §. 2.  
 Prüfungsgebühren *S.* 288, §. 11.

## R.

- Realarrest, *f.* Arrest.  
 Realcitation der Zeugen *S.* 31, §. 38. *S.* 46, §. 87.  
 Rechtsbeistände, *f.* Advocaten.  
 Rechtsanbandidaten, Prüfung ders. *S.* 286, §. 5; Ausbildung ders. *S.* 287, §. 6.  
 Rechtfertigung des Arrestes *S.* 171, §. 235.  
 Rechtsgründe, Verurücktigung ders. *S.* 141, §. 102.  
 Rechtsmittel in Civilsachen *S.* 146, §. 125 ff.; deren Anmeldung und Einführung *S.* 147, §. 133. 135. 136; gegen Bescheide *S.* 140, §. 100; Anmelungsfrist ders. *S.* 141, §. 101; gegen Prioritätserkenntnisse *S.* 199, §. 325. 326.  
 — in Straffachen, Kosten ders. *S.* 39, §. 67.  
 Rechtsnachtheile der Frist- und Terminsveräumnisse *S.* 144, §. 120.  
 Rechtsreiß, dessen Wiederaufnahme *S.* 204, §. 350.  
 Recognoscirung bei Notariatsacten *S.* 277, §. 11.  
 Recusation, *f.* Ablehnung.  
 Recusationen der Richter in Straffachen, Frist dafür *S.* 52, §. 101.  
 Referenten bei den Kreisgerichten, Bestellung ders. *S.* 157, §. 172; Befugnisse ders. *S.* 158, §. 173.  
 Rehabilitation, Verurtheilte, *f.* Wiederherstellung.  
 Reinigungsaid in Straffachen *S.* 37, §. 58.

- Reisen der Gerichtsbeamten in Civilsachen S. 236; in Strafsachen S. 83; der Anwälte und Advocaten in Civilsachen S. 236; in Strafsachen S. 87, 88.
- Reisekosten, wann nicht zuerkennen S. 222, §. 403.
- Replik, Einreichung ders. S. 158, §. 175
- Requisitionen, deren Erledigung S. 22, §. 5.
- der Kreisgerichte in Civilsachen S. 169, §. 229.
- zur Vernehmung von Auskunftspersonen in Civilsachen S. 137, §. 85.
- Sporteln dafür S. 239.
- Restitution gegen Contumacialerkenntnisse S. 143, §. 114, 115; gegen processualische Versäumnisse S. 145, §. 123 ff.
- Restitutionsfrist S. 145, §. 123.
- Restitutionsklage, Forum ders. S. 128, §. 43.
- S. 204, §. 350; wann begründet S. 205, §. 355; Anbringung ders. S. 207, §. 358; Fristen S. 206, §. 357.
- S. 207, §. 359; Beweise dabei S. 206, §. 356.
- S. 207, 358; Benachrichtigung der Staatsanwälte S. 117, §. 13.
- Richter, Zahl ders. in Civilsachen, bei den Kreisgerichten S. 157, §. 171; beim Obergerichte und Cassationshof S. 200, §. 331; in Strafsachen S. 38, §. 64.

## C.

- Sachführer, s. Advocaten.
- Sachverständige, deren Vereidigung, s. Vereidigung.
- in Civilsachen, von Amtswegen zuzuziehen S. 136, §. 78; Recusation ders. ebend.
- Eidesformel in Strafsachen S. 38, §. 61; in Civilsachen S. 136, §. 80.
- Einwendungen gegen deren Zulässigkeit und Glaubwürdigkeit S. 63, §. 134.
- Schäher, Eidesformel in Strafsachen S. 38, §. 62; in Civilsachen S. 136, §. 81.
- Schätzungseid S. 139, §. 89.
- Schiedseid, Annahme, Verweigerung, Zurückziehen dess. S. 138, §. 88.
- Schlussverfahren in Civilsachen, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit dess. S. 131, §. 57.
- Schriften der Advocaten und Anwälte S. 264, §. 7.
- Sequestrationen S. 155, §. 166. S. 170, §. 232.

- Sequestrationen als Executionsmittel S. 217, §. 390.
- Sicherung der Rechtsverfolgung S. 29, §. 31. S. 93, §. 9.
- Sicherheitsmaßregeln, wegen Ausführung der Straf-erkenntnisse S. 71, §. 160.
- Sicherungsmaßregeln bei Einleitung des Concursverfahrens S. 194, §. 310; bei Eröffnung des Concurses S. 194, §. 312.
- Siegelgebühren S. 234.
- Sitzungen der Kreisgerichte in Civilsachen, Bekanntmachung ders. S. 157, §. 170; der Stadt- und Amtsgerichte in Civilsachen, Bekanntmachung ders. S. 152, §. 149; in den zur Competenz des Criminalsenats gehörenden Strafsachen S. 58, §. 120; jährliche Bekanntmachung derselben ebend.
- Sportel und Stempel, deren Notirung S. 118, §. 16.
- Sportellätze in den obern Instanzen S. 221, §. 401; von wem zu entrichten S. 221, §. 401.
- Sportellare in Civilsachen S. 228.
- Staatsanwälte bei den Kreisgerichten S. 8, §. 24; Gehalte ders. S. 9, §. 25; Vertretung ders. S. 9, §. 26; Amt ders. S. 10, §. 28; Unterordnung ders. S. 10, §. 27.
- Staatsanwälte als öffentliche Ankläger S. 21, §. 4; deren Selbstständigkeit ebend.
- ihre Obliegenheit bei Ausübung gerichtlicher Verfügungen S. 22, §. 5; Verfügungen ders. nach beendigtcr Voruntersuchung S. 33, §. 45; deren Berechtigung zur Vorführung Verdächtigter S. 94, §. 10; deren Verhältniß zu den Beamten der gerichtlichen Polizei S. 89, §. 2. S. 90, §. 4; sie vollziehen die Strafkenntnisse S. 78, §. 185.
- deren Thätigkeit im Civilproceß S. 116, §. 12 ff.; in welchen Sachen sie von der Schlussverhandlung in Kenntniß zu setzen S. 116, §. 13; in welchen Fällen sie als Partei auftreten S. 118, §. 16; ihre Befugniß, nach Schluß der mündlichen Verhandlung das Wort zu nehmen S. 117, §. 14; sie erteilen das Armenrecht S. 148, §. 143.
- deren Thätigkeit bei Anordnung von Curatelen Großjähriger S. 166, §. 210. 212. S. 107, §. 218; deren Ablehnung in Civilsachen S. 130, §. 50; in Streitsachen S. 26, §. 22.

- Staatsbürgerliche Rechte, deren Ausübung flüchtigen Verbrechern untersagt *§. 76, §. 176.*
- Stadt- und Amtsgerichte, Besetzung *§. 6, §. 16;* Trennung von der Verwaltung *§. 6, §. 15;* Vertretung des Richters *§. 6, §. 16;* Vertretung des Secretärs ebendaf.; Verhältnis des Personals zu den Kreisgerichten *§. 5, §. 10;* Competenz in Civilsachen *§. 7, §. 19;* Competenz in Strafsachen *§. 7, §. 18;* Competenz zur freiwilligen Gerichtsbarkeit *§. 8, §. 20;* Beschwerden in diesen Sachen ebendaf.; Competenz für das Vollstreckungsverfahren *§. 207, §. 360;* öffentliche Ankläger bei ihnen *§. 27, §. 24. §. 94, §. 12 (f. Ankläger, öffentl.);* Verfahren vor ihnen in Civilsachen *§. 152, §. 149 ff.;* in Strafsachen *§. 40, §. 70 ff.;* Gerichtsstand des Personals ders. *§. 119, §. 20.*
- Stadtgericht zu Braunschweig, Competenz in Strafsachen *§. 7, §. 18;* in Civilsachen *§. 7, §. 19.*
- Stationscommandanten als Beamte der gerichtlichen Polizei *§. 90, §. 2.*
- Stempel der Urkunden der Parteien *§. 231, §. 401.*
- Stempelpapier, Controle dess. bei den Notaren *§. 281, §. 22;* dessen Verwendung ebendaf.
- Steuercontraventionen, f. Zollcontraventionen.
- Steuer-, Forst- und Jagdcontraventionen, Beamte der gerichtlichen Polizei rücksichtlich ders. *§. 90, §. 3.*
- Steuerofficianten, deren Recht zu Verhaftungen, Beschlagnahme und Hausdurchsuchungen *§. 92, §. 7. §. 99. 106—110.*
- Störung der Gerichtsitzungen *§. 36, §. 54. §. 132, §. 60.*
- Strafanträge des öffentlichen Anklägers *§. 67, §. 149.*
- Straferhöhungs- u. Herabsetzungsgründe, die Entscheidung darüber gebührt den Geschwornen *§. 65, §. 140.*
- Straferkenntnisse, Inhalt ders. *§. 39, §. 65.*
- des Assisenhofs, Abfassung und Ausfertigung ders. *§. 68, §. 151;* Auslegung ders. ebendaf.
- in contumaciam *§. 39, §. 69;* bei den Amts- und Stadtgerichten *§. 42, §. 78;* bei den Kreisgerichten *§. 48, §. 94;* bei den Assisen *§. 68, §. 154.*
- Unvereinbarkeit zweier über dasselbe Verbrechen ergangener *§. 73, §. 171.*
- Vollstreckbarkeit *§. 71, §. 160. §. 77, §. 182 ff.,* freisprechender *§. 182,* verurtheilender *§. 183;* Vollstreckbarkeitserklärung *§. 77, §. 184.*

- Straferkenntnisse, deren Vollziehung *§. 78, §. 185;* Hemmung durch Beantragungsgesuche ebendaf.; wem sie obliegt *§. 78, §. 186.*
- Strafsachen bei den Amts- und Stadtgerichten sind in zwei Terminen zu beendigen *§. 41, §. 75.*
- Strafverfahren, Siftirung dess. bei neu sich ergebenden Thatsachen *§. 39, §. 66.*
- Strafvollziehungen *§. 22, §. 5.*
- Stundungsverträge, Verhandlungen zu deren Erreichung *§. 193, §. 309;* wann die Minderheit bindend ebens.
- Stuprensachen, competente Gerichte *§. 7, §. 19.*
- Substitutionen, f. Versteigerung.
- Substitutionsclausel in den Proceßvollmachten *§. 115, §. 7.*
- Successenzgelde bei Nichtigkeitsbeschwerden *§. 203, §. 347.*
- Summarisches Verfahren bei den Kreisgerichten *§. 163, §. 198 ff.*
- Suspension der Advocaten und Anwälte, Antrag darauf *§. 268, §. 17. §. 271, §. 25;* der Notare *§. 282, §. 25.*
- Suspensivkraft der Rechtsmittel in Civilsachen *§. 146, §. 129.*
- Syndicatssklagen, Forum ders. *§. 128, §. 41;* Benachrichtigung der Staatsanwälte *§. 117, §. 13.*
- beim Obergericht, Berufung gegen das Erkenntniß *§. 202, §. 342.*

## I.

- Taubblinde, f. Taubstumme.
- Taubstumme, Curatel über dies. *§. 166, §. 216.*
- Tempus judicati *§. 143, §. 110.*
- Termine, f. Gerichtstage.
- Testamente, von Notaren aufgenommen *§. 279, §. 18.*
- Urbestand, Feststellung dess. *§. 29, §. 31.*
- der Verbrechen, Urtheile der Kreisgerichte über denselben *§. 47, §. 92.*
- Thatsachen, neue, Restitution deshalb *§. 205, §. 355.*
- Theilungsklagen, deren Forum *§. 126, §. 30.*
- Theilungsplan im Concurrenz *§. 200, §. 330.*
- Transitorische Bestimmungen für abhängige Sachen im Strafverfahren *§. 14, §. 7—11;* im Civilverfahren *§. 15, §. 12—20.*
- der Advocatenordnung *§. 272, §. 27 ff.;* der Notariatsordnung *§. 283, §. 27 ff.;* des Prüfungsgesetzes *§. 289, §. 12.*



Triplik und Quadruplik statt deren Termin §. 134, §. 66.

## II.

Unabänderlichkeit der Erkenntnisse und Bescheide §. 140, §. 99.

Unbewegliche Sachen, Vollstreckung wegen deren Herausgabe §. 212, §. 380.

Ungehorsam, Präjudiz des Zugeständnisses §. 135, §. 72.

Unterordnung der Gerichte §. 8, §. 22.

Untersuchung, Wiederaufnahme ders. §. 34, §. 48.

Untersuchungshandlungen, durch Beauftragung oder Requisition anderer Gerichte vorzunehmen §. 31, §. 41.

Untersuchungsrichter bei den Kreisgerichten §. 6, §. 13; ihre Theilnahme an den Entscheidungen ebenfalls; Dauer ihres Amtes ebenfalls; ihre Stellung §. 29, §. 36; Beschwerden gegen Verfügungen ders. ebenfalls; ihr Verkehr mit dem öffentlichen Ankläger §. 32, §. 44; Entscheidung über Differenzen derselben §. 30, §. 36; Gröffnung ders. im ersten Verhör §. 32, §. 43.

Untersuchungsverhandlungen, Anwesenheit des öffentlichen Anklägers §. 32, §. 44.

Unvereinbarkeit zweier Strafserkenntnisse §. 75, §. 171; Verfahren dabei §. 172.

Urkunden, deren Ueberreichung im Original §. 133, §. 63; Vorlegung ders. im summarischen Verfahren §. 164, §. 201. 202; Vollstreckbarkeit ders. §. 208, §. 363. 364; Einreden dagegen §. 211, §. 375.

— neue, Restitution desshalb §. 205, §. 355.

Urkundenbeweis, Entkräftung dess. §. 135, §. 75. 76.

Urkundeneidition, Inhalt des Antrags darauf §. 186, §. 283; gegen wen zu richten §. 186, §. 285; Verfahren darauf §. 187, §. 286.

Urkundenfälschung, Restitution desshalb §. 205, §. 355.

Urtheile der Kreisgerichte in Strafsachen §. 47, §. 92.

## III.

Verbrechen, welche mit Geschwornen abzuurtheilen §. 3, §. 8; schwere §. 4, §. 8; politische ebenfalls; Aburtheilung ders. in dem Kreise, wo die Voruntersuchung geführt §. 58, §. 122; Verfahren bei den mit Geldstrafe bedrohten §. 40, §. 74.

— in öffentlicher Verurtheilung §. 36, §. 55.

Verbriefungen als Exekutionsobject §. 216, §. 389.

Verdacht eines begangenen Vergehens oder Verbrechens §. 93, §. 9. §. 94, §. 10; der Klucht ebenfalls.

Verfahren, schriftliches, dessen Schluß §. 133, §. 65.

Verfolgung von Verbrechen auf frischer That, Beihilfe dazu eine Bürgerpflicht §. 95, §. 17.

Verfügungen, gerichtliche, deren Ausführung §. 22, §. 5; — der Stadt- und Amtsgerichte, Frist der Inflation ders. §. 152, §. 151.

Vergehen gegen ortspolizeiliche Geseze, Statuten, Reglements §. 95, §. 15.

Vergleich, Compensation der Proceßkosten dabei §. 142, §. 107.

Vergleiche armer Parteien §. 152, §. 148.

Verhaftungen, Verjüngung und Fortdauer ders. 23, §. 9; Recht dazu §. 30, §. 37; regelmäßig nur in Kraft eines richterlichen Befehls zulässig §. 93, §. 8; bei Betretungen auf frischer That, s. frische That; durch Zoll- und Steuerbeamte §. 91, §. 6. §. 99—101.

Verhandlungsmarine §. 113, §. 2. §. 141, §. 103.

Verjährung der Verbrechen schließt die Restitution von Seiten des öffentlichen Anklägers aus §. 64, §. 174.

Verkaufsbedingungen bei Versteigerungen §. 218, §. 393.

Vermögen flüchtiger Verbrecher, Beschlagnahme §. 75, §. 175. 176; Aufhebung der Beschlagnahme §. 177; Antwortung an die Erben §. 178.

Vernehmungslaffung, Einreichung ders. §. 158, §. 174.

Verpackung zum Zweck der Exekution §. 217, §. 391.

Ver säumung der Fristen und Gerichtstage §. 144, §. 120; Restitution dagegen §. 145, §. 123.

Ver schwender, Curatel über diesel. §. 167, §. 217.

Ver setzung des Personals der Amts-, Stadt- und Kreisgerichte §. 8, §. 21.

Ver siegelung §. 195, §. 314.

Ver siegelungsgebühren §. 234.

Ver steigerung unbeweglicher Güter zum Zweck der Exekution §. 217, §. 392 ff.; Fristen dabei §. 393; Exekution der Theilhabenden ebenfalls; Auszahlung des Erlöses §. 219, §. 397. §. 220, §. 398.

— von Mobilien §. 215, §. 386. 387.

Ver steigerungstermin §. 218, §. 394; Wiederholung dess. §. 219, §. 395. 396.

Ver theidiger, Zulässigkeit derselben §. 22, §. 7; Bei-

Ordnung ders. ebdas.; Befugniß zur Acteneinsicht ebdas.;  
 Bestellung §. 52, §. 101.  
 Vertheidigungsgebühren, wann aus der Staatscasse  
 ersetzt §. 86.  
 Vertagung der Urtheile in Strafsachen §. 47, §. 92.  
 §. 68, §. 151.  
 Verträge, Gerichtsstand des §. 127, §. 34. 35.  
 Verurtheilte Rehabilitation ders., f. Wiederherstellung.  
 Verweisung der Straffälle in einen andern Kreis §. 59, §. 122.  
 Verzeichnisse der Notare über ihre Amtshandlungen §.  
 280, §. 20; Einreichung ders. §. 281, §. 23.  
 Verzicht der Parteien §. 148, §. 137. 138.  
 Vierteljahrsitzungen §. 58, §. 120.  
 Vollstreckbarkeit der Strafserkenntnisse, f. Strafserkenntnisse.  
 Vollstreckbarkeitserklärung der Erkenntnisse in Ci-  
 vilfachen §. 143, §. 111. §. 155, §. 164. §. 163, §.  
 197. §. 165, §. 207. §. 176, §. 251. 252. §. 180, §. 262.  
 Vollstreckbare Urkunden §. 208, §. 363. 364; Einreden  
 dagegen §. 211, §. 375.  
 Vollstreckung, Verfügung ders. §. 209, §. 376; Einwen-  
 dungen dagegen §. 210, §. 373; Aufhebung ders. §.  
 219, §. 398; Inhibition ders. ebd.  
 Vollstreckungsantrag, dessen Begründung §. 209,  
 §. 366. 368; Verfahren §. 209, §. 369 ff.  
 Vollstreckungsbefehl §. 210, §. 371.  
 Vollstreckungsmittel, Reihenfolge ders. §. 214, §. 383.  
 Vollstreckungsverfahren, competentes Gericht §. 207,  
 §. 360. §. 208, §. 362. 365; wann zu beantragen §.  
 207, §. 361; Zulässigkeit der Einreden §. 210, §. 373 ff.  
 Vollziehung der Strafserkenntnisse, f. Strafserkenntnisse.  
 Vorführung der eines Vergehens oder der Flucht Ver-  
 dächtigen §. 93, §. 9. §. 94, §. 10; Vorführung un-  
 gehorsamer Geschwornen §. 58, §. 119.  
 Vorführungsbefehl gegen Zeugen §. 31, §. 38. §.  
 62, §. 131.  
 Vorladungsbefehl, Recht zu deren Erlassung §. 28, §. 28.  
 Vormundschaftssachen, Competenz darin §. 17, §. 22.  
 Vormünder, deren Vorurtheilung in die Kosten §. 142,  
 §. 109.  
 Vorwurf §. 222, §. 404; Feststellung dess. §. 223, §. 407.  
 Vorkellung gegen einseitige Beschwerde §. 140, §. 97.  
 Voruntersuchung, wann nothwendig zulässig oder unstat-  
 haft §. 29, §. 33; Ausdehnung ders. §. 29, §. 34;

Zweck ders. §. 29, §. 35; Aufgabe der Gerichte dabei  
 §. 29, §. 31; Hervollständigung ders. §. 33, §. 45;  
 Regeln des Verfahrens dabei §. 30, §. 36.  
 Vorverfahren in Civilsachen §. 141, §. 105; bei den  
 Kreisgerichten, außergerichtliche Instruction dess. §. 159,  
 §. 179.  
 Vorzugrechte, deren Feststellung in Executionsverfahren  
 §. 220, §. 399. 400.

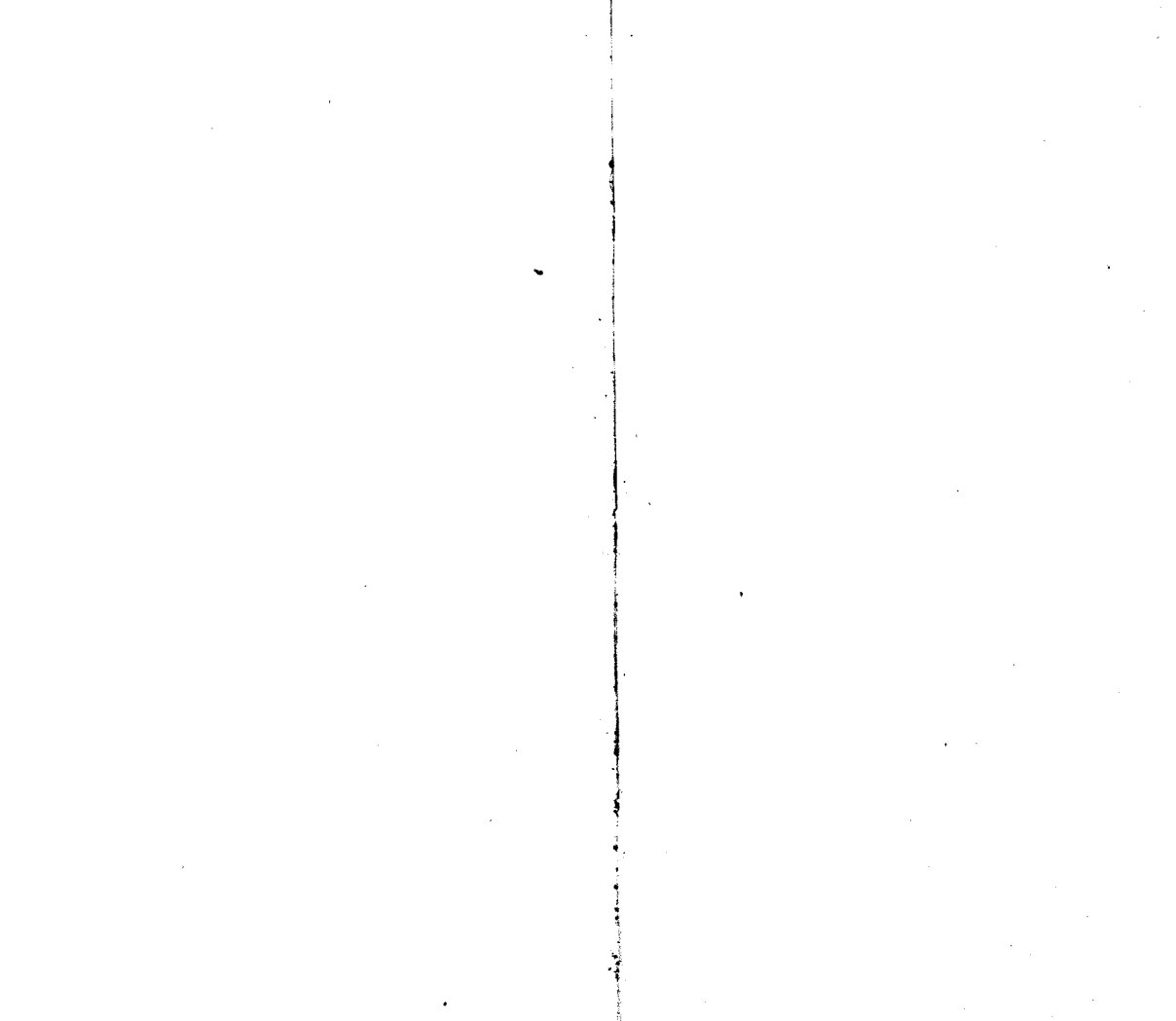
### W.

Wachmannschaften, deren Berechtigung zur Vorführung  
 Verdächtiger §. 94, §. 10.  
 Wahnsinnige oder Blödsinnige, Curatel über dies.  
 §. 166, §. 213.  
 Warnung vor dem Meineide §. 38, §. 63. §. 139, §. 92.  
 Wechselarrest, gegen wen unzulässig §. 180, §. 266;  
 Aufhebung dess. §. 181, §. 267.  
 Wechselklage, Einreichung ders. §. 176, §. 253; Ver-  
 fahren darauf §. 177, §. 254 ff.  
 Wechselproceß §. 176, §. 253 ff.  
 Wechselproteste, keine Zeugen dabei erforderlich §. 278,  
 §. 16.  
 Wechselschriften der Parteien, Inhalt ders. §. 158, §.  
 177; deren Aufstellung §. 158, §. 174. 175.  
 Wechselschuldner, wann aus dem Arrest zu entlassen §.  
 181, §. 267.  
 Wechspapiere als Executionsobject §. 216, §. 389.  
 Widerklagen, Forum ders. §. 123, §. 23; wann in dem-  
 selben Verfahren zu verhandeln §. 134 §. 67.  
 Widerruf der Geständnisse §. 139, §. 95.  
 Wiederaufnahme des Civilverfahrens §. 204, §. 350.  
 Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, wann zulässig  
 §. 74, §. 173; Verfahren §. 174; Gesuche darum  
 hemmen die Strafvolziehung nicht §. 77, §. 183.  
 Wiederherstellung politischer und bürgerlicher Rechte  
 §. 79, §. 188 ff.; wann ein Antrag darauf zulässig  
 §. 189. 191; Verfahren auf denselben §. 190.  
 Wohnortrecht, bestimmt den persönlichen Gerichtsstand  
 §. 124, §. 25.  
 Wohnungen, Einbringen in dies. den Beamten der ge-  
 richtl. Polizei gestattet §. 93, §. 9. §. 44, §. 10.  
 Zeugen in Strafsachen, Beerdigung ders. in der Vorunter-





N<sup>o</sup> 10. y. Rukov. u 27. Jan. 1852. Die gegen hiesige, wegen  
widerstreitigen Handlung zu, zu ergreifenden gütli-  
chen Massnahmen etc.



- Dicitur res non accedita, quae deterior  
reddita. L. 3. §. 1. D. de commod. 13. 6.  
Vim vi defendere, omnes leges, omniaque  
iura permittunt.

L. 45. §. 4. D. ad leg. Aquil. 9. 2.

L. 4. pr. ibid.

Cum principum causa non subsistit, ne ea  
quidem quae sequuntur, locum habeat.

L. 129. §. 1. L. 178. D. de reg. jur.

Naturalis eloquutio duorum numero contenta est.  
L. 12. D. de testib. 22. 5.

- quod is, cui heres iam fecit, perinde est, atque  
si ipse fecisset. L. 6. §. 2. D. de aqua et a. pl. 39. 3.  
- nullam potest videri injuriam accipere, qui  
semel voluit. L. 9. §. 1. D. de aqua et a. pl. a. a. 39. 3.

Unicuique sua mora nocet, quod et in duobus rei  
promittendi observatur. L. 173. §. 2. D. de reg. jur. 30. 17.

Tomo pignori data, et aza ipsius tenebatur, est enim pignus  
agius et contra, jus soli sequitur adificium. L. 21. D. de pign. 13. 7.

Ad arbitrium alicujus - comprehensum - boni viri.  
L. 24. pr. D. 19. 2. L. 11. §. 4. D. 32. L. 76. §. 17. 2. L. 75. D. 30.

Non debet in arbitrium rei conferri, an sit obli-  
tus. L. 7. D. de contrah. int. 18. 1.

Plerumque sufficilio probatio est, quanti cuiusque  
inter sit et ad exigam summam deducitur.

L. 12. D. de stipul. praut. 46. 5.

Res judicata pro veritate accipitur. L. 25. D. de statu hom. 1. 5.

L. 207. D. 50. 17. L. 65. §. 2. D. 36. 1.

Non solent, quae abundanti, vilisare scriptum.  
L. 94. D. de reg. jur.

Naturaliter enim simul et civilis ratio suavit, alienam  
conditionem meliorem quidem etiam ignorantis et innoti

nos facere posse, deteriore non posse.

L. 39. D. de neg. gest. L. 74. D. de reg. jur.

Innotum in veritationis accipere debemus non eum,  
qui contradicit, sed eum, qui non confendit.

L. 5. D. de ferris. pr. urban.

Facile non videtur, cum superest aliquid agendum  
L. 11. §. 1. L. 6. 36.

Nominis obliis fari prodesset potest. L. 1. §. 1. D. de adu-  
mali ch. mel. ecc.

